Per. 4
15 (pts
1848

Digitized by Google

15 P3
1848

Digitized by Google

Bayerische Staatsbibliothek München

Plauderstübchen.

Beiblatt zum Boten für Stadt und Land.

Nr. 53. Kaiserslautern, Samstag 1. Juli **1848.**

Aus Frankfurt.

Briefe an Kunz.

Am 28. Juni.

Sitzung vom 28. Juni unter dem Vorsitze von Soiron's. Vorlesung des Protokolles der gestrigen Sitzung; mehrfache Reklamationen, die mitunter stürmische Debatten veranlassen.

Schulz aus Nassau hat eine Summe von über hundert Gulden Namens der Stadt Dietz für die deutsche Kriegsflotte übergeben. Von Seiten der bayer. Generaladministration der Posten ist nun den Abgeordneten zur Nationalversammlung gleichfalls Portofreiheit bewilligt.

Biedermann verlangt das Wort, um eine Anfrage an den Berichterstatter des Ausschusses über die Centralgewalt bezüglich jener Bestimmungen zu richten, welche sich auf die Unverantwortlichkeit des künftigen Reichsverwesers beziehen. Stürmische Anfregung auf der Rechten. Dahlmann betritt den Rednerstuhl und klärt, er werde keine Antwort geben. Wer übrigens gegen die Unverantwortlichkeit des Reichsverwesers stimme, gebe dadurch zu erkennen, das er der republikanischen Parthei angehöre. Großer Sturm und Ruf zur Ordnung auf der Linken. Der Vorsitzende entzieht dem Redner das Wort und er verläßt unter Beifallklatschen die Tribüne.

Tagesordnung. Fortsetzung und Abstimmung über Errichtung einer provisorischen Centralgewalt. Die Bestimmung: „Der Reichsverweser übt seine Gewalt durch von ihm ernannte, der Nationalversammlung verantwortliche Minister aus. Alle Anordnungen desselben bedürfen zu ihrer Gültigkeit der Gegenzeichnung wenigstens eines verantwortlichen Ministers," wird fast einstimmig angenommen.

Ueber die Bestimmung: „Der Reichsverweser ist unverantwortlich," ist Abstimmung durch Namensaufruf verlangt. Das Prinzip der Unverantwortlichkeit wird mit 373 gegen 175 Stimmen sanktionirt. Die Mehrheit fürchtet das republikanische Prinzip. Mittermaier gibt im Namen mehrerer seiner Gesinnungsgenossen, die für Unverantwortlichkeit gestimmt, die Erklärung ab, daß sie unter der Unverantwortlichkeit des Reichsverwesers nur die „parlamentarische" verstanden hätten. Im Namen mehrerer Mitglieder, die mit Nein gestimmt, gibt Riesser eine ähnliche Erklärung.

Mit großer Mehrheit werden nachfolgende Punkte, über welche in gewöhnlicher Weise abgestimmt wird, angenommen:

„Ueber die Verantwortlichkeit der Minister wird die Nationalversammlung ein besonderes Gesetz erlassen."

„Die Minister haben das Recht, den Berathungen der Nationalversammlung beizuwohnen und von derselben gehört zu werden."

„Die Minister haben die Verpflichtung, auf Verlangen der Nationalversammlung in derselben zu erscheinen und Auskunft zu ertheilen."

„Die Minister haben das Stimmrecht in der Nationalversammlung nur dann, wenn sie als deren Mitglieder gewählt sind."

„Die Stellung des Reichsverwesers ist mit der eines Abgeordneten der Nationalversammlung unvereinbar."

Der folgende Paragraph lautet:

„Mit dem Eintritt der Wirksamkeit der provisorischen Centralgewalt hört das Bestehen des Bundestages auf."

Auch hierüber ist Abstimmung durch Namensaufruf verlangt. Sie ergibt folgendes Resultat: für die Aufhebung des Bundestages 510 Stimmen, dagegen 35. Stürmisches Bravo und Beifallklatschen auf den Galerieen.

So wäre denn der Bundestag mit großer Majorität zu Grabe getragen. „Gott schenke ihm Ruhe und Frieden bis über den jüngsten Tag!" Trauergewänder werden in Deutschland wohl wenige angelegt werden.

Unter jenen, die für das Fortbestehen des Bundestages gestimmt, bemerken wir abermals den Minister Beisler aus München, die Herren Döllinger, Lassaulx, Philipps von da, den Fürstbischof Diepen-

Digitized by Google

brock von Breslau, von Vincke aus Hagen, Fürst Lychnowski aus Ratibor. Welcker hat sich vor der Abstimmung entfernt. Fürst Lychnowski betritt die Rednerbühne und erklärt: er sey, als er sein Votum abgegeben, sehr zerstreut gewesen; er habe aus voller Ueberzeugung für Aufhebung des Bundestages stimmen wollen. Heiterkeit.

Der Antrag: „Die Centralgewalt hat sich in Beziehung auf die Vollziehungsmaßregeln, so weit thunlich, mit den Bevollmächtigten, der einzelnen Regierungen in's Einvernehmen zu setzen," wird mit Mehrheit angenommen. Fast die ganze Linke stimmt dagegen, weil sie darin eine Schlinge sieht, die man der Volkssouveränität legen will.

Es wird zuletzt über den ganzen Gesetzentwurf, wie er aus der Berathung hervorgegangen, abgestimmt und derselbe mit 450 gegen 100 Stimmen angenommen. Diejenigen, welche dagegen gestimmt, waren der größeren Mehrzahl nach Mitglieder der Linken, die aus dem Grunde für Verwerfung des Gesetzes waren, weil es die Unverantwortlichkeit des Reichsverwesers ausspricht. Sämmtliche pfälzische Abgeordneten, mit Ausnahme von Glaß aus Landau, stimmten gegen das Gesetz. Auch sprach sich der für Günzburg gewählte Stockinger für Verwerfung aus. Unter Jenen, die dagegen stimmten, nenne ich noch: Uhland, Kuranda, Schuselka, Arndt.

Jordan aus Berlin erklärt im Namen mehrerer Mitglieder der Linken zu Protokoll, daß sie gegen das Gesetz gestimmt, weil dasselbe durch Aufstellung eines „unverantwortlichen" Reichsverwesers den Grundsatz der Volkssouveränität verletze und den Revolutionszustand verlängere.

Das Gesetz wird vom Vorsitzenden verkündigt. Es lautet:

Gesetz für Einführung

einer provisorischen Centralgewalt für Deutschland.

1) Bis zur definitiven Begründung einer Regierungsgewalt für Deutschland soll eine provisorische Centralgewalt für alle gemeinsamen Angelegenheiten der deutschen Nation bestellt werden.

2) Dieselbe hat
   a) die vollziehende Gewalt zu üben in allen Angelegenheiten, welche die allgemeine Sicherheit und Wohlfahrt des deutschen Bundesstaates betreffen;
   b) die Oberleitung der gesammten bewaffneten Macht zu übernehmen und namentlich die Oberbefehlshaber derselben zu ernennen;
   c) die völkerrechtliche und handelspolitische Vertretung Deutschlands auszuüben und zu diesem Ende Gesandte und Consuln zu ernennen;

3) Die Errichtung des Verfassungswerks bleibt von der Wirksamkeit der Centralgewalt ausgeschlossen.

4) Ueber Krieg und Frieden und über Verträge mit auswärtigen Mächten beschließt die Centralgewalt im Einverständniß mit der Nationalversammlung.

5) Die provisorische Centralgewalt wird einem Reichsverweser übertragen, welcher von der Nationalversammlung gewählt wird.

6) Der Reichsverweser übt seine Gewalt durch von ihm ernannte, der Nationalversammlung verantwortliche Minister aus. Alle Anordnungen desselben bedürfen zu ihrer Gültigkeit der Gegenzeichnung wenigstens eines verantwortlichen Ministers.

7) Der Reichsverweser ist unverantwortlich.

8) Ueber die Verantwortlichkeit der Minister wird die Nationalversammlung ein besonderes Gesetz erlassen.

9) Die Minister haben das Recht, den Berathungen der Nationalversammlung beizuwohnen und von derselben gehört zu werden.

10) Die Minister haben die Verpflichtung, auf Verlangen der Nationalversammlung in derselben zu erscheinen und Auskunft zu ertheilen.

11) Die Minister haben das Stimmrecht in der Nationalversammlung nur dann, wenn sie als deren Mitglieder gewählt sind.

12) Die Stellung des Reichsverwesers ist mit der eines Abgeordneten der Nationalversammlung unvereinbar.

13) Mit dem Eintritt der Wirksamkeit der provisorischen Centralgewalt hört das Bestehen des Bundestages auf.

14) Die Centralgewalt hat sich in Beziehung auf die Vollziehungsmaßregeln, so weit thunlich, mit den Bevollmächtigten der einzelnen Regierungen ins Einvernehmen zu setzen.

15) Sobald das Verfassungswerk für Deutschland vollendet und in Ausführung gebracht ist, hört die Thätigkeit der provisorischen Centralgewalt auf.

Nach Verkündigung des Gesetzes wird die Sitzung geschlossen und die nächste auf morgen 12 Uhr (mit Rücksicht auf den Feiertag) festgesetzt. Tagesordnung: Wahl eines Reichsverwesers auf den Grund des heute berathenen Gesetzes.

Frankfurt, 29. Juni.

Erzherzog Johann ist durch die konstituirende Nationalversammlung zum Reichsverweser gewählt worden. Er erhielt 436 Stimmen; auf Heinrich Gagern fielen 52, auf Itzstein 32, auf Erzherzog Stephan 1 Stimme. 25 Mitglieder enthielten sich der Abstimmung. Es war ein feierlicher Augenblick, als der Präsident das Resultat der Abstimmung der Ver-

Digitized by Google

sammlung bekannt machte, und das Geläute der Glocken und die Kanonensalven den Anfang einer neuen Epoche für Deutschland verkündeten.

Ueber einige Paragraphen des neuen Verfassungs-Entwurfes für die vereinigte Kirche der Pfalz.

(Schluß.)

Dieser Einwand widerspricht nun aber durchaus den Sitten der freien Völker in ihrem Staatsleben. Die Regierungen freier Völker wenden sich bei wichtigen Staatsangelegenheiten an das ganze Volk, damit es seinen Willen kund thue, selbst wenn es an einer dieses Volk vertretenden Körperschaft nicht fehlt. In der Schweiz sehen wir die Landesgemeinden sich versammeln, um bei öffentlichen Angelegenheiten von besonderer Wichtigkeit ihre Stimme abzugeben. In Nordamerika wird der Präsident der Republik nicht etwa von dem Repräsentantenhause oder dem Senat gewählt, sondern von dem ganzen Volke; und wenn auch diese Wahl nicht unmittelbar, sondern durch Wahlmänner geschieht, so ist es doch das Gesammtvolk, welches durch einen besonderen Wahlort seine Stimme gibt. Diese Vorgänge beweisen, daß, je wichtiger die Entscheidung ist, welche gegeben werden soll, man an einen um so größeren Kreis von Berechtigten sich wendet. Warum läßt man die Mitglieder zur deutschen Reichsversammlung nicht eben durch die einzelnen Landeskammern wählen, welcher Weg doch kürzer und bequemer wäre? Hat sich nicht die öffentliche Meinung energisch dagegen ausgesprochen, als man in Preußen den Versuch machte, die Abgeordneten nach Frankfurt durch den vereinigten Landtag in Berlin wählen zu lassen? Ist uns denn nicht mehr lebhaft im Gedächtniß, wie durchaus unpopulär unser jüngst zu Grabe getragenes Wahlgesetz zur bayerischen Ständeversammlung war? Und hatte nicht dieses eine auffallende Aehnlichkeit mit dem Wahlgesetze des Entwurfes?

Dort Urwähler, Gemeinderath, Wahlmännerschaft, Abgeordnetenkammer; hier Urwähler, Presbyterium, Diöcesansynode, Generalsynode. Jenes Wahlsystem hatte aber vor dem vorliegenden noch den Vorzug, daß dort die Wahlmänner alle gewählte Vertreter waren, während hier nach dem verbesserten Entwurfe immer noch ein Drittheil privilegirte sind.

Man behauptet ferner, die unmittelbaren Wahlen seyen unpartheiisch, und im vorliegenden Falle bedenklich, da man der orthodoxen Parthei einen zu großen Einfluß auf dieselben möglich mache. Wir wollen uns hier nicht vertiefen in die Erörterung über den Vorzug der mittelbaren oder unmittelbaren Wahlen, sondern nur erwähnen, daß es sich zunächst darum handelt, allen Gliedern unserer Kirche einen mehr unmittelbaren Antheil an der Wahl zu geben, indem man sie zu einem besonderen Wahlact zur Bildung der Generalsynode beruft. Dieser Wahlact selbst kann nun ein mittelbarer durch gewählte Wahlmänner oder ein unmittelbarer seyn. Durch die erstere Art könnte dem übergroßen Einfluß einer Parthei begegnet werden; übrigens ist nicht zu übersehen, daß alle Aussichten vorhanden sind, daß das Häuflein der orthodoxen Geistlichen in der Pfalz von jetzt an mehr und mehr schwinden, und ihr Einfluß auf etwa unmittelbare Wahlen in Zukunft keinen Ausschlag geben werde.

Endlich wurde geltend gemacht, der Antheil der Weltlichen an dem Kirchenregiment sey hinlänglich dadurch gesichert, daß 2 Drittheile der Sitze in den Synoden von Weltlichen eingenommen würden. Klingt es doch immer noch, als ob die Weltlichen aus Gnade in den Synoden zugelassen seyen, und als ob sie nicht eigentlich die Kirche bildeten! Nein gerade weil dieses Verhältniß ein Zugeständniß ist, das die Weltlichen den Geistlichen machen, so darf wenigstens der den Weltlichen gebührende Antheil an den Wahlen nicht verkürzt werden. Mag nun das geistliche Drittheil der Generalsynode immerhin durch die Bezirkssynode hervorgehen (da eine unmittelbare allgemeine Wahl der Geistlichen Mißstände haben könnte), die Wahl der weltlichen Mitglieder derselben kann gerechter Weise nur durch die Gesammtheit aller Glaubensgenossen geschehen. Wenn die Kirche Leben gewinnen und nicht die bisherige Gleichgültigkeit der übergroßen Mehrzahl der Protestanten gegen kirchliche Angelegenheiten fortdauern soll, so entziehe man ihnen nicht ihr unveräußerliches Recht. Wem ist es nicht bekannt, daß während der politischen Ebbe in Deutschland im badischen Volke die bei weitem größte politische Regsamkeit und vorgerückteste politische Bildung herrschte? Welch' anderer Ursache ist dies zuzuschreiben, als dem freisinnigen Wahlgesetze, dessen sich dieser Staat seither zu erfreuen hatte? Wir wundern uns jetzt, daß unsere Väter im Jahre 1818 uns eine Kirchenverfassung schufen, welche es nicht vermochte, der Kirche ein nur einigermaßen gedeihliches Leben zu geben, werden denn nicht unsere Enkel es unbegreiflich finden, daß wir in dem

Digitized by Google

welthistorischen Jahre 1848, in welchem so viele politische Gebäude auf demokratischer Grundlage erhoben wurden, gerade bei der Kirche, welcher ihrem Wesen nach nur die reinste demokratische Verfassung angemessen ist, diesen Grundsatz haben verläugnen können?

Aufruf
an sämmtliche pfälzische Volksschullehrer.

Theure Amtsgenossen!

Die Bewegungen der Neuzeit im staatlichen und kirchlichen Leben beginnen mehr als je, sich auch auf das Gebiet der Schule und insbesondere des der Volksschule zu erstrecken. Je mehr man den gerechten Forderungen des Volkes auf den Grund geht, je mehr das Volk selbst in breitester Grundlage zum Bewußtseyn und zur Einsicht seiner Forderungen kommt, desto allgemeiner anerkennt man, daß nur in einer genügenden Volksbildung die sichersten Garantieen für die Rechte und Freiheiten des Volkes auf die Dauer gefunden werden können, daß darum der Anspruch auf Bildung zu den Rechten des Volkes selbst gehört. Man sieht ein, daß die Volksschulen „an der Skala der die Intelligenz entwickelnden Kräfte zwar nicht die höchsten, aber die untersten, ersten, und eben darum die nothwendigsten" Anstalten sind, um unserm deutschen Vaterlande durch Pflegung und Kräftigung deutschen Sinnes, deutschen Geistes, deutschen Gemüthes und deutscher Thatkraft in unserer deutschen Jugend eine schöne und glückliche Zukunft zu bereiten. Das Volk begehrt darum, daß die Schule seiner Jugend mit denselben Rechten und Freiheiten betraut werde, die es selbst berechtigt ist, anzusprechen; daß ihr diejenige Stellung im Staate zukomme, in der sie sich zu voller Thatkraft entwickeln kann; daß darum ihre Organe, die Lehrer, auch aus mechanischen Schulhaltern und sclavischen Werkzeugen gewisser Partheien zu gewissen Zwecken im wahren Sinne Männer des Volkes zu Bildung seiner Jugend werden sollen.

Von diesem Geiste und Verlangen zeugt eine Adresse an die constituirende Nationalversammlung, welche am 25. Juni in einer Volksversammlung in dem Fruchthalsaale zu Kaiserslautern vorgelesen und einmüthig angenommen ward. Da gleichzeitig beschlossen wurde, diese Adresse in vielen Exemplaren drucken zu lassen, um sie wo möglich in allen Gemeinden der Pfalz zur Unterzeichnung zu verbreiten; so wird von deren näherem Inhalte und den darin gestellten Anträgen jeder meiner Collegen seiner Zeit Kenntniß und Urtheil nehmen können.

An uns selbst aber ist es nun, dem Volke zu zeigen, daß wir warm für seine Interessen in unserem Berufe erglüht sind, und daß wir uns entschieden auf die Seite des Fortschritts stellen. Vorwärts für Bildung! sey unsere Loosung; so wahr mir ein deutsches Herz im Busen schlägt, so wahr sey mein Streben und Wirken der Bildung der deutschen Jugend geweiht! unser Vorsatz; ich bin stolz darauf, ein deutscher Volksschullehrer zu seyn! das Nationalgefühl unseres Berufes. So gedeiht Einheit, Freiheit und Wohlfahrt des Vaterlandes durch deutsche Lehrer und deutsche Schulen.

Werthe Amtsgenossen! An Euch alle ergeht daher der Ruf, wirksam für die Verbreitung obiger Adresse zu sorgen, und wenn sie in Euerer Gemeinde zur Unterzeichnung aufgelegt wird, durch Bekämpfung unrichtiger Vorurtheile mittelst sachlicher Belehrung freudiges Unterschreiben zu erzwecken. Es ergeht ferner der Ruf zur Besprechung der Sache an und für sich und zur Vereinbarung über zu nehmende Maaßregeln, wie der Reaktion entgegengearbeitet, und das Interesse und die Intelligenz des Volkes, wo es noch noth thut, für die Sache der Volksschule belebt und gefördert werden könne, sich ohne Unterschied der Confessionen nach Kantonen kraft des freien Associationsrechtes zu versammeln und zwar schon in den ersten Wochen des Monats Juli, um ein einträchtiges Zusammenwirken, das uns noch so sehr fehlt, herbeizuführen. Die Collegen in den Kantonsstädten werden die Bestimmung des Ortes und des Tages der Versammlung durch ein Rundschreiben übernehmen.

„Vorwärts für Bildung!"

Mit deutschem Gruß und Handschlage

ein Amtsbruder.

Ball-Anzeige.

Nächsten Sonntag, den 2. Juli, findet zur Feier der Eröffnung der Eisenbahn ein großer Ball in der Fruchthalle (Anfang Abends 8 Uhr) statt. Der Eintrittspreis für Herrn beträgt 48 Kreuzer. Billete sind bei den Herrn Apotheker Ricker, Bierbrauer Wächter und Kaufmann Weber in der Mainzerstraße, sowie Abends an der Kasse zu haben.

Kaiserslautern, den 30. Juni 1848.

Das Comite.

Verantwortlicher Redakteur N. Schmitt. — Druck und Verlag von J. Kayser.

Digitized by Google

Plauderstübchen.

Beiblatt zum Boten für Stadt und Land.

Nr. 54. Kaiserslautern, Montag 3. Juli **1848.**

Die Eichen.

Stehen ihrer acht und dreißig
Eichen auf engem Raum;
Aber keine wird, das weiß ich,
Werden zum rechten Baum.

Denn der Boden, so eng gemessen,
Hat nicht so viel Mark,
Daß sich acht und dreißig fressen
Von ihm groß und stark.

Weil darum die acht und dreißig
Nur so Eichlein sind,
Zaust und fegt sie auch wie Reisig
Jeder schwache Wind.

Laß ich von den acht und dreißig
Nur die stärkste stehn,
Wird man diese bald, das weiß ich,
Als eine Eiche sehn,

Die nicht mehr vor jedem Weste
Ihre Krone beugt;
Sondern schützend ihre Aeste
Ueber Jeden neigt.

Biebinger.

Aus Frankfurt.

Briefe an Kunz.

1.

Am 30. Juni, Morgens.

So hätten wir denn in zwei Tagen eine Leichen- und eine Geburtsfeier gehabt: das Leichenbegängniß des Bundestages unrühmlichen Andenkens und die Geburt des provisorischen Reichsverwesers.

Täuschen mich meine Wahrnehmungen nicht ganz, so hat die Aufhebung des Bundestages in Frankfurt mehr Freude hervorgerufen, als die Wahl des Reichsverwesers.

Vorgestern sah man nur vergnügte Gesichter, wohin man auch kam, und Alles sprach scherzend von einem stattlichen Leichenbegängnisse, das man dem hohen Verblichenen bereiten wolle; inzwischen unterblieb die Sache aus einem sehr zu lobenden Schicklichkeitsgefühle. Gestern ertönten zwar im Augenblicke, in welchem der Vorsitzende die Wahl des Reichsverwesers proklamirte, donnernde Vivats auf der Rechten und der Gallerie, die Glocken läuteten und die Kanonen donnerten; die Linke aber saß stumm und unbeweglich. Ueber einen unverantwortlichen Reichsverweser konnte sie sich nicht freuen, einem verantwortlichen hätte sie aus voller Seele zugejauchzt. Wie die Linke, denkt aber der größere Theil der Bewohner Frankfurts. Auf der Zeil hingen einige schwarz-roth-goldene Fahnen aus, denn hier wohnen meistens Kaufleute und Geldmänner, die froh sind, daß sie nun wieder in Effekten machen können; sonst aber war die Physiognomie der Stadt völlig die gewöhnliche und keine Spur von freudiger Erregung.

Ich saß am Abend im Theater hinter zwei Herren, die eifrig und laut politisirten. Der Eine meinte, die Geschichte mit dem Tode des Bundestages und der Geburt des Reichverwesers sey ihm vorgekommen, wie in früherer Zeit die Geschichte eines französischen Thronwechsels, wo der Herold an den Straßenecken ausgerufen: „Le roi est mort! Vive le roi!“ (der König ist todt! es lebe der König). Es wäre schlimm, wenn der Mann recht hätte!

Heute Morgen ist die Siebenerdeputation nach Wien abgegangen, um dem Erzherzog Johann feierlich die auf ihn gefallene Wahl kund zu geben. Ob er das neue Amt annehmen wird oder nicht? darüber sind die Meinungen sehr getheilt.

Es wird Dir nicht uninteressant seyn, zu vernehmen, in welcher Weise die pfälzischen Abgeordneten sich bei der Wahl des Reichsverwesers betheiligten. Schüler aus Zweibrücken und Reichard aus Speyer enthielten sich der Abstimmung, weil sie keinen Unverantwortlichen wählen wollten; Spatz aus Frankenthal stimmte für Ißstein, Kolb aus Speyer, Gulden aus Zweibrücken, Tafel von da, Glaß aus Landau, Christmann aus Dürkheim, Umbscheiden aus Dahn und Schmitt aus Kaiserslautern für Gagern, für

Digitized by Google

letzteren hat auch Stockinger gestimmt. Schließlich sey bemerkt, daß die Frage der Wahl nicht als Partheifrage, sondern als sogenannte „offene“ betrachtet ward.

2.

Sitzung vom 30. Juni. Nach Verlesung des Protokolles und Erledigung einiger Reklamationen läßt der Vorsitzende durch einen der Schriftführer ein Schreiben des Abgeordneten Kapp aus Heidelberg mittheilen, worin dieser seinen Austritt anzeigt, weil ihm in einer früheren Sitzung das Wort vom Vorsitzenden verweigert worden sey. Die Entlassung wird angenommen und beschlossen, die badische Regierung aufzufordern, eine neue Wahl in dem Wahlbezirke von Kapp anzuordnen.

Kold aus Speyer erhält das Wort, um die Dringlichkeit eines Antrages zu begründen, das Verbot der Geldausfuhr aus Oesterreich resp. die Verlängerung dieses Verbotes betreffend. Die Sache wird an den Ausschuß für Volkswirthschaft verwiesen und diesem die schleunige Erledigung anempfohlen.

Tagesordnung: Wahl eines Vorsitzenden und zweier Stellvertreter, eine Wahl, die nach der Geschäftsordnung alle Monate zu geschehen hat. Zum Vorsitzenden wurde gewählt: Heinrich von Gagern mit 399 Stimmen. 68 Stimmen erhielt Heinrich Simon aus Breslau, 12 Blum aus Leipzig, 2 von Soiron aus Mannheim; Dahlmann aus Bonn, Krigner aus Wien, Heckscher aus Hamburg, Lychnowski aus Ratibor, Radowitz aus Berlin und von Vincke aus Hagen erhalten jeder eine Stimme. Zum ersten Stellvertreter des Vorsitzenden wurde v. Soiron aus Mannheim mit 359 Stimmen gewählt, 104 Stimmen erhielt Robert Blum. Die 20 übrigen Stimmen zersplitterten sich auf 8 bis 10 Personen.

Zweiter Stellvertreter ist von Andrian aus Wien. Er erhielt 277 Stimmen. 182 fielen auf Heinrich Simon von Breslau. Die übrigen Stimmen haben sich zersplittert. Es sind sonach der Vorsitzende und seine Stellvertreter die nämlichen geblieben.

Nachdem noch Einiges über Festsetzung der Tagesordnung für die nächsten Sitzungen verhandelt worden, wird die Sitzung geschlossen und die nächste auf morgen festgesetzt.

3.

Kapps Austritt aus der Nationalversammlung wird von allen Seiten, selbst von jener seiner entschiedensten Gesinnungsgenossen, mißbilligt. Man ist allgemein der Ansicht, daß, die volle Wahrheit der Thatsache vorausgesetzt, wegen deren Kapp sich beschwert, ein Grund zum Austritte nicht vorlag, da der Verletzte in anderer Weise sein Recht hätte suchen können. Ich theile Dir Kapp's eben bereits erwähnten Brief mit und bemerke, daß das darin vorkommende Wort „verdahlmannt“ große Heiterkeit erregt hat. Es ist eine sehr glückliche Nachbildung des bekannten Wortes „verballhornt“.

Der Abgeordnete Kapp
an
Herrn v. Gagern, Präsidenten der Nationalversammlung.

Gestern Morgen hatte ich gleich zu Anfang der Sitzung in einer dringlichen Angelegenheit auf wenige Augenblicke Sie und Herrn v. Soiron um's Wort gebeten; letzterer hat sich indessen trotz meiner vier Mal wiederholten Forderung wie gewöhnlich gemüßigt gefunden, mir dasselbe abzuschneiden. In die Unmöglichkeit versetzt, mich mündlich erklären zu können, bin ich gezwungen, die Gründe meines Austrittes schriftlich auf die Tafel des Hauses niederzulegen und Sie zu ersuchen, dies Schreiben sofort der National-Versammlung mitzutheilen.

Als ich am Montag Morgen, den 26. d. M., den Antrag auf Gründung einer großen deutschen National-Bank dem Präsidium übergab, glaubte ich nicht, noch am Abend desselben Tages einen Vorfall erleben zu müssen, der in den Annalen parlamentarischer Verhandlungen kaum seines Gleichen hat. Mit gewohnter Milde und Nachsicht würde ich jedoch diesen Vorfall, wie andere ähnliche — ich nenne nur die zaghafte Vertagung der Wahlfrage Peters, der Mannheimer Beschwerden und das Benehmen in der Mainzer Angelegenheit — übersehen haben, wenn ich nicht auf dem Geiste, welcher in den Hauptfragen die Mehrzahl der Versammlung beherrscht, die tragische Ueberzeugung gewonnen hätte, daß die National-Versammlung nicht nur die Gesetze verläugnet, welche sie sich selbst gegeben, sondern auch den Boden verläßt, auf welchem sie zu stehen berufen ist, daß sich also das Schicksal Deutschlands nicht in diesem Saale, sondern außer ihm, nicht durch Worte und diplomatische Künste, sondern durch Thaten, durch Ereignisse entscheiden wird.

So schmerzlich es mir ist, dies aussprechen zu müssen, so wenig ich zu separatistischen Schritten geneigt bin, so kann ich es doch im Geiste meiner Wähler mit meiner Ehre und meinem Gewissen nicht vereinigen, noch länger einer National-Versammlung anzugehören, welche in Tagen solcher Noth ihr Schicksal außer sich setzt und nicht zu begreifen wagt, daß die Thatsachen unserer neuen Geschichte nichts anderes als die offenbar gewordenen Prinzipien des Jahrhunderts sind. Einen erneuten glänzenden Beweis der Verleugnung ihres Ursprungs, der Verkennung ihrer Aufgabe, der Verkennung der Forderungen und Hoffnungen des Volkes hat die National-Versammlung in taktvoller Harmlosigkeit bei der gestrigen Abstimmung dadurch geliefert, daß sie die Centralgewalt von der Verbindlichkeit, die Beschlüsse der Nationalversammlung zu vollziehen, entband, jene also unabhängig von sich hinstellte, mithin sich selbst zur Antichambre des künftigen Reichsverwesers degradirte; bei ihrer heutigen Abstimmung aber dadurch, daß sie eben diesen Reichsverweser mit mehr als doppelter Majorität aller Verantwortlichkeit überhob und auf diese Weise die Macht- und Rechts-Vollkommenheit des Volkes verdahlmannte.

Indem ich auf Grund dieser Thatsachen meinen Austritt erkläre, verbinde ich mit dem hochachtungsvollsten Gruße an die

Digitized by Google

Ehrenmänner aller Bänke den Wunsch, daß mein Ausscheiden die Ursachen mit entfernen helfe, welche zu diesem Schritte genöthigt haben.

Frankfurt, den 28. Juni 1848, Vormittags 11½ Uhr.

Aus dem Räsonirwinkel*).

Eine Lebensfrage.

Schade, daß man jetzt nicht mit Fug und Recht sagen kann: „Geld wie Heu!“ Heu gibt es genug und Früchte aller Art in überreicher Fülle, aber des Geldes ist zu wenig in Gewerb und Verkehr, im Haushalte des Einzelnen, so wie in dem des Staates. Und doch ist es gerade eine Zeit, in der man desselben in allen Ecken und Enden recht viel braucht, und noch mehr brauchen könnte. Vorab dem Staatshaushalte thäten jetzt bedeutende Geldmittel noth, um alle die angebahnten Verbesserungen in's Leben zu rufen, und jede nöthige Vor- und Fürsorge zum Besten des Volkes eintreten zu lassen.

Ich ziele hier besonders auf einen wichtigen Punkt, auf die Anlegung von Kornmagazinen. Wir haben noch vor einem Jahre die bittere Erfahrung gemacht, wie übel ein Land daran ist, das in Zeiten der Noth keine Vorräthe besitzt, um den Hunger seiner Bürger ohne fast unerschwingliche Opfer zu stillen, und diese Bürger den schlimmen Machinationen der Speculanten und Wucherer unbedingt preisgeben muß. Wir haben in der theueren Zeit etwas gelernt, und heuer wären Zeit und Gelegenheit geboten, die erhaltene Lehre zu benützen. Die Ernte wird voraussichtlich einen unermeßlichen Fruchtertrag liefern, und die Fruchtpreise, die jetzt schon ziemlich niedrig stehen, müssen natürlich noch tiefer sinken. Wie gut wäre es, wenn der Staat in diesem Jahre Getraide aufkaufen, und sich so für Zeiten der Noth gehörig vorsehen könnte! wie gut, wenn er wenigstens einen Theil der Steuern anstatt in Geld in Korn abtragen lassen könnte! Es wäre durch die letztere Maaßregel dem minder wohlhabenden Landmanne, der wenig oder kein baares Geld besitzt, wesentlich genützt, und durch die erstere, nämlich durch den Aufkauf für Magazine, wäre dem allzutiefen Fallen der Fruchtpreise in etwas vorgebeugt und dem Landmanne Gelegenheit gegeben, seinen Vorrath wenigstens einigermaßen entsprechend zu verwerthen. Es würde dadurch einer allzugroßen Geldnoth auf dem Lande und dem Ruine mancher Familie in etwas abgeholfen und vorgebeugt.

Doch die Unmöglichkeit, gerade in diesem Jahre von Staatswegen solche Vorrathsspeicher anzulegen muß jedermann einleuchten. Der Staat braucht jetzt vor allen Dingen Geld, Geld und wieder Geld — baares Geld. Dadurch allein kann er in dieser Zeit über Wasser erhalten werden.

Es gibt aber Gemeinden, die immerhin über schöne Mittel zu gebieten haben, und diese sollten den Gedanken an die Anlegung von Kornspeichern mit Ernst und Eifer aufnehmen, und so nach Kräften den nutzbringenden Forderungen der Gegenwart, wie denen der Zukunft, gebührende Rechnung tragen, bis der Staat in die Lage gesetzt ist, das Werk selbst und für die Gesammtheit der Bürger zu übernehmen.

Möge dieses wohlgemeinte Wort wenigstens in Erwägung gezogen werden.

Ueber das Zusammen-Separiren.

Das freie Versammlungs- und Vereinigungsrecht ist Gott sey Dank! errungen, aber es scheint fast, als wollten wir uns alle so vereinigen, daß wir gänzlich auseinandekommen. Ueberall separiren sich die Leute hübsch zusammen, und ehe wir uns umsehen, sieht man die allgemeine Menschheit, das Vaterland und das Bürgerthum vor lauter Sonderbünden nicht mehr.

In Köln haben sich die Barbiere ein großes Stelldichein gegeben (unser Dr. Gscheitle war leider nicht dabei), und sind ohne Zweifel dahin einig geworden, daß die Welt nach wie vor geschoren werden müsse. — Item haben sich in selbiger Stadt die Metzger zusammengefunden, und sind auch recht einverständig wieder auseinandergegangen. Ob die uns wohlfeiles Fleisch berathen haben? — Ferner hat dieser Tage zu Leipzig zweimal hintereinander ein Dienstmädchen-Parlament stattgefunden, und die Hausfrauen ziehen schon schiefe Gesichter über die Wirkungen dieses Vereins. — Die Gastwirthe werden nächstens auch eine große Versammlung hal-

*) Also nennen wir das Plätzchen, wo sich die räsonirlustigsten der Plauderstübchens-Genossen nach neuestem Brauche gleichfalls zusammen-separirt haben, um so recht nach Herzenslust über Alles loszuziehen, was eben in der Welt nicht nach ihrem und darum, wie sie völligst überzeugt sind, auch nicht nach anderer Leute Sinn ist. Da kömmt denn Manches heraus, was nicht einmal hörens-, geschweige druckenswerth, aber auch Manches, was hörens- und druckenswerth ist. Was nun hiervon durch den Vicebogen aufgeschnappt wird, soll künftig alsogleich den alten und neuen der geneigten Leser aufgetischt werden.

Digitized by Google

ten und dabei ohne Zweifel auch über die zweckmäßigste Anwendung der Kreide deliberiren, jedenfalls zu Nutz und Frommen der Reisenden.

Wenn das so fort geht und allenthalben Gleich und Gleich sich zu gesellen anfängt, so gibt das nach und nach die reinsten Sonderbünde und es kann daraus ein zwar unblutiger, aber doch gefährlicher Krieg Aller gegen Alle entstehen. Denn die gesonderten Interessen laufen nicht leicht wieder in einem allgemeinen Interesse zusammen.

Gott behüte uns davor, daß wir uns immer mehr auseinander vereinigen und am Ende in viel schrofferer Weise nebeneinander stehen, als weiland die Zünfte und Innungen, die Clubbs und geschlossenen Gesellschaften. Gott behüte uns davor, daß nicht am Ende die Frauen gegen die Männer und die Männer gegen die Frauen sich vereinigen, es hätte ja sonst der ewige Krieg gar kein Ende.

Die Polizeistunde.

Die Polizeistunde macht gegenwärtig in der Pfalz viel von sich reden. Bekanntlich hat das Ministerium eine königliche Verfügung veröffentlicht, nach welcher die Polizeistunde in Städten auf 12 Uhr, in Landgemeinden auf 11 Uhr festgesetzt ist. Nun kommen aber die Herren Bürgermeister und sagen: „Diese Verfügung gilt nicht, denn sie kann einen gesetzlich gefaßten Polizeibeschluß des Bürgermeisters nicht aufheben, und so lange es diesem nicht gefällt, einen neuen zu fassen, bleibt's beim Alten." — Und die Herren Bürgermeister sind in ihrem Rechte.

Das hat hier und da schon zu Irrungen und Zwistigkeiten, zu Streit und Protokollen geführt. Wer gerne sitzt und die gesetzlichen Bestimmungen nicht genau kennt, hat sich auf die königliche Verfügung berufen und geglaubt, im Rechte zu seyn, wenn er abwarte, bis der zwölfte Glockenschlag ausgebrummt habe; die wohllöbliche Polizei aber war anderer Ansicht und hat Protokolle errichtet. So etwas ist unangenehm.

Bei dieser Gelegenheit wird wieder viel darüber gesprochen, ob es überhaupt recht und zweckmäßig sey, den Bürger durch eine Polizeistunde zu beschränken. Das Ja und Nein auf diese Frage fliegt hin und her. Die Gegner der Polizeistunde machen darauf aufmerksam, daß in großen Städten, wie z. B. Paris oder Wien, gar keine Polizeistunde festgesetzt sey, und daß man davon noch gar keine Nachtheile verspürt habe. Sie sagen ferner, man gewöhne sich im Allgemeinen doch, zu einer bestimmten Zeit nach Hause zu gehen, und gegen die Lumperei der eigentlichen Lumpen gäbe es in aller Welt und zu aller Zeit kein Präservativ. Sie geben zu, daß man gegen Störer der nächtlichen Ruhe und Verüber von Rauschercessen mit der nöthigen Strenge gesetzlich verfahren könne, wollen aber den ruhigen und friedlichen Bürger auch in der Nacht und bei seinem Trunke nicht beschränkt wissen, weil er keinen Vormund brauche.

Die Polizeistunde hat aber, wie gesagt, auch ihre Vertheidiger und sogar Lobredner. Ist die Zahl der Letzteren auch klein, so ist die ihrer Lobrednerinnen um so größer. Man meint von Seiten der Männer und der Frauen doch, Gelegenheit mache Diebe, und wo Einer gar nicht gebunden sey, werde er am Ende ungebunden, vielleicht gar unbändig. Man denkt, wenn unter zwanzig nur Einer durch die Polizeistunde in der Reihe gehalten und an eine gewisse Ordnung gewöhnt werde, so sey das immerhin als ein Gewinn zu betrachten. Die Parthei, welche für die Polizeistunde spricht, ist überhaupt der Ansicht, sie sey zur Erhaltung der Ruhe und selbst zur Förderung der Sittlichkeit nothwendig, und die großen Städte mit ihrem meist so ungestitteten Leben müsse man nie zum Muster nehmen. Vor allen eifern die Väter und Mütter, die Frauen und die Bräute für die Polizeistunde und möchten sie so frühe als möglich gestellt sehen. Diese Hausregierungen halten mit den Landesregierungen Ruhe für des Bürgers erste Pflicht, und ziehen Sitte und Finanzen gehörig in Betracht. Selbst die Wirthe und die Wirthinnen haben ihre Bedenken dabei, daß gar keine Polizeistunde seyn solle. Sie fürchten, es könne dann ein und der andere Gast seine Freude daran haben, bis nahe an den lichten Morgen zu sitzen und irgend jemand müsse eben dabei seyn.

Kurz, es gibt der Für und Wider auch in diesem Artikel so viele, daß selbst das Plauderstübchen nicht recht einig werden konnte, als die Sache jüngst Abends zur Sprache kam. Die Frage schwebt noch, wer etwas Absonderliches beizubringen weiß, was den Ausschlag geben könnte, mag sich hören lassen.

Berichtigung.

In einigen Exemplaren des Boten Nr. 82 heißt es in der Einladung der Lehrer des Kantons Kaiserslautern „Freitag den 8. Juli" statt „Freitag den 7. Juli", was hiermit berichtigt wird.

Verantwortlicher Redakteur R. Schmitt. — Druck und Verlag von J. Kayser.

Digitized by Google

Plauderstübchen.

Beiblatt zum Boten für Stadt und Land.

Nr. 55. Kaiserslautern, Donnerstag 6. Juli **1848.**

Lust an Deutschland.

O Deutschlands Felder ihr, o Deutschlands Gauen,
Wie seyd ihr schön und reich an edler Saat!
D'rum sollen deutsche Hände euch bebauen,
Bis einst zur letzten Ernt' der Schnitter naht.
So lang auf deutschen Furchen Aehren blühen,
Will ich für Deutschland auch das Schwert noch ziehen.

Was hebet Wälder ihr und deutsche Eichen
So frei und trotziglich das kühne Haupt?
Es soll den deutschen Mann kein Unfall beugen,
Wenn auch der Sturmwind seinen Stamm entlaubt.
D'rum soll das Schwert in meiner Faust auch blinken,
Bis deine letzten Eichen, Deutschland, sinken.

In stolzer Majestät zum Oceane
Unwiderstehlich deine Ströme gehn:
Soll darum frei und frisch nicht deine Fahne
Vom deutschen Mast auch auf dem Meere wehn?
Es soll mein deutsches Schwert darum nicht rasten,
Bis frei das Meer durchziehn die deutschen Masten.

Wer krönt ihr Dörfer euch und deutsche Städte
Mit goldnem Segen und mit Lust und Preis?
Euch krönen deutsche Hände um die Wette,
Euch krönt mit Gott im Himmel deutscher Fleiß.
Drum will ich fest mit Gott mein Schwert auch halten,
Bis sich die letzten deutschen Mauern spalten.

Ihr deutschen Berge, die ihr stille raget
Zum hohen Himmel — wie gedankenvoll; —
Nicht ewig währt es, in die Länder jaget
Die schwangre Wetterwolke ihr voll Groll.
So lang die Donner an euch widerhallen,
Soll auch dem Deutschen nicht das Schwert entfallen.

Es glänzt der Himmel in so zarter Bläue,
Und hüllt so mütterlich mein Deutschland ein;
Es ist, mein Deutschland, ja das Bild der Treue,
Es blüht im Herzen mir sein Widerschein.
D'rum will ich, Deutschland treu, mein Schwert auch zücken,
So lang die Himmel auf mich niederblicken.

Biebinger.

Aus Frankfurt.

Briefe an Kunz.

1.

Am 3. Juli.

Sitzung vom 3. Juli. Verlesung des Protokolles der vorigen Sitzung, wogegen keine Reclamation. Der Vorsitzende zeigt an, daß die provisorische Regierung von Schleswig-Holstein für die Abgeordneten der Nationalversammlung, sowie für Versendung der stenographischen Berichte Portofreiheit bewilligt hat.

Tagesordnung: Berathung der Grundrechte des deutschen Volkes. Der Berichterstatter des Verfassungsausschusses, Professor Beseler aus Greifswalde, erhält zuerst das Wort. Er verbreitet sich über die Gesichtspunkte, von denen der Ausschuß bei Fertigung des Entwurfes ausgegangen, sowie über die Zwecke, die er zu erreichen gestrebt. Es seyen äußerst schwierige Fragen vorgelegen, was allerdings nicht zu verkennen, die schreiendsten Mißbräuche zu beseitigen, aber auch vielfache Rechte und Interessen zu berücksichtigen gewesen. Das Prinzip der Einheit Deutschlands habe als leuchtendes vorgeschwebt. Redner schlägt nun eine zweimalige Berathung und Abstimmung über jeden einzelnen Paragraphen des Entwurfes vor, in der Art, daß, wenn man mit der ersten Berathung des Ganzen zu Ende, noch einmal von vorn angefangen werden soll. Dieser Vorschlag, eine Nachahmung des englischen Parlamentsverfahrens (erste, zweite, dritte Verlesung einer Bill), der zunächst Gründlichkeit der Berathung, Vermeidung von Widersprüchen und sorgfältige Redaction zum Zwecke hat, ruft eine lange Discussion hervor, an der sich eine Menge Redner betheiligen. Von der einen Seite wird er unterstützt, von der der andern als zeitraubend und darum in der jetzigen Lage Deutschlands gefahrbringend bekämpft. Verschiedene Verbesserungsanträge, dahin abzweckend, Gründlichkeit der Berathung mit möglichster Zeitersparniß zu verbinden, werden gestellt. Zuletzt wird der Ausschußantrag angenommen, dahin gehend, es soll eine zweimalige Berathung und Ab-

Digitized by Google

stimmung über jeden Paragraphen der beantragten Grundrechte des deutschen Volkes stattfinden; diese zweite Berathung und Abstimmung beginnt, sobald die erste Berathung und Abstimmung über das Ganze zu Ende geführt, und die neue Redaction, sowie sie durch die erste Verhandlung sich gebildet, vorgelegt ist. Fast die ganze Linke stimmte gegen den Antrag.

Ein Verbesserungsantrag von Schwetschke aus Halle, der jetzt zur Abstimmung kommen soll, und dahin geht: es solle bei der eben beschlossenen zweimaligen Berathung und Abstimmung das erstemal keine namentliche Abstimmung stattfinden, führt abermals eine lange, ziemlich stürmische Debatte herbei, indem dieser Antrag von mehreren Rednern als den Bestimmungen der Geschäftsordnung widerstreitend, und darum als unzulässig angefochten wird. Die Nationalversammlung spricht sich mit Stimmenmehrheit gegen die Zulässigkeit des Antrages aus.

Auf Antrag Hollandts aus Braunschweig wird noch beschlossen, daß bei der Berathung über den Entwurf der deutschen Volksrechte eine allgemeine Debatte nicht zugelassen werden, und die Anmeldung der Redner immer nur für den nächstfolgenden Paragraphen gelten solle.

Hiermit wird die Sitzung geschlossen. Morgen soll mit Berathung der Grundrechte selbst begonnen werden.

2.

Ein und fünfzig Mitglieder der Linken, welche mit unter den Hundert waren, die gegen das Gesetz über Errichtung einer provisorischen Centralgewalt gestimmt, haben ein Manifest an das deutsche Volk veröffentlicht, worin sie die Gründe auseinandersetzen, die sie zur Abgabe ihres Votums veranlaßten. Das Aktenstück lautet:

„An das deutsche Volk.

Die unterzeichneten Mitglieder der Nationalversammlung haben gegen die Annahme des Gesetzes über Errichtung einer provisorischen Centralgewalt für Deutschland gestimmt.

Wir glauben es uns, unsern Wählern und dem gesammten deutschen Volke schuldig zu seyn, die Gründe anzugeben, welche uns zu diesem Schritte bewogen haben, in einem Augenblicke, wo das ganze Vaterland mit ängstlicher Spannung der Gründung einer solchen Gewalt entgegensieht.

Auch wir wollten eine Centralgewalt; aber wir wollten, daß sie verantwortlich für ihre Maßregeln sey, daß sie die Beschlüsse der Nationalversammlung zu vollziehen habe; wir wollten, daß an die Spitze dieser Gewalt ein unter dem Gesetze stehender Staatsbürger gestellt werde.

Keine dieser Forderungen erfüllt das heute mit Stimmenmehrheit angenommene Gesetz.

Die Verpflichtung der Centralgewalt, die Beschlüsse der Nationalversammlung zu verkündigen und zu vollziehen, ist nicht anerkannt worden, und an der Spitze derselben soll ein unverantwortlicher Reichsverweser stehen.

Eine solche Gewalt ist unumschränkt, sie kann, wenn sie will, die Freiheit vernichten, für welche wir eine Bürgschaft wollten. Eine Einrichtung, welche der Arm der Freiheit werden sollte, kann ein Bollwerk der Tyrannei werden.

Wir konnten zur Errichtung einer solchen Centralgewalt die Hand nicht bieten; treu unserer Ueberzeugung konnten wir nicht stimmen für einen provisorischen Kaiser, der dem Volke nicht verantwortlich ist.

Frankfurt a. M., den 28. Juni 1848."

(Folgen die Unterschriften.)

3.

Unter mehreren Anträgen, welche dieser Tage gedruckt unter die Mitglieder der Nationalversammlung vertheilt wurden, findet sich folgender des Abgeordneten Titus Mareck aus Gräz:

In Erwägung, daß die Einheit Deutschlands und sohin das Wohl sämmtlicher Volksstämme am schnellsten und kräftigsten nur dadurch gefördert werden könne, daß sämmtliche deutsche Fürsten ihre Regierungen niederlegen:

1) Fordert die constituirende Nationalversammlung alle deutschen Fürsten auf, für sich und ihre Nachfolger den betreffenden Regierungen zu entsagen und auf diese Weise sich den Dank des gesammten deutschen Vaterlandes zu erwerben.
2) Wenn alle deutschen Fürsten diesem Wunsche nachgekommen seyn werden, schreitet die Nationalversammlung zur Wahl desjenigen Fürsten, welcher sohin an die Spitze der constitutionell-demokratischen deutschen Monarchie gestellt werden soll.
3) Dieser Fürst wird aus den Familiengliedern der abgetretenen deutschen Fürsten gewählt.

Der Antrag ist jedenfalls originell, und man ist gespannt, was die National-Versammlung bezüglich desselben beschließen wird.

Korrespondenz des Boten.

Obermoschel, den 20. Juni 1848.*)

Von einer würdigen und ernsten Feierlichkeit, wie solche in unserer Gemeinde noch nie vorgekommen, kehren wir eben zurück, es war die Beerdigung eines unserer braysten Mitbürger, des Maurers Johannes Jost, Hauptmann der hiesigen Bürgerwehr, der durch das Losgehen einer geladenen Büchse, sein Leben auf jämmerliche Weise verlor.

Die Unterzeichneten finden sich nicht berufen, die Vorzüge dieses braven Mannes näher zu erörtern, denn dieses ist bereits auf anerkennende Weise durch den Ortsgeistlichen geschehen, auch spricht hiefür die allgemeine Theilnahme bei der Beerdigungsfeier; allein für berufen halten sie sich, das traurige Ereigniß so darzustellen, wie es sich zugetragen, theils um Entstellungen vorzubeugen, theils aber auch zur Abwehr von Verunglimpfungen gegen Personen, die

*) Aus Mangel an Raum verspätet.

Digitized by Google

nicht im Entferntesten Schuld tragen können an diesem Unglücke.

Am letztverwichenen Sonntage, frühe um vier Uhr, rückte die hiesige Bürgerwehr-Mannschaft zur Waffenübung und zur Verpflichtung zum Gehorsame gegen ihre Vorgesetzten auf das bei hiesigem Orte gelegene Schloß Landsberg aus. Vor dem Aufbruche erhielten einige Offiziere und Zugführer, die noch nicht mit Säbeln versehen waren, aus der Gewehrsammlung unseres Obersten, des Herrn Bürgermeisters Neu, theils leichte Jagdflinten, theils Büchsen. Herr Neu hatte bereits einige Tage vorher seinem Waldhüter den Auftrag gegeben, seine sämmtlichen Gewehre zu reinigen und die geladenen auszuziehen, und hatte ferner noch die Vorsicht, bei Ueberreichung der abgegebenen Gewehre zur Untersuchung, ob dieselben nicht mehr geladen, aufzufordern. Diese Untersuchung geschah durch die Empfänger selbst, und Personen aus der Mannschaft wollen bemerkt haben, daß der Ladstock der dem Verunglückten übergebenen Büchse um ungefähr 1½ Zoll aus dem Laufe hervorstund. Der Unglückliche mußte, als früherer Militär, den Zustand seines Gewehres nun kennen, in welchem es nur aus Versehen des erwähnten Waldhüters belassen wurde; er mußte daher, wollen wir ein strenges Urtheil fällen, entweder diese Waffe zurückgeben, oder aber mit der größten Vorsicht dieselbe behandeln. Die Militärgewehre wurden ebenfalls untersucht, ob keins derselben geladen, und nun zog die Mannschaft unter Musik und Trommelschlag auf ihren Uebungsplatz.

Auf dem Berge angekommen, wurde, um der Mannschaft einige Erholung zu gönnen, zum Ablegen der Waffen kommandirt. An die Bajonette der in Pyramiden aufgestellten Militärflinten wurden die Stutzen, Instrumente und Trommel gehängt. Auch der Verunglückte legte sein Gewehr ab, ergriff es aber später wieder, wahrscheinlich in der guten Absicht, daß nicht ein Anderer dasselbe ergreife und sich beschädige, dabei äußerte er jedoch mehrmals den Wunsch, etwas Pulver zu besitzen, um einige Schüsse abfeuern zu können. Die Waffe vor sich gestellt, legte er beide Hände auf die Mündung des Laufes und lehnte sich, wie er dieses oft mit seinem Maßstabe gethan, mit der Brust über die Hände. In dieser Stellung unterhielt er sich ganz vergnügt mit seiner nächsten Umgebung, zu welcher Herr Neu selbst und einige der Unterzeichneten gehörten. Im Laufe des Gespräches wollte er, seiner Gewohnheit gemäß, die Beine übereinander schlagen und stieß hierbei an den Hahn des Gewehrs — der Schuß ging ihm, die beiden Hände zerschmetternd, in die Brust, und es erfolgte augenblicklicher Tod.

Dies zur Steuer der Wahrheit, sowie zur Warnung für Jeden, mit Schießwaffen nicht unvorsichtig umzugehen.

Zum Schlusse können wir uns nicht enthalten, den Bürgerwehr-Mannschaften von Alsenz, Obernheim und Rehborn, die so warmen Antheil bei der Beerdigung unseres Mitbürgers an den Tag legten, nochmals unsern innigsten und herzlichsten Dank hiermit öffentlich auszusprechen; jene von Meisenheim, welchen nur aus Versehen die Beerdigungsstunde nicht angezeigt wurde, bitten wir um Entschuldigung und danken ebenfalls für ihre herzliche Theilnahme an dem Schicksale des Verunglückten.

Das Offiziers-Corps der Bürgerwehr von Obermoschel: J. Schandein. Andreas Schuck. P. Jung. Bonnet. Benedikt. P. Elsenacher.

L . . . . . , den 1. Juli 1848.

Die mir von mehreren Seiten wiederholt gemachten Bemerkungen, dem Seminarinspektor Hrn. Wagner aus Kaiserslautern müsse doch, gegenüber mehrerer seiner Schüler, Unrecht geschehen, und er von diesen fälschlich verläumdet worden seyn, weil nunmehr 41 Zeugen auf einmal jene Anschuldigung als Lüge prädicirten, veranlassen mich, nach Mittheilung eines kuriosen Gerichtsfalles, auf die Erklärung im Boten für St. und L. Nr. 76, und der Sp. Z. Nr. 150 zurückzukommen.

Ein armer Schlucker ging bei Nacht auf den Acker seines reichen Nachbars, um sich mit etwas Spelz für den Winter zu versorgen.

Vom unwillkommenen Besuche der zwei Feldschützen gestört, mußte er sich seines schon gefüllten Sackes beraubt und dem betreffenden Richter überliefert sehen.

Nach der beeidigten Aussage der beiden Zeugen bemerkte der

Richter: Es haben diese zwei Zeugen gesehen, wie Er die Spelz ausgeklopft und damit seinen Sack gefüllt hat. Was hat Er dagegen zu bemerken?

Inculpat: Herr Richter! ich kann Ihnen aber 20 Zeugen bringen, die es nicht gesehen haben.

Richter: Und das kann Er?

Inculpat: Ja.

Richter: Dann freilich ist es anders. 20 sind mehr als zwei; Er ist frei.

Genannte 41 Zeugen fällen in einer Sache ein Urtheil, zu dem sie, die 6 Schüler des Hrn. Wagner

Digitized by Google

ausgenommen, durchaus incompetent sind. Die Gegner des Hrn. W., wie man sie zu nennen beliebt, reden von Vorfällen, die sich im Lehrsaale und innerhalb der Seminarmauern ereignet, und nur die Bewohner dieser Räume sind vermögend, über den wahren Sachbestand sprechen zu können. Selbst die Seminarlehrer können von dieser Incompetenz nicht freigesprochen werden, indem kein Lehrer der Anstalt sich an dem Wirken seines Collegen zu betheiligen hat, noch betheiligt; und wenn bei den Unterzeichnern auch 6 ehemalige Zöglinge des Seminars selbst sind, so mag dies vielleicht auch seine Ursache haben. Ist doch keine Heerde ohne Räudige; und haben nicht mehrere unserer Collegen durch ihre Thätigkeit bei dem neulichen Unkenrufe, hinsichtlich der berüchtigten Adresse wegen der Trennung der Schule von der Kirche, sich unsere Verachtung für immer zugezogen? Sie müssen wissen, mit welchem Blicke sie nunmehr ihren Amtsgenossen in's Auge sehen können, wenn sie solchen begegnen. Daß aber 29 Geistliche, — (sie saßen am 14. Juni im Saale der Fruchthalle alle auf der rechten Seite auf einem Häuflein beisammen; von der linken Seite finde ich keinen Namen —) ein Mennonitenprediger, ein Subrektor und eine Person ohne Titel, eine zur Allgemeinheit gewordene Sache in Abrede stellen, und die gegen Hrn. W. aufgetretenen Schüler der dreisten Lüge bezüchtigen wollen, ist eine Arroganz und unberufene Einmischung in eine Angelegenheit, die sich Hr. W. selbst hätte verbitten sollen; denn wer, eine falsche Anschuldigung selbst zu entkräften, zu seiner eigenen Kraft so wenig Vertrauen hat, daß er das Zeugniß Anderer beanspruchte, die zwar seine Person kennen, aber über sein Wirken unmöglich ein richtiges Urtheil zu fällen vermögen, dessen Sache mag nicht wohl sehr glänzend stehen.

Auch ich kenne Hrn. W. aus der Prüfung vom 8. Sept. v. J. und der vortrefflichen Schlußrede am 14. Juni im Saale der Fruchthalle von einer sehr günstigen Seite, und bei letzterer fielen mir unwillkürlich die Worte ein, die man von einem gewissen Minister sagte: „Wenn er keine Vergangenheit hätte, er müßte eine Zukunft haben;“ daß ich aber deßhalb seine so offen aufgetretenen Schüler der frechen Lüge strafen sollte, könnte mir nie einfallen.

Freche Lüge ist ein hartes Wort, und ich überlasse es den Betheiligten, sich gegen solche Angriffe zu verwahren. Nur frage ich, was die Unterzeichner der Erklärung mit den Worten: „In einer andern Zeit als der unsrigen“ ꝛc. sagen wollen? Wahrscheinlich das: „In einer andern Zeit, d. h. früher hätte man ein Quartblatt Papier und eine Feder voll Tinte angewendet und die armen Schulmeister waren abgesetzt.“ — Hoffentlich hat diese Zeit aufgehört, und mancher meiner Collegen kann dann mit jenem großen Dichter sprechen:

„Du hast mich lang und viel gek....,
„Ich will dich wieder k..... Sch...!

Von den Unterzeichnern der Erklärung kenne ich nur einige, glaube aber alle am 14. Juni im Fruchthallesaal beisammen auf der rechten Seite sitzen gesehen und auch mehrere davon gehört zu haben. — Die Frage, warum M. und K. auf der rechten und nicht bei der großen Mehrheit auf der linken Seite saßen, hat mir niemand beantwortet, nur bemerkte mir Jemand, es gäbe gewisse Geschöpfe, die, weil sie am Gründonnerstag geboren seyen, oft im Leben die Farben wechseln.

Ich dachte an die Hühner meiner Mutter und ging heim.

H.....g.

Die Monarchie als Volksbeglückerin.

Aus dem in Stuttgart erscheinenden „Eulenspiegel.“

Minister: Majestät! herrliche Nachrichten! Den Zollverein wird das deutsche Volk bejubeln und unser geheimes Bündniß mit England wird Hochdero Cassa einige Millionen einbringen. Zu befürchten steht zwar, daß verschiedene Gewerbe dabei zu Grunde gehen, namentlich die Leineweber eines langsamen Hungertods sterben werden; aber —

Majestät: Das thut nichts; man kann's nicht Allen recht machen.

Minister: Allerdings! Nur könnte doch möglicher Weise das verhungernde und verzweifelnde Volk sich erheben und —

Majestät: Zu was haben wir denn Soldaten? Man läßt die Canaille niederschießen.

Minister: Freilich! Aber es dürfte doch die Befürchtung auftauchen, daß die Soldaten, als Landeskinder, sich nicht gegen ihre hungernden Brüder gebrauchen lassen möchten.

Majestät: Bah!

Offizier: Wir raisonniren nicht, wir gehorchen!

Majestät: Brav, mein Sohn! Ihr sollt einen Groschen Zulage und bei nächster Gelegenheit Jeder einen Orden haben.

Offizier: Es lebe der Landesvater!

Berichtigung. In dem Artikel über den Verfassungsentwurf für die vereinigte Kirche der Pfalz haben sich einige sinnstörende Druckfehler eingeschlichen. Diese sind: Plauderstübchen № 52, S. 209, 1ste Spalte, Zeile 23 von unten, lese „Wahlact“ statt „Wahlort“ und S. 209, 2te Spalte, Zeile 2 von oben, lese „unpractisch“ statt „unpartheiisch“.

Verantwortlicher Redakteur N. Schmitt. — Druck und Verlag von J. Kayser.

Digitized by Google

Plauderstübchen.

Beiblatt zum Boten für Stadt und Land.

Nr. 56. Kaiserslautern, Samstag 8. Juli **1848.**

Aus Frankfurt.

Briefe an Kunz.

Am 5. Juli.

Die Partheien in der Paulskirche.

Bekanntlich gibt es in der Nationalversammlung fünf Partheien oder Fractionen, die äußerste Linke oder die radical-democratische Parthei, die eigentliche Linke, auch die gemäßigte Linke genannt, das linke Centrum, das rechte Centrum und die äußerste Rechte.

Was die numerische Stärke dieser Partheien betrifft, so mag es sich damit etwa folgendermaßen verhalten: die äußerste Linke zählt 30, die Linke zählt gegen 90 bis 100, die äußerste Rechte etwa 40 Anhänger. In die große Mehrzahl der Versammlung, gegen 400 Köpfe, theilen sich die beiden Centren.

Fragen wir nach den verschiedenen Zwecken dieser Partheien, so möge folgendes als Antwort dienen:

Die äußerste Linke und die Linke — bezüglich des Zweckes sind beide Fractionen eine, und nur bezüglich der Mittel findet Meinungsverschiedenheit statt — wollen Verwirklichung der Souveränität der Vollgewalt des deutschen Volkes in ihrer ganzen Ausdehnung und ohne irgend eine Beschränkung. Sie vindiciren der Nationalversammlung, als dem Organe des deutschen Volkes, allein und ausschließlich das Recht, die künftige Verfassung Deutschlands zu berathen, und vermittelst der geschaffenen Executivgewalt in's Leben einzuführen; sie gestehen dabei den einzelnen Fürsten kein weiteres Recht zu, als jedem andern Staatsbürger, denn auch die Fürstenmacht ist nur ein Ausfluß der Volkssouveränität, und die deutschen Fürsten sind darum ebenso wie jeder andere Deutsche den Beschlüssen der Nationalversammlung unterworfen. Die vereinigte Linke will ferner keinen unverantwortlichen Kaiser an die Spitze Deutschlands stellen, sondern einen verantwortlichen Präsidenten — denn der Begriff der Unverantwortlichkeit irgend eines Machthabers ist ein Unding, eine Fiction ohne Wesenheit, und hat sich längst überlebt. Darum soll der Gesammtstaat Deutschland eine Förderative- oder Bundesrepublik werden, wobei es den einzelnen Staaten völlig unbenommen bleibt, sich diejenige Regierungsform zu wählen, die ihnen am besten zusagt, sie sei nun constitutionell-monarchisch, wie in den meisten deutschen Staaten, oder republikanisch, wie z. B. in unseren freien Städten.

Der vereinigten Linken gegenüber steht die äußerste Rechte. Sie erkennt die Souveränität des Volkes nicht an, sondern hält an dem Königthum von Gottes Gnaden fest. Sie will darum die Rechte des deutschen Volkes auf dem Wege des Vertrages mit den Fürsten feststellen, d. h. die Fürsten sollen von ihrem Souveränitätsrechte einen Theil freiwillig an das Volk abgeben. Diese Parthei will aus dem deutschen Gesammtstaate ein deutsches Reich machen, an dessen Spitze ein unverantwortlicher Kaiser mit einem verantwortlichen Ministerium steht. Deutschland soll also in seiner Gesammtheit nicht ein Föderativstaat, sondern eine constitutionelle Monarchie werden.

Zwischen diesen beiden Partheien mitten inne steht die sogenannte dritte Parthei, die sich wieder in das linke oder rechte Centrum theilt, je nachdem sich die Anhänger derselben mehr zu den Ansichten der Linken oder Rechten hinneigen.

Nach diesen Abstufungen haben die Anhänger der verschiedenen Partheien auch ihre Plätze in der Paulskirche eingenommen.

Aus dem Gesagten geht hervor, daß nur die Parthei der vereinigten Linke und jene der äußersten Rechte klar ausgesprochenen Prinzipien folgen, jene dem Prinzipe der eigenen Vollgewalt (Souveränität) des deutschen Volkes, diese dem Prinzipe der Fürstensouveränität und des Vertrages zwischen Fürst und Volk. Die dritte Parthei, aus den beiden Centren bestehend, hat kein bestimmtes Prinzip, man müßte denn allenfalls das Nützlichkeitsprinzip als ein solches bezeichnen.

Zur dritten Parthei gehören alle Aengstlichen und Halben, mit einem Worte, alle Feinde entschiedener Maßregeln. Auch sie sind meist Anhänger des Prinzipes der Volkssouveränität, aber sie meinen, es sey klug und nützlich, diese Volkssouveränität nicht al-

Digitized by Google

lein auszuüben, sondern mit den Fürsten deßhalb zu unterhandeln. Sie möchten gerne das Volk in den Vollgenuß seiner Rechte einsetzen, aber sie fürchten, wenn sie diese Forderung unbedingt stellen, den Fürsten zu mißfallen. Daß zu dieser Klasse die meisten Universitätsprdfessoren, Minister und sonstige hohe Staatsbeamten, Geistliche u. s. w. gehören, begreift sich leicht.

Alles Halbe ist vom Uebel und Niemand kann zweien Herren dienen. Das gilt namentlich von der dritten Parthei.

In Wirklichkeit kann es in einem Staate nur zwei Partheien geben, jene des Fort- und jene des Rückschrittes*), Opposition und Reaktion. Wer sich zwischen beide Partheien stellt, bald hierhin, bald dorthin schwankt, und den Muth nicht hat, ein klares Ja oder Nein auszusprechen, der hat die Absicht, durchzuschlüpfen und mit heiler Haut davonzukommen, die Ereignisse mögen sich so oder anders gestalten. Aber diese Leute bedenken nicht, welchen unermeßlichen Nachtheil sie durch ihr zweizüngiges Benehmen stiften.

Wer hat den Thron des Bürgerkönigs Louis Philippe gestürzt? Niemand anders als die dritte Parthei in der Kammer, die Centren, die in ihrer Aengstlichkeit und Erbärmlichkeit stets den Ministern ihre Zustimmung zu allen halben Maßregeln gab und es dadurch der Regierung möglich machte, ihr verkehrtes Regiment so lange fortzuführen, bis zuletzt die ganze Geschichte mit einem Male über den Haufen stürzte.

Der alte Gesetzgeber Solon sah recht gut den Nachtheil ein, der aus einem solchen Treiben erwachsen muß. Er gab ein Gesetz, das jeden Staatsangehörigen zwang, sich für eine bestimmte Parthei zu erklären.

So lange der Stand der Partheien in der Nationalversammlung kein anderer wird, kann, wie jeder Vernünftige begreift, nichts Entscheidendes durchgesetzt werden. Alles was erzielt werden kann, sind halbe Maßregeln, und selbst diese werden nur dadurch möglich, daß ein förmliches Unterhandeln und eine Verständigung mit der dritten Parthei vorausgeht. Nur durch solche Unterhandlungen und förmlichen Vergleich war es damals bei Berathung des Raveaux'schen Antrages möglich, das Werner'sche Amendement durchzusetzen, welches das Prinzip der Volkssouveränität freilich nur in der blässesten Färbung und der verwässertsten Form ausspricht.

*) Wer stabil ist und nicht vorwärts geht, geht auch zurück.

Darum aber darf die Parthei des Fortschrittes in der Paulskirche nicht muthlos und des vergeblichen Kampfes nicht überdrüssig werden. In Zeiten der Revolution — und wir leben inmitten der größten aller Revolutionen — schreiten die Ereignisse mit ungeahnter Schnelle einher; treiben den Unentschlossenen vorwärts und zwingen den Zaghaften, eine entschiedene Haltung anzunehmen, sich einer bestimmten Parthei anzuschließen. Ich habe schon einmal gesagt! Noch ist der letzte Kampf nicht ausgekämpft, und kein Vernünftiger, der einen vorurtheilsfreien Blick auf das Weben und Treiben der Partheien in Deutschland wirft, kann sich darüber täuschen. Und so wäre es möglich, daß auch für die Versammlung in der Paulskirche bald die Zeit herankommt, von welcher ein deutscher Dichter singt, der sein langes Leben dem Dienste der Volkfreiheit geweiht hat, auf den ganz Deutschland stolz ist und den die Linke mit hoher Freude zu ihren entschiedensten Anhängern zählt:

Und wieder schwankt die ernste Wage,
Der alte Kampf belebt sich neu;
Es kommen erst die rechten Tage,
Wo Korn sich sondern wird von Spreu;
Wo man den Falschen von dem Treuen
Gehörig unterscheiden kann,
Den Unerschrocknen von dem Scheuen,
Den ganzen von dem halben Mann.

(Uhland.)

Der deutsche Reichsverweser.

Die Linke in Frankfurt hebt in ihrer Ansprache an das deutsche Volk besonders hervor, daß dem Reichsverweser nothwendig ein Kaiser folgen werde, und zwar ein Kaiser mit allen Anrechten der früheren deutschen Kaiser, mit dem dieser Würde nothwendigen Glanze und einer natürlich auch glänzenden Civilliste. Das ist allerdings eine bedenkliche Sache; denn noch ein Regent mehr zu unsern 34 gibt nach einem einfachen Additionsexempel 35 Fürsten. Unsern Nachbarn in Frankreich war ein Fürst zu viel, und sie entledigten sich deßhalb desselben. Die deutsche Gutmüthigkeit scheint dies verhängnißvolle Fatum ausgleichen, und den Thron, den man in Frankreich abschaffte, als fünfunddreißigsten den deutschen Thronen hinzufügen zu wollen.

Die Nationalversammlung glaubt vielleicht, wir seyen stolz darauf, recht viel ertragen zu können, und besonders ein so glänzendes flimmerndes Schaustück, wie einen Kaiserthron. Sie irrt sich aber. Ein

Digitized by Google

Kaiserthron ist in unserer Zeit nichts weiter, als ein Schaustück, das in der Ferne sich recht schön ausnimmt, aber in der Nähe betrachtet einem vermoderten, verrosteten Gerümpel gleicht, das man aus der Rüstkammer der Vorzeit herausgeholt und vergebens der Jetztzeit anzupassen sucht.

Das souveräne deutsche Volk hat die Abgeordneten nach Frankfurt gesendet, nicht um die gute alte Kaiserzeit aus ihrem mittelalterlichen Grabe wieder heraufzubeschwören, sondern um eine neue Zeit zu gründen, eine Zeit, in der nur die Souveränität des Volkes die alleinige Regierungsgewalt seyn kann. Kann aber da von der Souveränität des Volkes die Rede seyn, wo 35 unverantwortliche Herrscher nach Willkür die Geschicke desselben lenken?

Aus dem Tagebuch eines Hinterpommers.

Oberflachsenfingen, den 10. April 1848.

Hm! hm! wer hätte das gedacht? Wie sich doch die Zeiten ändern können, und mit den Zeiten die Menschen! Wenn man früher von dem Sonst und Jetzt gesprochen, hat man sich weit auseinander liegende Zeiträume gedacht, gegenwärtig sieht man das Sonst und Jetzt so nahe an einander gerückt, daß man sich gar nicht lange darauf zu besinnen braucht, wie das Sonst ausgesehen. Es ist ja noch nicht zwei Monate her, daß es noch da war. „Vor Zeiten“ heißt jetzt gerade so viel als: vor 6 Wochen.

Vor Zeiten war das Fürstenthum Flachsenfingen, in das ich auf meiner Reise zufällig gerathen bin, nach Hinterpommern das ruhigste Ländchen der Erde, heutzutage kennt man sich darin gar nicht mehr aus, es ist just wie umgeorgelt, und hat eine ganz andere Physiognomie. Während vor Zeiten, d. h. also immer vor sechs Wochen, im ganzen Lande keine anderen, als die fürstlichen Hausfarben galten, nämlich Prinzenbraun und Aschgrau, ist jetzt Alles schwarz-roth-goldig, daß man die Häuser vor lauter Fahnen und die Menschen vor lauter Kokarden und Bändern nicht mehr sieht. Wenn er nicht füchtete, einen Eingriff in die Freiheit zu thun, ich glaube der fürstliche Minister würde Jeden der Polizei empfehlen, der jetzt nicht die deutschen Farben trägt.

Doch die Polizei gilt ja nichts mehr. Ich habe in dieser Beziehung das Jetzt in grellem Gegensatze zu dem Sonst gesehen. Ich war vor ein paar Jahren schon einmal in Oberflachsenfingen, wo ich mich sehr für das Gefängnißwesen interessirte. Ich betrachtete das Gefängnißgebäude von außen, besonders die trichterförmigen Kasten vor den Fenstern, eine gar zweckmäßige Einrichtung. Gleich stand ein Gendarm hinter mir, und es fehlte wenig, so wäre ich schon deßwegen, weil ich am Gefängnisse die Augen aufmachte, arretirt, incarcerirt, inquirirt, eine Zeit lang herumgeführt und chicanirt worden. Damals sah ich, wie ein Polizeidiener sich eine Brille und einen martialischen Schnurrbart kaufte, um scharf zu sehen, und Respekt einzuflößen; heute ging ich wieder an einem solchen Manne vorbei, der hatte große Knäuel Baumwolle in beiden Ohren, und drückte immer ein Auge zu, bald das rechte, bald das linke, je nachdem rechts oder links etwas vorging, was vor Zeiten polizeiwidrig gewesen.

Fürst Januarius, der, wie der König von Neapel und andere, Alles aus freien Stücken und aus eigenem Antriebe bewilligt hat, macht es ungefähr gerade wie die Polizei, hat aber weniger Mühe dabei, denn es ist schon früher von ihm bekannt gewesen, daß er nicht sieht und hört. Er huldigt indessen gegenwärtig dem Fortschritte ganz unbedingt. Er geht soweit, daß er sagt, er wolle sogar seinen winterlichen, an die dunkelste und kälteste Zeit erinnernden Namen nicht für immer führen, sondern so mit der Zeit vorauschreiten, daß er jedesmal den Namen des Monats annimmt, in dem wir stehen. Gegenwärtig heißt er also Aprilis, von Volkes Gnaden Fürst von Flachsenfingen, Graf von Hukulum, Herr zu Schilda, Kuhschnappel ꝛc. ꝛc. ꝛc. Man sagt, er werde sich auf Verlangen sogar nach dem Mondswechsel, und nicht blos nach Monaten richten, und bald der I., bald der II., bald der III., bald der IV. heißen, was immer das Viertel andeute. Das ist doch einmal ein Souverain, der die Zeit versteht und mit ihr geht.

In den Straßen der Haupt- und Residenzstadt Oberflachsenfingen wuchs vor Zeiten das Gras so hübsch frisch und kräftig, daß es die Pflastersteine ordentlich in die Höhe hob, und lockerte. Es hat dadurch der neuen Zeit kräftig vorgearbeitet. Leicht und schnell war das Pflaster aufgerissen. Aber schade ist's doch um das idyllische Aussehen der Stadt, wer weiß, ob sie je wieder so grün wird.

Das Volk hat gestern wieder mit den aufgerissenen Pflastersteinen demonstrirt, jedoch nicht in inwärtigen Angelegenheiten, sondern nach deutschen Begriffen in auswärtigen. Es war, so zu sagen, Flachsenfingen contra Preußen. Eigentlich galt es weniger der Nation als unserm guten Könige, dem sie fälschlich nachsagen, er wolle Kaiser von Deutschland werden. Ich will kein Hinterpommer seyn, wenn dem guten Manne so etwas eingefallen ist. Die Beschuldigung ruht offenbar nur auf einem Mißverständnisse

*) Unlieb verspätet.

Digitized by Google

Doch diese Flachsenfingischen Racker wollen Alles besser wissen, und bewelfen's mit Pflastersteinen. Die Sache aber verhält sich so. Das Gasthaus, in dem ich wohne, ist von jeher „zum König von Preußen“ geschildet, und hat immer das Bildniß des jeweiligen Königs getragen. In den letzten Tagen scheint es alle Gäste zurückgeschreckt und vertrieben zu haben, weil in einer Nacht mittelst einer böswilligen Klistirspritze Blut an dasselbe gespritzt worden war. Ich allein war geblieben aus purem Patriotism. Plötzlich erhebt sich gestern Abend ein Tumult und Geschrei und ein Pflastersteine-Bombardement gegen den armen Friedrich Wilhelm IV., daß mir Hören und Sehen verging. Mein Wirth war in Verzweiflung. Er glaubte, sein ganzes Haus würde demolirt werden. Hätte er den alten Fritz noch auf einem alten Schilde gehabt, und den schnell ausgehängt, sie wären in Flachsenfingen zufrieden gewesen, wie anderwärts.

Ich riß schnell ein Bild von der Wand, schob es ihm hin, und sagte: „Hängen sie den auf!“ „Haltet ein! haltet ein!“ schrie der Wirth in den Aufruhr hinein: „ich habe da ein anderes Schild.“ Der Sturm hielt inne, das Bild wurde an die Stelle von dem unseres Königs gehängt, sodann beleuchtet, daß es Jedermann deutlich sehen konnte, und siehe, es war das des alten höchstseligen Fürsten Januarius mit einem ungeheuren Zopfe im Nacken. Der war ihnen recht. Mein Wirth hat seitdem Respect vor den preußischen Pfiffen, die ihm so schön aus der Tunke geholfen.

Daselbsten, 15. April.

Clubbs sind hier auch bereits organisirt und alle möglichen Leute darin. All' meine Lebtage hätte ich in Flachsenfingen nicht so viel Freiheitssinn gesucht, als sich in diesen Gesellschaften sehen und hören läßt. Da sind Leute radical republikanisch geworden, von denen ich vorher überzeugt war, sie würden sich für ihren Fürsten zu Wurstfülle zerhacken lassen. Das Volk nennt sie Windmäntel, das sicht sie aber gar nicht an, sie schreien nur um so ärger. — Rücken, die ich früher ganz krumm, etwa wie ein Katzenbuckel, gesehen hatte, sind zu meinem großen Erstaunen ohne orthopädische Kuren völlig gerade geworden. Das ist besonders gut für's Exerzieren. Vielleicht kommt's schon davon her. — Die Wörtchen „von“ werden von den seitherigen Besitzern so verächtlich weggeworfen, daß die Kehrmagd eines der Clubbs heute frühe mehr als ein Dutzend derselben mit dem Kehricht hinaus gefegt haben soll. Auch einige Titel, wie Hof-, Geheim- und Geheimhofrath sollen in dem Unrath gewesen seyn. Wer noch historisches Rechtsgefühl hat, dem muß die Haut schaudern. In Hinterpommern kommt dergleichen gewiß nicht vor.

Dagegen hat das Fürstenthum Flachsenfingen ohne Widerrede manches Andere vor meiner Heimath voraus. Hier ist nämlich das Selbstbewußtseyn so allgemein, daß es selbst in den Distelköpfen wächst. Sie tragen sich ganz anders, als in Hinterpommern und anderwärts, wo man noch gar so aristokratisch ist. Ein gebildeter Mann ist in Flachsenfingen Jeder, der das Abc oder das Einmaleins hübsch vortragen kann und die Füße am Kratzeisen und an der Strohmatte abputzt. Trägt er gar Stege an den Hosen, besonders gelbe, so ist er so angesehen, wie bei uns ein Edelmann. Hat einer Geld und gar viel Geld, so ist er nahe daran, unter die Halbgötter versetzt zu werden.

18. April.

Der Garten der flachsenfingenschen Journalistik macht sich gegenwärtig recht grün, seit er nicht mehr unter der Scheere gehalten wird. Ein Geheimrath, der meiner hinterpommerischen Natur zu vertrauen scheint und den Muth hat, mir seine Gedanken anzuvertrauen, äußerte heute ganz trostlos, er fürchte, es möchte ein wahrer Wildpark daraus werden. Ich tröstete ihn damit, daß nach meiner Ansicht selbst in Flachsenfingen die Bäume nicht in den Himmel wachsen.

Der Reichsanzeiger, das offizielle Blatt der Regierung, macht gar kuriose Sprünge. Er sieht ein, daß er wenigstens thun muß, als wolle er dem Zeitgeist Rechnung tragen. Er spricht darum ganz energisch von der Eroberung Schleswigs und von der Nothwendigkeit einer deutschen Flotte, von dem aber, was dem eigentlichen Lande noth thut, steht kein Sterbenswörtchen darin. Doch ja, die Nothwendigkeit neuer Steuern zur Verbesserung der Lage des Landes hat er bereits angedeutet. Unterdran steht: „Fortsetzung folgt.“ Bezüglich der deutschen Flotte gibt der Reichsanzeiger einen Verproviantirungswink, der hoffentlich in Deutschland nicht übersehen wird. Denn wenn wir auch außer der preußischen Amazone, die auf der verlorenen Schildwache vor Anker liegt, noch kein einziges Schiff haben, so ist es doch gut, für die Verproviantirung der deutschen Flotte, die so zu sagen schon an dem Vorgebirge der guten Hoffnung herumkreuzt, einstweilen Vorsorge zu treffen, damit Alles hübsch in der Reihe ist, wenn Deutschland einmal wirklich flott wird.

(Fortsetzung folgt.)

Verantwortlicher Redakteur N. Schmitt. — Druck und Verlag von J. Kayser.

Digitized by Google

Plauderstübchen.

Beiblatt zum Boten für Stadt und Land.

Nr. 57. Kaiserslautern, Montag 10. Juli **1848.**

Gemein.

Was Stammbaum, Blut und Ahnenschaar,
Wem machte das noch Neid?
Daß Eva euch, wie mich gebar,
Thut mir ein wenig leid.
Ich laß euch Fahnen, Wappen, Wind,
Die glatten Narrethei'n,
Ich bin ein schlichtes Menschenkind,
Juchhe, ich bin gemein!

Und war wie ich mein ganz Geschlecht,
So hat es frisch gelebt,
Die Frau geliebt, beim Wein gezecht,
Dann arbeitsam gestrebt.
Die hohen Nasen hat's gehaßt,
Verhöhnt die Schranzerei'n,
Und nur der Menschheit Heil erfaßt,
Juchhe, ich bin gemein!

Mir hat kein Ahne groß und reich
Den Bau'r wie Wild gehetzt,
Und Keiner, Heckenreitern gleich,
Zum Raub das Schwerdt gewetzt.
Und Keiner brach nach Gütern wild
In fremde Häuser ein,
Und jagte frech im Saatgefild,
Juchhe, ich bin gemein!

Und nie aus meiner Väter Chor
Rief man den Feind in's Land,
Und öffnete ihm Stadt und Thor
Mit schnöd bezahlter Hand,
Und keiner sprach dem Sklaventhum
Das Wort aus meinen Reih'n,
Und predigte der Pfaffen Ruhm,
Juchhe, ich bin gemein!

O tragt den Stern am bunten Band,
Die Zöpfe hoch im Wind,
Ich reiche Menschen nur die Hand,
Die menschlich hier gesinnt,
Wo man genießt, wenn man geschafft,
Da trek' ich gern hinein,
Da sind' ich Leben, Lust und Kraft,
Juchhe, ich bin gemein!

Gibt Gott, daß mit im schlichten Haus
Ein frischer Sohn gedeiht,
Der tritt mir in die Welt hinaus,
Ein Kind der neuen Zeit,
Die Menschen-Gleichheit muß sein Ziel,
Sein Wahlspruch: Freiheit seyn,
Dann schließ' ich froh des Lebens Spiel,
Juchhe, ich bin gemein.

H. Püttmann.

Die vier Junitage in Paris.

Zur gehörigen Würdigung dieser so denkwürdigen Tage, in denen sich der Bürgermuth in dem Kampfe gegen die Anarchie so trefflich bewährte, lassen wir hier eine Reihe von Schilderungen folgen, die wegen Mangel an Raum erst jetzt Platz finden können.

Die Aufständischen handelten nach einem Plane, der geschickt nach strategischen Regeln der Beschaffenheit der Stadt gemäß angelegt war. Es waren 4 Abtheilungen von 5—6000 Mann, welche, mit einem stark befestigten Hauptquartier als Stützpunkt, alle gegen das Stadhaus hin operirten, um von da gemeinschaftlich später zum Palaste der Nationalversammlung zu ziehen. Dieser wurde nicht stark beunruhigt, da es hier für Barrikadenkämpfe zu ungünstig ist und die Entwickelung großer Truppenmassen zuläßt. Am 23., als am ersten Tage des Kampfes, hat die Nationalgarde allein am Morgen das Gewehrfeuer, welches zuerst bei der Porte St. Denis begann, ausgehalten. Es waren nur 10,000 Mann Linientruppen damals in Paris anwesend. Im weitern Verlaufe dieses Tages, so wie in dem des 24. und 25. wurde dieselbe in zwei Dienstcorps vertheilt. Ein Theil der Bürgerbataillone rückte als Hülfstruppen und Reserve mit der Linie heran, während ein anderer Theil das Innere der Stadt bewachte.

Digitized by Google

Jede Compagnie faßte in den Straßen ihres Viertels Stand, übte eine beständige Ueberwachung aus und machte zahlreiche Patrouillen. Der Umlauf in den Straßen war verboten, Niemand konnte durchgehen, ohne mit einem Erlaubnißscheine der Behörden versehen zu seyn. Befehl an Jedermann war gegeben, zu Hause zu bleiben, Befehl, alle Thüren der Häuser und Läden zu schließen, Verbot, die Fenster nach der Straße zu öffnen, weil aus den Häusern oft Schüsse gefallen. Die beständige, unermüdliche, durch die Nationalgarde drei Tage und drei Nächte ausgeübte Wachsamkeit verhinderte die Uebelgesinnten und die beinahe eben so schädlichen Neugierigen, die öffentlichen Straßen zu sperren und die Thätigkeit der Truppen zu hemmen, welche zur Aufrechthaltung der Ordnung aufmarschirt waren. Ohne diese weise Maßregel, welche zum erstenmale angewandt wurde, hätten die Uebelgesinnten an jeder Straßenecke Barrikaden errichten können.

Fragt man nach Grund und Veranlassung des Kampfes, so schiebt eine telegraphische Depesche eines Ministers in die Provinzen dies mehreren Chefs der Nationalwerkstätten zu — und wirklich die Arbeiter aus diesen Anstalten und die Mitglieder der revolutionären Clubbs waren die Hauptkämpfer der [illegible] versprochen, hatte alle Leidenschaften anzuregen gewußt, welche den ungebildeten und den besitzlosen Menschen Triebfedern zum Handeln werden können. Den Einen versprach man Nationalbelohnungen, Plünderung und Befriedigung aller Gelüsten den Andern; die Einen handelten wieder aus Gewohnheit, an allen Straßenkämpfen Theil zu nehmen, die Andern unter äußerem oder moralischem Zwang. Alle gefallenen oder gefangenen Insurgenten hatten verhältnißmäßig viel Geld, 20 bis 40 Francs, manche mehrere Tausende in Gold. Woher diese ungeheuren Summen? da doch im Ganzen, die einzelnen Gruppen zu den Hauptcorps gerechnet, 40—50,000 Insurgenten kämpften! Beim Beginne des Aufstandes und am Tage vorher schon bei einer Zusammenrottung hörte man rufen: Es lebe Heinrich V., also ein Bourbon; es lebe (Louis) Napoleon! es lebe die soziale Republik! es lebe die rothe Republik! (also die Zeit der Jakobiner und der Guillotine). Nirgends hörte man einen Ruf zu Gunsten der vertriebenen Orleans! Soll dies ganz Zufall, oder ganz Folge der Verabscheuung seyn, welche man gegen diese Familie nährt? Wir forschen vergebens; die Untersuchung, die so eifrig von fast 200 Untersuchungsbeamten unter militärischer Oberleitung geführt wird, kann uns darüber vielleicht einigen Aufschluß geben. Vielleicht aber, und wahrscheinlicher, wird erst die Geschichte den Schleier lüften. Es scheint, die verschiedensten Partheien vereinigten sich: Alle hofften, im rechten Augenblicke ihre Sache siegreich aus dem Kampfe hervorgehen zu sehen — und Alle täuschten sich!

Sehr verdächtig ist die Rolle des Executiv-Comites. Obwohl man längst wußte, daß ein neuer Aufstand bevorstehe, obwohl man die schwierige Lage allgemein voraussah, welche die in Aussicht stehende Auflösung der Nationalwerkstätten nach sich ziehen würde, und man die Gesinnung der Arbeiter hinlänglich kannte, sehen wir Paris ganz unvorbereitet von einem — vorausgesehenen Aufstande überrascht. Diese Regierung entwickelte so wenig Kraft, daß man sie entsetzen mußte. Ledru-Rollin war sogar während der 4 Kampftage unsichtbar, und in London erwartet man ihn jetzt bereits als Flüchtling! Doch dürfen wir auch nicht vergessen, daß Marie alsbald zum Präsidenten der Kammer ernannt wurde, was gewiß ein schönes Vertrauensvotum für ihn ist. Lamartine hat sehr an seiner Popularität verloren!

(Fortsetzung folgt.)

Korrespondenz des Boten.

Von der Haardt. Ein Zeichen des zur geistigen Selbstständigkeit erwachten Lehrerstandes ist das unter der Redaction des Lehrers Baab in Dürkheim erscheinende pfälzische Schulblatt, welches einem längst und dringend gefühlten Bedürfnisse abhilft. Seit seinem Entstehen verfolgt dasselbe eine entschieden freisinnige Tendenz, indem es gegen Mißbräuche aufgetreten ist zu einer Zeit, wo dies nicht so ganz gefahrlos war. Zunächst für die Lehrer bestimmt, welchen es als Sprechsaal und Intelligenzblatt dienen soll, beschränkt es sich gleichwohl nicht auf Gegenstände von speziellem Interesse, sondern es bespricht auch das Erziehungs- und Unterrichtswesen im Allgemeinen und das Rechtsverhältniß des Lehrerstandes auf eine Weise, daß auch der Nichtlehrer Unterhaltung und Belehrung darin findet. Dies verdient alle Anerkennung. Leider ist diese dem Blatte bisher noch nicht in dem Maaße zu Theil geworden, wie es im Interesse der guten Sache zu wünschen gewesen wäre, und wenn es auf der einen Seite sehr zu beklagen ist, daß sogar manche Schullehrer sich kalt und theilnahmlos zeigen, so ist es auf der andern nicht weniger auffallend, daß die Lehrer an den höheren Unterrichtsanstalten bis jetzt

Digitized by Google

gleichgiltig geblieben sind gegen eine Sache, die ihnen wahrlich doch auch am Herzen liegen sollte, nicht allein darum, weil im Grunde der Unterschied zwischen Volks- und lateinischer Schule kein so unendlicher ist, sondern auch deßhalb, weil ja doch einmal die letztere sich aus der Volksschule rekrutirt. Auch die Seminarlehrer haben sich nicht viel mehr an der Sache betheiligt. Möchten doch alle diese ehrenwerthe Männer, denen die gute Sache gewiß mindestens eben so sehr am Herzen liegt, als uns, ein Unternehmen unterstützen, das von unbezweifelter Wichtigkeit und für den pfälzischen Lehrerstand fast zur Lebensfrage geworden ist.

Dem Blatte selbst wünschen wir eine große Zahl Abonnenten unter allen Klassen des Volkes, und geben uns der Hoffnung hin, daß es dem würdigen Redacteur im Vereine mit andern tüchtigen Schulmännern gelingen werde, das Schulblatt nach und nach in ein wahres Volksschulblatt zu verwandeln.

Den Lesern des Boten aber empfehlen wir von Herzen unser Blatt mit dem Wunsche, daß sie sich daraus überzeugen mögen, wie es den pfälzischen Lehrern ernstlich um das allgemeine Beste zu thun ist.

Aus der Diöcese Neustadt den 5. Juli.

Die Diöcesansynoden sind vor der Thüre. Nun gilt's, auch durch diese verfassungsmäßigen Organe auszusprechen, was unsere Kirche will. Auf denn, ihr Mitglieder der Synoden, denen die Freiheit unserer Kirche ein heiliges Palladium ist, erhebet freudig eure Stimmen, und fordert nochmals fest und entschieden, was wir seit Jahren, wenn auch fruchtlos, begehrten; denn Versprechungen nur wurden uns in jüngster Zeit gegeben, gehalten noch nichts. Aber nur einträchtiges Handeln führt zum Ziele. In allen Synoden sollten die gleichen Forderungen gestellt werden. Einigt euch daher, und veröffentlicht eure Anträge und Wünsche, alte wie neue, damit sie, zu einem Ganzen verbunden, überall gleiche Vertretung finden. Als Grundlage dazu mögen folgende Punkte dienen, welche in der Diöcesan-Synode Neustadt zur Berathung gebracht werden. Wem noch Anderes von Wichtigkeit am Herzen liegt, der eile, es mitzutheilen, des Dankes Aller im Voraus gewiß.

Unsere Eingabe aber an die Diöcesan-Synode Neustadt ist folgende:

Hochwürdige Diöcesan-Synode!

Die ergebenst Unterzeichneten wünschen, daß von einer hohen Synode folgende Gegenstände berathen werden:

1. Oeffentlichkeit aller Synoden und zwar schon der bevorstehenden Diöcesan-Synode vom 17. Juli 1848.
2. Der Vorschlag zur Revision der Kirchenverfassung für die vereinigte Kirche der Pfalz, namentlich die in Kaiserslautern berathenen Punkte §§. 3, 8, 12, 13, 17, 28, wozu ihrer Wichtigkeit wegen noch die §§. 14 und 27 (über den Referenten*) und die Pfarrwahl) kommen.
3. Die Winzinger Beschwerdepunkte, insbesondere:
   a. Aufhebung des Universitätszwanges, wozu noch der weitere Antrag kommt, daß die Stipendiaten von ihren inländischen Stipendien auf allen deutschen Universitäten Gebrauch machen können;
   b. die Amts-Instruction, so wie die Umänderung des Diensteides der protestantischen Geistlichen der Pfalz **);
   c. die Katechismus-Instruction vom J. 1841;
   d. die willkürlichen Zusätze zur neuen Agende von Seiten der Kirchenstellen (bes. pag. 135, die Einsegnungen am Grabe ꝛc.), wozu noch in neuester Zeit das Consistorial-Rescript vom 24. Mai 1848 kommt, „die Einweihung neu angelegter Leichenhöfe betreffend", so wie der Gebetsanhang zum Gesangbuche.
4. Protestation gegen die von dem Consistorium den Diöcesan-Synoden aufgedrungene Geschäftsordnung, so wie insbesondere gegen den zu ihrer Eröffnung anbefohlenen Predigtgottesdienst.
5. Feierliche Protestation gegen die durch neueste Kriegsministerial-Order anbefohlene Kopfbeugung u. s. w. protestantischer Soldaten vor dem Sanktissimum der katholischen Kirche.
6. Beseitigung des Vorlesens des apostolischen Glaubensbekenntnisses an den hohen Festtagen.
7. Ausschließung aller Personen aus der obern Leitung a) der Kirche (Decanate, Consistorium), und b) des Schullehrer-Seminars, welche neben, oder über oder in der h. Schrift den symbolischen Büchern eine normirende Geltung zutheilen wollen und sich nicht offen und bestimmt für die alleinige Geltung der h. Schrift als Glaubens- und Lehrnorm unserer Kirche nach § 3. der Vereinigungs-Urkunde erklären, über welche Erklärung den Synoden die Entscheidung zusteht.

*) Dieser Referent muß anerkannt treu und offen den Grundsätzen unserer vereinigten Kirche ergeben seyn, und abgerufen werden, sobald die General-Synode von dem Gegentheile überzeugt ist.

**) Consist.-Refer. vom 6. Nov. 1845.

Digitized by Google

8. Beseitigung aller Synodal- und Predigerarbeiten.
9. Confirmation der Knaben aller christlichen Confessionen im vierzehnten Lebensjahr.
10. Protestation gegen die dem Pfarrer Frantz und der protest. Pfarrunterstützungskasse auferlegten Kosten in Folge der Suspension des Ersteren, und deren Zuweisung an diejenigen, welche die widerrechtliche Suspension veranlaßt haben.
11. Beitrittserklärung zur Protestation der Mehrheit der Landauer Synodalmitglieder gegen den ihnen von dem Konsistorium zugetheilten unverdienten Verweis. (Vergl. Spey. Ztg. Beil. zu Nr. 102.)
12. Die Verwandlung der Konfessionsschulen in Gemeindeschulen und entsprechende Beaufsichtigung der letztern.
13. Provisorische Wahl der Mitglieder der verheißenen General-Synode, auch wenn deren Einberufung noch nicht amtlich angezeigt seyn sollte. Im letzten Falle: a. Adresse an Se. Majestät den König um unverzügliche Einberufung der General-Synode; b. Aufruf an die Protestanten der Pfalz, in Versammlungen zusammenzutreten, um eine solche Generalsynode, insbesondere auch durch Absendung einer Deputation nach München, zu betreiben. In allen Fällen: Erklärung, daß in der nächsten Generalsynode nichts vorgenommen werden dürfe, als die Abänderung des Wahlmodus (nach § 8 und 12 des neuen Verfassungsentwurfs) zur General-Synode; daß von dieser nächsten General-Synode nach § 17 der Vereinigungs-Urkunde die Dekanatsverweser auszuschließen seyen; endlich daß unmittelbar nach der ersten Generalsynode auf den Grund des veränderten Wahlmodus eine zweite zusammenzuberufen sey, um über die Lebensfragen der Kirche der Pfalz zu entscheiden.

Mit aller Hochachtung unterzeichnet: Hofer, Böheim, German, Häuchen, Eckhard.

Wie in mehreren andern Gemeinden der Pfalz, so wurde auch durch den katholischen Pfarrer in Trippstadt eine Addresse in Betreff der Trennung der Kirche vom Staate und der Nichttrennung der Schule von der Kirche zur Unterzeichnung aufgelegt. Zufolge der ersten Aufforderung von der Kanzel herab am letzten Sonntag im Juni zeigten sich jedoch wenige Bürger geneigt, diese Adresse zu unterzeichnen; erst durch eine am darauffolgenden Sonntage gehaltene heftige Kanzelrede wurde die Mehrzahl der Bürger zum Unterzeichnen gebracht. Daß jedoch Männer von Intelligenz dieses Thun und Treiben mißbilligt und nicht unterzeichnet haben, versteht sich von selbst.

Ein Katholik aus der Gemeinde Trippstadt.

Als im Juni d. J. Herr Rabbiner Dr. Grünebaum von Landau einen Aufruf zu einer Versammlung in Neustadt a. H. an die pfälzischen Israeliten erließ, „um wo möglich eine Einigung in Bezug auf die Reform unseres religiösen Lebens zu Stande zu bringen, das Göttliche und Ewige von dem Menschlichen und Unhaltbaren zu scheiden, damit auf diese Weise einerseits eine Versöhnung des heutigen socialen Lebens angebahnt, anderseits die Erhaltung unserer Religion im Sturme unserer Zeit gesichert werde, jedenfalls aber die Zerrissenheit und das buntscheckige Gewand unseres Gottesdienstes in den verschiedenen Gemeinden der Pfalz einer durchgreifenden Einheit Platz mache", ferner „um eine zeitgemäße Verfassung der Synagogen und die Sabbath- und Festtagsgesetze auf synodalem Wege zur Berathung und Feststellung zu bringen", da überließ man sich der frohen Hoffnung, daß die pfälzer Israeliten ihren christlichen Mitbrüdern in einer freisinnigen Auffassung ihrer Religionslehre und in einer zeitgemäßen Umbildung ihrer religiösen Formen nicht nachstehen würden, und daß diese religiöse Stagnation — *sit venia verbo* — fürderhin aufhöre. Leider aber soll das Zustandekommen dieser Versammlung durch jüdisch-jesuitische Machinationen (denn in welcher Confession gibt es keine Jesuiten?) verhindert worden seyn. Unwillkürlich drängt sich hier die Frage auf: welche Stellung haben die 3 pfälzer Collegen des Herrn Dr. Grünebaum diesem Aufrufe gegenüber eingenommen? Zu dieser Frage sind die pfälzlischen israelitischen Gemeinden um so mehr berechtigt, als sie mit schweren Opfern ihre Rabbiner zu Vertretern ihrer geistlichen Angelegenheiten bestellt haben, von denselben daher mit Recht erwarten dürfen, daß sie die ihnen dargebotene Gelegenheit mit Freuden ergreifen werden, die Religion von ihren Auswüchsen zu befreien, und sie in ihrer Hehre und Reinheit darzustellen. Herrn Dr. Grünebaum aber fordern wir auf diesem Wege auf, in seinem edlen Bestreben sich durch keine Machinationen beirren zu lassen, am allerwenigsten aber den Kampfplatz zu verlassen, noch ehe der Kampf begonnen, der bessere und intelligente Theil unserer Glaubensgenossen steht ihm zur Seite, und deren zählt Gottlob unsere Pfalz nicht Wenige. Der Dank der Mit- und Nachwelt wird ihm dafür nicht ausbleiben.

Dr. Herz.

Verantwortlicher Redakteur R. Schmitt. — Druck und Verlag von J. Kayser.

Digitized by Google

Plauderstübchen.

Beiblatt zum Boten für Stadt und Land.

Nr. 58. Kaiserslautern, Donnerstag 13. Juli **1848.**

Aus Frankfurt.

Briefe an Kunz.

Streiflichter.

Von Georg Herwegh circulirt folgendes Gedicht:

Kein Oesterreich!

Kein Preußen und kein Oesterreich!
Ein Deutschland! wie vermessen!
Der Jungfer wurd' das Herz so weich,
Sie freut sich wie besessen:
Ein Prinz hat ihr den Hof gemacht
Und beim Dessert an sie gedacht.
Steh' auf Germania,
Dein Bräutigam ist da!

Kein Preußen und kein Oesterreich!
Und Oesterreich soll thronen?
Es ist ein Mann — wir sind ihm gleich
Und wir sind Millionen.
Und Millionen schwören hoch,
Und rufen laut: kein neues Joch
Und keine Fürsten mehr!
Dem Volk allein die Ehr'!

Kein Preußen und kein Oesterreich!
Was helfen uns die Beiden?
Das Eine ist schon todtenbleich,
Das Andre am Verscheiden.
Wir brauchen solche Sonnen nicht,
Und folgen unserm eignen Licht,
In unsrer Brust dem Stern:
Wir wollen keinen Herrn.

Kein Preußen und kein Oesterreich!
Und tränk' es ganze Bäche
Auf unser Wohl — o Schelmenstreich!
Das Volk bezahlt die Zeche.
Und Fürstenwein ist theurer Wein.
Drum schenkt uns einen andern ein:
Gut Wind und gut Geschick —
Der deutschen Republik!

Kein Preußen und kein Oesterreich!
Dem Wort soll Recht verbleiben,
Und geht's uns schief, so woll'n wir gleich
Durch Thurn und Taxis schreiben.
Indeß Herr Johann ohne Land,
Verzeihst der Deutschen Unverstand,
Und denkt beim nächsten Glas:
In vino veritas!

Am 10. Juli.

Sitzung vom Heutigen. Verlesung des Protokolles der letzten Sitzung. Der Vorsitzende läßt ein Schreiben der Deputation an Erzherzog Johann aus Linz vom 4. Juli verlesen: überall sey ihr der begeistertste Empfang geworden. Ein anderes Schreiben der Deputation aus Wien vom (?) Juli meldet, daß der Erzherzog die Wahl als Reichsverweser angenommen. Die Deputation kann nicht Worte genug finden, den glänzenden Empfang zu schildern, der ihr in Wien geworden. Die Audienz bei dem Erzherzoge wird umständlich beschrieben. In der Anrede des Erzherzogs an die Deputirten heißt es unter Anderm: es sey ihm von Seiten des Bundestages mitgetheilt worden, daß die Wahl den Beifall der Regierungen erhalten habe. In Bezug auf den Antritt seines neuen Amtes erklärte der Erzherzog, seine jetzige Stellung in Wien verhindere ihn, jetzt schon die Zeit zu bestimmen, wann er in Frankfurt eintreffen werde; er müsse sich deßhalb mit dem Kaiser verständigen; ein Schreiben des Bundestagspräsidenten von Schmerling an den Präsidenten der Nationalversammlung, das nachträglich verlesen wird, meldet inzwischen, daß der Reichsverweser schon morgen, den 11. Juli, in Begleitung der Deputation in Frankfurt eintreffen werde. Bravo auf der Rechten.

Der Vorsitzende schlägt vor, eine Kommission zu ernennen, um die Maßregeln in Erwägung zu ziehen, die von Seiten der Nationalversammlung für den Empfang des Reichsverwesers getroffen werden sollen. Da sich kein Widerspruch erhebt, wird der Vorschlag ohne Discussion angenommen.

Der Vorsitzende läßt durch einen der Schriftführer das neueste Verzeichniß der für die deutsche Kriegsflotte eingegangenen Beiträge verlesen. Es ist ungemein reichhaltig und weist eine Summe von mehr als 9000 fl. nach. Darunter befindet sich ein Beitrag der Stadt Frankfurt von 5000, ferner ein solcher aus Zweibrücken von 330 fl.

Berichterstattungen Namens verschiedener Ausschüsse. Ein Antrag des Ausschusses für völkerrechtliche und internationale Beziehungen: ein Unterstützungsgesuch

Digitized by Google

des Vorstehers des deutschen Vereines in Havre für die unglücklichen deutschen Auswanderer, die ohne Mittel zur Weiterreise in Havre stille liegen, an die einzelnen deutschen Regierungen zu verweisen, damit diese für ihre Staatsangehörigen Sorge tragen, wird sofort und ohne Discussion angenommen.

Auch bezüglich des Antrages des Legitimations-Ausschusses: die Wahl des Advokaten Blöde in Dresden für nichtig zu erklären, wird sofortige Berathung beschlossen. Es haben nämlich die in Sachsen sich aufhaltenden Angehörigen anderer deutschen Staaten einen Abgeordneten zur Nationalversammlung gewählt und die Wahl fiel auf den genannten Advokaten Blöde. Die sächsische Regierung, die um Erlaubniß angegangen worden war, hatte gegen Vornahme der Wahl nichts eingewendet, jedoch die Entscheidung der Frage über die Gültigkeit der Nationalversammlung vorbehalten. Nach kurzer Discussion erklärt die Versammlung die Wahl mit sehr großer Mehrheit für ungültig, wie nicht anders zu erwarten. Selbst die sächsischen Abgeordneten, welche für die Aufrechthaltung der Wahl sprachen, gaben zu, daß dieselbe formell ungültig sey und wünschten sie nur aus Rücksichten der Billigkeit bestehen zu lassen, worauf natürlich nicht eingegangen werden konnte.

Die in den Zeitungen umlaufenden Gerüchte von dem Abschlusse eines Waffenstillstandes zwischen Preußen und Dänemark auf den Grund von Bedingungen, die für die Ehre Deutschlands nicht schmählicher erdacht werden könnten, haben mehrere Mitglieder in der Nationalversammlung zu Anträgen veranlaßt, deren Dringlichkeit sie zu begründen wünschen. Dies wird gestattet. Mit Kraft und Energie verbreiten sich über die Sache Grumbrecht aus Lüneburg, Claussen aus Kiel, Esmarch aus Schleswig, Wurm aus Hamburg. Großen Eindruck macht besonders Claussens Rede. Er entwickelt mit dem höchsten Freimuthe, wie der König von Dänemark an den Rechten der Herzogthümer zum Hochverräther geworden und das Leben verwirkt habe, da er (Redner) sich keines Gesetzes erinnere, das dem Herzoge von Schleswig und Holstein Unverantwortlichkeit zusichere; er weist nach, wie Heil für die Herzogthümer nur durch ihre völlige Trennung von Dänemark zu erwarten stehe. Auch Wurms Rede findet großen Beifall.

Vogt eröffet dem Vorsitzenden, es sey ihm zur Kenntniß gekommen, daß ein Mitglied der Versammlung eine offizielle Abschrift der Bedingungen des Waffenstillstandes zwischen Preußen und Dänemark besitze. Fürst Lychnowski tritt auf die Rednerbühne und erklärte, er besitze eine Abschrift der Bedingungen, aber keine offizielle oder nur beglaubigte. Vogt erhält das Wort und weist in scharfer Rede nach, wie wenig die preußische Regierung geneigt sey, den Beschlüssen der Nationalversammlung sich zu unterwerfen, wie sie immer noch von der deutschen Sache gesonderte Tendenzen verfolge, wie dies namentlich auch in den Unterhandlungen mit Dänemark wieder hervortrete. Vogts Aeußerung: Die preußische Regierung sey im Kriege zwischen Dänemark und den Herzogthümern stets auf Seite Dänemarks gestanden und die preußischen Waffen seyen in diesem Kampfe befleckt worden, ruft einen gewaltigen Sturm auf der Rechten hervor. Vogt wird vom Vorsitzenden zur Ordnung gerufen. Fürst Lychnowski vertheidigt in gewöhnlicher heftiger Weise die preußische Regierung gegen den Vorwurf des Separatismus und erndtet großen Beifall von Seiten der Rechten. Jordan aus Berlin verlangt, Schleswig sofort in den deutschen Bund aufzunehmen; dies sey ein kühner, aber des wichtigen Augenblickes würdiger Beschluß, ein Beschluß, der am wirksamsten den Abschluß eines nicht ehrenhaften Friedens verhindern werde. Es sprechen noch Koßmann und Rehden aus Berlin, Bincke aus Hagen, dieser mit großem Beifalle der Rechten, Eisenmann aus Nürnberg, Wernher aus Nierstein und zuletzt noch einmal Claussen aus Kiel. Sodann beschließt die Versammlung, zur motivirten Tagesordnung überzugehen, weil zur Zeit nur noch unverbürgte Zeitungsgerüchte über die Sache vorliegen und morgen der Reichsverweser eintrifft, dem im Vereine mit der Nationalversammlung das Recht über Krieg und Frieden zusteht.

Schließlich bemerkt der Vorsitzende, daß nach eben angelangten Nachrichten der Reichsverweser schon morgen Vormittag eintreffen werde. Er setze darum den Anfang der morgigen Sitzung auf 8 Uhr fest.

Waih geschriegen,

Mer sain gemacht!!*)

Rebbe Jankef an Rebbe Jatzmach in Warschau.

Rebbelleben![1]) Mer seyn capores, mit Schuh unn Schtrümps, Rebellen mer sayn gemacht, unn wie gemacht? Auf Wort von Ehre man kann nischt seyn gemacht mehr! Ich lieg do in Sack unn Asche unn bensche unn bensche,[2]) unn mein Harz schreit wie a

*) Aus einem Flugblatte, das man dieser Tage an der Paulskirche angeheftet fand.

[1]) Mein lieber Rebbe. [2]) Bete.

Digitized by Google

neugebornes Kind, mir is waich ums Harz wie mer nich is gewesen waicher ums Harz an Jom Kippur![1])

„Aber was schraiht er, was schraiht er?“ hör ich Dich frogen, „is er geworden meschugge der Taitsch?“[2]) Jau ich bin geworden meschugge! Es gaibt mer rumm im Kopp, auf Wort von Ehre, als wenn ich wäre schicker![3]) De Thränen gain mer aus de Ogen, wies pure Brünnenwasser! Ich komm mer vor wie 'n Schaute![4]) Ich rede Schtuß,[5]) ich waiß nit wo mer der Kopp schtait! Aber hör mer nur ßu a Paar Oogenblicke unn Du werrscht wissen, was is gepessirt in Berlin unn de Umgegend!

Ich hab Der doch geschribben jene Zeit, wie der Mailach[6]) hat geschpielt à gewaltige Partie Schach in Berlin! Wie er hat geglobt, daß der Pauer nur sey ßum Schlogen, unn daß er nicht kann verlieren, aß er nur respektirt seine Affzierche! Aber er is sich gewesen Taue![7]) Der Pauer hat geschlogen in de Nacht vom 18. zum 19. März de Affezierches, un der Mailach is geworden eppes matt!

As der Mailach nu hat gesehen, daß er de Partie hat verloren, hat er gesogt, es is man gewesen à Mißverständniß unn hat geglaubt de Sache is gut. Aber de Sache ist nischt gewesen gut! Das Volk hat gerechnet, daß de Partie is geworden geschpielt um 'nen ganz hauhen Preis, se hat gekost à Zach Blut[8]) unn was vor à Blut, ganz kauscheres Blut, unn hat gesagt Gut Herr Mailach! Mer sayn jetzt de Herren unn mer wünschen des unn des, unn wie der Mailach nu wieder hat gesehen, es gaiht nischt anders, hat er gesogt, gut maine Herren, es werd mer sayn à Plestr, unn thun Se ganz als wenn Se ßu Hause wären!

Unn das Volk ist gekümmen unn hat gesogt, mer wollen haben à Konschtitutzejon — unn der Mailach hat gesogt: ich werd Euch geben eine Konschtitutzejon auf de brettesten Grudlagen, à ganz superfaine Konschtitutzejon! Unn das Volk war ßufrieden, unn der Prinz von Praiße is gegangen geworden weg, unn der Mailach is geritten rum in die Schtatt unn hat umgethan die taitsche Farben, unn hat lassen wehen von das Schloß de teutsche Farben, unn hot gesogt, er werd sich schtellen an de Spitze von Taitschland ohne Usurpazejon, un eppes er hot befohlen, daß de Soldaten mußen trogen de taitsche Kakkarde, unn de ganze Welt is geworden Taitsch, unn mer haben fortgeschafft aus Berlin de Balmmachomes[11]) unn sayn geworden selber Balmmachomes unn hoben genommen de Kuhfüßchers[12]) unn hoben gestanden Posten, unn hoben jegubbelt unn geschriegen, unn hoben uns umarmt unn geküßt, de Jüden unn de Gojim,[13]) unn hoben gesogt, mer sain frai, mer sain frai, mer sain Brüder unn mer woren glücklich, so wohr soll ich glücklich seynd, gewiß drai bis vier Toge! —

Aber Jahmachleben[14]) Du waißt, ich bin kein Schaute! Ich hob mer gedenkt, lacht ehr nur, schrait ehr nur, jubelt ehr nur, Ihr werdet Euch später verschwarzt liegen,[15]) unn nachher de Krye schnaiden.[16]) Unn bei main Gesund, ich bin mich nischt taue gewesen.

De Regierung hat nur à andres Gewand angethon, aber se is geblieben ganz wie se wohr. De Firma wies Geschäft is geworden geändert, aber de Handlung is geblieben dieselbe. So wohr soll ich glücklich sind! Jene, die den Mailach jumgeben, hoben gesagt, jetzt muß mer thun was sie wollen, se hoben de Macht, aber man müß sein jerribben[17]) unn ihnen ßu nehmen suchen, das Heft, unn man muß gaihn ganß behütsam ßu Werk. Unn Schpohs hoben se gemacht und gethan!

Spuerst hoben se gesehen, alle ßusammen sayn mer su mächtig, hoben se angefangen uns ßu schpalten. Sju de Bürger hoben se gesogt, durch ihre Instrumente, de Liberalen sayn lauter Commeniften, Ihr said verloren wenn das gaiht so fort. Denn hoben se gesogt, seyd auf Eurer Hut, der Pöbel will Euch alle schlogen taubt, unn Euch nehmen Euer Geld unn Euer Gut. Unn ßu den Gojim hoben se gesogt, was wollt er doch sayn Brüdder von de Jüden? de Jüden sayn doch de Compagnions von den Commeniften unn von de Uswiegler, unn ßu de Arbeiter sayn sie gegangen unn hoben se gekauft unn hoben gesagt: Ihr werd gehn Pleite,[18]) as Ihr hört uff de Uffwiegler! De Geschäfte müssen doch liegen danieder, unn Ihr werdet verschwarzt werden mit Weib unn Kind. Unn se hoben geschpielt so schaines Schpiel, daß eppes is gewochsen unter de Kinder ein unn derselben Familie à completter Haß unn 'ne tödtliche Feindschaft. Jene hoben doch das Geld, is ihnen geworden laichtes Spiel.

Nu hoben se gegeben der Bürgerwehr anen General ßum Scheff unn der hot gethon was er hott gewollt, unn hat gemacht de Bürgerwehr ßu Jendarmen unn ßu Pollezisten, unn hot gesagt: „Kinderleben[19]) der Kuhfuß is gor schwer, was willt er schtain Wache?

[1]) Am Versöhnungs- oder großen Fastage. [2]) Ist er toll geworden, der deutsche Jude? (Im Gegensatze zu dem polnischen.) [3]) Trunken, berauscht. [4]) Thor. Narr. [5]) Dummes Zeug. [6]) Der König. [7]) Er ist irre, betrogen gewesen. [8]) Eine große Menge Blut. [11]) Die Soldaten.

[12]) Flinten. [13]) Christen. [14]) Lieber Jazmach. [15]) Schwarz vom Schlage oder der Epilepsie getroffen daliegen. [16]) Krye schnaiden, d. h. Risse in die Kleider schneiden, ein Zeichen der tiefsten Trauer. [17]) Klug, listig. [18]) Flüchtigegehen, sich davon machen, zu Grunde gehen. [19]) Liebe Kinder.

Digitized by Google

Mer haben doch Balmochomes!“ Unn de Bergers haben wirklich ßu Allem ja gesagt, und de Balmachomes saind eppes widderkommen!!!

Brüderleben! Wie nu ware da de Balmechames, haben se gekricht gleich Keerage?[20]) Unn warüm? Se haben doch nu gehat aine solide Grundlage. Denn verstaihst De, Herzleben, ä Balmechame is immer ä Balmechome, unn's Schieße is sein Metier! Von nun an hoben se gehandelt ganz appart, de Polizei hat abgelegt das Civil[21]) unn is geworden wie se war. Mer haben gehabt Redefreiheit und Preßfreiheit, aber se hobe se ßugeschußt, de Bergers, daß Gott soll hüten unn bewoahren, se hoben gewirthschaft't noch ärger wie die Censoren unn de Jendarm'n! Hot Coner geredt wies thm war ums Herz, bauts hott er gesessen; hott Coner geschribben, bauts hot er gekriegt Mackes pitaise; Mackes pitaure![22]) Mer hoben gewollt mochen ä friedliche Demonschtration! Jau hoste gesehen, se hoben gerufen de Bergers mit de Kuhfüßchers und mer hoben nischt dersen machen ä Demonstrazjönche. Wie se nu hoben gesehn, de Sache is gut bereitet vor, hoben de Ministerches ihr faines Schpiel noch fainer getrieben und hoben gesogt, der Prinz von Praißen, der wie ich Dir gesogt, war gelosen fort, sey nischt gelosen fort, sondern er sey verschickt mit ä Mißjohn nach London, unn se finden vor nöthig, daß er muß kümmen ßurück. Waih geschriegen! hoben mer gerufen, mer sayn baibirt unn hoben gemacht ä neue gewaltige Demonschtration und sayn gegange ßu de Ministerches unn hoben se gewollt machen abdanken, aber se hoben nischt abgedankt unn sayn ganz ruhig geblieben und hoben gesagt: „Se hoben uns gar nischt ßu befehlen! Da werden kümmen de Vertreter, die ihr hobt gewählt, vor die werden wer uns verdeffendiren.“ Unn domit war's gut! Mit ainem Worte, se hoben gethan, als wäre gar nischt passirt in de Nacht vom 18. ßum 19. März unn der Mailach wäre noch absolut! Nu haben se geschrieben in de Zeitungen Gott soll hüten, von alle Enden der Welt, der Prinz von Praißen soll kümmen, de Balmachomers hoben gesungen gor faine Lieder thm ßu Ehren, unn mer sayn geblieben in de Minoretät!

Doch iß der König gekümmen unn hat geredt ßu de Offßierchers von de Bergerwehr ßiße faine Worte, unn hot se gemacht wainen unn hot gerihrt ihr Harz und das war sehr gut vor ihm. Denn wie er hot abgehalten de Perade, waren se de Berger vor lauter Plesir ganz außer sich unn hoben geschworen noch einmal Treue dem Mailachleben![23])

Nun sayn gekümmen endlich unsere Vertreter, uf die wer hoben gewartet wie de Jüd uff de Meschiach[24]) unn nu is gewese aus de Komedje! Nu sayn de Ministerches ausgerückt mit den Verfassungsentwürf! Waih geschriegen!

Waih was vor ne Verffassüng! Waih geschriegen! Was vor Grundlazen! Offer se sayn so schmol, daß ich glaube de Minister selber künnen nicht druff schtain, se werden missen fallen!

Nu soge selber, Bruderharz! Soll man nischt schtain und schrain as man gaiht machulle[25]) mit Schuh und Schtrümpe, as man werd plaite? Geld is nischt do! Der ganze Schatz is capores! De Freiheit is och nischt do! Se hoben blos ä Bische Comödje geschpielt! Zwei Monat waren mer Staatsberger! Gaite kehrt der beschränkte Unterthanenverstand von seinellrlaubsreise ßurück. Davor gemacht ä Revolutsjonk Unn warum? Bloß um ßu spielen äPoff? Nain, das künn mer sich nischt lassen gefallen. Offer! a Charpe[26]) unn a Schand! Aber worum sayn mer gewesen so dumm? Warüm hoben mer geglaubt, hoben mer nischt gemacht ä Erfahrung Anno 1813, 14 unn 15.

Jatzmachleben, Du wauhust in Rußland, Dein Mailach is ä gor schtrenger Mann, as er gibt de Knute, gibt er de Knute; as er aber mol werd sagen: Ihr sollt sayn frai uff Wort von Ehre, do werd Ihr sayn frai. Ihr said nischt frai, hobt Ihr wenigstens Geld! Aber mir, mir sayn nischt frei unn hoben och keen Moses unn de Propheten![27]) Waih geschriegen, dos is doppelt bestroft des is doch faule Fische unn Klapp[28]) obendrein??? — Nu hob ik Dir ausgeschütt mei Harz, nu hob ik Dir mitgetheilt meinen Kümmer. Gott weiß, was nicht noch Allens geschieht. Uff de Knute bin ik gefaßt. Mer soll sage was ne Sache is. Mer gaihn so offen den Krebsgang, daß mer in Johr unn Tog bai Gott in Sibirien sayn künnen? Dann hoffe ich, Dich persönlich ßu sehn, bis dahin Gott befohlen.

Ich waiß nich, früher hoben mer geschlofen drei und dreißig Johr unn sayn uffgewacht in eine Nacht. Davor hot de Regierung gewacht drei unn dreißig Johre unn is ingeschlofen in eine Nacht, der liebe Gott waiß, wann se nu werd wachen uff. Aber immer besser mir sayn wach, unn daß mer wach sayn, dorüff geb ik Dir mein Wort von Ehre! — Nu, Bruderherz, lebe wohl unn gesund unn grüße Dain Weib unn de Kinderläbchens unn erßähle von de Praißische Poletik, bei Gott mer kann was davon erßählen. Dain traier Bruder Jankeff.

[20]) Courage, Muth. [21]) Die Civilkleidung; auch die Artigkeit, Leutseligkeit. [22]) Schläge, wie sie nur geschrieben stehn. Schläge von der schönsten Façon. [23]) Dem lieben König.

[24]) Messias. [25]) Verderben, zu Grunde gehen. [26]) Schmach. [27]) Will sagen: Kein Geld. [28]) Schläge.

Verantwortlicher Redakteur N. Schmitt. — Druck und Verlag von J. Kayser.

Digitized by Google

Plauderstübchen.

Beiblatt zum Boten für Stadt und Land.

Nr. 59. Kaiserslautern, Samstag 15. Juli **1848.**

Aus Frankfurt.

Briefe an Kunz.

Am 12. Juli.

I.

Ganz Frankfurt schwimmt im Taumel. Gestern brachte man dem Reichsverweser einen Fackelzug, so groß, wie ich noch keinen gesehen; heute Abend gibt's Illumination, die prächtig zu werden verspricht. Die Frankfurter haben nicht unrecht; sie wissen, um was es sich für ihre Stadt handelt.

Ich trete in die Paulskirche. Sie ist furchtbar angefüllt. Unsere Sitze auf dem linken Berge sind größtentheils von Damen eingenommen; ich muß mir ein anderes Plätzchen in der Nähe suchen. Der Sitz des Präsidenten ist mit Blumen in Töpfen geschmückt und zum Ehrensitze für den erwarteten Reichsverweser hergerichtet.

Vor dem Präsidentenstuhle ist für heute eine niedere Tribüne angebracht. Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung. Heckscher besteigt die Rednerbühne, um Namens der nach Wien gesendeten Deputation Bericht über die Reise zu erstatten.

Heckscher malt mit den hellsten Farben. Allenthalben Jubel, Begeisterung, Kanonendonner, Glockengeläute, Ehrenpforten, weißgekleidete Mädchen u. s. w. Selbst die Blumen vergißt der Redner nicht, die von den Händen »schöner Frauen und Jungfrauen« auf die Mitglieder der Deputation herabgeworfen wurden. Als er auf die Antwort des Erzherzogs zu sprechen kommt, die ich Dir gestern mitgetheilt, hält er es für nöthig, zur Erläuterung der Stelle, die von dem Beifalle der deutschen Regierungen spricht, Einiges gleichsam als Entschuldigung des Reichsverwesers beizufügen. Erzherzog Johann sey in jenem Augenblicke von den Gesandten aller deutschen Regierungen umgeben gewesen und da habe er der Höflichkeit wegen so etwas sagen müssen. (Heckscher hätte besser gethan, die Sache gar nicht zu berühren.) Mit besonderer Vorliebe spricht der Redner von einem Riesenfackelzuge, der den Deputirten in Wien gebracht worden. Noch glanzvoller, als die Reise nach Wien sey die Rückreise nach Frankfurt gewesen, welche die Deputirten in Gesellschaft des neuen Reichsverwesers machten. Auf der Reise durch Preußen die zarteste Aufmerksamkeit der Behörden; bei dem Einzuge in Dresden sey der König von Sachsen selbst dem Reichsverweser entgegengefahren. In Halle — erzählt der Redner — sey ein Student keck an den Wagen des Reichsverwesers getreten mit den Worten: „Verantwortlich oder unverantwortlich?“ Ohne die Fassung zu verlieren, habe der Reichsverweser geantwortet: „Das wird sich finden; von Frankfurt aus werde ich die Antwort geben können. Es gibt ein Gesetz, und unter dem stehe ich, unter dem stehen wir Alle.“ (Beifall.) Bei dieser Gelegenheit bemerkt der Redner: sie (die Mitglieder der Deputation) hätten sich öfters mit dem Erzherzoge über die Prinzipien der Verantwortlichkeit und Unverantwortlichkeit unterhalten und die liberalsten Ideen aus seinem Munde vernommen; sie hätten überhaupt nie als Höflinge, sondern als Männer des Volkes mit dem Reichsverweser gesprochen. Auf der ganzen Reise hätten sie die Ueberzeugung gewonnen, daß die Nationalversammlung das ganze deutsche Volk hinter sich habe, und daß jedes Bestreben, der großen deutschen Sache entgegenzutreten, ein vergebliches seyn würde. (Bravo.)

Von den Deputirten ist einer, Raveaux aus Köln, in Wien zurückgeblieben, wei er sich in Folge einer Erkältung ein Fieber zugezogen.

Der Vorsitzende sendet nun die Fünfziger-Deputation ab, um den Reichsverweser in die Mitte der Nationalversammlung zu geleiten:. Die Sitzung wird sodann auf eine halbe Stunde aufgehoben.

Jetzt erscheint der Reichsverweser, und stellt sich vor den für ihn bereit stehenden Thronsessel. Er ist einfach schwarz gekleidet, ohne Orden, ein schwarzroth-goldenes Band im Knopfloch. Trotz seines Alters zeigt er eine sehr kräftige Haltung. Der Vorsitzende heißt ihn im Namen der Nationalversammlung in kurzer Anrede willkommen, läßt sodann durch Schriftführer Biedermann das Gesetz über die Errichtung

Digitized by Google

einer provisorischen Centralgewalt verlesen und fordert den Reichsverweser auf, dieses Gesetz nach Pflicht und Gewissen zu halten und halten zu lassen. Der Reichsverweser erwiedert mit kräftiger Stimme, mit scharf hervortretender österreichischer Aussprache. Er sagt im Wesentlichen: die Eile, womit er sich nach Frankfurt begeben, sey der deutlichste Beweis von der hohen Wichtigkeit, die er dem ihm übertragenen Amte beilege; er erkläre feierlich, daß er das Gesetz über die Centralgewalt halten und halten lassen wolle zum Ruhme und zum Wohle Deutschlands. Er wolle das Amt des Reichsverwesers ganz und ungetheilt bekleiden, und werde darum den Kaiser ersuchen, ihn seiner Stellung als Reichsverweser von Oesterreich zu entbinden. Stürmischer Beifall und Vivatruf.

Hiermit ist die Ceremonie beendet. Der Reichsverweser verläßt die Kirche, gefolgt von der Deputation, der sich ein großer Theil der Mitglieder der Nationalversammlung anschließt.

Michel an den Boten.

Wenn die Zeit so laut und gewaltig redet, müssen schlichte Leute, wie Unsereiner, deutsch gesagt, das Maul halten. Weiß Gott! wir gucken oft einander an und — schweigen, weil wir nicht wissen, was wir sagen sollen. Der Nachbar Velten drückt's in seiner Weise aus, indem er achselzuckend sagt: „Was kann mr do sage?“ Ist doch sogar der Haupt-Parlirer, der Kunz, beinah' verstummt. Wenigstens kommt er nicht mehr wie sonst zum Wort. Es ist just, als wären wir aus der alten Welt, und wenn einer nur halbweg in der alten Weise redet, so läuft er Gefahr, für verdahlmannt zu gelten. Und doch muß ich einmal einen Anlauf nehmen und Dir ein paar Worte schreiben, wenn sie auch sagen mögen, ich sey noch zu viel auf dem alten Styl. Du kennst mich und meine Art, Du weist schon gar lange, daß ich zum eigentlichen Federfuchser verdorben bin, und daß die logische Ordnung, wie Du's nennst, meine Sache nicht ist. Also gleichviel, in welcher Ordnung es herauskommt, wenn Du mich nur verstehst.

Für's Erste muß ich Dir ganz im Vertrauen ein Kapitel nennen, über das Du schon längst Deinen Lesern ein Wort hättest sagen dürfen, wenn Du nämlich gewußt hättest, was viele derselben über Dich und andere sagen. Es ist das Kapitel vom Auftreten und Reden in der Reichsversammlung. Daß ihr, nämlich Du und die andern Pfälzer, nicht als Redner in Frankfurt auftretet, das können viele Deiner Leser und Nichtleser gar nicht rund bringen, und sind ordentlich bös darüber. Sag's ihnen doch einmal, wie das zusammenhängt, und sie werden einsehen, daß euer Benehmen ganz in der Reihe ist. Wer mir just in den Wurf kommt, dem suche ich es nach meiner Manier zu erklären, indem ich ihm sage, daß das Parlament in Ewigkeit dauern würde, wenn Alle und Jeder Reden halten wollten, damit seine Leute daheim auch einmal etwas von ihm lesen. Ich sag' es denen, die mich darüber fragen, daß ihr Pfälzer meines Wissens in den Clubbs gehörig redet, und eure Ansichten geltend machet, das Wort aber dem übertraget, der es eben am besten führen kann, als z. B. dem Robert Blum, und daß der meist nur vorbringt, was ihr Abends auch mit habt fertig machen helfen. Das ist gegen die Weltschweifigkeit sehr gut, und das Stimmen bleibt am Ende die Hauptsache.

Hab' ich Recht, Bote, wenn ich's den Kopfschüttlern so erkläre? Sag! „ja“, wo nicht, so erklär' es ihnen besser.

Das war Eins und eigentlich das Hauptsächlichste, was ich Dir habe sagen wollen. Nimm mir nicht übel, wenn ich noch über dies und das weiter mit Dir plaudere. — Ich bin immer begierig darauf, was Dein nächster Brief aus Frankfurt wieder Neues bringen wird, beim Lesen aber kann ich nicht umhin, zuweilen meine stillen Glossen zu machen. So z. B. als ich den Schluß Deines Schreibens vom 2. Juli gelesen. Dort sagst Du: „Wenn je, so muß heut zu Tag die Volksstimme für Gottesstimme gelten. Sie nicht hören zu wollen, ist unbegreifliche Verblendung.“ Mit dem letzten Absatz, dacht' ich, hat er recht der Bot', mit dem ersten aber steht es so so. Sprüchwörter sind nicht allweg Wahrwörter, sonst müßte auch das deutsche Sprichwort wahr seyn: „Wer dem Volk dient, dient dem Teufel“, nämlich weil Teufelsdank nicht selten der ganze Lohn für die Männer ist, die dem Volke sich und das Ihre opfern. Du hast selbst schon gesagt: das „Kreuzige!“ liegt ganz nahe neben dem „Hosiana!“ Es war auch Volksstimme, Gottesstimme aber nicht. Was mir aber nicht selten Kopfbrechens macht, ist die Frage, wo ich eigentlich das Volk und seine Stimme finden solle. Da sagen die Einen, das Volk spreche aus der Linken, die Andern, es habe seine Stimme in der Rechten. Der eine hält die Majorität für die Vertreterin des Volkes, der Andere die Minorität. Hier heißt es, das Volk lasse sich hauptsächlich in den democratischen, meinetwegen radical-democratischen Vereinen hören; dort sagt man, die Gebildeten, die Intelligenten repräsentirten das Volk. Der erklärt, die Volksstimme erschalle hauptsächlich in den Zeitungen; Jener behauptet,

Digitized by Google

die ruhigen Bürger und Landleute, welche weder schreien noch schreiben; bildeten das eigentliche Volk. Und wenn ich so mit ansehe und höre, wie man bei uns zu Stadt und Land die Dinge bespricht und beurtheilt, so wird mir oft ganz duselig über den verschiedenen Meinungen, und ich weiß nicht recht, wo ich eben das Volk suchen soll. Hier Hecker und die Republik, dort Erzherzog Johann und die Fürsten dazu, und anderwärts wieder eine einzige constitutionelle deutsche Monarchie. Wahrhaftig ich komme nicht mehr draus, und wenn Du mir in Beziehung auf Volk und Volksstimme den Kopf einigermaaßen zurecht setzen kannst, so thu's ums Himmelswillen, ich will Dir's danken.

Apropos beim Namen Hecker fällt mir ein, daß das Heckerlied auch in der Pfalz schon von den Kindern gesungen wird. Wenn man aber daraus den Schluß ziehen wollte, die Pfälzer wären in großer Zahl heckerisch gesinnt und möchten ihn kommen sehen und unterstützen, so würde man sehr falsch schließen. Die Soldaten haben gar schon ein Lied gegen den Hecker gemacht, worin es ungefähr heißt, wenn er käme, so werden sie auf ihn schießen, daß es pufft und knallt Fidirallalera! — Nebenbei erzählt sich das Volk, Heckers Frau habe einmal geträumt, Andere sagen, eine Kartenschlägerin habe ihr vor Zeiten geweissagt, sie würde noch eine Kaiserin werden. Gott bewahre sie davor, selbst wenn sie unverantwortlich würde.

Du hast doch wohl die neue Karte von Deutschland wie es werden soll, mit seinen 16 Herzogthümern nämlich, gesehen. Wie gefällt Dir das Projekt? Wenn da nur nicht auch schon die Bärenhaut verkauft ist, ehe man den Bären hat. Aber gestehen muß ich, wenn ich auch nicht gerne jemanden etwas nehme, ich wollte ihr brächtet's in Frankfurt auf manierliche Weise zu einer solchen wirklichen Karte. Ich wollte mich die Mühe nicht verdrießen lassen neuerdings deutsche Geographie zu lernen. Fasset es gut an und machet's bald rund und fertig. Jedenfalls mache, daß Du vor Winter noch heim kommst, damit wir wieder gemüthlich im Plauderstübchen zusammen sitzen können. Der 4Ser scheint gut zu werden, und an Brod und Kuchen wird's heuer nicht fehlen, aber das Geld, das Geld — ! Machet um Gotteswillen das neue deutsche Reich bald fertig, sonst muß es noch gar deutsch arm heißen. Denen, die so überschwenglich lang und viel reden, magst Du sagen, Wasser hätten wir schon genug, und wenn sie Deutschland noch länger unter Wasser setzten, so brächten wir das Geld für die Flotte gar nicht zusammen.

Doch halt! ich komme bei allem dem auch ins Plaudern und bin schon vom Hundersten ins Tausendste gerathen. Halte mir's zu gut, und damit für jetzt Gott befohlen!

Für den Correspondenten H..... g.

in Nr. 55 des Plauderstübchens.

Ich dachte an die Hühner meiner Mutter
und ging heim. H.....g.

Der Herr oder Meister, welcher in Nr. 55 des Plauderstübchens den prätirten Aufsatz mit den hier oben angeführten Worten schloß, hätte wahrlich gut gethan, wenn er nicht nur heim gegangen, sondern ganz daheim geblieben wäre und sich mit den Hühnern oder Gänsen seiner Mutter beschäftigt hätte, anstatt sich auf die faulen Eier Anderer zu setzen und neue Basilisken auszubrüten. Gut hat er wahrlich nichts gemacht und Gutes gethan auch nicht.

Es ist wahrlich ein Anblick zum Erbarmen, wenn man aus Partheihaß nicht nur Andere verunglimpft, sondern sogar sich selbst und — wenn's möglich wäre seinem ganzen Stande, so zu sagen, die Nase ans dem Gesichte schneidet. Das hat eine kleine Zahl von Schülern des Seminarinspectors Wagner versucht, und der H.....g hat sich durch sein Schreiben vom 1. Juli d. J. seinen gebührenden Antheil an dieser höchst ritterlichen That und ihrem Ruhme geholt. — Wie? wird man denn von gewisser Seite gar nie begreifen, wie höchst unehrenhaft für einen Mann es ist, seinen eigenen Lehrer so anzugreifen, wie Herr Wagner von einigen seiner Schüler angegriffen worden ist? Wir alle haben Lehrer gehabt, und viele eine ziemliche Zahl derselben. Unter diesen war sicherlich einer oder der andere, dessen Art uns mißfällig war, dessen Ansichten wir heute nicht zu den unsern machen könnten; es war einer oder der andere darunter, der uns sogar bisweilen wehe gethan — aber wo in aller Welt fällt es dem gebildeten Manne ein, den oder diejenigen seiner Lehrer, die er nicht lieben, vielleicht nicht einmal achten kann, öffentlich anzugreifen? Sieht ein Lehrer nicht ein, daß es ihm — er sey, wer er wolle — sehr schlimm ergehen müßte, wenn seine Schüler, die ihn nicht leiden mögen, oder die andere Ansichten haben oder bekommen, als er, ihn mit dem nämlichen Maße messen wollten, mit dem er seinem eigenen Lehrer mißt? Und welche Achtung kann eine Gemeinde vor ihrem Schullehrer haben, der seinen eigenen Lehrer in öffentlichen Blättern herunterzureißen versucht? Ihr Herren alle kennet die Geschichte von dem klei-

Digitized by Google

nen Troge, habt Acht, daß sie nicht an euch zur Wahrheit werde! Wahrhaft empörend aber ist die Gesinnung, die sich in H.....g's Worten ausspricht, wenn er sagt: „Mancher meiner Collegen kann dann mit jenem großen Dichter sprechen:

„Du haß mich lang und viel gel.....,
„Ich will dich wieder k..... Sch...!"

Das ist ein Gedanke, würdig des Juden Shylok in Shakspeares Kaufmann von Venedig.

Was nun die sonstigen Angriffe des H.....g in dem gedachten Aufsatze betrifft, so liefern sie unzweideutig den Beweis, daß hier der traurigste Ritter von der traurigen Gestalt seine Lanze gegen Herrn Wagner und die 41 Unterzeichner der ihm so ärgerlichen Erklärung eingelegt hat. Dieser H.....g entblödet sich, die drei Seminarlehrer und viele langjährigen Freunde des Herrn Wagner für incompetent zu erklären, über dessen Offenheit, Wahrheitsliebe, Treue, Amtstüchtigkeit und Gewissenhaftigkeit ein Urtheil abzugeben; er begeht die kolossale Unverschämtheit, seine sechs unterschriebenen Collegen und mit ihnen alle die, welche Herrn Wagner hochachten und ehren, für „Räudige" zu erklären, weil er blind ist für den eigenen Aussatz, den er in seinem Geschreibsel offen zur Schau stellt; er glaubt das Zeugniß der dort unterzeichneten Geistlichen dadurch entkräften zu können, daß er sagt, es seyen keine Rationalisten, keine Lichtfreunde, sondern nur Offenbarungsgläubige. Wenn ein solches Verfahren sich nicht selbst richtete, man müßte ein hartes Urtheil darüber aussprechen.

Wenn H.....g ferner die Leser des Boten glauben machen will, Herr Wagner habe selbst jene Erklärung der 41 Männer beansprucht, wohl gar auf directe oder indirecte Weise hervorgerufen, so ist das eine Unterstellung, welche deutlich genug beweist, daß es ihm nur darum zu thun war, diesen Mann und sämmtliche Unterzeichner zu verdächtigen. Das mag ihm höchstens bei Seinesgleichen gelingen.

Wenn er endlich dem Hrn. Wagner nicht undeutlich zumuthet, „die falschen Anschuldigungen" einzelner undankbaren und durch ihr Auftreten genugsam charakterisirten Schüler etwa in öffentlichen Blättern zu entkräften und sich mit allen oder jedem derselben in einen Federkampf einzulassen, so ist das mehr als lächerlich. Herr Wagner bedarf dessen eben so wenig, als das mit mephistophelischer Fratze ausgesprochenen Lobes, welches H.....g an die Prüfung im vorigen Jahre und an die Schlußrede in der Frucht-halle knüpft.

Soll ich auch darüber noch ein Wort verlieren, daß H.....g die Worte der Erklärung: „In einer andern Zeit" u. s. w. nicht versteht oder sie doch in seiner noblen Weise auslegt? Es wäre vergebliche Mühe. Ich will nichts mehr thun, als dem edlen Ritter von L..... noch einmal zurufen: „Denk' an die Hühner Deiner Mutter und gehe heim!"

Ein Unterzeichner der Erklärung
in Nr. 76 des Boten.

Korrespondenz des Boten.

Vom Donnersberge, 9. Juli. Heute ist eine von der in Kirchheimbolanden bestehenden „Donnersberger Freischaar" verfaßte Adresse an die Männer der Linken in der Nationalversammlung zu Frankfurt abgegangen, welcher sich die Freischaaren von Bischheim, Marnheim und Dannenfels anschlossen. Es wird darin hauptsächlich die Unvolksthümlichkeit der Majorität der Nationalversammlung und das energische uneigennützige Auftreten der Linken, insbesondere auch gegen den letzten Beschluß der Versammlung, wornach ein unverantwortlicher, an deren Beschlüsse nicht gebundener Reichsverweser geschaffen wurde, der sich sogar noch mit den Bevollmächtigten der Regierungen in Einvernehmen setzen solle, hervorgehoben.

Wir lassen hier die Schlußstellen der Adresse folgen: „Es ist offenbar, daß die Mehrheit der Nationalversammlung in diesem Beschlusse die Souveränität des Volkes, die es sich auf den Barrikaden theuer erkauft hat, verläugnet, daß sie also im Berufe der Errungenschaften des Volkes zu wahren, und zu schützen, jetzt schon sich derselben zum großen Theile entäußert hat."

„Wir Unterzeichnete wissen nicht, glauben es aber sehr in Zweifel ziehen zu müssen, ob dieses Verfahren der Majorität der Nationalversammlung im Sinne ihrer Wähler liegt, wir wissen aber, daß Sie, hochgeehrte deutsche Männer gegen solchen Beschluß gestimmt, wir wissen, daß Sie mit Wort und That gekämpft, und noch kämpfen für die Rechte und Freiheiten des Volkes, für das was zur Begründung eines dauerhaften Friedens, und zur geistigen und materiellen Wohlfahrt des Volkes frommt, wir wissen, daß Ihnen Wahrheit und Volkeswohl über Fürstengunst und Eigennutz geht."

„Nehmen Sie, deutsche Männer, dafür unsern innigsten Dank hin, und lassen Sie sich durch die nummerische Ueberlegenheit der Versammlung nicht abhalten, entschieden in solchem Geiste fortzufahren, denn hinter Ihnen steht die große Mehrheit des Volkes, eine Mehrheit, die nicht gewillt ist, sich ihre Rechte und Freiheiten durch eine herzlose Professoren- und Adelsparthei, durch eine Rotte abtrünniger ei-devant Volksmänner „verdahlmannen" zu lassen."

„Gott mit Euch, Ihr braven, würdigen Deutschen! Ihr Männer von der Linken, Euch in Eurem edlen Streben zu unterstützen, ist unsere schönste Pflicht."

Verantwortlicher Redakteur N. Schmitt. — Druck und Verlag von J. Kayser.

Digitized by Google

Plauderstübchen.

Beiblatt zum Boten für Stadt und Land.

Nr. 60. Kaiserslautern, Montag 17. Juli **1848.**

Für Deutschlands Flotte.

Wenn ich in der Reichstags-Zeitung die Ankündigung von eingegangenen Beiträgen zur Herstellung einer deutschen Flotte lese, freu' ich mich immer gar herzlich, und doch kann ich mich bis jetzt des Gedankens nicht erwehren, es gehe das noch viel zu langsam, und die Quellen öffneten sich nicht zahlreich genug. So wie die Begeisterung für diese bedeutsame Sache des Vaterlands sich anfänglich in Worten kund gab, so, dachte ich, würde sie sich auch in Gulden und Thalern, in Groschen und Sechsern kund geben. Bis dato ist das noch lange nicht der Fall. Wir wollen deßhalb nicht gerade fürchten, daß die Begeisterung für die Errichtung einer deutschen Flotte schon wesentlich erkaltet sey, aber so viel ist sicher und gewiß, daß sie sich in der That nicht glühend genug erweist. Dieses erste größere Werk, das die ganze Nation gemeinsam in Angriff nehmen will, sollte einen weit rascheren Erfolg haben. Es sollte ihn namentlich in Deutschland selbst um so mehr haben, als ja die in andern Ländern und Welttheilen lebenden Deutschen nicht zurückblieben, sondern so zu sagen die Erstlingsgaben geliefert haben, und fortwährend noch größere und kleinere Summen liefern, wie dies z. B. in den jüngsten Tagen von der kleinen Insel Malta her geschehen.

Wir dürfen's nicht leugnen, es liegt in diesem Zögern und Zaudern ein Vorwurf für uns Deutsche, und wir Pfälzer müssen den gebührenden Theil an diesem Vorwurfe mit hinnehmen. Was bis jetzt in unserm Kreise für die deutsche Flotte geschehen, ist kaum der Rede werth, und es thut wahrlich noth, daß wir uns in dieser Angelegenheit etwas rühriger und offenhändiger beweisen. Der Bote hat den Volksvereinen die Sache schon einmal an das Herz gelegt, möchten doch diese sich derselben bald und recht ernstlich annehmen. Wer soll es thun, wenn nicht sie? Oder wollen sie etwa einen günstigeren Zeitpunkt abwarten? Ich denke immer eine solche Maaßregel sey die wenigst gerathene. Es hat immer zu nichts geführt, wenn man das erste Feuer niederbrennen, oder das glühende Eisen wieder erkalten ließ, ohne es geschmiedet zu haben.

Man hat jüngst mit wahrhaft treffender Ironie in der Reichsversammlung gefragt, wie hoch sich die Beiträge beliefen, welche die Fürsten bis dahin zur Flotte geleistet. Wir wollen nicht in den Fall kommen, daß man uns Pfälzer einmal in ähnlichem Sinne frage. Gehen wir selbst den Fürsten mit gutem Beispiele voran! Wohlauf, ihr Volksvereine! Frisch an's Werk! Heraus mit euern Goldfüchsen und Champagnerthalern ihr Reichen! Heraus mit euern Gulden und Batzen, ihr weniger Bemittelten! Her mit dem oder jenem unnützen Schmucke von Gold oder Silber, ihr Frauen und Jungfrauen des Landes! Es gilt ja nicht ein golden Kalb, einen unnützen Götzen, daraus zu gießen, es gilt des Vaterlandes Schutz und Macht. Wer deutsch ist, deutsch fühlt und denkt, und etwas vermag, der halte die Hand nicht zurück, wo es gilt eine Gabe auf des Vaterlandes heiligen Altar zu legen.

Ein Wort über die neue Einkommen-Steuer.

Das Gesetz über die Einkommensteuer ist publicirt. Hat es schon während der Berathungen über dasselbe viel Redens hervorgerufen, so thut es jetzt dasselbe wieder, wo bereits die Vorbereitungen zu seiner Ausführung getroffen werden. Voraussichtlich wird noch mehr die Rede davon seyn, wenn einmal die Declarationen des Einkommens in den Gemeinden wirklich abverlangt werden.

Es kann nicht fehlen, daß dieses Gesetz den meisten derer, die es besteuert, eine unwillkommene Erscheinung ist, aber es wird auch kein Vernünftiger bestreiten wollen, daß irgend eine Erhöhung der Steuern gerade in dieser Zeit für Bayern ein unabweisliches Bedürfniß war. Die meisten der Verbesserungen, die gegenwärtig verlangt, angebahnt oder bereits in Leben getreten sind, machen ausgedehntere

Digitized by Google

Mittel nothwendig. Man sagt freilich mit Recht: Hätte man in früheren Jahren in einzelnen Zweigen der Verwaltung anders gewirthschaftet, so wäre eine neue Steuer oder eine Erhöhung derselben jetzt nicht nothwendig. Es schadet nichts, sich über diese Vergangenheit auszusprechen, auch tadelnd auszusprechen, aber daß uns dies der unliebsen Nothwendigkeit nicht entziehen, daß es die erschöpften Kassen nicht füllen kann, ist klar genug. Es kann zur Lehre und Warnung für die Zukunft treffliche Dienste leisten, aber der Gegenwart und der nächsten Zukunft ist offenbar nur mit Geldopfern geholfen.

Wenn nun doch eine neue oder erhöhte Steuer nothwendig ist, so ist offenbar die Einkommensteuer die gerechteste und billigste, da sie den Aermeren gar nicht, den Mann mit geringem Einkommen nur sehr mäßig in Anspruch nimmt. Wer aber ein bedeutenderes oder gar sehr hohes Einkommen hat, kann sich auch etwas gefallen lassen. Zahlt ja doch nach diesem neuen Gesetze eine ledige Person mit einem jährlichen Einkommen unter 250 fl. nichts, und wenn sie so viel hat, nur 30 kr.; bei 300 fl. nur 45 kr. Und eine Familie mit drei Kindern wird erst bei einem Jahres-Einkommen von 400 fl., mit mehr als drei Kindern erst bei einem solchen von 500 fl. mit einem Gulden oder 1 fl. 15 kr. belastet. Dabei fällt sogar die Personal- und Mobiliar-Steuer ganz weg. Jedenfalls haben sich die Bürger von geringem oder mäßigem Jahres-Einkommen über das neue Gesetz ganz und gar nicht zu beklagen, sie kommen vielmehr ganz gut dabei weg, während die Hauptlast auf die Bemittelteren fällt.

Hier ist nun freilich noch eine große Unebenheit, die aber nicht augenblicklich entfernt werden konnte. Sie drückt namentlich die Bewohner der Städte. Bekanntlich ist die Häusersteuer in den Städten so hoch, daß sie in gar keinem Verhältnisse zu der Grund- und Häusersteuer auf dem Lande steht. Hat nun ein Stadtbewohner, den die Einkommensteuer trifft, zugleich ein Haus, so ist dieses nicht nur schon sehr hoch besteuert, sondern es erhöht zugleich sein Einkommen und wird also von dieser Seite noch einmal besteuert. Gleiches gilt in Beziehung auf die Gewerbsteuer. Treibt nämlich ein Bürger ein Gewerbe, das ihm zu einem jährlichen Einkommen verhilft, welches der neuen Steuer unterliegt, so zahlt er nicht nur seine Gewerbesteuer, sondern noch überdies die Einkommensteuer, und hat er dabei noch ein Haus, so ist er eigentlich dreifach belastet.*) Man sieht, in welch' großem Nachtheile namentlich der Stadtbürger gegenüber dem Landbewohner sich befindet. Ja, wo Gemeinde-Umlagen erhoben werden müssen, wird das Mißverhältniß überhaupt noch viel größer.

Doch, wie gesagt, es gilt einmal ein Opfer zu bringen, hoffentlich nur für das nächste Steuerjahr in dieser Weise. Ein ganz neues Steuergesetz zu machen, war für dieses Jahr eine baare Unmöglichkeit. Wenn aber, wie dies zu erwarten ist, das ganze Steuergesetz geändert und die jetzige unvermeidliche Unebenheit ausgeglichen ist, dann wird sich sicherlich die Einkommensteuer als die zweckmäßigste und gerechteste erweisen. Man hat sich in England anfänglich auch dagegen gesträubt, aber in den wenigen Jahren ihres Bestehens schon practisch erfahren, daß sie die angemessenste ist. Auch in der freien Stadt Bremen hat man dieselbe Erfahrung gemacht, und sicherlich werden wir diese Art der Besteuerung in wenigen Jahren in ganz Deutschland eingeführt sehen. Geschieht dies mit gehöriger Umsicht und wirklicher Gerechtigkeit, so können wir uns im Allgemeinen nur darüber freuen. In dieser Aussicht möge es sich Niemand verdrießen lassen, wenn er für das nächste Jahr etwas härter in Anspruch genommen werden muß.

*) Dem Kapitalisten ergeht es gerade so, da neben der Einkommensteuer nunmehr auch die Capitalsteuer besteht. Wer sein Einkommen aus angelegten Capitalien bezieht, zahlt nicht nur die Einkommen-, sondern auch die Capitalsteuer, ist also doppelt in Anspruch genommen, dreifach sogar, wenn zu seinem renticrenden Vermögen noch ein besteuertes Haus gehört. Indeß wäre das ganze Plauderstübchen zufrieden, wenn es bei der Capitalsteuer tüchtig eingeraunt würde.

Historische Berichtigung.

Bei der am 14. Juni in Kaiserslautern gehaltenen protestantischen Volksversammlung hat Hr. Pfarrer Hofer in der Bekenntnißfrage ausgesprochen, daß das apost. Glaubensbekenntniß (in seiner jetzigen Ausbildung) erst im vierten Jahrhundert der christlichen Zeitrechnung erschienen sey. Dieser Ausspruch könnte leicht dahin mißverstanden werden, als ob in den ersten 3 Jahrhunderten nur der eine oder der andere Satz dieses Symbols, oder vielleicht gar nur die von dem Herrn seinen Aposteln gegebene Taufformel (Matth. 28. 29.) bei den Christen im kirchlichen Gebrauche gewesen sey, und demnach erst 300 Jahre nach Christo das apostolische Symbol seinen bei weitem größten Bestandtheilen nach sey gemacht und in die Kirche eingeführt worden. Deßhalb erlauben wir uns

Digitized by Google

folgende historische Bemerkungen zu diesem Ausspruch des Hrn. Hofer zu geben.

Die Kirchengeschichte vermochte bis jetzt noch nicht die Entstehung und erste Einführung des apostolischen Symbols speciell und bestimmt nachzuweisen und dem leicht begreiflichen Umstande, daß aus dem Ende des ersten und fast aus dem ganzen zweiten christlichen Jahrhunderte sehr wenige schriftliche Denkmäler damaliger Christen auf uns gekommen sind. Nur so viel scheint jetzt den Kirchenhistorikern höchst wahrscheinlich zu seyn, daß aus dem Gebote Christi, die zu Taufenden auf den Glauben an Gott den Vater, den Sohn und den heiligen Geist zu verpflichten, unser apostolisches Symbol durch Zusätze und Erweiterungen im Laufe des zweiten christlichen Jahrhunderts hervorgegangen sey, und von der frühesten Zeit an, namentlich schon im zweiten Jahrhundert stets als Bekenntniß vor der Taufe abgelegt werden mußte, und zwar ganz schon in unserer jetzigen Gestalt und Fassung bis auf 2 oder 3 damals noch fehlende Ausdrücke und einige verschiedene Lesarten in den verschiedenen Gegenden.

Deßhalb finden wir das jetzige apostolische Symbol schon bei den Kirchenvätern Irenäus († 202), Tertullian († 220), Origines († 254) und anderen der Sache nach schon vollständig bis auf die Ausdrücke „niedergefahren zur Hölle", sodann allgemeine oder katholische (Kirche), welche allerdings erst nach dem vierten Jahrhundert in das apostolische Symbol scheinen aufgenommen zu seyn.

Demnach steht uns historisch fest: Unser apostolisches Symbol reicht in seinem Ursprung hinauf bis in die Zeiten der Apostel, es ist hervorgegangen durch biblische Erweiterungen aus dem Gebete Christi bei der Einsetzung der Taufe und es mußte von den frühesten Zeiten an als Bekenntniß vor der Taufe abgelegt werden.

Diesen Sätzen fügen wir hinzu: Unser apostolisches Symbol wird angenommen, und bekannt von allen christlichen Confessionen, und ist daher das gemeinsame Band der ganzen Christenheit; alle Glieder unserer unirten protestantischen Kirche sind darauf getauft und haben bei ihrer Confirmation dem Allheiligen gelobt in diesem Glauben zu leben und zu sterben, weil er ganz und völlig mit den Worten der heiligen Schrift übereinstimmt.

Ein Theolog.

Erklärung.

In Nr. 57 d. Bl. spricht Herr Dr. Herz sein Bedauern aus, daß die von Herrn Rabbiner Grünebaum ausgeschriebene Versammlung pfälzischer Israeliten nicht zu Stande gekommen sey. Warum letzterer dieselbe abbestellt habe, weiß Herr Dr. Herz ebenso wenig, als ich es weiß. Nichts desto weniger schreibt er: „Leider aber soll das Zustandekommen dieser Versammlung durch jüdisch-jesuitische Machinationen verhindert worden seyn." Also Dr. H. weiß nur von Einem, der es auch nicht weiß, oder, was noch wahrscheinlicher, vermuthet nur, daß jüdisch-jesuitische Machinationen thätig gewesen seyen, und das genügt ihm, um fortzufahren: „Unwillkürlich drängt sich hier die Frage auf, welche Stellung haben die drei Pfälzer Kollegen des Herrn Dr. G. diesem Aufrufe gegenüber eingenommen?" Die Lücke im Uebergange könnte einen etwas boshaften Kritiker verleiten, vielmehr auf Seiten des Dr. H. so etwas von, wenn auch nicht spezifisch jüdischen Jesuitismus zu suchen, ginge dieser nicht bald darauf geradeaus auf seine Opfer aus; (kosten ja die Rabbiner, bemerkt Dr. H., die Gemeinden schwere Opfer, müssen sich daher, meint Dr. H., auch wohl ungerechte Angriffe gefallen lassen. Das war hart!) Doch zur Sache. Wenn nun auch die Anschuldigungen des Dr. H. lediglich das Produkt einer Vision sind, so will ich doch meinestheils, meine Herrn Kollegen werden sich schon selbst zu rechtfertigen wissen, um andern ähnlichen Visionen zu begegnen, mein Verhalten in der fraglichen Angelegenheit öffentlich darlegen, so gern ich es auch unterließe in einer Zeit, die Wichtigeres zu thun hat, als sich mit Persönlichkeiten zu beschäftigen.

Am 17. v. M. erhielt ich, gleichzeitig mit andern Glaubensgenossen, ein Circularschreiben des Rabbiners Grünebaum, mit der Einladung, am 11. d. M. bei einer Versammlung pfälzischer Israeliten in Neustadt zu erscheinen, und der Bitte, die Herren Lehrer meines Amtssprengels, so wie „alle Bekannte, welche dem Fortschritte huldigen", zur Theilnahme zu bestimmen. Als festgesetzter Zweck der Versammlung war angegeben „eine durchgreifende Reform des religiösen Lebens, und insbesondere Berathung und Feststellung der Sabbath- und Festtagsgesetze, so wie zeitgemäße Umgestaltung des Gottesdienstes ꝛc." Eine solche Versammlung schien mir bedenklich, da ich fürchtete, daß durch sie der guten Sache nichts genützt, wohl aber viel geschadet werden möchte. Hätte Herr Rabbiner Gr. im Voraus seinen Collegen sein Vorhaben mitgetheilt, so würde ich ihm vorgestellt haben, daß meines Erachtens einer

Digitized by Google

dermaßen improvisirten Versammlung weder die nöthige Vorbereitung, noch die Befugniß beiwohne, eine Reform des religiösen Lebens in der beabsichtigten Ausdehnung zu „berathen und festzustellen", daß eine „Einigung", in Bezug auf praktische Durchführung nämlich, auf diesem Wege um so weniger erzielt werden könne, als nur die Theilnahme der „freisinnigen" Parthei erwartet wurde, daß vielmehr dieser Umstand einerseits, sowie der klar ausgesprochene Zweck der Versammlung anderseits den Widerstand der orthodoxen Parthei nur desto mehr zu erregen, und somit den Riß, der geheilt werden sollte, nur zu erweitern geeignet wären, ein Resultat, das, bei der ohnehin bestehenden Zersplitterung und Kleinheit der meisten Gemeinden der Pfalz in jeder Weise mußte vermieden werden, zumal in einer so bewegten Zeit, wie die gegenwärtige. Ich würde dem Herrn Rabbiner Gr. vorgeschlagen haben, und meine Collegen gewiß auch, daß wir gemeinschaftlich eine vorberathende Versammlung ausschreiben wollen, lediglich zur Verständigung über die Präliminarien, insbesondere über den Wahlmodus zu einer demnächst einzuberufenden Generalsynode, zur sofortigen Unterzeichnung einer bezüglichen Eingabe an die königl. Kreisregierung, und endlich zur Niedersetzung einer Kommission zur Vorbereitung von Vorlagen an die Generalsynode. Auf diesem Wege war eine allgemeine Theilnahme gesichert, und Zwiespalt ferngehalten; was die Generalsynode beschloß, war der Ausdruck des Gesammtwillens, und konnte bei der Einführung keinen Widerstand finden. Gewaltsames Verfahren kann in Gewissenssachen am Wenigsten frommen.

Diese Gründe leiteten mich, als ich dem Herrn Rab. Gr. alsbald zurückschrieb, daß ich meinestheils seinem Wunsche, die Lehrer ꝛc. zur Theilnahme zu bestimmen, vorerst nicht entsprechen könne, indem ich ihm einige meiner Bedenken unverhohlen mittheilte, und zugleich ein Verzeichniß aller in meinem Bezirke angestellten Lehrer beischloß, damit er sich direkt an diese wenden könnte. Was ich außerdem that, war, daß ich einigen wenigen Freunden, die mich fragten, ob ich bei der Versammlung erscheinen werde, eben so offen meine Ansicht zu erkennen gab, mit dem Bemerken, daß ich bezüglich meiner Theilnahme an der Versammlung noch unentschlossen sey, wie ich mich denn auch dem Herrn Rab. Gr. gegenüber nicht darüber ausgesprochen hatte. Nachdem hierauf eine Verständigung mit den Collegen stattgefunden hatte, entschloß ich mich zur Theilnahme in Verbindung mit diesen, allerdings in der Absicht, dahin zu wirken, daß die Versammlung den von mir oben bezeichneten Charakter annehme.

Wo sind nun die jüdisch-jesuitischen Machinationen der 3 Collegen des Herrn Dr. Gr., von denen Herrn Dr. H. so zuversichtlich geweissagt hat?

Schließlich sey noch bemerkt, daß Einleitungen zu einer von sämmtlichen Rabbinern der Pfalz zu veranstaltenden Versammlung mit der oben angedeuteten Tendenz getroffen sind.

L. Seligmann, Rabbiner.

Eingesendet.

Kaiserslautern, 15. Juli 1848.

Vorgestern ist dahier, wie wir schon angezeigt haben, bei einigen jungen Leuten Haussuchung vorgenommen worden und man hat mehrere unbedeutende Papiere in Beschlag genommen. An demselben Abend ist einem schon seit langer Zeit mißliebigen Beamten eine Katzenmusik gebracht worden.

So eben rückt ein Bataillon des 12., bisher in Mannheim stationirten Infanterieregimentes ein, das, wie man sagt, durch Estafette herbeigerufen worden ist. Man bringt natürlich das Einrücken dieser Truppen mit obigen Vorgängen in Verbindung und fragt sich, ob dann die Ruhe und Ordnung unserer Stadt so sehr bedroht sey, daß die öffentlichen Behörden einer militärischen Unterstützung bedürfen? Niemand glaubt dieses und Jedermann tadelt es, daß man der aus 300 Mann bestehenden bewaffneten Bürgerwehr nicht das Vertrauen schenkt, die Aufrechthaltung der Ruhe nöthigen Falls zu unterstützen.

Will man aber vielleicht durch eine Maaßregel, die alle Bürger belästigt — denn es heißt, die Soldaten sollen einquartirt werden — unter jenen Zwietracht und gegenseitige Verfolgung hervorrufen, so irrt man sich sehr; der etwa entstehende Unwille richtet sich nur gegen die Urheber jener Maßregel, und nicht gegen die, die sich vielleicht nur einer Polizeiübertretung schuldig gemacht haben.

Man kann den untergegangenen Polizeistaat, der das ganze Volk zu trennen und zu spalten trachtete und darauf seine Herrschaft gründete, immer noch nicht vergessen und man möchte, wie es scheint, um keinen Preis es den Bürgern selbst überlassen, die Ruhe und Ordnung aufrecht zu erhalten.

Verantwortlicher Redakteur R. Schmitt. — Druck und Verlag von J. Kayser.

Digitized by Google

Plauderstübchen.

Beiblatt zum Boten für Stadt und Land.

Nr. 61. Kaiserslautern, Donnerstag 20. Juli **1848.**

Aus Frankfurt.

Briefe an Kunz.

Am 17. Juli.

1.

Unter die Mitglieder der Nationalversammlung wurde dieser Tage das nachfolgende Gedicht vertheilt:

Der deutschen Nationalversammlung.

Das Fürstenwort in Brühl.

Volksgesang, gedichtet von Peter Fischbach, in Musik gesetzt von Heinrich Dorn.

1.

Im Brühler Schloß, beim Fürstenmahl,
Da ward ein Toast*) gebracht,
Ein Toast, der wie ein Wetterstrahl
Durchzuckte Deutschlands Nacht;
Erzherzog Johann, der das Heer
Am Rhein genusfert, schwur:
Kein Preußen und kein Oestreich mehr,
Ein einig Deutschland nur!

2.

Der Preußen König stimmte ein
In seines Gastes Wort;
Das deutsche Wort beim deutschen Wein,
Es riß die Herzen fort;
Den Gast umarmend that auch er
Begeistert jenen Schwur:
Kein Preußen und kein Oestreich mehr,
Ein einig Deutschland nur!

3.

Doch ach! es war ein schöner Traum,
Nach blieb es wie zuvor;
Des Brühler Wortes dachte kaum
Noch unsrer Fürsten Chor;
Da plötzlich schallet hoch und hehr
Des deutschen Volkes Schwur:
Kein Preußen und kein Oestreich mehr,
Ein einig Deutschland nur!

4.

Und sieh, das Volk, so lang getrennt,
Schon tagt es im Verein
Als machtvollkomm'nes Parlament
Zu Frankfurt an dem Main.
Zur Wahrheit wird die Brühler Mähr,
Das Volk erfüllt den Schwur:
Kein Preußen und kein Oestreich mehr,
Ein einig Deutschland nur!

*) Sprich einsylbig: Tohst.

Wie Du siehst, befindet sich zugleich die Melodie beim Texte. Sie scheint nicht übel; versucht's einmal im Plauderstübchen. Könnt ihr sie nicht singen, so brummt sie wenigstens.

2.

Wie Preußen in Deutschland aufgeht.

Der nachfolgende Aufruf ist fast in allen Gegenden Preußens verbreitet. Mir hat ein Freund aus Münster einen Abdruck übergeben.

„An alle braven Preußen!

Die Versammlung in Frankfurt, wozu auch Ihr Eure Deputirten geschickt habt, hat in ihrer Sitzung am 29. Juni d. J. das Unerhörte gethan: Sie hat alle deutschen Könige und Fürsten abgesetzt, sie hat die Republik erklärt.

Freilich geradezu ausgesprochen hat sie das so nicht, aber sie hat beschlossen, einen Reichsverweser zu wählen, ohne dabei irgendwie die Regierungen der einzelnen Staaten zu fragen, ob sie damit einverstanden, ob ihnen der gewählte Mann recht sey. Dieser Reichsverweser nun soll dazu dienen, alle Beschlüsse der Versammlung auszuführen, und damit er dies kann, soll er den Oberbefehl über die Truppen aller deutschen Staaten bekommen, allein das Recht haben, Gesandte zu schicken und anzunehmen, über Krieg und Frieden zu bestimmen, und Verträge mit fremden Ländern abzuschließen, wie es gerade der Versammlung beliebt.

Was heißt das aber nun wohl anders, als alle deutschen Könige und Fürsten absetzen? — Die Versammlung in Frankfurt regiert, und da haben wir Republik.

Digitized by Google

Sie wollen jetzt zwar nur den Leuten Sand in die Augen streuen, zum sogenannten Reichsverweser, zu ihrem Werkzeug einen österreichischen Prinzen wählen, damit es heißen kann: „Wir haben ja doch immer noch einen Fürsten an unserer Spitze in Deutschland;“ aber laßt Euch dadurch nicht irre machen; nimmt er es nicht an, oder gefällt er den Herren in Frankfurt nicht länger, so werden sie, und das können sie nach dem gefaßten Beschlusse auch, irgend einen Herrn Hans oder Peter aus ihrer Mitte wählen.

Das aber kann sich kein braver Preuße gefallen lassen. — Nein, wir wollen nicht dulden, daß unser rechtmäßiger König zum Beamten eines Reichsverwesers herabsinke; denn das ist er, wenn er nicht mehr die Macht hat, Krieg oder Frieden zu beschließen und seine Armee zu befehligen, wenn er thun muß, was der Versammlung in Frankfurt einfällt. Darum laßt uns diesen Beschluß nicht anerkennen, sondern dagegen protestiren, wo wir gehen und stehen.

Wir sind Preußen und wollen Preußen bleiben, treue Unterthanen unseres angestammten Fürstenhauses, und keiner Versammlung der Welt räumen wir das Recht ein, die preußische Monarchie, die unsere Väter durch ihr im siebenjährigen und in den Freiheitskriegen vergossenes Blut groß und kräftig gemacht und unter die ersten und mächtigsten Staaten Europas erhoben haben, in einem Schlage zu vernichten.“

Unten am Fuße des saubern Machwerkes stehen noch die Worte: „Wir bitten, den patriotischen Aufruf auf alle mögliche Weise durch zweckmäßige Vertheilung und Anschlag an geeigneten Orten zu verbreiten.“

Was sagst Du, mein lieber Kunz, zu diesem Pröbchen von preußischem Patriotismus?

3.

Am 17. Juli.

Sitzung vom Heutigen. Verlesung des Protokolles der Sitzung vom 15. Nach Erledigung einiger wenig erheblichen Reklamationen wird dasselbe genehmigt.

Der Vorsitzende läßt durch einen Schriftführer ein Verzeichniß der eingegangenen Beiträge für Gründung einer deutschen Kriegsflotte verkünden. Es umfaßt den Zeitraum vom 10. bis 16. Juli und weist im Ganzen 5300 fl. nach. Aus den Kantonen Bergzabern und Dahn ist eine Summe von über hundert Gulden darunter, übergeben vom Abgeordneten Umbscheiden; eben so eine Summe von 150 fl., eingesendet von der Wittwe des bekannten Patrioten Ernst Emil Hofmann aus Darmstadt. Letztere Gabe wird mit Bravo! begrüßt.

Durch den Vorsitzenden wird ein Schreiben des Reichsverwesers verlesen, worin er der Versammlung kund gibt, daß er während der Abwesenheit des Reichsjustizministers Heckscher dessen Portefeuille interimistisch dem Reichsminister des Innern und Aeußern von Schmerling übertragen habe.

Der Abgeordnete Staudenheim aus Mühlhof in Oesterreich zeigt seinen Austritt aus der Nationalversammlung an, weil er als Abgeordneter zum Reichstage in Wien gewählt worden. Es entspinnt sich eine längere Debatte, ob ein solcher Austritt unbedingt zulässig sey oder nicht. Die Versammlung spricht sich für den unbedingten Austritt aus.

Ueber die Art und Weise, wie künftighin Interpellationen an die einzelnen Reichsminister zu richten seyen, entspinnt sich eine längere Debatte, die damit ihr Ende erreicht, daß die Versammlung auf den Antrag Jordans aus Berlin beschließt, die Sache zur Begutachtung an den Ausschuß für die Geschäftsordnung zu verweisen.

Francke aus Schleswig verlangt, daß, sobald ein Waffenstillstand zwischen Deutschland und Dänemark zu Stande gekommen, vom Reichsministerium das Nähere der Nationalversammlung sofort mitgetheilt werde. Reichsminister Schmerling sagt dieses zu.

Nach einer Berichterstattung Nauens des Ausschusses für internationale und völkerrechtliche Verhältnisse über die posensche Frage wird zur Tagesordnung geschritten. Erster Gegenstand ist der Bericht des Centralausschusses, die Wahl des Dr. Heldmann aus Selters im 9. Wahlbezirke des Großherzogthums Hessen (Nidda) betreffend. Bei dieser Wahl hatten zwei Wahlmänner mitgewirkt, die als solche nach dem Wahlgesetze nicht hätten gewählt werden können, und durch ihre Stimmen den Ausschlag gegeben. Die Debatte war nur sehr kurz, Schaffrath aus Sachsen sprach für Aufrechthaltung der Wahl, Spatz aus Frankenthal dagegen. Die Versammlung nahm mit einer an Einstimmigkeit grenzenden Mehrheit den Ausschußantrag auf Annullirung der Wahl an.

Fortsetzung der Berathung der Grundrechte des deutschen Volkes. Die Discussion über den § 3. des ersten Artikels, also lautend: „Die Aufnahme in das Staatsbürgerthum eines deutschen Staates darf keinem unbescholtenen Deutschen verweigert werden,“ wird fortgesetzt. Nach mehrstündiger Verhandlung, an der sich viele Mitglieder betheiligen und wobei Berichterstatter Beseler allein anderthalb Stunden im wahren Kathedertone spricht, wird die Debatte

Digitized by Google

geschlossen, die Abstimmung aber auf den nächsten Donnerstag verschoben.

4.

Kleine Streiflichter.

Am 14. Juli.

Zur Feier der Anwesenheit des Reichsverwesers soll heute Abend Webers „Oberon“ bei festlich erleuchtetem Hause gegeben werden. Alle Achtung vor Webers herrlicher Tonschöpfung, aber eine glückliche Wahl ist das nicht zu nennen. Da hätte ich eine andere Oper gewählt, wenn nun einmal die Anwesenheit des Reichsverwesers auf diese Weise gefeiert werden sollte. Ich meine: „La clemenza de Tito (Titus, der Großmüthige),“ von unserm Mozart. Irre ich nicht, so schuf Mozart sein herrliches Tonwerk bei Gelegenheit der Krönung eines österreichischen Kaisers als König von Böhmen. Schon darum muß die Oper dem Reichsverweser theuer seyn. Welches Bild aber könnte man dem provisorischen Kaiser Deutschlands besser vorhalten als das des Kaisers Titus, „dieser Wonne des Menschengeschlechtes,“ der so großmüthig seinen Feinden verzeiht. Oder giebt es bei uns keine Gelegenheit zum Vergessen und Verzeihen? Wer daran zweifelt, der wende nur seine Blicke nach Baden.

Bei der Beleuchtung Frankfurts zu Ehren des Reichsverwesers am 12. Juli, zugleich Todestag der Bundesmacht, sah man in einem kleinen Seitengäßchen der Döngesgasse folgende transparente Inschrift:

„Herr Bundestag, verreck' er!
Es lebe unser Hecker!“

Das gab vielen Stoff zum Lachen. Schade, daß diese derbe Inschrift nicht in Sachsenhausen angebracht war! Dort würde sie an ihrer Stelle gewesen seyn.

Am Schlusse der gestrigen Sitzung sprach der Vorsitzende den Wunsch aus: es möchten sich wo möglich alle Abgeordnete an dem Mahle in der Mainlust betheiligen. Der Wunsch klang etwas unparlamentarisch, denn wo und wie jeder Abgeordnete zu Mittag essen will, ist natürlich seinem eigenen Geschmacke überlassen und kann nicht Gegenstand parlamentarischer Erörterung seyn; inzwischen gereicht er dem Herzen des Vorsitzenden zur Ehre, denn offenbar war es auf eine Versöhnung der Partheien abgesehen.

Nun aber möchte ich fragen, ob man eine Versöhnung der Partheien in solcher Weise möglich hält? Persönliche Feinde können sich beim perlenden Weine versöhnen und sich jubelnd in die Arme sinken, widerstreitende Prinzipien aber werden ewig unversöhnlich bleiben. „Nie werden Nord und Süd sich küssen!“ sagt Müllner in der Schuld; eben so wenig wird das Prinzip der Könige von Gottes Gnaden sich je mit dem der Volkssouveränität vereinigen lassen, denn beide stehen einander gegenüber wie Nord- und Südpol.

Also eine Versöhnung der Prinzipien ist nicht denkbar; zwischen den einzelnen Partheimitgliedern aber ist nichts zu versöhnen, denn diese tragen keinen persönlichen Haß gegen einander, so weit auch immer ihre Grundsätze auseinandergehen.

Den 15. Juli.

Das Theater war gestern Abend zum Erstickenvoll. Vor dem Beginne der Oper trat Fräulein Janauschek auf die Scene, und sprach einen Prolog zu Ehren des Reichsverwesers, der inzwischen noch nicht anwesend war. Fräulein Janauschek ist sonst eine denkende Schauspielerin und im Besitze eines klangvollen Organs. Diesmal aber glaubte sie, die Sache nicht pathetisch genug machen zu können, sie überbot sich, und ihre Stimme schlug öfters in's Weinerliche um. Uebrigens gefiel mir der Inhalt des Prologes ganz gut. Er lobt nicht nur, sondern weist auch auf die schwierige Stellung hin, die Erzherzog Johann übernommen, auf die Hoffnungen, die er zu erfüllen hat. Daß der Prolog mit den Worten endet:

Und kein Preußen, und kein Oestreich,
Nur ein einiges Deutschland lebe!

fand ich sehr angemessen. Durch diesen Toast ist Erzherzog Johann bekannt geworden, ohne ihn würde er schwerlich zur Würde eines Reichsverwesers gelangt seyn, eine Würde, um die er übrigens schwerlich zu beneiden seyn dürfte.

Am Schlusse des ersten Aktes erschien der Reichsverweser, von stürmischen Vivats, Tücherschwenken u. s. w. empfangen, und nahm in einer Mitteloge seinen Sitz. Der Prolog mußte noch einmal wiederholt werden. Am Schlusse des zweiten Aktes erhob er sich, und gab ein Zeichen, daß er reden wolle. Er sagte: er werde sich noch einmal auf kurze Zeit nach Wien begeben, wohin ihn dringende Pflichten riefen. Bald aber werde er wieder zurückkehren, und den Frankfurtern das Liebste mitbringen, was er besitze: Frau und Kind.

Diese Worte, im gemüthlichsten Tone gesprochen, riefen einen ungeheuern Beifallssturm hervor. Man ist eben eine solche Sprache seit langer Zeit bei den

Digitized by Google

großen Herren nicht mehr gewöhnt, und findet es gar schön, wenn sie sprechen, denken und fühlen wie wir anderen Menschenkinder auch.

Bericht

über die am 17. d. M. in Kaiserslautern abgehaltene Diöcesansynode.

Der Unterzeichnete glaubt sich des ihm von den übrigen Synodalmitgliedern einstimmig gewordenen Auftrags durch Nachstehendes zu entledigen.

Die diesjährige Diöcesansynode wurde, einer höheren Weisung entsprechend, mit einem Gottesdienst eröffnet, in welchem Pfarrer Dannheimer von hier eine im versöhnlichsten Sinne gehaltene, der Würde der Sache entsprechende, und den Zeitverhältnissen die gebührende Rechnung tragende Rede sprach. Hierauf versammelten sich die Synodal-Mitglieder im Decanats-Gebäude, um ihre Discussion zunächst über einen, von einem Mitglied gestellten Antrag, dahin lautend: „es möge schon die diesjährige Synode ihre Sitzung in der kleinen Kirche dahier und zwar öffentlich abhalten", zu eröffnen. Nachdem der Vorsitzende den §. 15 der Vereinigungsurkunde und die Instruction vom 7. Juli 1819 verlesen, wurde der Antrag mit 9 gegen 3 Stimmen, als den gegebenen gesetzlichen Bestimmungen zuwiderlaufend, verworfen, wogegen der Antragsteller eine Verwahrung zu Protokoll niederzulegen sich gedrungen fühlte.

Dagegen wurden folgende Anträge von der Synode einstimmig zum Beschluß erhoben:

1) Es mögen künftig alle Diöcesan- und Generalsynoden öffentlich abgehalten werden.

2) Es möge baldmöglichst eine Generalsynode berufen werden, welcher vorzugsweise ein neuer Wahlmodus für Presbyterien, Diöcesan- und Generalsynoden zur Berathung vorgelegt werde.

3) Es möge der Einführung des Gustav-Adolph-Vereins kein Hinderniß in den Weg gelegt werden.

4) Es mögen Schriften religiösen Inhalts und Gebete nur dann von den königl. Stellen als obligat für die vereinigte Kirche der Pfalz bekannt gegeben werden, wenn deren Form und Inhalt zuvor durch eine Generalsynode gebilligt worden.

5) Es möge das Confirmations-Alter der Kinder wieder auf das 14. Lebensjahr festgesetzt werden.

6) Es mögen alle Synodal- und Prediger-Arbeiten für die Pfarrer und Candidaten, die mit Pfarrern in derselben Concursreihe stehen, aufgehoben werden.

7) Protestetation gegen die dem Militär gebotene Kopfverbeugung vor dem sogenannten „Allerheiligsten" der katholischen Kirche.

Von dem Vorsitzenden wurde der übliche wissenschaftliche Vortrag gehalten, und der Synode die vorgeschriebenen Vorlagen und Berichte, unter andern eine Mittheilung über das im Laufe des Jahres in der Diöcese vorgekommene Bemerkenswerthe, gemacht.

Außer den berührten Anträgen wurde kein weiterer gestellt, obgleich der Dirigirende der Synode in ihren Verhandlungen, wie bei den etwa zu stellenden Anträgen, die freieste Bewegung gelassen hatte, und es dürfte bemerkt werden, daß, so verschieden auch in manchen Beziehungen die Ansichten der einzelnen Mitglieder waren, die Würde der Verhandlung auf keine Weise gestört wurde, so daß beim Schlusse sämmtliche Glieder der Synode in herzlicher Liebe und gegenseitigem Vertrauen auseinanderschieden. Gewiß der beste Beweis, daß die offene und freie Besprechung auch bei der verschiedensten Ansicht am ehesten zur Verständigung führt!

Kaiserslautern, 18. Juli 1848.

Faber, kgl. Mathematiklehrer.

Buntes.

Bekanntlich wurde von der preußischen Regierung die Zahl der am 18. und 19. März in Berlin gefallenen Soldaten sehr niedrig angegeben. Es erschien hierauf eine gute Carricatur. Es kommen 1400 Gardesoldaten zu Petrus, und wollen in den Himmel. Jener aber sieht sie mürrisch an, und verweigert ihnen den Eintritt mit den Worten: „Kann nicht seyn, sind nur 20 angemeldet."

Anzeige.

Von der Hammel'schen Tischgesellschaft in Kaiserslautern sind mir zehn Gulden, ferner von zehn Schulkindern in Sembach 1 fl. 20 kr. als Beiträge für die deutsche Kriegsflotte zugesendet worden. Ich werde diese Gaben sofort dem Marine-Ausschusse übermachen. Dem Wunsche des verehrten Herrn O. werde ich mit Vergnügen entsprechen.

Frankfurt, den 16. Juli 1848.

N. Schmitt,
Abgeordn. des 4. pfälz. Wahlbezirks.

Verantwortlicher Redakteur N. Schmitt. — Druck und Verlag von J. Kayser.

Digitized by Google

Plauderstübchen.

Beiblatt zum Boten für Stadt und Land.

Nr. 62. Kaiserslautern, Samstag 22. Juli **1848.**

Aus Frankfurt.

Briefe an Kunz.

Am 19. Juli.

Sitzung vom 19. Juli. Verlesung des Protokolles der gestrigen Sitzung; zwei Reklamationen, die schnelle Erledigung finden. Der Vorsitzende verkündet den Austritt von Dr. Sedlag, Bischof von Culm, und Haßwonter, Advokat aus Innsbruck, motivirt durch amtliche Berufspflichten.

Nächster Gegenstand der Tagesordnung ist der Bericht des internationalen Ausschusses über die limburgische Frage, erstattet vom Abgeordneten Zachariä aus Göttingen. Das Herzogthum Limburg, so wie es gegenwärtig einen Bestandtheil des deutschen Bundes bildet, ist eine der heillosesten und verkehrtesten Schöpfungen der neuern Diplomatie, insbesondere des glücklich zu Grabe getragenen Bundestages, und eine staats- und völkerrechtliche Zwittergestalt, die unmöglich das bisher geführte Leben länger fortsetzen kann. Das spricht der Bericht mit dürren Worten aus.

Der Antrag und das Verlangen der Abgeordneten von Limburg ist auf Zweierlei gerichtet: 1) daß das Herzogthum Limburg als deutsches Bundesland von seiner unnatürlichen Verbindung mit dem Königreich der Niederlande losgemacht, und 2) gegen eine Betheiligung an der holländischen Staatsschuld von Deutschland in Schutz genommen werde.

Der Ausschußantrag geht dahin: die Nationalversammlung wolle beschließen, 1) daß sie die bisherige Vereinigung des zum deutschen Bunde gehörigen Herzogthums Limburg mit dem Königreiche der Niederlande unter einer Verfassung und Verwaltung als unvereinbar mit der deutschen Bundesverfassung betrachte; 2) daß die Frage über die Verpflichtung des Herzogthums Limburg zur Theilnahme an der holländischen Staatsschuld der provisorischen Centralgewalt zur Vermittlung und einer die Rechte Limburgs wahrenden definitiven Regulirung überwiesen werde, deren Ratifikation der Nationalversammlung vorbehalten wird.

Lange, allzulange Discussion, woran sich betheiligen: Clemens und Arndt aus Bonn, Schuselka aus Wien, Wurm aus Hamburg, Schubert aus Königsberg, Michelsen aus Jena, Beckerath aus Crefeld, Venedey aus Köln, v. Reden aus Berlin, Linde aus Darmstadt, Kolb aus Speyer, Brennig aus Aachen und zuletzt der Berichterstatter Zachariä. Die Ausschußanträge werden mit einer an Einstimmigkeit gränzenden Majorität angenommen, ebenso ein Zusatz des Abgeordneten Clemens aus Bonn, welcher der Centralgewalt die schleunige Erledigung der Angelegenheit anempfiehlt.

Weiter auf der Tagesordnung steht die Berathung der Grundrechte des deutschen Volkes, und zwar zunächst der §. 4 des ersten Artikels, welcher also lautet: „Die Strafe des bürgerlichen Todes soll nicht mehr stattfinden.“

Um die Verhandlung über die Grundrechte, welche sich mit ungeheurer Langsamkeit dahinschleppt, zu beschleunigen, trägt Lette aus Berlin dahin an, den Entwurf mit den dazu gestellten Amendements zu neuer Redaktion an den Ausschuß zurückzuverweisen. Der gestellten Amendements sind so viele, daß sie schwer zu übersehen sind. Biedermann aus Leipzig stellt zu gleichem Zwecke einen andern Antrag, dahin gehend, nur solche Verbesserungsanträge zuzulassen, welche gehörig motivirt, d. h. mit ihren Gründen schriftlich ausgearbeitet sind. Es werden noch Unter-Anträge zu Lette's und Biedermanns Antrag gestellt. Diese sämmtlichen Anträge werden an die Kommission für Geschäftsordnung zur Begutachtung verwiesen.

Moritz Mohl erhält das Wort, um einen Antrag zu motiviren, den er als Zwischenparagraphen zwischen den §. 3 und 4 eingeschoben wissen will. Er geht dahin: daß jeder Deutsche Bürger einer Gemeinde seyn müsse. Der Antrag soll die sogenannte Heimathlosigkeit beseitigen. Längere Diskussion. Die Abstimmung wird verschoben, bis über den §. 3 selbst abgestimmt wird, zu welchem Mohls Antrag nur ein Amendement bildet.

Längere Diskussion über den §. 4. Die Fortsetzung der Debatte wird auf morgen vertagt.

Digitized by Google

Rede

des Abgeordneten Nik. Schmitt von Kaiserslautern in der National-Versammlung zu Frankfurt am 18. Juli 1848.

(Aus den stenographischen Berichten.)

Meine Herren!

Ich trete heute zum ersten Male vor Sie, und es thut mir leid, daß ich zum ersten Male Sie mit einer persönlichen Angelegenheit behelligen muß. Ich glaube aber, meine Herren, wenn Sie mich gehört haben, werden Sie sich überzeugen, daß es nicht blos eine persönliche Angelegenheit ist, sondern daß sie die Ehre und die Würde der ganzen Versammlung betrifft. — Sie kennen das Benehmen der Pfalz. Während der Sturm von Frankreich aus ganz Deutschland durchtobte, war das Benehmen der Pfalz das würdigste, das gesetzmäßigste; wir hatten nie, obgleich wir nahe den Gränzen Frankreichs wohnen, den geringsten Aufstand. Während diesseits des Rheins der Aufruhr in hellen Flammen Deutschland durchloderte, herrschte bei uns die tiefste Ruhe, ein höchst gesetzmäßiges Benehmen. Fragen wir nach der Ursache, so ist sie leicht zu finden. Die Pfalz hat durch die Verbindung mit Frankreich, die fast ein Viertel Jahrhundert lang dauerte, viele Rechte erlangt, die man im diesseitigen Deutschland erst zu erreichen sucht, und hier bestätigt sich wieder die Wahrheit des bekannten Dichterwortes: daß Sklaven zu fürchten sind, wenn sie ihre Ketten brechen, nicht aber der freie Mann, der sein Recht sucht. (Lebhaftes Bravo von der Linken.) Ich sage, meine Herren, unsere Verbindung mit Frankreich hat uns das gegeben. Meine Herren! Wir kennen keinen Adel. (Große Unruhe auf der Rechten. Ruf: Zur Sache!) Lassen Sie mich ausreden, meine Herren, ich werde mit Stiefeln und Sporen in medias res hineinkommen. Wir haben keinen grundbesitzenden Adel, der schwer auf dem Lande lastet, keine Feudalrechte; wir haben offenes Gerichtsverfahren, und das, meine Herren, sind die Ursachen, die die Ruhe in der Pfalz erhalten haben. Wir hegen Sympathieen für Frankreich, das leugnen wir nicht, und warum sollten wir auch nicht? Der Verbindung mit diesem Lande, dieser an 25 Jahre dauernden Verbindung verdanken wir unsere Rechte allein. Wenn man uns aber zu verdächtigen sucht, wenn man uns die Anhänglichkeit an Frankreich zum Verbrechen macht, dann thut man uns wahrhaftig großes Unrecht. Wir sind Deutsche durch und durch, so gut, wie die Einwohner einer Provinz in der Mitte von Deutschland oder an der Ostsee. Wir achten Frankreich, aber als Provinz mit ihm verbunden seyn wollen wir nicht; wir sprechen deutsch und haben ächt deutsche Gesinnung. (Bravo von der Linken.) Doch, meine Herren, was soll ich weiter sagen! Das Benehmen der Pfalz ist von Seiten der bayerischen Regierung selbst lobend anerkannt worden. — Ich gehe einen Schritt weiter und werde dann zur Sache kommen; erlauben Sie mir nur noch eine einzige Vorbemerkung. Wir besitzen in der Pfalz, wie in ganz Bayern keine Associationsfreiheit, wir besitzen das freie Versammlungsrecht noch nicht. Unter den Concessionen, die von der Regierung gemacht worden sind, als im diesseitigen Bayern der Aufstand losbrach, war dieses Recht nicht enthalten. In unserer Ständeversammlung, die vor kurzer Zeit auseinanderging, hat man von Seiten mehrerer Abgeordneten — es sitzt Einer in unserer Mitte, der Herr Abgeordnete Christmann aus der Pfalz — das Ministerium interpellirt, man hat es gedrängt, es möge doch endlich in dieser Sache einen Gesetzentwurf vorlegen. Der Minister der Justiz, Herr Heintz, hat öfters erklärt, dieß werde geschehen, allein die Sache habe keine Eile; faktisch bestehe ja das freie Associationsrecht, es dürften Volksversammlungen gehalten werden, und Niemand werde sie hindern. Nun, meine Herren, mit dieser Versicherung gingen unsre Abgeordneten nach Hause; allein was war die Folge? In neueter Zeit verkümmert man die Association, die Volksversammlungen auf die auffallendste Weise. Ich will nicht weitläufig werden, ich will nicht in einzelne Data eingehen; Sie kennen sie alle aus den öffentlichen Blättern. Man sagte: Ministerwort ist kein Gesetz; das Versammlungsrecht habt ihr also noch nicht. Man sagt das zu einer Zeit, während wir in der Nationalversammlung im Begriffe stehen, diese Rechte zu berathen, diese Rechte zu gewährleisten. — Ich komme nun, meine Herren, auf die Sache selbst. Ich wohne in Kaiserslautern, der zweitgrößten Stadt der Pfalz, die eine Bevölkerung von etwa 10,000 Einwohnern hat. Hier herrscht ein durchaus gesetzlicher Sinn, wie in der ganzen Pfalz überhaupt. Nun kam es neuerdings vor, daß fünf junge Leute aus Kaiserslautern einen Aufruf zur Gründung eines demokratischen Vereins(!) erließen. Dieser Aufruf erschien in der Speyerer Zeitung, sowie in einem Blatte, das ich selbst redigire, dem „Boten für Stadt und Land," das in Kaiserslautern herauskommt. Der Aufruf mag in einiger Beziehung, namentlich am Schluß etwas zu grell gefaßt seyn. Ich gebe das zu; ich habe es nicht gebilligt, und die übrigen Abgeordneten aus der Pfalz ebenso wenig. Nun waren es aber junge Leute, die den Aufruf erließen,

Digitized by Google

Leute von 21 bis 26 Jahren, also von einem Alter, in dem man, wie hier schon erwähnt worden ist, gern von der Republik träumt und in der Republik die beste Staatsform zu finden pflegt. Im Aufruf war gesagt, daß auf verwichenen Samstag, den 15. d. M., eine Versammlung in Kaiserslautern stattfinden solle, um die Bildung eines demokratischen Vereins zu berathen. Unter diesen fünf Leuten, die den Aufruf unterzeichneten, die diese Versammlung veranstalten wollten, befand sich auch ein Schreiber von mir, Namens Philipp Schmidt aus Kaiserslautern. Die Staatsbehörde in Kaiserslautern hat nun dieser Sache eine Wichtigkeit beigelegt, die sie an und für sich nicht verdiente. Eine Verwarnung an die jungen Leute hätte genügt, um sie zur Zurücknahme dieses Aufrufs zu veranlassen, und die Versammlung selbst zu hintertreiben. Was aber hat die Staatsbehörde gethan? Sie hat sich in der Person des Herrn Staatsprocurators Gugel in Begleitung des Untersuchungsrichters, Herrn Hecht, zu sämmtlichen jungen Leuten verfügt und die minutiösesten Hausſuchungen vorgenommen. Dagegen, meine Herren, wäre nichts zu erinnern. Nun aber ging man so weit, daß man mein eigenes Haus mit Polizeidienern umstellte, in mein eigenes Schreibzimmer sich begab, und sämmtliche Schriften durchſuchte, um etwaige Notizen zu finden, die mein Schreiber, der den Aufruf mitunterzeichnet hatte, gemacht haben könnte. Darin, meine Herren, erblicke ich, wenn auch nicht eine materielle Rechtsverletzung, doch eine Maßregel, gegen die ich in meiner Eigenschaft als Abgeordneter des deutschen Volkes für die Zukunft gern geschützt sein möchte. Ich, meine Herren, bin hier in Frankfurt anwesend. Nun kommt man in mein Bureau in Kaiserslautern, und durchſucht meine Papiere. Man legt zwar die Papiere, die mich betreffen, bei Seite, und liest nur Diejenigen, die meinen Schreiber betreffen; allein man konnte dieses doch nicht thun, ohne meine eigenen Geheimnisse, meine Papiere zu durchſtöbern, weil, um beurtheilen zu können, was mein Schreiber geschrieben, und was ich geschrieben, man natürlich lesen mußte. Die Sache, meine Herren, hat in Kaiserslautern furchtbare Indignation erregt; die Bürger haben sich zusammengerottet, und dem schon seit langer Zeit mißliebigen Beamten (so darf ich ihn bezeichnen) am Abend ein großes Charivari gebracht, woran gegen 500 Personen sich betheiligt haben sollen; und nicht etwa Gesindel, meine Herren. Nein! es waren Bürger aus Kaiserslautern, die über diese Maßregel in so hohem Grade entrüstet waren. Was, meine Herren, war die weitere Folge? — Am folgenden Tage hat man von Seiten der Staatsbehörde Militär requirirt; 400 Mann, ein Bataillon des 12. Linien-Infanterie-Regiments, das in Mannheim oder Ludwigshafen in Garnison lag, wurden nach Kaiserslautern gerufen, und, so viel ich vernahm, bei den Bürgern einquatirt. — Wir haben, meine Herren, eine Bürgerwehr; allein diese hat man zur Aufrechthaltung der Ruhe nicht aufgefordert, weil man das Bewußtsein hatte, daß die Maßregel, die man getroffen, keine solche war, welche die Billigung der Bürgerschaft finden konnte. Nun, meine Herren, die für Kaiserslautern beantragte Versammlung hatte dennoch Statt, und zwar am verwichenen Samstag. Jedoch war von Seiten der Behörde Veranstaltung getroffen, daß der Land-Commissär dieser Versammlung beiwohnen sollte und beigewohnt hat. Ich kann, wie schon gesagt, mich auf eine spezielle Gesetzes-Verletzung hier nicht berufen; denn der Hausſuchung ist jeder Bürger unterworfen. Ob aber das, meine Herren, rücksichtsvoll war, will ich nicht untersuchen; das Gesetz kennt an und für sich keine Rücksichten; allein Billigung hat die Sache nicht gefunden. Ein specielles Gesetz steht mir nicht zur Seite, weil noch kein Gesetz erlassen ist, welches die Ehre und die Rechte der Abgeordneten schützt und sicher stellt. Ich habe darum den Antrag gestellt, die hohe Versammlung möge das mißbilligen, was hier gegen meine Person und gegen mein Haus geschehen ist; ich habe aber auch zu gleicher Zeit den Antrag gestellt, daß jene Anträge, welche bezüglich des Schutzes der Mitglieder der National-Versammlung gestellt und dem betreffenden Ausschuß überwiesen worden sind, so schnell wie möglich zur Vorlage kommen, daß ein Gesetz erlassen werde, damit wir künftig vor solchen Unbilden geschützt seyen. Thun Sie, meine Herren, dieses, Sie thun es im Interesse der Versammlung, im Interesse jedes Mitgliedes der Versammlung. Es kommt mir übrigens weniger darauf an, als vielmehr darauf, Ihnen zu zeigen, wie gerade von der bayerischen Regierung solche Reactionsmaßregeln in neuester Zeit versucht werden, und wie diese Reactionsmaßregeln es sind, welche unsere so gesetzliebende, nie meuterische Pfalz in die höchste Aufregung stürzen können; denn Aufregung herrscht in der Pfalz, sie ist durch die erwähnten Maßregeln künstlich hervorgerufen worden. Wenn Sie in wenigen Tagen betrübende Maßregeln und Ereignisse von dorther hören, dann wissen Sie, auf wessen Rechnung Sie dieselben zu setzen haben. Nicht auf Rechnung der Bevölkerung, meine Herren, sondern auf Rechnung der Reactions-Parthei. Ich spreche noch zum Schlusse einen alten Satz aus: die sind die schlimmsten Feinde der Regierungen und der Völker, die in blindem, übertriebenem Amtseifer Alles gleich von

Digitized by Google

der schlimmsten Seite anfassen, gleich zu Gewaltmaßregeln greifen, denn sie schaffen die Reaction, und zerstören das Vertrauen. (Bravo auf der Linken.)

Korrespondenz des Boten.

Protestantische Mitbürger!

Eine Generalsynode war verheißen. Die Verheißung ist bis jetzt nicht in Erfüllung gegangen. Nicht einmal angekündigt ist eine Generalsynode in dem Augenblicke, in welchem die Diöcesan-Synoden zusammengetreten sind, welchen die Wahl der Mitglieder zur General-Synode zusteht. — Mitbürger! Unsere Pflicht ist, alle gesetzlichen Mittel in Anwendung zu bringen, um eine Generalsynode zu erhalten. Wir laden darum die Protestanten der Pfalz ein, künftigen Montag, den 24. Juli, Morgens 10 Uhr, zu Neustadt im Böhler'schen Saale sich zu versammeln, um die Mittel zu berathen, die zu ergreifen sind, um jenen Zweck zu erreichen; zu welchem Mittel insbesondere die Absendung einer Deputation nach München gehört.

Neustadt a. H., den 17. Juli 1848.

Die Mitglieder der Diöcesan-Synode:

Kilian. Claus. Römmich. Fleischmann. Hänchen. Augustin. German. Eckhard. Mahla. Stempel. Ritter. Hütwohl. Boos. Böheim. Weber. Rompf. Hofer. Müller. Specht. Dr. Ilgen. Völker. Erter. Vogt. Schärtel. Postel. Mattil. Reinhard. Reibold. Haffner. —

Aufforderung zur Hülfe.

Nach dem stenographischen Berichte über die Verhandlungen der deutschen constituirenden National-Versammlung in Frankfurt vom 11. Juli ist an diese eine Petition von 50 in Havre wohnenden Deutschen ergangen, worin diese die Hülfe der Nationalversammlung in Anspruch nehmen für 1100 Deutsche (wahrscheinlich mit Weiber und Kindern), welche nach Amerika sich überfahren lassen wollten, aber die zur Ueberfahrt nöthigen Geldmittel entbehrend — seit dem Monat Februar dieses Jahres Brod- und Obdach-los in den Straßen von Havre umherirrten, u. s. w.

Darunter sollen 800 Rheinbayern seyn!

Obgleich nun von unsrer National-Versammlung beschlossen wurde, diese Petition den betreffenden Regierungen zur geeigneten Berücksichtigung mit einer Empfehlung zu überweisen, so möchte dennoch bei den außergewöhnlichen politischen Ereignissen unsrer Zeit die angesprochene Hülfe zu lange ausbleiben für unsre unglücklichen Mitbürger in Havre. — Es ergeht daher meine Bitte an alle Diejenigen, welche an dem traurigen Schicksal unsrer Mitbürger in H. Antheil nehmen, in ihren Gemeinden Collecten an Geld und Früchten (weil Ersteres zu geben jetzt bei vielen Unmöglichkeit ist) zu veranstalten, und den Ertrag oder Erlös an die Redaction der Speyerer Zeitung oder des Boten für Stadt und Land in Kaiserslautern zu schicken.

Ein Beitrag für diese erwähnten Unglücklichen scheint mir im Augenblicke mehr angelegt zu seyn, als eine solche für die Errichtung einer deutschen Flotte; besonders da ich der Hoffnung lebe, daß durch die Ansprache unsres Volksvertreters Vogt an den Patriotismus unsrer Landesfürsten (und seine bald kommen werdende, an die Geldfürsten) Deutschlands die zur Errichtung einer deutschen Flotte nöthige Summe bald beisammen seyn wird.

Indem ich alle Redactionen von Zeitungen und Wochenblättern in und außerhalb unsrer Pfalz, welchen das zu Gesicht kommt, um Aufnahme dieses Artikels bitte, — wende ich mich zugleich bei dieser Gelegenheit an die Vertreter des deutschen Volkes in Frankfurt mit der Bitte, dafür sorgen zu wollen, daß recht bald für Diejenigen unsrer ärmern Mitbürger, welche sich in ihrem Vaterlande mit ihrer Hände Arbeit nicht ernähren können, — in Deutschland unter Aufsicht der Regierungen stehende Ueberfahrts-Anstalten nach Amerika errichtet werden, um diese Unglücklichen auf Kosten des Staates in ein Land zu bringen, wo die Arbeit theuer bezahlt wird, und wohlfeiles fruchtbares Land dem fleißigen Armen die fröhliche Aussicht auf baldige Erwerbung eines kleinen Eigenthums zur Erhaltung seiner Person und Familie eröffnet.

Sollte bei dieser Sammlung mehr eingehen, als zur Ueberfahrt der erwähnten Unglücklichen nöthig ist, so soll dieser Betrag dazu dienen, später andre unsrer armen Mitbürger, die sich bei uns nicht mehr ernähren können, nach Amerika zu bringen.

Pfäffingen bei Dürkheim.

Joh. Fitz.

Verantwortlicher Redakteur N. Schmitt. — Druck und Verlag von J. Kayser.

Digitized by Google

Plauderstübchen.

Beiblatt zum Boten für Stadt und Land.

Nr. 63. Kaiserslautern, Montag 24. Juli **1848.**

Allerlei im Plauderstübchen verhandelt.

Es geschehen staunenswerthe Dinge in unserer Zeit. Es offenbaren sich Gesinnungen, die man namentlich von gewissen Seiten her nicht erwartet hätte. Im Plauderstübchen war jüngst Abends wieder die Rede von dergleichen. Der Doctor Gscheitle hatte, wie er meinte, einen Fund in den öffentlichen Blättern gemacht, den er nicht ohne Jubel zum Besten gab. Er las vor, wie der Erzbischof von Mailand ein Schreiben an die ihm untergeordnete Geistlichkeit habe ergehen lassen, indem er diese aufforderte, eine Beisteuer an überflüssigen goldenen und silbernen Kirchengeräthen auf den Altar des Vaterlandes niederzulegen, damit die Regierung in den Stand gesetzt werde, den heiligen Krieg gegen Oesterreich mit Erfolg fortzusetzen. Das war Nro. 1. Sodann kam er darauf, daß der hohenzollern'sche Priester Sprießler in der Nationalversammlung den Antrag gestellt, die höhere Geistlichkeit möge ihre Untergebenen auffordern, Beiträge zur Herstellung einer deutschen Flotte zu liefern, und namentlich möge sie dahin wirken, daß wenigstens die Hälfte der Gelder, welche in Deutschland alljährlich für die Mission zusammen kommen, zu dem nämlichen Zwecke verwendet würden, indem ja eine Flotte das wesentlichste Förderungsmittel für die Mission unter den Heiden sey. Besonderen Anklang fanden die Worte des genannten Geistlichen: „Besser hölzerne Kelche und goldene Priester, als goldene Kelche und hölzerne Priester." Wer möchte damit, ja mit der Sache im Ganzen nicht sich einverstanden erklären?

Indessen gaben die beiden Stimmen, die des Erzbischofs von Mailand und die des deutschen Priesters in der Paulskirche doch zu einem weitern Gespräch Anlaß, wobei allerlei Meinungen und Bemerkungen zum Vorschein kamen. Ich will sie hier ungefähr zusammen zu fassen suchen. Dem Leser steht, wie allemal, vollkommen frei, seine eigene Ansicht sich festzustellen.

Der „heilige Krieg" des Erzbischofs von Mailand kam zuerst an die Reihe. Da wurde die Bemerkung laut, daß die Oberhirten der Kirche wieder anfangen, heilige Kriege, also eine Art von Kreuzzügen, zu predigen. Der Umstand muß wirklich Bedenken erwecken. Ob der Krieg des lombardischen Königreiches unter dem Sardenkönig Karl Albert gegen Oesterreich, ja man darf fast sagen gegen Deutschland, ein so gar heiliger sey, ist noch eine zu entscheidende Frage. Ein Krieg, den ein Volk wirklich für seine Freiheit und Nationalität führt, darf ein heiliger genannt werden. Es kämpft um seine heiligsten Erdengüter. Wenn man aber so heilig seyn will, muß man auch gerecht und billig seyn. Das sind die Mailänder nicht. Sie muthen Oesterreich — und damit beziehungsweise auch Deutschland zu — es solle das ganze Land ohne alle und jede Entschädigung losgeben, seine seitherigen Opfer, wie die etwaigen Vortheile, welche der offene Weg nach Italien dem deutschen Lande bringt, so mir nichts dir nichts fahren zu lassen, und dazu die ganze Schuldenlast des Kaiserreiches allein behalten. Das heißt Oesterreich seinen eigenen Ruin zumuthen, denn auf solchem Wege ist der Staatsbankrot unvermeidlich. Oesterreich läßt sich dagegen billig genug finden. Es will das lombardische Königreich frei geben, wenn es den entsprechenden Theil der gesammten Staatsschuld übernimmt. Nichts billiger als das; und wenn die Mailänder einen heiligen Krieg führen, so führt Oesterreich gewiß keinen unheiligen Krieg gegen sie, denn das Recht und die Pflicht der Selbsterhaltung sind auch heilig. Oesterreich kann und darf sein deutsches Land nicht ruiniren aus purer Großmuth gegen diese so lang verbündeten Italiäner. — — In dem Munde des Erzbischofs von Mailand wird aber das Wort „heiliger Krieg" noch verdächtiger, als in einem andern. Die Geistlichkeit hat, in der Metternich'schen Zeit und vor dieser, Oesterreich und sein Regiment bis in den Himmel erhoben, und schwerlich hätte sie unter jenem Regimente von Oesterreich los gewollt. Unter seinem Scepter war gut wohnen, denn für sie glich dieses Scepter einem Krummstabe auf's Haar-

Digitized by Google

Jetzt, wo Oesterreich ein freies Land geworden und hellere Register an seiner Staatsorgel gezogen werden, jetzt scheint diese Geistlichkeit sich mit Händen und Füßen gegen Oesterreich, d. h. gegen seine freieren Institutionen, zu wehren. Sie denkt wohl, unter dem Jesuitenkönige Karl Albert, der nur einen liberalen Mantel umgehängt, weit besser daran zu werden, als unter dem Oesterreich von heute. Wenigstens gibt es nicht wenige Leute, welche der Ansicht sind, diese Erwägungen hätten den Krieg der Lombardei gegen Oesterreich in den Augen des genannten Erzbischofs und vieler Andern so schnell kanonisirt.

Im Plauderstübchen saß an jenem Abende ein Mann, der schon in Mailand und noch weiter in Italien war, der ließ sich hierauf über die Aufforderung des dortigen Erzbischofs zu der oben erwähnten Beisteuer ungefähr so aus: „Ich bin gewiß kein Feind der Kirche, wie heutzutage so mancher sogenannte Freigeist, und kirchenräuberische Gedanken sind fern von mir; aber ich habe manche Kirchen gesehen, die mit kostbaren Schätzen bis zum höchsten Ungeschmack überladen sind. Ich mißgönne ihnen diesen todten Reichthum nicht, aber darin stimme ich dem Mailänder Erzbischof vollkommen bei, daß es eines der besten Werke wäre, wenn die Kirchen mit ihren Schätzen dem Vaterlande in Zeiten der Bedrängniß und Gefahr beiständen. Ein kleiner Theil jenes todten Ueberflusses freiwillig auf den Altar des Vaterlandes gelegt, könnte auf der einen Seite das Vaterland aus der Noth retten, und würde auf der andern Seite der Kirche die höchste Ehre bringen. Wenn ich aber Geistlicher in der Lombardei wäre, so würde ich zum Herrn Erzbischof sagen: Es ist recht, wir wollen aus unserm Kirchenschatze beisteuern für das Vaterland, denn diese Gabe ist auch ein heiliges Opfer und Gott und Menschen angenehm — aber Herr Erzbischof, gehen Sie in Mailand einmal mit einem großartigen Beispiele voran, Sie können's. Ja wahrhaftig die Mailänder könnten's. Ich habe in dem dortigen Dome — von andern Kirchen gar nicht zu reden — einen wahrhaft sinnverwirrenden Reichthum gesehen. Da sind Gewänder von äußerster Kostbarkeit, Gefäße, Monstranzen und Reliquien, die von Gold und Edelsteinen starren, in großer Zahl, da steht eine Unzahl silberner Statuen von unermeßlichem Werthe. Manche dieser Gegenstände, namentlich solche, die gar keinen künstlerischen Werth haben, könnte diese Kirche ohne allen Schaden dem Vaterlande zum Opfer bringen, dem Vaterlande wäre aus einer drückenden Noth geholfen, und es wäre der Kirche dafür dankbar. — Was also der Erzbischof in seinem Ausschreiben will, ist gewiß recht und gut, wenn am rechten Flecke der Anfang mit der Ausführung gemacht wird."

Aehnlich verhält es sich nun mit dem Antrage des hohenzollern'schen Abgeordneten zu Frankfurt. Man mag die Geistlichen auffordern, Beiträge zur Anschaffung einer deutschen Flotte zu geben, aber die reichen Kirchen und die wohlbesoldeten Prälaten mögen mit gutem Beispiele vorangehen. Selbst im Plauderstübchen war man darüber einig, daß die niedere Geistlichkeit aller Konfessionen nicht leicht zurückbleibt, nach dem Maaße ihrer Mittel beizusteuern, wo es gilt, etwas Gemeinnütziges ins Leben zu rufen. Die Geistlichen gehören mit zum Volke und stehen so recht mitten in demselben, und die Vaterlands- oder Volksvereine mögen nur einmal der Sammlung für die deutsche Flotte ihre Thätigkeit gehörig zuwenden, es wird sich gewiß zeigen, daß die Geistlichen nicht die Letzten sind, die sich betheiligen. Es bedarf dazu keiner Ermahnungen von oben, sie werden das Ihrige thun nicht als Mitglieder des geistlichen Standes, denn der hat damit ebenso wenig zu schaffen, als sonst ein Stand, sie werden es thun als Glieder der Nation, des Volkes.

Der andere Vorschlag des Priesters Sprießler man möge wenigstens die Hälfte der gesammelten Missionsgelder zur Herrichtung der deutschen Flotte verwenden, wurde im Plauderstübchen von einer Seite mit lebhaftem Beifalle aufgenommen. Es war aber zufällig ein Pfarrer als Gast zugegen, der sprach sich darüber ungefähr so aus: „Wenn Deutschland so arm wäre, daß es keine Flotte anschaffen könnte, ohne zu diesem Mittel zu greifen, dann wäre es sehr betrübt, aber ich wollte gern zustimmen, weil ich das Vaterland zunächst gerettet und geschützt sehen möchte. So arm ist jedoch Deutschland keineswegs, im Gegentheil, es ist reich. Das Geld ist nicht verschwunden, es steckt nur, wo es eben steckt; Silber und Gold sehen wir ungemünzt allenthalben blinken, wo es weder einem Heiden, noch einem Christen, weder dem Leibe, noch der Seele etwas nützt. So lange die Fürsten noch so schöne Civillisten, die Prinzen noch so hübsche Apanagen, die Reichen noch so viel Geld und Gut, die Wohlhabenden und selbst die Leute des Mittelstandes noch so viel Schmuck und werthvolles Geräthe als todtes Capital besitzen, thut es nicht noth, die Pfennige zu nehmen, welche die christliche Liebe zur Belehrung und Bekehrung, kurz zur Vermenschlichung der Heiden zusammensteuert. Man darf sich nur einmal auf rechte Weise an das Nationalgefühl der Deutschen wenden, man darf die Sache nur lebhaft betreiben, und die Hände werden sich schon aufthun für die deutsche Flotte. Daran

Digitized by Google

zweifle ich keinen Augenblick. Man kann eine deutsche Flotte herstellen, man kann noch so viel mehr thun zum Heil des Vaterlandes, und das Volk wird doch noch einen Groschen übrig haben, um auch dafür zu sorgen, daß etwas zur Cultivirung der Heiden geschieht, daß auch diese zum Licht und zu wahrer Freiheit gelangen. Sind sie nicht auch unsere Brüder? sollen wir für sie und ihre christlich-sittliche Heranbildung gar kein Herz haben? Sage man nur nicht, es gehe dadurch viel Geld in das Ausland. Das ist die engherzigste, spießbürgerlichste Ansicht, die es geben kann. Wenn wir Summen zusammenbringen konnten für die Befreiung des griechischen Volkes und man dies für hochherzig und sogar für Pflicht hielt; wenn wir Geld aufwenden, um die Auswanderer in ferne Länder zu spediren; wenn wir die armen hungernden Brüder in Havre unterstützen; wenn wir ein Scherflein hatten für die Familien der gefallenen Schweizer und so fort: so sage man doch nicht, man dürfe nichts aufwenden für die noch ferner wohnenden und in jedem Betracht noch ärmeren und hülfsbedürftigen Heiden. Die Engländer reden anders. Sie haben schon Unermeßliches gethan für die Mission und ihre Brüder in der Heimath darüber nicht vergessen. Und wer die Sache nur vom Handels- und nicht vom höheren Menschheits-Gesichtspunkte aus betrachten will, muß selbst einsehen, daß die Mission unter den Heiden auch in dieser Beziehung ihre reichlichen Zinsen trägt. Es ist gut gesagt, daß eine Flotte ein Hauptbeförderungsmittel der Mission sey, aber die Flotte allein thut's nicht, man muß auch die Männer haben, welche die Flotte an die fernen Küsten tragen soll, damit sie christliche Gesittung unter die Heiden tragen. Kurz, der Vorschlag in der Paulskirche mag gut gemeint seyn, aber seine Ausführung ist weder durch irgend eine Nothwendigkeit geboten, noch wäre sie recht. Man muß das Eine thun und das Andere nicht lassen, und daß wir Deutsche Beides können, das ist gewiß."

Aber — warf Jemand ein — es soll ja namentlich von katholischer Seite ein guter Theil der Missionsbeiträge für die sogenannte Mission im Innern, das heißt für Proselytenmacherei verwendet werden, wodurch nur Unfriede und Erbitterung gestiftet werden.

Da wollt' ich freilich, sprach der Pfarrer, das zu solchem Mißbrauch bestimmte Geld hinge an der Flotte, ja ich wollte lieber, es liege zehntausend Klafter tief unter den Schiffen auf dem Meeresgrunde, als daß es so verwendet würde. Indeß, liebe Freunde, bedenket das Wort: der Mißbrauch hebt den Gebrauch nicht auf und kann meine ausgesprochene Ansicht weder stürzen noch entkräften. Den Mißbrauch schaffe man ab, den rechten Gebrauch nicht.

So und ähnlich wurden im Plauderstübchen die Dinge besprochen, so schreib ich's, der Leser mag sich seine eigene Ansicht darüber nach Gefallen bilden.

Nachtrag zu dem „Wort über die neue Einkommen-Steuer."

(Vergl. № 60 des Plauderstübchens.)

Dem Einsender des „Wortes über die Einkommen-Steuer" in № 60 des Plauderstübchens ist nachträglich noch ein Gedanke über die neue Besteuerungsart aufgestiegen, den er den Lesern ebenfalls vorlegen und ihrem Nachdenken empfehlen möchte. Kann doch eine so wichtige Sache nicht vielseitig genug betrachtet, nicht reiflich genug erwogen werden.

Der Gedanke aber ist folgender: „Sollen denn künftighin die weniger Bemittelten gar nichts, und theilweise wenigstens beinahe gar nichts mehr zu den Staatslasten beitragen und in dieser Beziehung also blos Rechte und gar keine Pflichten mehr haben? Sollen sie in Folge ihrer gänzlichen und beinahe gänzlichen Steuerfreiheit bei nothwendig werdenden Gemeinde-Umlagen auch nichts zur Deckung der Gemeinde-Bedürfnisse beitragen?"

Mir will fast bedünken, als wäre das nicht nur nicht ganz recht, sondern auch nicht unbedingt gut.

Wie gesagt, auch die Unbemittelteren genießen die Rechte und die Wohlthaten der Staatsgesellschaft, darum dürfte es nicht unbillig seyn, ihnen eine, wenn auch noch so kleine Leistung zur Pflicht zu machen. Der Gemeinde gegenüber tritt das gewissermaßen noch deutlicher hervor. Es gibt Gemeinde-Berechtigungen, die fast ausschließlich den von der Einkommen-Steuer nicht Erreichten zu gut kommen, oder an denen sie doch vorzugsweise Theil nehmen. Sollen sie dafür auch nicht einmal eine Kleinigkeit beitragen? Man denke nur an die Begünstigungen in Beziehung auf Weide, Holz, Streu, Almenden, Waisenhäuser, Spitäler u. dgl.

Nicht gut scheint mir eine gänzliche Abgaben-Freiheit für jene Klasse der Staatsbürger zu seyn, die doch nicht gerade zu den Aermsten gehören. Mir will es fast so vorkommen, als werde ein Bürger, der sich und die Seinigen, wenn auch nur durch Handarbeit, nähren kann, dadurch, daß er gar keine Steuer bezahlt, gewissermaßen herabgesetzt. Denn Jedermann weiß, daß man im gemeinen Leben

Digitized by Google

steuerfrei und unzahlfähig so ziemlich für das Nämliche hält. Mir drängt sich dabei immer das Gefühl auf, als sey das der Würde des Bürgers und dem ihm so nothwendigen Selbstgefühle nachtheilig. Ich meine darum, jeder Bürger, wenn er auch kein Grundeigenthum besitzt, wenn er sich nur selbstständig ernähren kann und nicht auf der Unterstützungs-Liste seiner Gemeinde steht, sollte wenigstens eine Kleinigkeit bezahlen. Darum dürfte eine gewisse Personal- oder Familien- (ich will nicht sagen Kopf-) Steuer in ganz mäßigem Betrage mehr an- als abzurathen seyn.

Eine solche Steuer hätte für den wenig Bemittelten, auch für den bloßen Handarbeiter, sicherlich mehr Erhebendes als Drückendes. Das Letztere schon gar nicht. Wir wollen annehmen, ein Tagarbeiter habe nach der pfälzischen Art der Steuererhebung, monatlich drei Kreuzer zu bezahlen, glaubt Jemand, daß ihm diese Abgabe wehe thun würde? Wer das Volk kennt, glaubt das gewiß nicht, wohl aber das, daß sich ein Mann mehr als Bürger fühlt, sobald ihm nicht gesagt werden kann, er zahle gar nichts. Die Summe, welche dadurch aufgebracht wird, ohne den mindesten Druck, will ich hier nicht berechnen, sie thut weniger zur Sache. Die moralische Seite ist mir viel wichtiger. Die Finanzmänner werden aber auch die Summe für erheblich erklären. — Sage man dabei nicht, das ärmere Volk werde dadurch mit einer so und so großen Abgaben-Summe belastet. Was im Ganzen viel scheint, ist im Einzelnen fast nichts, weil es durchaus nicht empfunden, aber persönlich doch angeschlagen wird.

Indeß ist das nur ein Gedanke, den ich aussprechen zu müssen glaubte, weil er seine beherzigenswerthe Seite hat. Ich bin kein Mann vom Fach und lasse mich gern belehren, möchte überhaupt nur zur Erwägung des Gegenstandes anregen.

Der deutsche Kanzleistyl.

Etwas unter Vielem, das der Sturm unserer Zeit noch nicht weggefegt, aber noch wegzufegen hat, ist der leidige Geschäfts- oder Kanzlei-, oder Curialstyl der deutschen Regierungen, Stellen und Behörden. Dieses grobe Fractur, das man in Deutschland von oben herab an die untergebenen Behörden und Personen schreibt, und das auch in unserm Bayerlande noch in voller Blüthe steht, ist ein wahrhaft widerliches Unkraut, das jeden genirt, dem es unter die Nase gehalten wird. Noch lieber möcht' ich es mit dem groben Prügelholze von der deutschen Eiche vergleichen. Grobheit ist offenbar die hervorstechendste Eigenschaft dieses Geschäftsstyles so in geistlichen wie in weltlichen Dingen. Da heißt es immer: Dem So und so-Amte wird aufgetragen, oder es wird von ihm erwartet, daß das und das längstens innerhalb so und so viel Zeit geschehen sey bei Vermeidung eines Wartboten. Oder: Wenn das und das nicht alsbald geschieht, wird man unnachsichtlich mit Strenge gegen dasselbe vorzuschreiten u. dgl. Gegen Personen, die oft nicht einmal in einem Abhängigkeitsverhältnisse zu einer Verwaltungsstelle oder Behörde stehen, gebraucht man nie die Bezeichnung „Herr", als ob dadurch dem Amte etwas vergeben würde. Es wird da nur plump und plattweg geschrieben: Der So und so wird benachrichtigt, aufgefordert u. s. w., oder: dem So und so wird bemerkt, angekündigt — oder: der So und so hat das und das zu thun. — Sind doch selbst die Einberufungs-Schreiben an die Abgeordneten zur National-Versammlung von gewissen Regierungen in solchem Ton und Styl abgefaßt worden. Dieser Geschäftsstyl hat etwas so Verletzendes, ja Demüthigendes für den Beamten und jeden Staatsbürger, er sey, wer er immer wolle, daß er schon hundertmal mit Recht getadelt worden ist, freilich immer ohne Erfolg. Wie weit stehen wir Deutsche in dieser Beziehung hinter unsern französischen Nachbarn zurück, bei denen ein solcher Styl etwas Unerhörtes wäre. Wir verlangen von den Behörden und Stellen nicht, daß sie ihre Schreiben mit einer ganz ausgesuchten Höflichkeit ausstaffiren, aber so viel ist unserm beschränkten Unterthanen-Verstande doch klar, daß es gar schön wäre und ganz wohlfeil dazu, wenn man von oben herab auch in amtlichen Dingen ein Bischen höflicher mit den Leuten umginge. Wenn man von uns verlangt, daß wir von unten hinauf allerdemüthigst und gehorsamst ersterben sollen, so braucht man uns wenigstens nicht von oben herab mit dem groben Kanzleistyl quasi todt zu schlagen.

Wir hoffen, dieser unschöne Kram werde auch in dem Zeitstrome versinken, wie so manches Andere, und nicht mehr aus demselben auftauchen. Denn wenn man den Soldaten nicht mehr per Du, noch per Er, sondern per Sie behandelt, so werden wir andern Leute, Bürger und Beamte doch auch einigen Anspruch auf würdigere Behandlung von oben herab erheben dürfen.

Verantwortlicher Redakteur M. Schmitt. — Druck und Verlag von J. Kayser.

Digitized by Google

Plauderstübchen.

Beiblatt zum Boten für Stadt und Land.

Nr. 64. Kaiserslautern, Donnerstag 27. Juli **1848.**

Mein Vaterland.

Treue Liebe bis zum Grabe
Schwör' ich dir mit Herz und Hand;
Was ich bin und was ich habe,
Dank' ich dir, mein Vaterland.

Nicht in Worten nur, in Liedern,
Ist mein Herz zum Dank bereit;
Mit der That will ich's erwidern
Dir in Noth, in Kampf und Streit.

In der Freude wie im Leide
Auf' ich's Freund' und Feinden zu:
Ewig sind vereint wir beide,
Und mein Trost, mein Glück bist du.

Treue Liebe bis zum Grabe
Schwör ich dir mit Herz und Hand
Was ich bin und was ich habe,
Dank' ich dir, mein Vaterland.

Hoffm. v. Fallersleben.

Aus Frankfurt.

Briefe an Kunz.

Am 24. Juli.

Sitzung vom 24. Juli. Vorlesung des Protokolles der vorhergehenden Sitzung. Keine Reclamation.

Der Vorsitzende läßt ein fünftes Verzeichniß von Beiträgen für die deutsche Kriegsflotte verkündigen. Es sind äußerst namhafte Beiträge eingegangen. Aus Würtemberg ist ein Kistchen mit silbernem Frauenschmuck angelangt. In Kiel hat man allein 25,000 Thaler gesammelt. Werthvoll sind die Gaben an Metall, Holz, Kohlen u. s. w. Diese Mittheilung wird mit lebhaftem Beifalle begrüßt.

Reichsminister von Schmerling betritt die Rednerbühne, um auf eine früher gestellte Interpellation von Francke aus Schleswig, Abschluß eines Waffenstillstandes zwischen General Wrangel und dem dänischen Oberfeldherrn betreffend, zu antworten. Nach einer Depesche des Generals Wrangel sey der berüchtigte Waffenstillstand gar nicht abgeschlossen worden; erst am 20. Juli habe eine Zusammenkunft zwischen Wrangel und dem Commandanten der dänischen Truppen stattfinden sollen. Wrangel versichere, er werde keinen Waffenstillstand abschließen, welcher der Ehre Deutschlands nicht angemessen sey, und die Billigung der Centralgewalt nicht erhalten werde. Uebrigens habe das Reichsministerium den General Wrangel aufgefordert, im Falle ein Waffenstillstand nicht zu Stande komme, sofort zu melden, welcher weitern Streitmacht er bedürfe, um den Krieg zu einem schleunigen Ende zu führen. Das Ministerium sey entschlossen, sofort die begehrte Streitmacht dem General zur Verfügung zu stellen.

Auch über die Angelegenheit Triests verbreitet sich Herr von Schmerling. Auf eine deßfallsige Note habe die sardinische Regierung zwar erklärt, die Blokade Triests aufheben zu wollen; noch aber bestehe sie faktisch fort und der sardinische Admiral Albini wolle sie nur unter Bedingungen aufheben, auf die man, ohne der Ehre Deutschlands zu nahe zu treten, nicht eingehen könne. Das Reichsministerium habe nun eine zweite energische Note an die sardinische Regierung gerichtet, und ihr zugleich Kenntniß von jenem Beschlusse der Nationalversammlung gegeben, nach welchem eine feindselige Handlung gegen Triest als eine Kriegserklärung gegen Deutschland werde angesehen werden. Man dürfe hoffen, daß diese Note die beabsichtigte Wirkung haben werde. Der Reichsminister schließt mit der Bemerkung, aus diesen Mittheilungen möge man ersehen, mit welcher Offenheit das Ministerium der Nationalversammlung gegenüber zu Werke gehe. Beifall.

Es wird nun zur Tagesordnung übergegangen. Auf derselben steht der Bericht des völkerrechtlichen Ausschusses, die Einverleibung eines Theils des Großherzogthums Posen in den deutschen Bund und die Anerkennung der Deputirten desselben, sowie die Erhaltung der Nationalität der Polen in Westpreußen betreffend. Nachdem der Vorsitzende eine Ein-

Digitized by Google

gabe mehrerer posenschen Deputirten, die Anträge des Ausschusses, sowie die übergebenen Verbesserungsanträge hat verlesen lassen, stellt Ruge aus Leipzig den Antrag, die posenschen Abgeordneten sollten an der Verhandlung und Abstimmung nicht Theil nehmen, weil sie persönlich bei der Sache betheiligt seyen, indem es sich um ihre Zulassung oder Nichtzulassung in die Nationalversammlung handle. Lebhafte Debatte. Die Versammlung beschließt, die Deputirten aus jenem Theile des Großherzogthums Posen, der zu Deutschland geschlagen worden ist, an den Verhandlungen Theil nehmen zu lassen; die Frage, ob sie auch mit abstimmen sollen, wird dagegen mit einer Mehrheit von 52 Stimmen verworfen.

Zuerst erhält der Berichterstatter des völkerrechtlichen Ausschusses, Professor Steuzel aus Breslau, das Wort. Er begründet die Ausschußanträge, welche dahin gerichtet sind:

Die Nationalversammlung möge unter den obwaltenden Umständen

1) die Aufnahme derjenigen Theile des Großherzogthums Posen, welche auf den Antrag der königl. preußischen Regierung durch einstimmige Beschlüsse des Bundestages vom 22. April und 2. Mai in den deutschen Bund aufgenommen worden sind, wiederholt anerkennen und demgemäß die, aus dem Deutschland zugeordneten Theile gewählten, zwölf Abgeordneten zur deutschen Nationalversammlung, welche auf ihre Legitimation vorläufig zugelassen worden sind, nun endgültig zulassen;
2) Die von dem königl. preuß. Commissär, General Pfuel, vom 4. Juni l. J. angeordnete vorläufige Demarcationslinie zwischen dem polnischen und deutschen Theile vorläufig anerkennen, sich jedoch die letzte Entscheidung über die zu treffende Abgränzung zwischen beiden Theilen auf weitere Vorlage der preußischen Regierung vorbehalten;
3) von der preußischen Regierung eine bestimmte Erklärung verlangen, daß dieselbe nicht nur ihrerseits, so lange sie den polnischen Theil des Großherzogthums Posen regieren werde, den in demselben wohnenden Deutschen ihre Nationalität erhalten, sondern daß sie auch dafür sorgen werde, ihnen dieselbe für den Fall zu sichern, daß dieser polnische Theil Posens aufhören sollte, unter preußischer Herrschaft zu stehen;
4) in Beziehung auf die Petitionen, welche Westpreußen betreffen, den nicht deutschen Bewohnern dieser Provinz zu erklären, daß die Nationalversammlung laut Beschlusses vom 31. Mai allen nicht deutschen Volksstämmen auf deutschem Boden (also auch überall auf demselben den Polen) ungehinderte volksthümliche Entwickelung in Hinsicht auf das Kirchenwesen, den Unterricht, die Literatur, die innere Verwaltung und Rechtspflege, die Gleichberechtigung ihrer Sprache, so weit deren Gebiet reiche, gewährleistet habe.“

Nach dem Berichterstatter, der sich nach ächter deutscher Professorenart so tief in historische Erörterungen einläßt, daß ihn der sonst so geduldige Vorsitzende erinnern muß, es handle sich hier nicht darum, eine Kritik der Geschichte Polens zu liefern, spricht Goeden aus Krotoszyn in der Provinz Posen in sehr energischer Weise zu Gunsten der Deutschen im Großherzogthume Posen. Deutschland möge die halbe Million dortiger Deutschen nicht aus übel verstandener Großmuth gegen Polen aufgeben. Sie würden sich nie einer polnischen Regierung unterwerfen, sondern mit dem Schwerte in der Hand sich widersetzen, selbst wenn auch die Nationalversammlung nicht zu ihren Gunsten entscheiden sollte.

Senff von Inowroclaw spricht so undeutlich, daß man von seiner Rede kaum so viel verstehen kann, daß er für die Ausschußanträge spricht, obgleich er sich dagegen hat einschreiben lassen. Nach ihm erhält Robert Blum das Wort. Er verlangt Gerechtigkeit für das unglückliche, zerrissene, gekuechtete Volk der Polen. Es sey nicht frei von Fehlern, aber man müsse gerecht seyn und bedenken, daß eine unselige Politik, achtzigjährige Unterdrückung und Knechtschaft den größten Theil der Schuld an diesen Fehlern trage. Man solle Polen wieder herstellen, nicht aber es noch weiter zerstückeln. Wolle man einen Theil von Posen mit Deutschland vereinigen, weil er größtentheils von Deutschen bewohnt werde, dann müsse man consequenter Weise auch das Elsaß und die russischen Ostseeprovinzen wieder erobern und in Böhmen die Slaven, in Nordschleswig die Dänen, in Südtyrol die Italiäner freigeben. Sey aber Polen rechtlich verbunden, einen Theil seines Gebietes uns abzutreten, so untersuche und prüfe man die Frage genauer und entscheide nicht auf den Grund eines partheiisch gehaltenen, stückig gearbeiteten Ausschußberichtes. Er beantrage darum Rückverweisung der Sache an eine Kommission. Wir möchten uns nicht ungroßmüthig benehmen gegen eine Nation, die jetzt arm und schwach sey und uns keinen Widerstand entgegensetzen könne. Großer Beifall.

Ganz im entgegengesetzten Sinne spricht Jordan aus Berlin. Er verbreitet sich in langer, langer

Digitized by Google

Rede über die Gebrechen des frühern Polenstaates, und kommt in seiner Argumentation so weit, daß er die Theilung Polens im Jahre 1772 als eine Nothwendigkeit, als eine Handlung politischer Klugheit darstellt. Wer in der Theilung Polens eine Ungerechtigkeit erblicke, sey ein politisch beschränkter Kopf. Redner nimmt Gelegenheit, der preußischen Regierung eine Lobrede zu halten für das, was sie an Polen gethan, kurz, er bewegt sich auf sehr engem, preußischem Standpunkte. Von der Rechten wird er darum lebhaft beklatscht.

Vogt aus Gießen spricht hauptsächlich gegen den vorigen Redner und widerlegt ihn mit großer Geistesschärfe, vielem Witze, oft von rauschendem Beifall unterbrochen. Auch er will eine Verweisung an eine Kommission.

Die Debatte wird sodann auf Morgen vertagt.

Bericht

über die Verhandlungen der am 17. Juli l. J. in Homburg abgehaltenen Diöcesansynode.

Mit der dießjährigen Diöcesansynode sollte, der Weisung des „prot. Oberconsistoriums entsprechend, ein Predigtgottesdienst verbunden werden. Allein der mit Abhaltung der deßfallsigen Synodalpredigt betraute Geistliche kam dieser Weisung aus dem Grunde nicht nach, weil die meisten Pfarrer der Diöcese schon einige Tage vor Eröffnung der Synode jenem Geistlichen eine förmliche Protestation in diesem Betreffe zugeschickt hatten. Sämmtliche Geistlichen gaben sich am Synodaltage vor'm Beginne der eigentlichen Versammlung das Wort, nie dieser neuen Anordnung des protestantischen Oberconsistoriums sich fügen zu wollen.

Um 8 Uhr, des Morgens, wurde die Synode mit einem von Pfr. Remig (?) frei gesprochenen Gebete eröffnet. Hieran reihte sich dann der wissenschaftliche Vortrag des Dekans „über die alttestamentlichen, messianischen Weissagungen in ihrem Worte und in ihrer Wichtigkeit für die evangelische Geschichte und Lehre." Da in diesem Vortrage vielfache harte Anklagen gegen viele pfälzischen Geistliche vorkamen, so erklärte die Synode mit entschiedener Stimmenmehrheit, „daß sie die Art und Weise, wie der Dirigent gegen die wissenschaftlichen Ansichten, und die Person des Pfarrers Franz aufgetreten sey, mißbilligen müsse." Dagegen gab der Vorsitzende zu Protokoll: „er habe nur die wissenschaftlichen Ansichten des Pfarrers Franz bekämpfen, aber nicht dessen Person verunglimpfen wollen." — Hierauf trug der Dekan den vorgeschriebenen Bericht über die im Laufe des Jahres in der Diöcese vorgekommenen Veränderungen, sowie über den sittlich-religiösen Zustand in sämmtlichen Pfarreien des Dekanats vor. Mit diesem klaren, lichtvollen und umfassenden Berichte erklärte sich nach Form und Inhalt die ganze Synode einverstanden. Auf Grund dieses Generalberichtes wurden folgende mündliche Anträge gestellt und einstimmig angenommen:

1. Die notorisch Armen möchten in Zukunft von der Verpflichtung entbunden werden, die zu ihrer Verheirathung nöthigen Aktenstücke auf Stempelpapier beibringen zu müssen;

2. Die schon über 2 Jahre von Vicarien pastorirte Pfarrei Neuhäusel möchte alsbald wieder mit einem selbstständigen Geistlichen besetzt werden;

3. Dem kranken Pfarrer Melsheimer möchte das Maximum der außerordentlichen Unterstützung mit 200 fl. zu Theil werden, und von dem kngl. Consistorium für bald mögliche Aufstellung eines eigenen Vicars zu Spesbach Sorge getragen werde;

4. Der Pfarrer Vogt zu Glan-Münchweiler möchte in seiner statusmäßigen Congrua nicht verkürzt werden.

Nach Erledigung dieser minder wichtigen Gegenstände wurden folgende schriftliche Anträge von der Synode theils einstimmig, theils mit großer Stimmenmehrheit zum Beschlusse erhoben.

1) Es sollen die Worte „religiös-gesinnte" in §. 3 des neuen Verfassungsentwurfes beibehalten werden.

2) Es sollen nach § 13 desselben Entwurfes die Beschlüsse der Generalsynode nur dann endgültig seyn, wenn drei Viertheile der Stimmen sich dafür erklärt haben; im entgegengesetzten Falle aber sollen eo ipso sämmtliche Beschlüsse an die Distriktssynoden verwiesen und nach dort gepflogener Berathung der nächsten Generalsynode vorgelegt werden, wo dann Stimmenmehrheit zur definitiven Erledigung genüge.

3) Es solle der § 27 des gedachten Entwurfes dahin abgeändert werden, daß die Gemeinden nur ein Veto gegen die ihnen designirten Geistlichen haben, wobei jedoch auch auf ihre ausgesprochenen Wünsche bei Besetzung ihrer Pfarrstelle jederzeit geeignete Rücksicht genommen werden müsse, sofern dadurch nicht die Ansprüche berechtigterer Bewerber beeinträchtigt werden.

4) Es sollen die § 8 und § 12 des allegirten Entwurfes dahin modificirt werden, daß sich die weltlichen Mitglieder zu den geistlichen wie 2 zu 1 verhalten.

5) Es solle der §. 18 desselben Entwurfes unverändert aufrecht erhalten werden.

6) Es solle die vordere oder erste Spalte des §. 28 des fraglichen Entwurfes gesetzliche Geltung haben.

Digitized by Google

7) Es sollen die wissenschaftlichen Vorträge der Dekane bei den Diöcesan-Synoden ins künftige weggefallen.

8) Es sollen alle Synodal- und Predigerarbeiten abgeschafft werden.

9) Es sollen die protest. Knaben nicht vor dem zurückgelegten 14ten Lebensjahre confirmirt werden.

10) Es solle die kirchliche Feier des Geburts- und Namenstages des Königs wie der Königin von den Wochentagen auf die zunächstfolgenden Sonntage verlegt werden.

11) Es solle das Verbot der Antheilnahme an dem Gustav-Adolph-Vereine unverweilt aufgehoben werden.

12) Es sollen die Amts-Instruction, sowie die Katechismus-Instruction, als nicht auf dem gesetzlichen Wege erlassen, wieder zurückgenommen werden.

13) Es sollen die beiden Schullehrer-Seminare in der Pfalz wieder vereinigt werden.

14) Es sollen die Confessionsschulen mit Berücksichtigung der bestehenden Verhältnisse allmälig in Communalschulen verwandelt und gehörig beaufsichtigt werden.

15) Es solle a) aller und jeder Universitätszwang aufgehoben, b) den Utrechter Stipendiaten der Genuß ihres Stipendiums nicht verkümmert und c) den inländischen Stipendiaten gestattet werden, auf allen deutschen Hochschulen studiren zu dürfen.

16) Es solle auf der Stelle eine Adresse an den König um unverzügliche Einberufung einer außerordentlichen General-Synode abgeschickt werden, mit dem ausdrücklichen Vorbehalte, daß diese General-Synode sich nur mit Abänderung und Feststellung des Wahlmodus nach § 8 und § 12 des neuen Verfassungsentwurfes beschäftigen dürfe.

17) Protestation gegen die Kriegsministerialordre vom 13. April l. Jahres.

18) Protestation gegen die der protest. Pfarrunterstützungskasse auferlegten Kosten in Folge der Suspension des Pfarrers Frantz.

Nachstehende schriftliche Anträge wurden mit großer Stimmenmehrheit verworfen:

1) Es müsse der jetzige Vorstand des Schullehrer-Seminars zu Kaiserslautern von seiner Stelle entfernt und anderweitig angestellt werden.

2) Es möchte das Vorlesen des apostolischen Glaubensbekenntnisses an den hohen Festtagen und bei den Kindertaufen beseitigt werden.

3) Es möchten künftig alle Diöcesan- und General-Synoden öffentlich abgehalten werden.

Das Charakteristische bei der Abstimmung des letzten Punktes war, daß sämmtliche weltliche Mitglieder gegen die Oeffentlichkeit stimmten.

Nachdem Pfarrer Welcker das Schlußgebet gesprochen hatte, wurde die Synode um 7 Uhr des Abends geschlossen. — Die Discussion über die einzelnen Gegenstände war sehr lebhaft, mitunter selbst stürmisch, jedoch immer männlich und würdevoll. — Ehrend anzuerkennen ist es, daß der Dirigent der Synode keinen Antrag zurückwies, sondern jeder Zeit die freieste Bewegung ließ. — Wir wünschen und hoffen, daß die geführten Debatten keine Störung in den freundschaftlichen und amtsbrüderlichen Beziehungen der Einzelnen zu einander verursacht haben, da ja doch jeder Kampf und jede Gegenrede immer nur der Sache, niemals aber den Personen galt. L.

Nachschrift.

Das englische Unterhaus hat in einer einzigen Sitzung gethan, was nach dem Geschäftsgange regelmäßig nur in 5 Sitzungen geschieht, aber auch dadurch den besten Beweis abgibt, welche Gefahr in Irland droht. Auf Antrag des Ministeriums wurde die habeas-corpus-Akte, der höchste Inbegriff aller persönlichen Freiheiten nach englischen Gesetzen, für Irland suspendirt, und dem Lordstatthalter von Irland das Recht eingeräumt, alle diejenigen Personen, welche der Verschwörung gegen die Königin oder gegen ihre Regierung verdächtig seyen, festzunehmen, und bis zum 1. März 1849 eingesperrt zu halten. Das Unterhaus genehmigte diese Bill fast einstimmig, worauf sie alsbald an das Oberhaus zur schleunigsten Beschlußfassung gesendet wurde. Es war hohe Zeit, daß die Regierung zu so entschiedenen Maßregeln griff: denn bereits hat man die Entdeckung gemacht, daß die Verschwornen Dublin in verschiedene Distrikte abgetheilt hatten, um durch gehörige Organisation den Aufstand zu erleichtern. Auf einer gefundenen Karte der Stadt waren die Sammelplätze der Verschwornen, sowie die Punkte, wo Barrikaden errichtet werden sollten, genau bezeichnet. Waffen wurden am hellen Tage in verschiedenen Häusern niedergelegt; so kamen auf einmal auf Rechnung eines Clubbs 20,000 Flinten nach Dublin. Der Lordstatthalter hat die Einlieferung aller Waffen und Munition jeder Art in Dublin und der Umgegend bei zweijähriger Zwangsarbeitshausstrafe befohlen. Viele Verhaftungen finden fortwährend statt. Die Provinzialblätter fordern zum offenen Kampfe auf. Der Augenblick, wo der Kampf losbrechen sollte, war bis dahin festgesetzt, wo die Geschwornen einen der Hauptführer, wie vorauszusehen war, verurtheilt hätten.

Verantwortlicher Redakteur R. Schmitt. — Druck und Verlag von J. Kayser.

Digitized by Google

Plauderstübchen.

Beiblatt zum Boten für Stadt und Land.

Nr. 65. Kaiserslautern, Samstag 29. Juli **1848.**

Aus Frankfurt.

Briefe an Kunz.

Am 26. Juli.

1.

Sitzung vom 26. Juli. Nach Verlesung des Protokolles der gestrigen Sitzung, gegen welches kein Einwand, wird zur Tagesordnung übergegangen, nämlich zur Fortsetzung der Berathung des Berichtes, die Einverleibung eines Theils des Großherzogthums Posen in den deutschen Bund und die Anerkennung der Abgeordneten desselben betreffend. Der erste Redner ist Arnold Ruge aus Leipzig. Die Theilung Polens sey ein schmachvolles Unrecht gewesen, dessen sich drei despotische Regierungen schuldig gemacht; das Unrecht habe sich gerächt, denn schon gestern habe ein Redner (Janiszewski) richtig bemerkt: die Polen habe man verschluckt, aber verdauen werde man sie nicht. Der Vorwurf, den man den Polen gemacht: sie stünden überall vorn auf den Barrikaden, sey eher ein Ruhm zu nennen, denn sie seyen die Vorkämpfer der Freiheit, die sie für sich selbst erkämpften, wenn sie dieselbe anderen Völkern erkämpfen hälfen. Die Wiederherstellung Polens sey die Pflicht, sey die Ehre Deutschlands, denn dem Deutschen zieme es nicht, die Freiheit zu unterdrücken, sondern sie weiter und weiter zu verbreiten. So müsse es auch die slavischen Völker im Vereine mit Frankreich und England freimachen helfen. Auch Italien müsse frei werden, und es sey sein (des Redners) heißester Wunsch, daß Alle, die es wieder unterdrücken wollten, daß die Radetzkys u. s. w. geschlagen würden. Hier erhebt sich ein furchtbarer Sturm auf der Rechten, namentlich von einigen Tyroler Abgeordneten ausgehend. Vielfacher Ruf: zur Ordnung. Der Vorsitzende erklärt: obgleich es ein halber Verrath sey, den Wunsch auszusprechen, daß ein deutsches Heer geschlagen werde möge, so könne er den Redner nicht zur Ordnung rufen: derselbe habe weiter nichts gethan, als seine, übrigens schon längst bekannte Weltanschauung ausgesprochen. Ruge fährt fort und sucht darzuthun, wie die Einverleibung eines Theiles von Posen eine Revolution herbeiführen müsse.

Löw aus Posen spricht nahe an zwei Stunden für die Theilung Posens und vertheidigt die gezogene Abgränzungslinie. Die Rede äußerst gedehnt und uninteressakt, der Vortrag monoton.

Wiesner aus Wien gegen die Theilung; eine Nothwendigkeit liege nicht vor; wir seyen stark und mächtig genug, im Nothfalle unsere deutschen Brüder in Posen zu schützen, ohne deßhalb Recht und Gerechtigkeit verletzen, den letzten Rest des Polenreiches noch weiter zerstückeln zu müssen. Beifall findet die Bemerkung des Redners: man werfe dem polnischen Adel vor, daß er beständig für die Freiheit anderer Völker, für die Revolutionen kämpfe; inzwischen sey der polnische Adel noch immer schätzbarer als der deutsche, der immer gegen die Freiheit der Völker kämpfe.*)

v. Sänger aus Grabow in Posen vertheidigt in einer langen, matten Rede voller Wiederholungen die preußische Politik in Posen und die Ausschußanträge.

Thinnes, Domkapitular aus Eichstädt, gegen jede Theilung des Großherzogthums. Er tadelt die polnische Geistlichkeit, welche die Wuth der Kämpfenden noch angefacht, anstatt, wie der Erzbischof von Paris gethan, mit der Palme des Friedens dazwischenzutreten. Halte man aber einmal für nöthig, Maßregeln zum Schutze der Deutschen in Posen zu ergreifen, so möge man lieber ganz Posen in den deutschen Bund aufnehmen.

Giskra aus Mähren. Er habe lebhafte Sympathie für Polen, die kein Ereigniß auszutilgen vermocht, und er wünsche nichts sehnlicher, als den Tag zu erleben, an welchem das Königreich Polen wieder erstehen werde; aber noch sey die Zeit nicht da, noch sey das Volk nicht reif. (Vielfacher Widerspruch.) Deutschland habe die Pflicht der Selbsterhaltung und

*) Ein gewisser hochgeborner Herr soll bei dieser Bemerkung über und über roth geworden seyn. Ich glaube gar nicht, daß er noch roth werden kann.

Digitized by Google

dürfe sein Gebiet (?) nicht verschleudern; schmachvolles Unrecht würde es seyn, wenn wir die Deutschen im Großherzogthume Posen den Zuckungen eines neu sich bildenden Polenreiches preisgeben wollten. (Wer will das?) Spricht gegen die Ernennung der Kommission, welche unnütz und gefährlich, und eine absichtliche Verzögerung sey. Lebhaftes Bravo auf der Rechten.

Benedey aus Köln läßt sich in sehr weitläufige Erörterungen der neuesten Ereignisse in Posen ein, die bei der Trockenheit des Gegenstandes und der Abspannung der Versammlung nur von den wenigsten gehört werden. Zuletzt nimmt die Ungeduld der Versammlung so zu, daß man den Redner kaum mehr versteht. Er spricht für eine weitere Ausmittelung der dortigen Verhältnisse, also für eine Kommission.

Regierungsrath Biebig aus Posen ist der letzte Redner. Seine Rede ist vorzüglich gegen Janiszewski gerichtet, den er mehrerer Unwahrheiten beschuldigt. Redner schließt mit den Worten: Der polnische Adel habe Lust, eine halbe Million Deutsche zu verspeisen; er werde sie aber nicht nur nicht verdauen, sondern auch nicht einmal verschlucken.

Janiszewski erhält noch das Wort, um sich gegen die ihm von Biebig gemachten Vorwürfe zu vertheidigen, was er, gestützt auf Urkunden, mit dem größten Beifalle thut.

Es wird durch Stimmenmehrheit beschlossen, die Berhandlung zu schließen, wobei jedoch dem Berichterstatter das Wort vorbehalten bleibt. Von zwei Seiten wird namentliche Abstimmung verlangt. Hiemit wird die Sitzung aufgehoben und die Versammlung trennt sich in großer Aufregung.

2.

Die dreitägige Debatte über die posensche Frage hat wohl wenig dazu beigetragen, die Anhänger der verschiedenen Meinungen anderen Sinnes zu machen; dagegen hat sie große Aufregung in die Versammlung geworfen. Zwei Partheien stehen sich einander gegenüber. Auf der einen Seite stehen Jene, welche meinen, man dürfe die schöne Gelegenheit nicht vorübergehen lassen, 400,000 Deutsche im Großherzogthume Posen dem deutschen Reiche einzuverleiben und eben so viele Polen, die unter jenen Deutschen wohnen, als willkommene Dreingabe mit in den Kauf zu nehmen. Auf der andern Seite erblicken wir Jene, welche meinen, mehr noch als der Patriotismus gelte die Gerechtigkeit. Jene Distrikte hätten nie zu Deutschland, sondern zum früheren Königreiche Polen gehört, und es würde ein schmachvolles Beginnen seyn, Deutschland auf Kosten des letzten Restes von Polen um ein Gebiet zu bereichern, auf das es rechtlich keine Ansprüche machen kann. Als Oesterreich sich Krakau einverleibte, meinte man, es sey nicht zu beneiden, denn es gleiche genau dem Manne, der einen wüthenden Hund auf der Straße auftraffe und mit in sein Haus nehme. Sehen wir zu, daß wir Deutsche es nicht ebenso machen. Die Polen verschluckt man, aber man verdaut sie nicht; uns Deutschen würden sie wohl immer schwer im Magen liegen.

Auf welcher Seite Dein Freund steht, mein lieber Kunz! brauche ich Dir wohl nicht zu sagen. Du weißt, er glaubt an eine ewige Gerechtigkeit, die sich nicht ungestraft verletzen läßt, und nie müde wird, begangenes Unrecht zu rächen. Ungerechte Habe hat noch Niemanden Segen gebracht.

Korrespondenz des Boten.

Landau, 21. Juni. So eben kommt mir der „Bote für Stadt und Land“ zu, in welchem Herr Rabbiner Seligmann in Kaiserslautern auf eine Weise von mir spricht, woraus man entnehmen könnte, daß ich mit meiner Einladung zu einer Versammlung nach Neustadt am 11. l. M. von vornherein einen „Zwiespalt“ beabsichtigt, oder doch so ohne alle Erfahrung, ohne alle Pastoralklugheit in dieser Sache gehandelt hätte, daß ich mich genöthigt sehe, meinerseits den Hergang hier darzulegen. Ich werde mich dabei ganz ruhig an die Thatsachen halten, ohne irgend anderweite Bemerkungen anzufügen, so sehr mich auch die „Erklärung“ des Herrn S. dazu veranlassen könnte.

Am 14. Juni d. J. erhielt ich einen „Aufruf an Deutschlands Juden“ vom Ausschuß des allgemeinen Landesvereins zur Verbesserung der innern und äußern Zustände der Juden des Großherzogthums Baden, „zur Gründung einer freien deutschen Nationalsynagoge“. Darin hieß es wörtlich: „Ausgeschlossen bleibt natürlich von unserer Vereinigung der Wort- und Formglaube, sowohl der streng an den Wortlaut der schriftlichen, wie der mündlichen Ueberlieferung sich anklammernde ...; er hat in feststehenden, anerkannten Institutionen seine Stütze, ihm müssen wir vorerst als offene Gegner entgegentreten. Zu uns sollen nur diejenigen treten, denen es mit einer zeitgemäßen, unsern Fortbestand sichernden, freien jüdischen Kirche Ernst ist...“

Hier war also offen zu einer Trennung im Judenthume, zur Gründung einer, sowohl in ihren Insti-

Digitized by Google

lutionen als ihren gottesdienstlichen Formen neuen, sogenannten freien jüdischen Kirche aufgefordert.

Dieser Aufforderung zur Trennung gegenüber habe ich nun, wie es ausdrücklich in meinem Circulär heißt, die Einladung zu einer Versammlung sämmtlicher Rabbiner, Lehrer und Vorstände der pfälzischen Israeliten ergehen lassen, um „eine Einigung in Bezug auf die Reform des religiösen Lebens zu Stande zu bringen“ und dabei eine zeitgemäße Verfassung der Synagoge, ferner die Sabbath- und Festtagsgesetze auf synodalem Wege zur Berathung und Feststellung zu bringen.“ Jeder, der nur einigermaßen unsere sämmtlichen Rabbiner, Lehrer und Vorstände kennt, wird einsehen, daß die Einladung nicht an die „freisinnige Parthei“ erging, und daß, wenn in meinem Circulär, das ich an Jeden ohne Unterschied der religiösen Ansicht erlassen habe, die Bitte beigefügt war: außerdem die Bekannten, „welche dem Fortschritte huldigen“, zur Theilnahme einzuladen, damit keine „Parthei“ bezeichnet werden sollte, sondern theils die Ansicht zu Grunde lag, daß sich von denen, welche irgend eine Reform, irgend eine Verbesserung unserer religiösen und Gemeinde-Verhältnisse nicht wollen, eine Theilnahme nicht erwarten ließ, wozu sie nicht durch ihre Stellung aufgefordert sind, theils das Wort Fortschritt nicht als Parthei-Bezeichnung, was es auch gar nicht ist, sondern als Bezeichnung des Strebens nach Veredlung und Erhebung überhaupt genommen werden müsse.

Daß auch mir die tiefe Einsicht des Herrn S. nicht entging, daß es nicht gut sei, wenn sich die Synagoge in zwei Lager theile, die sich zum Verderben Aller feindlich einander gegenüber stehe, besonders in unsern kleinern Gemeinden, wo sich dadurch die Kräfte zersplittern und Synagoge und Schule zerfallen müßten: davon kann sich jeder aus meinem Circulär überzeugen, wie davon, daß auch das Verhältniß zwischen Kirche und Staat von unserm Standpunkte aus besprochen werden sollte, was schon in dem Worte „Verfassung“ liegt, in den Briefen an meine Freunde aber noch besonders hervorgehoben war.

Gerade das war der Hauptgrund, wie ich auch in meinem Circulär hervorhob, daß ich, nachdem ich den badischen „Aufruf“ erhalten, ohne lange, zeitraubende Correspondenzen und Vorberathungen, sofort zu einer Versammlung nach Neustadt eingeladen habe, weil ich wußte, daß Gefahr im Verzuge sey, wie es sich denn auch erwiesen hat, da am 23. d. M. eine Versammlung der „freisinnigen Parthei“ in Worms stattfindet, ausdrücklich um eine besondere Gemeinde zu bilden.

Daß unsere Versammlung deßhalb doch keine „improvisirte“ gewesen wäre, ohne alle Vorbereitung, wie Herr Rabbiner Seligmann beleidigend zu behaupten sich erlaubt, leuchtet Jedem ein, der nur einigermaßen den allseitigen Verhandlungen gefolgt ist, die deßfalls in den Rabbiner-Versammlungen und in den jüdischen Zeitschriften gepflogen werden, Jedem, der über die dringenden Bedürfnisse der Gemeinden in dieser Hinsicht nur im Geringsten nachgedacht hat, Bedürfnisse, die so offen daliegen, daß es wahrlich dazu nicht erst einer Vorbereitung bedarf.

Ich werde übrigens auch zu der Versammlung in Worms gehen, ohne daß ich eine besondere Einladung von da erhalten hätte, um, so viel in meinen Kräften steht, eine Trennung mindestens für unsere Pfalz zu verhindern, wenn es nicht „zu spät“ ist, und um, falls dies der Fall sein sollte, wenigstens für eine positive Grundlage, die mir in dem Programm, das mir von Frankenthal aus zugesandt wurde, zu fehlen scheint, so viel als möglich thätig zu seyn, und eine spätere Wiederannäherung und Ausgleichung offen zu halten. Ich glaube, daß es Pflicht des Rabbiners unserer Zeit ist, solchen Erscheinungen gegenüber sich nicht müßig in der Ferne zu halten und Alles gehen zu lassen, bis der alte Bau völlig zusammen gestürzt ist, sondern hinzu zu treten, und rüstig an dem Neubau mitzuwirken.

Wie benahmen sich jedoch jener dringenden Aufforderung gegenüber meine Herren Collegen? Die „Erklärung“ des Herrn Rabb. S. zwingt mich das zu sagen, was ich nach allen öffentlichen Aufforderungen, und sogar Verunglimpfungen bis jetzt nicht gethan. Herr Rabb. S. war der erste, der mir unterm 19. Juni schrieb, daß er mit einer Versammlung unserer Glaubensgenossen nicht einverstanden seyn könne in einem Lande, wo der weit aus größte Theil derselben von religiösen Reformen nichts wissen wolle, eine Behauptung, die erstens nicht wahr ist, da fast die ganze Jugend und ein großer Theil der Familienväter eine Reform dringend wünschen, die aber auch, selbst wenn sie wahr wäre, es noch immer nicht rechtfertigen könnte, daß man die Minderheit der religiösen Indolenz und dem Nihilismus in die Arme sinken lasse. Außerdem fügte Herr S. dann noch den äußerlich politischen Grund bei, daß „aus dem Mißlingen des Unternehmens unliebige Schlüsse gezogen und gegen die Gleichberechtigung in bürgerlicher und politischer Beziehung benützt werden.“ Der Zusammenhang dieses Schreibens ließ mich nichts anders schließen, als daß Herr Rabb. S. sich bei der Versammlung nicht betheiligen werde, wie er ja

Digitized by Google

auch selbst in seiner Erklärung sagt, daß er sich erst „nachdem eine Verständigung mit den Collegen stattgefunden hatte, zur Theilnahme entschloß.“ Von Herrn Rabb. Merz, welcher es nicht einmal der Mühe werth hielt, mir zu antworten, schrieb man mir von Dürkheim aus, daß er sogar von der Theilnahme abrathe, „da solche Demonstrationen (sie!) in der jetzigen Zeit nicht rathsam seyen,“ und von Mußbach aus, daß er der Versammlung nicht beiwohnen werde. Herr Rabb. Oppenheim in Pirmasens antwortete mir unterm 2. Juli, daß er kommen werde, „wenn er versichert sey, daß die übrigen Collegen dabei erscheinen werden.“

Ich durfte also auf die Mitwirkung meiner Collegen nicht rechnen, und konnte deßhalb allerdings keine Einigung erwarten, da ich den Vorständen ohne ohne Zuziehung der Rabbiner das Recht nicht vindiciren kann, eine Cultus-Ordnung und eine Synagogen-Verfassung zu berathen und festzustellen, eine Berathung und Feststellung, zu der wir aber gemeinschaftlich nach §. 38 der zweiten Beilage zur Verfassungs-Urkunde jedenfalls die „Befugniß“ hatten; daß die Beschlüsse der Genehmigung der k. Regierung zu unterbreiten waren, darf nach demselben Paragraphen als selbstredend vorausgesetzt werden. Von einem „gewaltsamen Verfahren in Gewissenssachen“ kann auf solche Weise wahrlich keine Rede seyn, und Herr Rabb. S. konnte in seiner zarten Sorgfalt für die Gewissen seiner Rabbinatsangehörigen sich vollkommen beruhigen.

Dazu kam noch, daß gerade Herr Rabb. S. in Otterberg die Aeußerung gethan haben soll: ich „schleudere durch diese Versammlung die Brandfackel der Zwietracht in die Gemeinden“, also auch in die seines Bezirks: ein Resultat, das ich wahrlich nicht beabsichtigte. Diese Verkennung meiner reinen Absicht, die ich von Anderen in anderer Weise ebenfalls erfahren mußte, besonders aber die Ueberzeugung, daß unter den angegebenen Umständen eine Einigung für jetzt nicht möglich sey, und daß durch solches Verfahren allerdings auch die Befürchtung des Rabb. S., daß unliebige Schlüsse daraus gezogen würden, eine Befürchtung, die ich ohne dies durchaus nicht theilen konnte, eintreffen durfte, bestimmten mich, das Project der Versammlung vorerst aufzugeben. Ein definitives Aufgeben kam mir nie in den Sinn, und schließe ich mich im Voraus gerne Allem an, was meine Collegen deßfalls zu beschließen für gut finden, um später, wenn, wie ich hoffe, die Versammlung in Worms nicht zu einer Trennung führt, eine Einigung wo möglich mit zu erzielen. Ehrgeiz hat mich nie in dergleichen Dingen geleitet, sondern einzig und allein das Streben, einer guten Sache zu dienen. Wie und auf welche Weise dies geschehen könne, darnach habe ich niemals gefragt, wenn nur der gesetzliche Weg eingehalten wurde.

Dr. Grünebaum, Rabbiner.

An den pfälzischen Lehrerstand.

Dem Aufrufe zu entsprechen, welcher von der durch die Reichsversammlung gebildeten Sektion für das Volksschulwesen ergangen ist, haben sich die Schullehrer hiesiger Stadt in Gemeinschaft der Lehrer der höhern Schulanstalten gestern dahier versammelt und beschlossen:

einen Ausschuß aus ihrer Mitte zu erwählen, der die Hauptprincipien der gewünschten Reorganisation des Volksschulwesens entwerfen, dann gedruckt in die einzelnen Kantone zur Vorberathung entsenden, und hierauf eine Generalversammlung sämmtlicher Lehrer und Schulfreunde der Pfalz in hiesiger Stadt anordnen solle.

Die hiesigen Lehrer ergreifen in dieser Sache deßhalb die Initiative, um einer möglichen Zersplitterung vorzubeugen. Dies zur einstweiligen Kenntniß. Das Weitere baldigst.

Kaiserslautern, den 27. Juli 1848.

Die gewählten Ausschußmitglieder:

Trutzer. Heintz. Klund. Röhm.
Grünewald. Eckenroth. Grobhoffer.

Man bittet die verehrl. Redactionen der pfälzischen Lokalblätter um gefällige Aufnahme des Vorstehenden.

Zur Berichtigung.

Bezüglich der Stelle in der Rede des Herrn Abgeordneten N. Schmitt von Kaiserslautern, welche in der Berichtigung des Herrn Staatsprokurators G. Gugel in №. 97 des „Boten für Stadt und Land“ mit dem Bemerken berührt ist, als sey dieselbe dem Anscheine nach geflissentlich von Herrn Schmitt in dem von ihm redigirten Blatte weggelassen worden, wird hiermit der Wahrheit getreu berichtiget: daß fragliche Stelle nur aus Rücksichten der Delicatesse, aber ganz ohne Wissen und Willen des Herrn Schmitt weggelassen worden ist.

Kaiserslautern, den 28. Juli 1848.

J. Kayser.

Verantwortlicher Redakteur N. Schmitt. — Druck und Verlag von J. Kayser.

Digitized by Google

Plauderstübchen.

Beiblatt zum Boten für Stadt und Land.

Nr. 66. Kaiserslautern, Montag 31. Juli **1848.**

Aus Frankfurt.

Briefe an Kunz.

Die heitere Seite der Nationalversammlung.

(Fortsetzung S. Nro. 96 des Boten.)

Die größte Heiterkeit hat eine Romanze erregt, die dieser Tage in der Reichstagszeitung erschien, und den Titel führt „Der neue Campeador. Ein epischer Unsinn.“ Das Gedicht bewegt sich im Versmaaße von Herders Lied (bekanntlich „Campeador“ der Kampfheld zugenannt) und besingt die Thaten des Fürsten Schnapphansky (Lichnowsky). Einige Strophen mögen hier Platz finden:

Don Ranudo, Fürst Schnaphanskh.
Von den wässrigen Polacken *)
Auserwählt, für sie zu kämpfen
In der Stadt von Franca villa.

Don Ranudo, Fürst Schnaphanskh.
Graud und ohne Zweifel Ritter
Von dem schämig rothen Adler,
Aus dem wilden Spreegebirge. —

Wohl auch Ritter von dem Vließe,
Das vom Amtmann wird geschoren
Und den frommen Unterthanen
Rechtlich wird vom Leib geschunden. —

Nachdem Schnaphansky's Heldenthaten in Spanien erzählt sind, wird gemeldet, wie er erst Autor, dann Deputirter in Berlin, endlich Abgeordneter nach Frankfurt geworden.

Autor erst, dann Deputirter
In dem unschuldsweißen Saale,
Dran sich lehnet das berühmte
Mißverständnißkabinett.

Das auch waren schöne Zeiten,
Und der weiße Saal war anders
Nichts als eine große Quelle,
D'raus in Strömen Reden flossen.

Reden süß wie Milch und Honig,
Land- und Hof- und Beckeräthlich;
Beckeräthlich Blumen tragend,
Nicht so schmutzig wie die Spree.

Nein, bei Gott! — im Gegentheile,
Nein, durchsichtig waren diese
Redeströme — statt des Sandes
Sah man unten nur Rechtsboden.

Jetzund eine Hebeamme
Ist er worden, und entbinden
Will er helfen — nicht die Zeit,
Sondern den Professor Dahlmann.

Denn bekannt ist, daß der Dahlmann
Schwanger geht mit einem Kaiser,
(Unbekannt ist noch der Thäter),
Aber erst im vierten Monat.

Heckscher's Reisebericht ist, wie von der zeichnenden Kunst, so auch von der Poesie ausgebeutet worden. Hören wir, wie ein junger Dichter

„die Reichszweckreise“

besingt.

O Heckscher, nichts hast du vergessen
Von all' den Festen, Toasten, Essen
Auf eurer Wiener Reisestrecke,
Selbst nicht die Anzahl der Gedecke.
Nur ein teuton'scher Reichstagsmagen
Konnt eine solche Kost vertragen.
Fraß durch die Kuchen, Kelsbrei-Burg
Herrn Heckscher's glücklich sich hindurch.
Allein ich frag' in meinem Geist,
Bevor ihn Heckscher ganz vernichtet,
Ist denn der Pickwick-Clubb gereist.
Hat denn sein Secretär berichtet?
O nein, o nein, Herr Heckscher ist er.
Jetzt Advokat, weis', denkend tief,

*) „Wässrige Polacken“ ist ein Spitznamen der an der Weichsel wohnenden Polen und Schlesier.

Digitized by Google

Republikaner subjectiv.
Und unser künft'ger Reichsminister.
Und nun thut uns sein Rednermund,
Der, scheint es, von Champagner lieber
Als wie von Honig fließet über.
Das Unerhörte, Neuste kund;
Zu des erwachten Deutschlands Preise
Erzählt er uns die „Reichszweckreise."

Auch das Reichstagsblatt (nicht zu verwechseln mit der oben erwähnten Reichstagszeitung) brachte in einer seiner letzten Nummern ein Gedicht, das vielen Beifall gefunden. Ich will es folgen lassen:

Auch ein Mährchen.

Zum Jordan zogen einst drei Weisen.
Das Glück Mariens hoch zu preisen
Und fromm das Kindlein anzubeten.
Das Heiland ward in allen Nöthen.

Zur Donau zogen sieben Weisen,
Des ein'gen Deutschlands Glück zu preisen,
Den Reichsverweser anzubeten,
Der retten soll aus argen Nöthen.

Wie sie in Gallakutschen reisten,
An herzoglichen Tafeln speisten,
In schönen Reden sich ergossen,
Und daß auch Thränen sind geflossen.

Wie groß der Jubel, das Gedränge,
Geschützesdonner, Festgesänge,
Wie solch ein Tag noch nie gewesen,
Ist schwarz auf weiß gedruckt zu lesen.

Du guter, alter Reichsverweser!
Sag', wirst du wirklich ein Erlöser?
Willst du die Dornenkrone tragen,
Den heißen Kampf für Freiheit wagen?

Du Armer hast ja keine Waffen!
Kannst nichts befehlen, kannst nichts schaffen.
Hast ja Minister auf den Bänken,
Das morsche deutsche Schiff zu lenken.

Hast vier und dreißig liebe Wettern,
Die ihr gekränktes Ich vergöttern.
Die nie von ihrer Höhe steigen,
Nie deiner Herrlichkeit sich neigen.

Hast Augen du? Brauchst keine Loupe.
Zu sehen, daß du eine Puppe,
Ein Reichsverweser — ohne Reich.
Ein ächter Diplomatenstreich!

Gar ergötzlich sind auch die Namen und Würden, mit welchen der Witz einzelne Abgeordnete beschenkt hat. So heißt Herr Heckscher der „Reichsküchenmeister"; Herr Beckerath, der in seinen hohlen, mit dichterischen Blumen ausgeschmückten Reden gar gerne vom Baue des Domes der deutschen Einheit spricht, der „Reichsdombaumeister", auch wohl der „Reichsblumenleser". Minister Wydenbrugk, ein kleiner Mann mit einem großen Höcker, hat den Zunamen „Reichsgnome" erhalten; Waitz aus Göttingen, der immer mit geschlossenen Augen spricht, heißt „die Reichsblindschleiche", Professor Rößler aus Oels, der sich von Kopf bis zu Fuß in gelben Nanking kleidet, der „Reichskanarienvogel" u. s. w.

Manche dieser Karrikaturen, Gedichte und Beinamen sind, was ich Dir, mein lieber Kunz, gerne zugebe, eben nicht sehr zart; bereits aber hat man es in unserm Reichstagsleben so weit gebracht, daß der Gegenstand des Witzes sich nicht ärgert, sondern höchstens lacht. Wir sind im besten Zuge, es darin den Engländern gleich zu thun, bei denen bekanntlich die Satyre beständig ihre Geißel mit großer Unbarmherzigkeit über den öffentlichen Charakter schwingt. Als Blum zum erstenmale die Karrikatur sah, die ihn als Lampenputzer, Volksmann und Minister darstellt, wollte er sich vor Lachen ausschütten, und auf der Stelle kaufte er mehrere Exemplare, um sie seinen Freunden nach Leipzig zu senden. Wenn in einem Blatte die Meinung ausgesprochen wird, der „Unverantwortliche sey hierher gekommen, nicht um dem deutschen Volke seine Dienste zu leisten, sondern um den Regierungen Deutschlands den „Johann" zu machen", wenn der Volkswitz den Reichsverweser „Reichsvermoderer" nennt, so lacht man darüber; keinem Menschen aber fällt es ein, darum den Erzherzog Johann geringer zu achten, oder gar gegen die Urheber solcher Aeußerungen mit Kriminalklagen einzuschreiten.

Je freier ein Volk, je größere Fortschritte es im politischen Leben macht, desto unempfindlicher wird es gegen solche Ausbrüche des Witzes. Robert Peel ist schon mehr als zwanzigmal in effigie verbrannt oder an den Galgen gehängt worden, und nie fiel es ihm auch nur im Traume ein, deßhalb klagbar zu werden. Mit der größten Seelenruhe sah er einmal von seinem Fenster aus zu, wie das Volk unten einen Strohmann verbrannte, der Peels eigene Person vorstellen sollte. Er blieb darum doch der große Staatsmann, der sich um sein Vaterland hoch verdient gemacht hat.

Nicht um Personen zu beleidigen oder zu verkleinern — betreffen ja doch die meisten Karrikaturen Leute

Digitized by Google

der eigenen Parthei — habe ich die vorstehende Skizze über die heitere Seite unseres parlamentarischen Treibens entworfen. Sie hat einzig den Zweck, das Bild unseres hiesigen Lebens, von dem ich Dir schon einzelne Züge entworfen, zu vervollständigen, und Dir zu zeigen, wie auch bei uns das politische Leben sich immer großartiger gestaltet, und wie man gerne bereit ist, neben dem Ernste der parlamentarischen Verhandlung auch dem Witze und der heitern Laune Rechnung zu tragen.

Streiflichter.

Es verweilt gegenwärtig eine nicht unbeträchtliche Anzahl Polen aus dem Großherzogthume Posen hier, welche mit Spannung den Verhandlungen über die Polenfrage folgen. Es sind größtentheils sehr gebildete Männer, die neben ihrer Muttersprache geläufig deutsch und französisch sprechen. Für sie ist die Entscheidung der Nationalversammlung eine wahre Lebensfrage, denn das politische Seyn oder Nichtseyn hängt davon ab. Wird die Demarcationslinie, wie sie von der preußischen Regierung gezogen ward, von der Nationalversammlung angenommen, dann fällt der größere und bessere Theil des Großherzogthums Posen an Deutschland, und den Polen bleibt nur ein langer und schmaler Streif, der eine selbstständige Verwaltung durchaus unmöglich macht. In Folge der Annahme dieser Abgränzungslinie, würden etwa 400,000 Deutsche und 500,000 Polen an Deutschland kommen. Inzwischen scheint der größere Theil der Nationalversammlung der Ansicht zu seyn, daß die Frage noch lange nicht spruchreif ist und es im allseitigen Interesse liegt, eine eigene Kommission zur Untersuchung und Prüfung der Sache an Ort und Stelle abzuordnen. Wahrscheinlich wird der morgige Tag die Entscheidung bringen, auf die man im höchsten Grade gespannt ist.

Korrespondenz des Boten.

Von der Haardt, 25. Juli 1848.

Die Diöcesan-Synoden sind abgehalten. Das Unglaubliche ist geschehen. Es sind den Diöcesan-Synoden, welchen doch die Wahl der Abgeordneten zur General-Synode zusteht, keine Eröffnungen gemacht worden, welche erkennen ließen, daß man in München ernstlich an die Zusammenberufung einer General-Synode denke und das in der Deputirtenkammer gegebene Ministerial-Versprechen halten wolle. Es fand keine Wahl für die Generalsynode statt. Woher diese unverantwortliche Verzögerung komme, welchen Einfluß darauf eine der vereinigten Kirche der Pfalz abgeneigte Parthei ausgeübt habe, läßt sich natürlich nicht mit Gewißheit darthun. Gewiß aber ist, daß die Aufregung in der protest. Pfalz wegen Verweigerung einer General-Synode mehr und mehr einen bedenklichen Charakter annimmt. Davon gibt die am 24. Juli in Neustadt a. H. abgehaltene Protestanten-Versammlung, zu welcher sämmtliche Mitglieder der Diöcese mit Ausnahme ihres Dirigenten eingeladen hatten, Zeugniß. Die Versammlung faßte folgende Beschlüsse:

1) Ein letztes Wort nach München in dieser Angelegenheit an das k. Staatsministerium des Innern für Kirchen- und Schulangelegenheiten gelangen zu lassen.
2) Eine Deputation nach München abzusenden, welche theils jene Eingabe überbringen, theils die Ursachen der Verzögerung erforschen und auf eine bestimmte Antwort dringen solle; theils endlich, wenn diese nicht zu voller Befriedigung ausfalle, unmittelbar von München nach Frankfurt zu reisen habe, um dort durch das Parlament und den deutschen Reichsminister Abhülfe zu erstreben.

Zur Ausführung dieser Beschlüsse ernannte die Versammlung sofort einen Ausschuß von sieben Mitgliedern. Derselbe wird sich am 2. August in Kaiserslautern versammeln, am 3. August mit einem von der westlichen Pfalz gewählten Ausschusse zusammentreten, um in gemeinschaftlicher Sitzung die kräftige Ausführung jener Beschlüsse zu sichern.

Es ist Zeit, daß in kirchlicher Beziehung unsere Pfalz endlich zur Reihe komme, daß man die gegebenen Versprechungen erfülle, daß man die von allen Seiten und seit Jahren begehrte General-Synode zusammenberufe. Unsere Kirche geht einem ernsten Zeitpunkte entgegen. Die Mißstimmung ist von der Art, daß gar Manche in Neustadt gar keine Deputation absenden, sondern unverzüglich zu weitern Maßregeln vorschreiten wollten. Die Ueberzeugung: „Man hilft uns nicht, sondern will uns hinhalten und müde machen: so müssen wir uns dann selbst helfen“ — gewinnt immer mehr Boden. Eine schwere Verantwortung nehmen jene Männer auf sich, welche die langjährige, tausendstimmige Bitte um eine Generalsynode nicht beachten, welche die feierlich in der Kammer gegebene Versprechung nicht halten und die Protestanten der Pfalz mit einer

Digitized by Google

Mißstimmung erfüllen, die nicht verfehlen wird, auch in Angelegenheiten des Staates den schädlichsten Einfluß zu äußern.

Die Diöcesansynode zu Winnweiler.

Die Diöcesansynode zu Winnweiler wurde am verflossenen Montage (17. Juli 1848), Morgens 8 Uhr, mit einer sehr ansprechenden Predigt über 1. Petr. 3, 8 „seyd allesammt gleichgesinnet, mitleidig, brüderlich“ und dem Gesange des Liedes „eine feste Burg ist unser Gott“ eröffnet. Nach dem Vortrage des Dekanatsvorstandes und der Berichterstattung über die wichtigsten Veränderungen, welche das Dekanat im Laufe des verflossenen Jahres erfahren hat, kamen nacheinander 18 Anträge zur Berathung, von welchen wir folgende als die wichtigeren hervorheben:

Die Synode protestirt gegen die durch Kriegsministerial-Ordre vom 13. April l. J. befohlene Kopfbeugung protestantischer Soldaten vor dem Sanktissimum der kathol. Kirche, als welche ganz gleichbedeutend sey mit jener früheren über Kniebeugung.

Die Synode wünscht, daß die für die protest. Geistlichen unter dem 23. August 1845 angeordnete Eidesformel, besonders in ihrem dritten Theile, abgeändert werde;

Sie wahrt sich ihr durch die Instruktion vom Jahre 1819 gegebenes Recht, die Synode mit einem Gebete oder mit einem Predigtgottesdienste zu eröffnen;

Sie wünscht eine amtliche Bekanntmachung darüber, „aus welchen Gründen Pfarrer Franz von Jugenheim wieder in sein Amt eingesetzt worden sey“. Sie wünscht diese Veröffentlichung um so mehr, als bei dem gegen Pfarrer Franz eingeleiteten Verfahren auch die Pfarrwittwenkasse betheiligt ist.

Der Antrag, daß die bisherigen Confessionsschulen nicht in Kommunalschulen verwandelt werden sollen, wird von der Synode einstimmig angenommen; mit dem Zusatze, daß im Falle ein Gesetz für die Kommunalschulen erscheinen sollte, dies kein allgemein bindendes sein solle. Die Lehrer sollen in die Presbyterien gewählt werden können.

Ein weiterer Antrag, die Geltung der symbolischen Bücher betreffend, gab der Synode Veranlassung den Wunsch auszusprechen:

Die nächste Generalsynode möge sich deutlich und unumwunden darüber erklären, was unter „gebührender Achtung“ (s. §. 3 der Vereinigungs-Urkunde) zu verstehen sey;

es möge aber bis zu einer allenfallsigen Abänderung durch die Generalsynode darüber gewacht werden, daß die Vereinigungsurkunde und mit ihr das gemeinsame Bekenntniß der beiden protest. Confessionen, insbesondere das apostolische Symbolum in seinem ungeschmälerten Gebrauche sowohl bei der Taufe, als auch an den hohen Festtagen aufrecht erhalten werde.

Die diesseitige Kirche soll mit der jenseitigen durch das kgl. Oberconsistorium in München verbunden bleiben; doch soll außer dem geistlichen, der vereinigten Kirche angehörenden Rathe auch ein weltlicher Sitz und Stimme in genannter Oberbehörde erhalten; auch sollen die Beschlüsse dieser Behörde für die pfälzische Kirche nur dann Gültigkeit haben, wenn sie von beiden, der unirten Kirche angehörenden Räthen gutgeheißen sind.

Es möge eine Generalsynode in der durch §. 17 der Vereinigungsurkunde festgesetzten Weise einberufen werden. Diese Synode möge dann selbst beschließen, ob sie sich blos mit Herstellung eines Wahlmodus, oder auch mit den übrigen zur Wiederherstellung der Einigkeit und kirchlichen Ordnung nöthig erscheinenden Gegenständen nach §. 56 der II. Beil. z. Verf. Urkunde befassen wolle.

Die Synodal- und Predigerarbeiten sollen beseitigt, dafür aber Konferenzen mit freien, schriftlichen Arbeiten und mündlicher Besprechung dieser Arbeiten hergestellt werden. Auch die wissenschaftlichen Vorträge der Dekane bei den Synoden sollen wegfallen, dafür aber die letzteren mit einer entsprechenden Anrede des Dekans eröffnet werden.

Der Universitätszwang soll aufhören.

Der Beschluß der Generalsynode vom J. 1845 „die Konfirmation der Knaben im 14. Lebensjahre“ soll in Vollzug gesetzt werden.

Das in die Agende aufgenommene Formular für die Einsegnung am Grabe möge als vollkommen zweckmäßig beibehalten werden.

Den Diöcesansynoden möge das unbeschränkte Recht der Berathung über alle kirchlichen Angelegenheiten eingeräumt werde.

Die Synode wurde mit einem Gebete, in dem besonders hervorgehoben wurde, daß auch da, wo die Meinungen auseinandergehen, und Kämpfe sich erheben um des Glaubens willen, doch die Liebe immer als die erste und heiligste Christenpflicht erkannt werden möge, gegen 3 Uhr Nachmittags geschlossen.

Verantwortlicher Redakteur R. Schmitt. — Druck und Verlag von J. Kayser.

Digitized by Google

Plauderstübchen.

Beiblatt zum Boten für Stadt und Land.

Nr. 67. Kaiserslautern, Donnerstag 3. August **1848.**

Aus Frankfurt.

Briefe Fn Kunz.

Sitzung vom 31. Juli. Verlesung des Protokolles der vorigen Sitzung, wogegen keine Reclamation.

Der Vorsitzende läßt ein weiteres Verzeichniß sehr namhafter Beiträge zum Besten der deutschen Kriegsmarine verlesen. Bravo.

Eine Deputation des Kölner Dombau-Vereines hat dem Vorsitzenden eine Adresse überbracht, worin die National-Versammlung zur Betheiligung an dem großen Dombaufeste eingeladen wird. Die etwas lange und schwülstige Adresse wird verlesen. Der Vorsitzende erklärt, er habe der Deputation die Antwort ertheilt, daß eine Deputation der Nationalversammlung bei dem Feste erscheinen werde; er frage die Nationalversammlung, ob er damit ihrem Willen entsprochen. Allgemeine Zustimmung. Inzwischen sey er der Ansicht, die Mitglieder dieser Deputation nicht zu wählen, sondern aus Freiwilligen zusammenzusetzen. Auch damit erklärt sich die Versammlung einverstanden. Der Vorsitzende bemerkt ferner, daß auch an den Reichsverweser eine Einladungs-Adresse gerichtet worden, und dieser seine Theilnahme zugesagt habe.

Reichsminister Schmerling betritt die Rednerbühne. Den Mittheilungen, die er vor 8 Tagen über den Stand der schleswig-holsteinischen Angelegenheit gemacht, könne er nun weitere hinzufügen. Die Unterhandlungen zwischen General Wrangel und dem Kommandanten der dänischen Truppen wegen Abschluß eines Waffenstillstandes seyen abgebrochen worden, und auf's Neue hätten die Feindseligkeiten begonnen. Das Aeußerste sey von deutscher Seite geschehen, um den Wiederausbruch des Krieges zu vermeiden; Dänemark aber habe Bedingungen gestellt, die mit der Ehre Deutschlands unverträglich gewesen. So habe man dänischer Seits sich entschieden geweigert, die Bedingung einzugehen, daß der Waffenstillstand durch die Centralgewalt ratifizirt werde. Wrangel habe sich mit Entrüstung über diese Weigerung ausgesprochen. Das Ministerium erkenne an, welche Leiden der Krieg mit sich führe; aber es habe keinen Augenblick geschwankt, die Maßregeln zu ergreifen, welche die Ehre Deutschlands erheischten. Wrangel werde sofort die nöthigen Verstärkungen erhalten, was vielleicht Dänemark zur Nachgiebigkeit bewegen dürfte. Rühmend müsse man anerkennen, was seither die preußischen Truppen im Kampfe gegen Dänemark gethan; von nun an aber solle der Krieg ein Reichskrieg seyn, und auf Kosten des deutschen Reiches geführt werden. Jedes Mitglied der Versammlung möge mit Rede und Schrift dahin wirken, daß alle Deutschen willig und gerne die Opfer brächten, welche die Führung des Krieges erheische. Oefteres Bravo.

Reichskriegsminister von Peuker. Zwei Gesichtspunkte habe er bei der Sache ins Auge gefaßt, einmal die erforderliche Verstärkung, um ein rasches Ende des Krieges herbeiführen zu können, dann den Umstand, daß allen deutschen Volksstämmen Gelegenheit geboten werde, sich an diesem Kriege zu betheiligen, und der ganzen Welt das Schauspiel eines einigen deutschen Volkes zu geben. Großer Beifall. Da der Reichsverweser abwesend, habe sich das Ministerium bei der Dringlichkeit der Sache auf eigene Hand mit den Ministerien der einzelnen deutschen Volksstämme in Benehmen gesetzt, damit so schnell wie möglich die betreffenden Contingente mobil gemacht würden. Das Ministerium sey entschlossen, der Welt zu zeigen, daß Deutschland sich nicht ungestraft verhöhnen lasse. Abermaliger rauschender Beifall.

Schott aus Stuttgart spricht einige Worte der Zustimmung.

Unter Verdankung für die Mittheilungen der beiden Minister schreitet die Versammlung zur Tagesordnung, nämlich zur Wahl eines Präsidenten und zweier Vicepräsidenten, nachdem zuvor eine Reclamation des Abgeordneten Koch aus Leipzig gegen den stenographischen Bericht der Sitzung vom 27. Juli zurückgewiesen worden. Das Resultat der Wahlen ist folgendes:

Digitized by Google

Zum Vorsitzenden wird von Gagern gewählt. Von 391 Stimmen erhält er 357; 24 sind auf Jtzstein gefallen; die übrigen haben sich auf 6 bis 8 Mitglieder zersplittert. Vicevorsitzender v. Soiron verkündet unter rauschendem Beifall das Resultat der Wahl. Gagern betritt die Rednerbühne. Zum viertenmale sey ihm die erhabenste und stolzeste Würde zu Theil geworden, die einem deutschen Bürger geboten werden könne. Er kenne keinen andern Ehrgeiz, als dem Vaterlande seine Kräfte zu weihen. Er hoffe, daß unser Ziel werde erreicht werden, das Ziel der Befestigung unserer Freiheit, das Ziel der deutschen Einheit; er sey überzeugt, daß die Opfer würden erreicht werden, die nothwendig seyen, diese Einheit herzustellen. Von Neuem übernehme er das Amt eines Vorsitzenden, von Neuem bitte er um die Nachsicht der Versammlung. Lang anhaltender Beifall.

Erster Stellvertreter des Vorsitzenden wird von Soiron mit 322 Stimmen; 30 fallen auf Blum, 27 auf Jtzstein. v. Soiron dankt mit einigen Worten.

Zum zweiten Stellvertreter wird Ministerialrath v. Herrmann aus München mit 252 Stimmen gewählt. 59 fielen auf Robert Blum, 18 auf den früheren Vicepräsidenten Andrian, 17 auf Simon aus Breslau. Der Neugewählte dankt für das ihm geschenkte Zutrauen.

Der Vorsitzende schlägt nun vor, die Bildung der einzelnen Abtheilungen, wie früher auch, dem Büreau zu überlassen und zur Berathung des Berichtes des Marine-Ausschusses, die deutsche Kriegs- und Handels-Flagge betreffend, zu schreiten.

Der Ausschuß-Antrag geht dahin:

1) Die deutsche Kriegsflagge besteht aus drei, gleich breiten, horizontal laufenden Streifen, oben schwarz, in der Mitte roth, unten gelb. In der linken oberen Ecke trägt sie das Reichswappen in einem viereckigen Felde, welches zwei Fünftel der Flagge zur Seite hat. Das Reichswappen zeigt in goldnem (gelbem) Felde den doppelten schwarzen Adler mit abgewendeten Köpfen, ausgeschlagenen rothen Zungen und goldnen (gelben) Schnäbeln und Fängen (Krallen). Derselbe hält in der rechten Kralle ein silbernes, goldgriffiges Schwert, in der linken eine unbestimmte Anzahl Pfeile am Schaft mit silbernen Spitzen.

2) Jedes deutsche Kriegsschiff, welches nicht Admiralsflagge oder Commodores Standarte führt, läßt vom Top des großen Mastes einen Wimpel fliegen. Derselbe ist roth und zeigt am obern Ende den Reichsadler in goldnem (gelbem) Felde.

3) Die deutsche Handelsflagge soll aus drei, gleich breiten, horizontalen, schwarz, roth, gelben Streifen bestehen, wie die Kriegsflagge, jedoch mit dem Unterschiede, daß sie nicht das Reichswappen trägt.

4) Diese Flagge wird von allen deutschen Handelsschiffen als Nationalflagge ohne Unterschied geführt. Besondere Farben und sonstige Abzeichen dürfen in dieselbe nicht aufgenommen werden. Dabei soll es jedoch den Handelsschiffen freistehen, neben der allgemeinen deutschen Reichsflagge noch die besondere Landes- oder eine örtliche Flagge zu zeigen.

Es erhebt sich eine längere Debatte, an welcher sich Wurm aus Hamburg, Mohl aus Tübingen, Briegleb aus Coburg, Reichensperger aus Trier, Lychnowski aus Ratibor, von Radowitz aus Berlin, Haßler aus Ulm betheiligen. Für einen Heraldiker (Wappenkundigen) hätte die Verhandlung Interesse geboten; sonst war sie ziemlich langweilig. Der Eine verlangt statt des zwei- einen einköpfigen Adler, ein Anderer will Schwert und Pfeil aus den Krallen des Adlers beseitigt, und diese Krallen offen haben, ein Dritter wünscht eine andere Anordnung der Farben u. s. w. Große Heiterkeit erregt ein Verbesserungsantrag von Berger aus Wien, 38 Sterne in die Flagge zu setzen.

Zuletzt nahm die Versammlung die Ausschußanträge wörtlich an, nur soll der Doppeladler offene goldene Fänge oder Krallen haben, Schwert und Pfeile also wegbleiben.

Die Flagge hätten wir nun; hoffen wir, daß die Kriegsschiffe bald folgen werden.

1.

Kleine Streiflichter.

Am 9. Juli fand in Dresden eine Versammlung der Bevollmächtigten von 88 sächsischen Vaterlands-Vereinen statt. Auf derselben wurde eine Adresse „An die sächsischen Abgeordneten der Linken in der Reichstagsversammlung zu Frankfurt“ beschlossen. Mir ist durch Freundes Hand ein Abdruck dieser Adresse, ein wahres Meisterwerk der Buchdruckerkunst aus der Brockhaus'schen Offizin, zugekommen. Die Adresse, in energischer Kürze gefaßt, lautet also:

„Wir wollen daß der verfassungsmäßig ausgesprochene Wille des Volkes höchstes Gesetz sey. Ihr, sächsische Abgeordnete in der Reichstagsversammlung zu Frankfurt, habt diesen unsern obersten Grundsatz der Volksherrlichkeit entschieden vertreten und auf's kräftigste. Nach einstimmigem Beschlusse sprechen wir Euch laut und öffentlich unsern Dank, unsere vollkommenste Uebereinstimmung aus.“

Digitized by Google

Fortwährend treffen aus allen Gegenden Deutschlands Adressen, mit zahlreichen Unterschriften bedeckt, in Frankfurt ein, worin die Unterzeichner der Linken ihre volle Zustimmung mit deren Verhalten aussprechen. Diese Adressen alle nahmhaft zu machen, würde viel zu weit führen; sie liefern aber den Beweis, daß die Linke, wenn auch nicht die Mehrheit in der Paulskirche, doch entschieden die große Mehrheit im deutschen Volke für sich hat.

In Günzburg, dem Wahlorte Stockingers, hatte die Rückschrittsparthei versucht, eine Demonstration gegen denselben hervorzurufen, weil er für Verwerfung des Gesetzes über Einführung der provisorischen Centralgewalt gestimmt hat. Die Bemühungen der saubern Clique sind vollständig gescheitert. Die Sache führte zu einer Gegendemonstration, nämlich zu einer Adresse sämmtlicher Wahlmänner des Distrikts Günzburg an Stockinger, worin sie ihm „ihre Anerkennung und vollste Zufriedenheit mit seinen seitherigen Bemühungen“ aussprechen. Es sey mir gestattet, eine Stelle dieser Adresse, welche gedruckt vor mir liegt, mitzutheilen: „Unser Wille ist, daß die deutsche Nation, so weit die deutsche Zunge reicht, Eins sey, achtunggebietend und furchtbar dem übermüthigen Feinde von Außen, kräftig frisch aufblühend, frei und glücklich im Innern, frei von allen Fesseln, welche ihr ein verwerflicher Kastengeist und bevorzugte Klassen, schwelgend im Schweiße des Landmannes und verzehrend das Mark der Nation, schmiedeten. Wir wollen, daß die schönen Concessionen staatsbürgerlicher Freiheit, die zum Theil durch Gesetze sanctionirt sind, durch die in der Nationalversammlung niedergelegte Volkssouveränität bald die Fülle der beglückenden Wohlfahrt äußere, und die allzugroße Begehrlichkeit, die mit Ruhe den kommenden Segen nicht abwarten kann, durch fortwährendes Aufreizen und Agitiren die Blicke der Nationalversammlung nicht ihrem Hauptzwecke entziehe.“

Wer möchte sich damit nicht einverstanden erklären?

Den Dr. Gscheitle betreffend.

Er ist da, er ist wirklich wieder da, das heißt auf der Sickinger Höhe, der Doctor Gscheitle*) nämlich. Der Veitel war hier auf dem Fruchtmarkt und hat's dem Boten gesagt. „Ich hab' ihn entdeckt, sagt' er, ich habe seine Spur gesehen zwischen Zeselberg und Weselberg und später in der Nähe von Landstuhl und Mittelborn auch. Auf dem Boden war da und dort das bewußte „Gscheitle“ eingedrückt. Ich mein' aber, ich habe keine kleine Freud' gehabt, denn 's ist eben doch so 'ne Sach', einen guten alten Freund mir nichts dir nichts zu verlieren. Item, ich bin der hellen Spur nachgegangen bis an sein Haus. Da guckt' ich durch den Schalter, und siehe da, dort sitzt er, wie er leibt und lebt, aber blaß und mager, und studirt und schreibt in einer Unsumme von Papieren herum. Gelt, Bote, ich hatt's gefagt, das werd' ihn kuriren? Besser ein Buch schreiben, als ganz närrisch werden. Schreiben ist doch nur eine halbe Narrheit — nichts für ungut, Bote!“

Nachdem der Bote sein: „Ganz und gar nicht!“ herausgelächelt hatte, fuhr der Veitel fort: „Aber rappeln thut's 'hm, das ist keine Sach', und darum sag' ich: Hüt' sich einer vor Paris! Ich geh' nun hinein und klopfe an. „Herein!“ sagt' er, und „Willkomm!“ sag' ich, „lieber Doctor, seyd ihr wieder da?“ sag' ich, „das ist brav und g'scheidt,“ sag' ich. Da lacht' er hell auf und sagt: „Geld ist ein Maquet,“ sagt er, „der zieht selbst einen Narren heim; guten Tag Veitel,“ sagt' er.“

Dem Boten wurde das zu lange, wie allen Leuten, die innerlich zappeln, wenn einer immerfort sagt: Sagt' er, sagt' ich, hab' ich g'sagt. Darum schnitt er den langen Faden ab und sagte: „Aber sag', Veitel, was jetzt mit ihm anfangen?“

„Meines Herzens Meinung wär' die,“ versetzte Veitel, Du nähmst ihn zum plauderstüblichen Schriftsteller an. Das wird ihn gesund machen, wenn er sich oder seine Sachen gedruckt sieht, denn er laborirt doch eigentlich an einer Sucht, an der Ruhmsucht oder Unsterblichkeits-Krankheit.“

Was war da lange zu besinnen? „Probiren will ich's,“ sprach der Bote, „ob's gut thut, ist eine andere Frage; denn am Ende fehlt ihm doch der Caput überhaupt, und wenn er gar einen vollständigen Leibschaden unter der Kappe hat, so könnten am

---

*) Der Bote ist schon einigemal gefragt worden, was für eine Bewandtniß es mit diesem Doctor Gscheitle habe, ob denn das derselbe seyn solle, der in Auerbach's Kalender „der Gevattersmann“ so oft vorkomme. Der Bote hat geantwortet: Meint ihr denn, jeder Vater habe nur einen Sohn? Da gibt's solche Väter, die haben einen Pfarrer und einen Schulmeister zu Söhnen, andere einen Juristen und einen wackeren Handwerksmann. Unser Doctor Gscheitle aber ist, wie man sagt, weitlos verwandt mit dem auf'm Schwarzwalde, ich glaube geschwistrigkind, oder geschwisterkindrig, wie man sagt.

Digitized by Google

Ende die Leser schwierig und abspännstig werden. Doch in Gottes Namen! sag' ihm, er möge schreiben über Physiologie, Anthropoiogie, Physik und alle naturwissenschaftlichen und medicinischen Fächer."

„Schreib' mir die vertrakten Wörter auf einen Zettel," sagte Veitel, „so im Kopfe kann ich sie nicht behalten, obgleich der Veitel sonst nicht so da ist. Aber Recht hast Du, Bote, wird über die Schulen und sonst über allerlei in Deinem Blatte geschrieben, so kann auch über die närrischen Dinger geschrieben werden, die Du eben genannt hast, wenn sie nur amusant und schön zu lesen sind."

Damit ist es also vor der Hand abgethan, und der Doktor Gscheitle ist als Correspondent des Boten und als plauderstüblicher Schriftsteller an- und aufgenommen. Der geneigte Leser möge Nachsicht haben mit dem seltsamen Manne und wenn es ihm nicht mehr gefällt, seine Erklärung rund herausgeben, damit wir ihm den Abschied wieder geben. Vordersamst aber fordert es die Liebe zur leidenden Menschheit, den ehrlichen Kauz nicht zurückzuweisen. Wer weiß, vielleicht leistet er Großes.

Aus dem Bettelkasten des Boten.

So ist denn kein Erfinderruhm mehr sicher? so soll's denn am Ende gar nichts Neues geben unter der Sonne? Jetzt behaupten die Alterthumsforscher, der Hauptgrundsatz der Eisenbahnen sey schon den alten Aegyptern bekannt gewesen, und wohl von ihnen in Anwendung gebracht worden. Wahr ist es, der Verstand steht einem still, wenn man sieht, welche ungeheure Steinmassen diese Alten in Aegypten, in Babylon, in Ninive, in Palmyra, in Heliopolis u. s. f. auf weite Strecken hin fortgeschafft haben. Man glaubt, daß sie solche Schienenbahnen dabei gebraucht haben. Jedenfalls waren sie in der Mechanik und Statik weiter, als wir uns träumen lassen. — Wenn es aber mit den Entdeckungen in den Ruinen so fort geht, geht aller Ruhm der Neuzeit zu Grunde. Schon hat man bewiesen, daß das Schießpulver und die Buchdruckerei den Alten bereits bekannt gewesen, jetzt kommt man auch an unser Schooß- und Liebkindlingskind, an die Eisenbahnen. Ha! aber Eins soll uns das Alterthum nicht streitig machen — den Dampf! Den Dampf haben wir erfunden, wenn auch das Pulver nicht. Das heißt, nicht gerade den Dampf erfunden haben wir, aber doch die Welt unter die Herrschaft des Dampfes gestellt. Dampf war immer in der Welt, aber so gewaltig war er nie, als in der Jetztzeit. Das ist vordersamst noch unser Ruhm, und niemand soll uns denselben streitig machen, bis man einmal in einer alten ruinirten Stadt Spuren von antikem Dampf nachweist, der dem industriellen und anderweitigen Dampfe unserer Tage ähnlich ist. Das wird man aber bleiben lassen, und darum noch einmal: der Dampf ist unsre Sache und unser Ruhm.

Was man nicht sagt! Da sagen sie, unter allen Eisenbahnen sey die pfälzische die allerlangsamste, abgesehen sogar von allem Aufenthalte unterwegs. Entweder ist das Verläumdung aus purem Neide, oder aus andern Ursachen, oder es ist — wahr. Es wäre der Sache auf den Grund zu gehen, und wenn sich die üble Nachricht als gegründet erweisen sollte, dann fort mit dem alten Grundsatze: Nur langsam voran! und den andern obenangestellt: Vorwärts! — Wir warten das Resultat ab, und fahren einstweilen gerade so schnell, als es eben geht.

Nachschrift.

Nachdem die Oesterreicher am 23. die Höhen von Somacampagna erstürmt hatten, wurden sie am 24. wieder von dort vertrieben. Als sie Karl Albert am 25. von neuem angriff, erfochten die Oesterreicher einen glänzenden Sieg, und schlugen die Piemontesen gänzlich in die Flucht. Die Schlacht fiel bei Custozza vor, und dauerte 9 Stunden, bei einer Hitze von 28 Grad von Morgens 10 bis Abends 7 Uhr. Mehrere Menschen erhielten dabei Sonnenstiche, wodurch sie wahnsinnig wurden, und auf dem Marsch umkamen. Die Oesterreicher verloren nach Radetzky's Bericht 40 — 50 Offiziere und 5 — 600 Gemeine; sie verfolgten die fliehenden Piemontesen, soweit es die gehabten Anstrengungen und Verluste zuließen, gegen Goito hin.

Verantwortlicher Redakteur R. Schmitt. — Druck und Verlag von J. Kayser.

Digitized by Google

Plauderstübchen.

Beiblatt zum Boten für Stadt und Land.

Nr. 68. Kaiserslautern, Samstag 5. August **1848.**

Aus Frankfurt.

Briefe an Kunz.

Sitzung vom 2. August. Das Protokoll der gestrigen Sitzung wird verlesen. Keine Reclamation. Verkündigung neuer Beiträge zum Besten der deutschen Kriegsflotte.

Der Vorsitzende bringt verschiedene Urlaubsgesuche zur Kenntniß der Versammlung. Wernher von Nierstein erhebt sich gegen die allzuhäufig vorkommenden Urlaubsgesuche, die am Ende selbst dahin führen könnten, die Versammlung unvollzählig zum Beschlußfassen zu machen. Nach einer Bemerkung des Vorsitzenden sind über hundert Urlaubsgesuche seither bewilligt worden; bei vielen ist jedoch der Termin bereits umgelaufen, so daß im Ganzen nur 67 Abgeordnete sich rechtmäßig in Urlaub befinden. Wie viele übrigens ohne Urlaub abwesend, sey nicht ermittelt. Künftig solle in jeder Sitzung ein Verzeichniß über den Stand der Beurlaubungen vorgelegt werden.

Tagesordnung: Berathung der Grundrechte. Von §. 6 sind die beiden letzten Absätze noch zu berathen, welche also lauten:

„Die öffentlichen Aemter sind für alle dazu „Befähigte gleich zugänglich.

„Die Wehrpflicht ist für Alle gleich."

Der erste Satz veranlaßt nur eine ganz kurze Discussion, an der sich drei Redner betheiligen.

Auch die Berathung über den letzten Absatz dauert nicht so lange, als man Anfangs gefürchtet. Es handelt sich vorzüglich um zwei Minderheitsgutachten, von denen das eine dem Ausschußantrage die Bestimmung hinzugefügt wissen will: „Eine Stellvertretung (Ersatzmannstellung) ist nicht gestattet." Das zweite spricht für jeden Deutschen das Recht an, Waffen zu tragen.

Nachdem man auf diese Weise mit Berathung des §. 6 zu Ende gekommen, erhält der Berichterstatter, Professor Beseler aus Greifswalde, das Wort. Beseler ist anerkanntermaßen der langweiligste, dabei anmaßendste Redner der Versammlung und die halbe Versammlung gähnt, wenn sie ihn nur auf dem Katheder erscheinen sieht. Heute fügt er diesen Eigenschaften eine neue hinzu: er spricht so servil für Aufrechthaltung des Adels, daß er zum öftern durch den Zuruf: Pfui! unterbrochen wird. Beseler geht soweit, zu behaupten, die Aufhebung des Adels würde eine „revolutionäre" Maßregel seyn. Beselers retrograde Worte werfen ungeheure Erbitterung und Aufregung in die linke Seite der Versammlung. Während er von der Rechten beklatscht den Rednerstuhl verläßt, erhebt sich auf der Linken und von den Galerieen ein furchtbares Zischen.

Die Verlesung der Amendements und die Festsetzung der Fragestellung nimmt längere Zeit in Anspruch. Abstimmung: der erste Satz des §. 6: „Alle Deutschen sind gleich vor dem Gesetze", wird mit sämmtlichen gegen eine Stimme angenommen.

Der zweite Absatz: „Standesprivilegien finden nicht statt," erhält ebenfalls eine an Einstimmigkeit gränzende Mehrheit.

Es wird nun durch Namensaufruf über das Amendement abgestimmt: „ob der Adel nicht mehr stattfinden solle." Für Beibehaltung des Adels erklären sich 282, dagegen 167 Stimmen. Es hat sich also eine Majorität von 115 Stimmen für den Adel ergeben.

Ein Amendement von Grimm, also lautend: „Alle rechtlichen Unterschiede zwischen Adeligen, Bürgerlichen und Bauern hören auf und es findet keine Erhebung in den Adel, noch aus dem niedern Adel in den höhern statt," wird mit Mehrheit verworfen.

Ein ferneres Amendement von Wigard, daß es jedem Bürgerlichen gestattet seyn solle, seinem Namen eine beliebige Adelsbezeichnung beizufügen, ein Wappen anzunehmen u. s. w., wird gleichfalls verworfen.

Mehrere Anträge in Bezug auf Abschaffung der Orden oder wenigstens Beschränkung derselben auf den Militärstand werden sammt und sonders verworfen. Mit genauer Noth wird ein Amendement durchgebracht, also lautend: „Alle Titel, insoweit sie

Digitized by Google

nicht mit einem Amte verbunden sind, sind aufgehoben und dürfen nie wieder eingeführt werden."

Der dritte Satz des Paragraphen: „Die öffentlichen Aemter sind für alle dazu Befähigten gleich zugänglich," wird mit allen gegen eine Stimme angenommen.

Statt des vierten Absatzes: „Die Wehrpflicht ist für Alle gleich," wird ein Minderheitsgutachten in folgender Fassung angenommen: „Das Waffenrecht und die Wehrpflicht ist für Alle gleich. Stellvertretung findet bei letzterer nicht statt."

Der § 6 der Grundrechte lautet demgemäß folgendermaßen:

„Alle Deutschen sind gleich vor dem Gesetze.
Standesprivilegien finden nicht statt.
Alle Titel, insoweit sie nicht mit einem Amte verbunden sind, sind aufgehoben und dürfen nie wieder eingeführt werden.
Die öffentlichen Aemter sind für alle dazu Befähigten gleich zugänglich.
Das Waffenrecht und die Wehrpflicht ist für Alle gleich. Stellvertretung findet bei letzterer nicht statt."

Hiermit wird die Sitzung geschlossen. Sie war eine sehr stürmische, und noch in keiner wurde dem Resultate der namentlichen Abstimmung mit größerer Spannung entgegengesehen. Die Versammlung treunte sich in großer Aufregung.

Berichtigung.*)

Der Katholik aus der Gemeinde Trippstadt, welcher sich in einem Artikel des Boten für Stadt und Land — Plauderstübchen № 57 l. Js. — als Einsender unterschrieben hat, befindet sich im Irrthume, den ich in Folgendem berichtigen will.

Wiewohl ich, als ein Freund der Freiheit im weit möglichsten Sinne, durchaus für die Trennung, oder richtiger gesagt, für die Unabhängigkeit der Kirche vom Staate bin, so habe ich dennoch bis jetzt keine Adresse des Inhalts den Bürgern meiner Pfarrei zum Unterschreiben vorgelegt, wie dies Einsender genannten Artikels behauptet. Jedenfalls wäre dann in der mir zur Last gelegten Adresse der Zusatz: „und der Nichttrennung der Schule von der Kirche" höchst überflüssig; denn sobald die Unabhängigkeit der Kirche vom Staate verlangt und gewährt wird, kann von einer Trennung der Schule von der Kirche gar nicht mehr die Rede seyn; dann wird die Schule wieder ganz das seyn, was sie ursprünglich im Christenthume war und immer seyn und bleiben soll, nämlich die natürliche und eigentliche Tochter der Kirche. Die Kirche wird dann ihre Schulen selbstständig organisiren, aber auch der Staat möge dann seine Schulen beibehalten, und sie zu jener Blüthe erheben, welche die bisherige Verbindung der Schule mit der Kirche nicht aufkommen ließ, und es wird sich zeigen, wessen Schulen am meisten besucht werden.

So lange nun aber die Kirche mit dem Staate in dem bisherigen Verbande bleibt, muß von Seiten der erstern gegen die Einführung von Kommunal-Schulen und gegen jedwede Trennung der Schule von der Kirche protestirt werden, und in dieser Beziehung habe ich allerdings etwas in meiner Pfarrei gethan, allein etwas ganz Anderes, als in besagtem Artikel berichtet wird. Ich habe nämlich am letzten Sonntage im Juni die Bürger meiner Pfarrei eingeladen, sich gleich nach dem Gottesdienste im Schulhause zu versammeln, es solle dort eine Angelegenheit von Wichtigkeit verhandelt werden, und dort habe ich ihnen zwei, einander entgegengesetzte, ganz einfache Erklärungen in Betreff der Kommunal-Schulen und der Trennung der Schule von der Kirche vorgelegt, nämlich die eine dafür, die andere dagegen, mit der Aufforderung, die eine oder die andere, je nach Belieben zu unterzeichnen; es solle, das war mein oft wiederholtes Wort, durchaus Freiheit stattfinden, dann werde es sich zeigen, was denn eigentlich in dieser Angelegenheit der Volkswille sey, auf den man sich so oft berufe. Daß nun aber in einer so ausgedehnten Pfarrei, wie die meinige ist, eine einmalige nur in der Kirche verkündete und gleich darauf im Schulhause abgehaltene Versammlung zu genanntem Zwecke nicht hinreichen konnte, liegt am Tage; ich forderte deßhalb diejenigen, welche an jenem Sonntage nicht in der Kirche waren, und sonach auch nicht in der Versammlung erscheinen konnten, und diejenigen, welche zwar in der Kirche waren, aber aus Gleichgültigkeit, zumal da ich den zu verhandelnden Gegenstand nicht näher bezeichnet hatte, an der Versammlung keinen Theil nahmen, am nächsten Sonntage zu einer zweiten Versammlung auf; dasselbe that ich an dem darauffolgenden Sonntage, und am nächstkommenden werde ich es noch einmal thun; denn jedem soll Gelegenheit geboten werden, seine Stimme abzugeben. Durchaus unwahr ist indeß, daß es erst einer heftigen Kanzelrede bedurft habe, um die verschiedenen Versammlungen und die darin erfolgten Unterschriften

*) Diese Berichtigung ist schon seit längerer Zeit eingelaufen, und wurde nur durch zufällige Umstände verspätet aufgenommen. Der Bicebote.

Digitized by Google

zu Stande zu bringen. Ich habe die ganze Angelegenheit in dieser Zeit von der Kanzel herab gar nicht besprochen; nur ganz einfach, wegen der Wichtigkeit der Sache, indeß doch dringend, lud ich jedesmal nach Beendigung des Gottesdienstes vom Chore der Kirche aus die Bürger zur Versammlung im Schulhause ein. Der Einsender genannten Artikels scheint an den betreffenden Sonntagen nicht in der Kirche gewesen zu seyn, jedenfalls war er bei den Versammlungen nicht zugegen, sein Bericht beruhet auf einem ganz entstellten und weit entfernten Hörensagen, und er möge sich in der Zukunft hüten, irgend etwas in der Oeffentlichkeit zu besprechen, bevor er nicht darüber gehörig unterrichtet ist. Auf seine Schluß-Bemerkung diene ihm noch zur Nachricht, daß die Erklärung für die Einführung der Kommunal-Schulen, und für die Trennung der Schule von der Kirche noch keine einzige Unterschrift gefunden hat; er möge demnach, damit dieselbe nicht ohne Unterschrift bleibe und ad acta gelegt werden müsse, alle jene Männer von Intelligenz, die er im Auge hat, zur Unterzeichnung auffordern, auf sein Wort werden sie vielleicht besser hören, und er selbst möge dann mit seiner Intelligenz sich an die Spitze der Unterschriften stellen. In wie weit indeß er und mit ihm alle die Männer von Intelligenz die er meint, dies mein Thun und Treiben mißbilligen, daran liegt mir nichts, und es gereicht mir zum großen Troste, daß die Intelligenz bis heute noch nicht an gewisse Menschenklassen verpachtet oder verkauft ist. Hätte sich der Katholik aus der Gemeinde Trippstadt mit Namen genannt, so könnte vielleicht auch von seinem Thun und Treiben Ein und das Andere aufgedeckt und näher angegeben werden, bei welchen Männern es Billigung und bei welchen es Mißbilligung findet, je nachdem die Intelligenz derselben beschaffen ist. Dies zur Berichtigung ein für alle Mal.

Trippstadt, 14. Juli 1848.

Karbeck, kath. Pfarrer.

Aus dem Tagebuch eines Hinterpommers.

(Fortsetzung zu № 56 des Plauderstübchens.)

Der Verproviantirungswink des Reichsanzeigers lautet aber so: „Sobald die deutsche Flotte fertig ist und vom Stapel gelassen werden kann, ist es unbedingt erforderlich, recht viel Sauerkraut einzumachen und auf die Schiffe zu bringen. Es ist erfahrungsmäßige Thatsache, daß Sauerkraut vor einem der größten Seeübel bewahrt, vor dem Scharbock oder Scorbut. Seit das liebe deutsche Sauerkraut auf den Seeschiffen Eingang gefunden, kein Scorbut mehr.“*) Somit hat das Organ der flachsenfingenschen Regierung der deutschen Flotte bereits einen wesentlichen Dienst in ächt nationaler Weise geleistet und nicht minder dem deutschen Land- und Gartenbau kräftigen Vorschub gethan.**)

Unter den Anzeigen oder, wie man hier gut deutsch sagt, Annoncen, steht auch eine von Schilda. Uebermorgen soll nämlich dort die Wahl eines deutschen Parlaments-Mitgliedes vorgenommen werden. Wer Lust hat, als Bewerber aufzutreten, soll kommen und sich hören lassen. Ich werde hingehen. — Hier werden von einer Seite die Erfinder der Schießbaumwolle, von der andern die des Schwefeläthers und Chloroforms sehr eifrig als tüchtige Candidaten zum Parlament empfohlen. Die letztere Parthei rühmt ihren Candidaten ganz besonders. Sie sagt, Deutschland sey ihnen Dank nnd öffentliche Anerkennung dafür schuldig, daß sie durch die neuen Einschläferungs- und Empfindungslosmachungsmittel dem Vaterlande und der ganzen leidenden Menschheit schon so wesentliche Dienste geleistet hätten und künftig noch leisten würden. Die Wahlkämpfe werden hitzig und interessant werden. Wenn's nur keine eigentlichen Wahlschlachten gibt!

Schilda, den 1. Mai.

Ich bin einstweilen im Land herumgegangen und habe mir den Natur- und den Völker-Frühling betrachtet. Wie ist Alles so jung geworden, die Erde und die Menschen! Jung ist ohnedies Herr, besonders in dieser Zeit, aber selbst die Alten haben sich verjüngt. Wenn's nur gut thut, das Jungthun und kein Nachtfrost mehr über die Blüthe kommt! Wenn die junge Pflanze der Freiheit in dem Maße gedeiht, wie sie mit Wein begossen wird, dann kann's gar nicht fehlen. Ich selbst habe im Laufe von ein paar Wochen mehr Sechsundvierziger auf das freie und einige Deutschland ge- oder vergossen, als einer meiner hinterpommerschen Landsleute sich nur vorstellen kann. Sie haben aber auch Weine in einzelnen Gegenden des Fürstenthums Flachsenfingen, von welchen man die im Lande übliche Redensart gebrauchen

*) Wenn etwa ein Leser so thomasartig wäre, daß er dem flachsenfingenschen Reichsanzeiger nicht aufs Wort glauben wollte, so glaube er wenigstens der Redaction des Boten, welche hiermit versichert, daß Sauerkraut in der That die Seelente vor jener Krankheit schützt.

**) Die Bewohner von Rothfeelberg, Kappeslaubersheim und Laubertheim mögen sich das einstweilen zur Notiz nehmen, da sie bekanntlich das beste Kraut zum Einmachen liefern. Der Bierbote.

Digitized by Google

möchte: „Von dem Wein möcht' ich trinken, bis meine Großmutter wiederkommt.“ Ich habe gefunden, daß er selbst der herzlichsten Begeisterung Vorschub thut. Ein bayerischer Landrichter, der mir als Durchreisender in Pestiz auffließ, ist beim Sechsundvierziger, den er wie Bier hinablaufen ließ, so ultraliberal geworden, daß er laut sagte, der erste Grundsatz der Verwaltung sey, die höheren Erlasse ad acta zu signiren, sobald sie nicht für die Zeit und die bestehenden Verhältnisse paßten. Er erhielt dafür ein donnerndes Hoch, brachte sich aber dafür am anderen Morgen selbst eine große Katzenmusik, und fuhr bald darauf einsam, still, bleich und jämmerlich ab. In sein Gewissen mögen Präsidenten- und Ministerzähne gewaltige Bisse gethan haben.

Bei allem dem glaube nur kein Mensch, daß alle Köpfe in ganz Flachsenfingen seit dem Februar über einen Leisten geschlagen worden wären. Die Einen schwärmen für die Republik und singen unaufhörlich laut: „Fürsten zum Land hinaus!“ während Andere ganz in der Stille auf den Fürsten Januarius, oder, wie er von heute an heißt, Majus blicken und summen: „Ach bleib' mit deiner Gnade!“ Diesen spukt der Hecker unter der Kappe, Jene wollen ein einiges Deutschland unter einem einzigen Kaiser; hier will Einer wenigstens zwanzig Fürsten von den übrigen subtrahirt und namentlich alle Lappländer vereinigt wissen, dort möchte ein Anderer zu den gekrönten Häuptern oder über dieselben noch ein neues gesetzt sehen. Eine ganze Menge wieder will gar nichts als Ruhe. Nebenbei gibt es auch so umfassende Köpfe und weite Herzen, die das alles miteinander auf einmal wollen. Sie meinen, es ließe sich das alles noch vereinigen, sie wissen nur noch nicht wie. Wenn sie durchsetzen, wird Deutschland eins und einig, groß und stark, republikanisch und constitutionell-monarchisch, das Oberhaupt hat Nichts und gilt Alles, die Fürsten behalten Alles und gelten Nichts, es ist Alles unter einem Hut und geht an einem Schnürchen, und Flachsenfingen bleibt doch Flachsenfingen, und dabei ist das Volk ganz erleichtert und frei und souverän.

So eben hör' ich die Trommel gehen, ich muß sehen, warum sie so gerührt wird.

Daselbsten. Denselbigen, später.

Die Trommel ward gerührt von wegen der Bürgerwehr, jetzt bin ich's auch; noch stehen mir die Thränen in den Augen. Die Mannschaft hat auf dem Platze exercirt mit alten Flinten ohne Schloß, mit Stöcken und entsprechenden Lattenstücken, wie eben jeder das Zeug just daheim in seinem eigenen Zeughause gefunden. Also das ist die fürstlich flachsenfingensche, feierlichst zugesagte Volksbewaffnung! Trotzdem sind die Schildaer schon ziemlich in den militärischen Uebungen fortgeschritten und durchaus keine gewöhnliche Ranzengarde mehr. Sie stehen so eben an dem: rechtsum! kehrt euch! Dem fürstlichen Corporal, der das Exercitium leitet, will nur Eins dabei gar nicht gefallen, daß so manche im Glied linksum machen, wenn er rechtsum commandirt. Es ist dies aber keineswegs Ungeschicklichkeit, sondern politischer Charakter. Man erkennt daran die Rechtsen und die Linksen, die sich in ihren Principien nie vereinigen, sondern allweg auseinander gehen, oder sich plötzlich mit ernster Miene einander gegenüberstehen und so zu sagen auf den Leib rücken. Einer davon — es soll ein Professor seyn — ist ganz gewiß ein Sonderbündler. Der ging oft ganz allein kerzengrade fort und zählte „einundzwanzig, zweiundzwanzig,“ während die andern schon längst „kehrt“ gemacht haben.

Mein Gastwirth, nach Namen und Gestalt ein Verwandter des Obersten Feisthammel, ist schweißtriefend vom Exercitium heimgekommen, und brummt gewaltig über Schwierigkeiten. Welcher Art diese sind, und woher sie kommen, hab' ich nicht herausbringen können. Ich nahm seine alte Flinte in die Hand, und fragte: „Geht sie leicht los?“ Da sah er mit einem Dreiviertelseitenblick um, und sagte: „Ich geh' eher los, als die.“ Das hab ich voraus schon geglaubt, aber doch noch weiter auf den Busch geklopft.

„Nun“, sagt' ich: „jetzt wird's ja nächstens Gelegenheit geben, daß die Bürgerwehr sich als Vaterlandsvertheidigerin auszeichnen kann. Entweder kommt der Hecker mit oder ohne Franzosen in's Land, oder die Russen kommen, oder alle miteinander. Da gibt's schöne Anläße, Bravour zu zeigen.“

(Fortsetzung folgt.)

(Eingesendet.)

Die Sage, daß Herr Anwalt Friedrich Schüler, Deputirter für den Pfalzkreis an der deutschen Volksversammlung in Frankfurt a. M., sich seit mehreren Wochen wegen seiner Gesundheit im Bade befinde und noch längere Zeit daselbst verweilen werde, wird laut hierorts eingelaufener Nachricht, vom 2. d. M., als auf einem Irrthume beruhend, hiemit widerrufen. Dieß für seine Committenten, Freunde und Bekannten.

Kaiserslautern, den 4. August 1848.

Verantwortlicher Redakteur N. Schmitt. — Druck und Verlag von J. Kayser.

Digitized by Google

Plauderstübchen.

Beiblatt zum Boten für Stadt und Land.

Nr. 69. Kaiserslautern, Montag 7. August **1848.**

Aus Frankfurt.

Briefe an Kunz.

Kleine Streiflichter.

Wiener Zustände.

Am Tage der Wahl des Erzherzogs Johann zum Reichsverweser war der Abgeordnete Dr. Schilling aus Wien, bekannt durch den thätigen Antheil, den er an der dortigen Erhebung genommen, nach Wien geeilt, um wo möglich den Erzherzog zu bewegen, die neue Würde nur unter der Bedingung der Verantwortlichkeit zu übernehmen. Schilling war von dem Erzherzoge ersucht worden, der Deputation der Nationalversammlung, die einen oder zwei Tage später in Wien anlangte, sich anzuschließen, das Nöthige zu ihrem Empfange vorzubereiten, ihr in Wien Führer zu seyn u. s. w. Das that denn auch Schilling in solcher Weise, daß Heckscher in seinem bekannten Reiseberichte sich veranlaßt fand, rühmend der Hingebung zu erwähnen, womit Schilling sich der Deputation angenommen. Auf den Wunsch des Reichsverwesers machte Schilling in seiner und der Deputation Gesellschaft die Rückreise nach Frankfurt. Dieser Tage nun theilte Schilling über den Empfang und Aufenthalt der Deputation in Wien, ihre Unterredungen mit dem Reichsverweser, die Erlebnisse der Rückreise u. s. w. in dem Klubb einen höchst interessanten Bericht mit, der zwar im Wesentlichen mit jenem Heckschers übereinstimmt, demselben aber manche interessante Data beifügt, und hie und da die Ereignisse in einem etwas andern Lichte erscheinen läßt, denn Schilling ist ein schlichter Volksmann, der, wie Heckscher in dem erwähnten Berichte ihm nachrühmt, „die Sprache der Höflinge nicht zu sprechen weiß", und daher auch von dem Weihrauche der Höfe sich nicht umnebeln ließ. Der beste Beweis hiefür mag seyn, daß Schilling in Dresden an dem gesonderten Tische, den man der Deputation servirte, weil die steife Hofetikette sie von der königlichen Tafel ausschließen zu müssen glaubte, sich nicht niederließ, sondern voll edeln Unwillens den königlichen Palast verließ.

Aus dem Berichte Schillings möchte ich Dir, mein lieber Kunz, eine Episode mittheilen, die gar bezeichnend für die Wiener Zustände ist. Ich will mich dabei der eigenen Worte Schillings bedienen, so weit mir dieselben im Gedächtnisse haften geblieben sind.

„Ich führte — also erzählt Schilling — die Deputation auch in die Sitzung des bekannten Sicherheits-Ausschusses, wo wir mit großem Jubel empfangen wurden. Dieser Sicherheitsausschuß besteht aus 200 Personen, die vom Volke gewählt sind. Seine Sitzungen hält er öffentlich, und die Galerieen betheiligen sich dabei vielfach. Was wir hier mit ansahen und erlebten, war Folgendes: Es erschien eine Deputation einer Studentenschaar, welche in Italien mitgefochten, und von der mehrere Mitglieder gefallen, andere verwundet waren. Die Deputation klagte, daß die Schaar bei der Durchreise durch Innsbruck vom dortigen Gouverneur gleich Landstreichern behandelt worden sey. Sofort beschloß der Ausschuß, daß der Gouverneur seiner Stelle entsetzt werden solle. Der anwesende Minister Pillersdorf sprach: „Gehorsamer Diener! in 24 Stunden soll es geschehen seyn." Sodann erklärte der Ausschuß, Graf Thun sey nicht länger mehr würdig, Gouverneur von Böhmen zu seyn, und verlangte Absetzung. „Gehorsamer Diener! sprach der Minister, binnen 48 Stunden werde ich den Grafen von seinem Posten entheben." Später beschloß der Ausschuß gar, das schwache, schwebende Ministerium könne nicht länger mehr geduldet, es müsse ein neues gebildet werden. Man setzte Herrn v. Pillersdorf davon in Kenntniß. Dieser machte abermals den gehorsamen Diener, und versprach, in aller Eile Doblhoff mit der Bildung eines neuen Ministeriums zu beauftragen.

Als von der Zurückberufung des Kaisers die Rede war, beschloß man, ihn zu belassen, wo er sey, weil man ihn doch nicht brauchen könne.

Sie sehen, meine Herren — so schloß Schilling — in Wien besteht factisch die Republik und zwar in der democratischsten Form; kommt nur der geringste

Digitized by Google

Anstoß von Außen hinzu, so wird sie förmlich proclamirt werden."

Das sey ja eine ganz gemüthliche Anarchie, bemerkte ein anderes Mitglied zur größten Heiterkeit der Versammlung.

Schulmäus an den Boten.

(Etliche Punkte betreffend, welche bei der Regulirung des Volksschulwesens vielleicht einige Beachtung in Anspruch nehmen dürften.)

Freund Bote!

Großer Lärm macht mich stumm, besonders dann, wenn man im Gewirre der Stimmen die ruhigern nicht mehr hören will. Das ist der Grund, warum ich so lange geschwiegen. Gegenwärtig lockt mich etwas wieder hervor. Es ist der Aufruf, den die drei Herren vom Ausschuß für Unterrichtswesen am 19. Juli ergehen ließen, und der in № 94 Deines Hauptblattes abgedruckt ist. Ich freue mich, daß die Herren so unsichtig zu Werke gehen und in Beziehung auf die Bedürfnisse des Volksschulwesens möglichst viele Stimmen vernehmen wollen. Da darf ein schlichter Mann, wie ich, einige seiner Gedanken wohl auch laut werden lassen. Und doch habe ich den Muth nicht, meine paar Worte direct an jene Section für das Volksschulwesen zu richten. Ich will sie Dir in meiner Weise möglichst kurz sagen, hältst Du es für der Mühe werth, so magst Du sie an den Mann bringen, wo nicht, auch gut! Ich will, um ja nicht zu weitläufig zu werden, so zu sagen nur punktiren. Voran stehe

1. Die Stellung der Volksschule und ihrer Lehrer. — Ueber diesen Punkt ist schon außerordentlich viel geredet und geschrieben worden, darum will ich nur kurz bei demselben verweilen. Die Stellung der Volksschule soll eine andere, namentlich eine freiere, selbstständigere werden, als bisher. Darauf scheint die Zeitstimme zu dringen. Man versteht darunter gewöhnlich die Trennung der Schule von der Kirche. Nur wer das gemeinsame Ziel beider mißkennt, kann die unbedingte und absolute Trennung beider wollen. Wer in der Schule nicht blos eine Anstalt sieht, in der der Mensch die zu seinem zeitlichen Fortkommen nöthigen Kenntnisse und Fertigkeiten erlernen soll, wer die Schule ebenso wie das Haus, auch als Erziehungsanstalt zum sittlichen Leben (nicht blos zur Legalität im bürgerlichen) ansieht, der darf das religiöse Moment nicht aus derselben entfernen wollen, weil wahre Sittlichkeit ihren tiefsten Grund nirgend anderswo haben kann, als eben in der Religion. Kirche und Schule müssen daher neben und miteinander an der eigentlichen Erziehung und sittlichen Bildung der Jugend arbeiten. Ihr Verhältniß zu einander soll ein schwesterliches seyn. Die Kirche soll daher die Schule nicht beherrschen, sie nicht zur Magd machen, aber keine von beiden soll das Band, das sie naturgemäß mit einander verbindet, unüberlegt zerreißen wollen, weil sonst die wahre Kraft beider gelähmt würde. Das Verhältniß der Unterordnung der Schule unter die Kirche, oder besser gesagt, der Schullehrer unter die Geistlichen mag aufhören, und der so oft beklagte einseitige Einfluß der Kirche auf die Schule fällt dadurch weg. Wenn die Leitung der Schule mehr dieser selbst heimgegeben wird, und sie dieselbe unter gehöriger Aufsicht des Staates übt, so wird ihre Selbstständigkeit so ziemlich auf das nöthige Maß gebracht seyn.

Eine andere Frage aber ist die: Wie soll die Stellung der Schule und namentlich des Lehrers der Gemeinde gegenüber werden?

Unter den Forderungen der Gegenwart nimmt jene eine bedeutende Stelle ein, daß den Gemeinden das Recht der Selbstverwaltung in weit ausgedehnterem Maße zu Theil werde, als dies bisher der Fall war. Das Schulwesen ist nun zunächst Sache der Gemeinde, und folgerichtig müßte fortan die Gemeinde ihr Schulwesen fast ganz selbstständig zu ordnen befugt seyn. Nach allen Erfahrungen aber wäre dies geradezu vom Uebel. Der Gemeinde, deren Kinder in der Schule unterrichtet und erzogen werden sollen, muß allerdings ein Recht der Aufsicht zustehen, das sie durch eine Person oder besser durch eine Commission üben mag, in keiner Weise aber sollte die Anstellung und Besoldung des Lehrers von der Gemeinde abhängen. Alle Lehrer wissen, zu welchen Demüthigungen und zu welcher Unselbstständigkeit des Lehrers dieses System führt. Der Lehrer sollte Staatsdiener seyn, seine Besoldung ihm aus der Staatskasse gereicht werden; der Staat, nicht die Gemeinde, sollte die Lehrer nach einer bestimmten Beförderungsordnung anstellen, damit sie der Willkür Einzelner oder einer Parthei in der Gemeinde entrückt würden.

Wenn aber die Schule und damit natürlich der Lehrer eine freiere, selbstständigere Stellung mit Recht beanspruchet, so darf von anderer Seite auch

2. eine gediegenere Vorbildung der Lehrer im Allgemeinen verlangt werden. Kein Mann von Einsicht wird in Abrede stellen, daß die bisherige Art der Heranbildung von Volksschullehrern eine höchst ungenügende war. Ein Knabe mit 13 höchst

Digitized by Google

14 Jahren der Volksschule entwachsen, genießt ein paar Jahre den sogenannten Präparanden-Unterricht, bringt darauf zwei Jahre in einem Seminar zu, und ist dann zum Schullehrer fertig. Bringt man dabei in Anschlag, daß man von oben bisher nicht allzu wählerisch war bei der Bezeichnung der Lehrer, welche solchen Präparanden-Unterricht ertheilen dürfen; sieht man bei Aufnahmsprüfungen in den Seminarien, mit welch mangelhaften Vorkenntnissen viele dieser jungen Leute herbeikommen; bedenkt man die Masse von Lehrstoff, welcher während zweier kurzer Jahre in diese Jünglinge hineingearbeitet werden soll: so erkennt man die Unmöglichkeit, gehörig durchgebildete Schullehrer zu erhalten, es sey denn, daß besonderes Talent und großer Privatfleiß das Mangelnde ersetzen. Soll der Volksschullehrerstand die Stelle einnehmen und behaupten, die ihm nach der Wichtigkeit des Amtes und Berufes gebührt, so muß seine Vorbildung im Allgemeinen eine gediegenere und umfassendere werden. Statt der zwei Seminarjahre würde ich vier vorschlagen. Von dieser Zeit müßte ein Theil auf den Besuch einer Gewerbschule etwa verwendet werden. Sollte es bei den bisherigen zwei Jahren sein Bewenden haben, dann sollte der vorherige erfolgreiche Besuch einer solchen Gewerb- oder einer Lateinschule als Aufnahmsbedingung vorausgesetzt werden.

Freilich kommt hierbei der wesentlich vermehrte Kostenaufwand sehr in Betracht. Wer mag, ja wer kann vernünftiger Weise so bedeutende Kosten dafür aufwenden, daß der Sohn später die armselige Besoldung von 200 oder 300, im günstigsten Falle von 400 fl. erhält? — Auch hier wieder die gebieterische Nothwendigkeit, die Gehalte der Schullehrer wesentlich zu erhöhen. Ein Kapitel, das schon so oft vorgekommen, aber immer wieder vorkommen muß, weil es allzugroßen Einfluß auf den Verderb oder auf die Hebung des Volksschulwesens übt.

3. Das Alter, mit welchem die Kinder aus der Volksschule treten sollen, ist ein sehr wesentlicher Punkt, der bei einer gesetzlichen Umgestaltung des deutschen Volksschulwesens besonders berücksichtigt werden sollte. Es ist z. B. der Jammer aller Lehrer und aller Geistlichen durch ganz Bayern, daß Knaben wie Mädchen in dem unreifen Alter von 13 Jahren schon der Schule entlassen werden. Man braucht diesen schon so oft angeregten Mißstand nur zu berühren, um ihn als solchen jedem Vernünftigen erscheinen zu lassen. Die Gründe anzuführen, warum jedenfalls die Knaben erst nach zurückgelegtem 14. Jahre der Schule entlassen werden sollten, halte ich hier für höchst überflüssig. Kennt sie doch alle Welt. Sie liegen in dem einen Wörtchen unreif. — Sage man nur nicht, der Unterricht werde ja in der Sonn- und Feiertagsschule fortgesetzt. Wer das nur ein wenig kennt, weiß, wie viel Mühe diese Sonntagsschule hat, das Erlernte nur einigermaßen zu erhalten, und wie dies selbst dem eifrigsten und geschicktesten Lehrer nur bei Wenigen gelingt, daß er sich auf Erweiterung des Lehrstoffes besonders einlassen könnte. Daran ist aber gerade die allzu frühe Entlassung aus der Werktagsschule wesentlich schuld.

4. Die Sonn- und Feiertagsschulen sind eine anerkannt sehr nützliche Einrichtung, vorausgesetzt, daß sie gehörig besucht werden. Sie dürften bei einer Neugestaltung des Schulwesens beizubehalten seyn. Noch zweckmäßiger wären meines Erachtens die Abendschulen, die wöchentlich wenigstens ein paarmal gehalten werden könnten. Der Besuch dieser oder jener Schulen dürfte aber nicht dem freien Willen der jungen Leute anheimgestellt, sondern gesetzlich zum Muß gemacht werden. Geschieht dies nicht, so ist nur der Lehrer geplagt und seine Arbeit ohne Erfolg. Dagegen stehe man nur von dem bisher bei uns festgehaltenen Grundsatze ab, daß die Sonntagsschüler beiderlei Geschlechts erst mit vollendetem 18. Lebensjahre entlassen werden dürfen. Der Zwang sollte nur bis zum zurückgelegten 16. Jahre reichen, die Erlaubniß aber so weit als sie Jemand benutzen will. Dies führt mich auf einen äußerst wichtigen Punkt, auf

5. Die Schulversäumnisse. Du erinnerst Dich vielleicht noch, Freund Bote! daß ich über diesen Artikel im Plauderstübchen schon einmal*) weitläufig gehandelt habe. Hier will ich Dir nur die Hauptgedanken kurz in's Gedächtniß zurückrufen. Der Staat hat anerkanntermaßen nicht nur das Recht, er hat die unabweisbare Pflicht, darauf zu bestehen, daß alle Eltern ihren Kindern den nothwendigen Unterricht und sittliche Erziehung zu Theil werden lassen. Die bürgerliche Gesellschaft muß sich selbst schützen gegen Verwilderung. Schützt das Gesetz das Kind gegen Mißbrauch der väterlichen Gewalt, gegen unnatürliche und fahrlässige Eltern in Beziehung auf leibliches Leben und Vermögen: so muß es dasselbe auch gegen Verwahrlosung in geistiger und sittlicher Beziehung schützen. Gegen muthwillige, oder wenigstens nicht durch triftige Gründe entschuldbare Schulversäumnisse müssen darum gesetzliche Vorkehrungen getroffen werden. Auf die Frage: Worin sollen die Gegenmittel bestehen? antworte ich auch hier wieder: In Belohnungen und Strafen. Notorisch armen Eltern

*) Siehe das Plauderstübchen von 1847, Nro. 31 u. 32

Digitized by Google

wende man einen Vortheil in Geld oder sonstiger Unterstützung zu, wenn sie ihre Kinder regelmäßig zur Schule schicken, und überhaupt auf deren gute Erziehung bedacht sind. Das eifert an. Für Eltern, die in dieser Beziehung leichtsinnig, nachlässig, pflichtvergessen sind und bleiben, setze man Strafen fest, zunächst Geldstrafen, wie das bisher meist der Fall war. Da aber diese Geldstrafen nur die zahlungsfähigen Eltern erreichen können, so sorge man, daß unzahlungsfähigen nicht straflos bleiben, weil unzeitige Milde gerade in dieser Klasse gerade das größte Unheil begünstigt. Das Schulstrafgesetz darf darum auch die Anwendung der Leibeshaft nicht ausschließen, die freilich nur durch den ordentlichen Richter erkannt werden soll. Ich sage hier wieder: „Sperrt man die Leute ein, wenn sie etwas am Walde verderben, um ihre Kartoffeln zu kochen, oder nicht zu erfrieren, so wird man wohl das Nämliche thun dürfen, wenn Eltern ihre Kinder verderben. Ein Kind ist mehr werth, als ein Baum oder eine Hecke, die Gesellschaft mehr, als der Wald."

Möge überhaupt dieser fünfte Punkt gehörig erwogen werden. Er ist von großer Wichtigkeit.

Noch könnte ich manche andere Punkte berühren, welche bei einer Reorganisation des gesammten deutschen Schulwesens von großem Belange sind. Ich erinnere nur an die Bestimmung der Stundenzahl, welche täglich auf den Unterricht verwendet werden soll, wobei es von großer Wichtigkeit ist, daß zur Erhaltung der körperlichen Gesundheit und geistigen Frische das rechte Maaß gehalten wird. Ich erinnere im Zusammenhange damit an die Nothwendigkeit körperlicher Uebungen. Sodann kommt die Gränzlinie in Beziehung auf den Lehrstoff in Betracht. Auch hier ist ein bestimmtes Maaß nothwendig, damit einerseits nicht zu wenig gelehrt, und andrerseits das phantastische Ueberheben und Herumfahren in ungründlicher Viel- oder Vielerlei-Wisserei vermieden und eine solide Bildung in der Volksschule erstrebt und erwirkt werde. Und welch ein weites Kapitel wäre noch das von der Einführung wahrhaft zweckmäßig Schulbücher und sonstiger Lehrmittel! Doch da diese und andere Punkte weniger in das Bereich der eigentlichen Gesetzgebung gehören können, sondern mehr bei den Vollzugs-Anordnungen zur Sprache kommen müssen, so schweige ich hier davon.

Ueber die Nothwendigkeit von Musterschulen (besonders an den Seminarien) Armenschulen, Sträflingsschulen, vermehrten Taubstummen- und Blindenschulen werden sich hoffentlich viele competente Stimmen erheben.

Was ich hier von meinem beschränkten Standpunkte aus anzudeuten versucht habe, macht überhaupt auf keinerlei Geltung Anspruch, es drängte mich nur, Dir, Freund Bote! über einige mir wichtig erscheinende Punkte meine ganz unmaßgebliche Ansicht kurz darzulegen. Ob und wie Du diese Andeutungen benützen kannst oder willst, bleibt Deine Sache. Und damit für jetzt Gott befohlen!

Dein Plauderstübchens-Genosse, Schulmäus.

Auszug aus einem Briefe an Kunz.

(Sitzung vom 4. August.)

Es soll nun zur Abstimmung über Aufhebung der Todesstrafe durch Namensaufruf geschritten werden. Da schleudert mit einem Male die äußerste Rechte mit gewohnter Arglist einen Antrag in die Versammlung, der große Aufregung hervorruft. Dieser Antrag geht dahin, die Versammlung möge über die Anträge welche die Aufhebung der Todes- und Prügelstrafe verlangen, zur Tagesordnung übergehen resp. dieselben an den Gesetzgebungs-Ausschuß verweisen und darüber in den Grundrechten nichts bestimmen. Heftige Discussion. Von Seiten der Linken wird Abstimmung durch Namensaufruf beantragt; die Rechte sieht dies als verspätet an; der Vorsitzende spricht sich für die namentliche Abstimmung aus. Sie wird vorgenommen, und die Tagesordnung mit 265 gegen 175 Stimmen verworfen.

Es wird nun die Abschaffung der Todesstrafe, und zwar abermals durch Namensaufruf, abgestimmt. Mit 288 gegen 146 Stimmen wird die Abschaffung der Todesstrafe in folgender Fassung beschlossen:

„Die Todesstrafe ist abgeschafft mit Ausnahme jener Fälle, wo das Kriegsrecht sie vorschreibt."

Der Beschluß wird mit lautem, lang anhaltendem Jubel begrüßt. Dagegen gestimmt haben die äußerste Rechte, ein Theil des rechten Centrums und die ganze ultramontane Parthei.

Zuletzt wird noch einstimmig folgender Beschluß gefaßt:

„Die Strafe des Prangers, der Brandmarkung und der körperlichen Züchtigung sind abgeschafft."

Mehrere österreichische Abgeordnete empfingen heute Morgen Privatbriefe aus Wien, laut denen Kaiser Ferdinand zu Gunsten seines Neffen, des Erzherzogs Franz Joseph, dem österreichischen Kaiserthron entsagt hat. Der neue Kaiser ist am 18. August 1830 geboren, mithin noch nicht volle 18 Jahre alt.

Aus glaubwürdiger Quelle wird versichert, das Reichsministerium sey nun vollständig. Zu den bereits ernannten Ministern: von Schmerling Aeußeres und Inneres, Heckscher Justiz, Peucker Krieg, seyen noch hinzu gekommen: Fürst Leiningen Ministerpräsident, Duckwitz Handel und Gewerbe, Matthy Finanzen.

Gestern in später Abendstunde traf der Reichsverweser mit seiner Gemahlin, der Gräfin Brandhof, hier ein. Das Gedränge auf der Zeile war so stark, daß es unmöglich war, hindurchzukommen.

Verantwortlicher Redakteur R. Schmitt. — Druck und Verlag von J. Kayser.

Digitized by Google

Plauderstübchen.

Beiblatt zum Boten für Stadt und Land.

Nr. 70. Kaiserslautern, Donnerstag 10. August **1848.**

Aus Frankfurt.

Briefe an Kunz.

Sitzung vom 7. August. Nach Verlesung und Genehmigung des Protokolles der vorigen Sitzung läßt der Vorsitzende, Vicepräsident von Soiron, ein weiteres Verzeichniß von freiwilligen Beiträgen zu Gunsten der deutschen Kriegsmarine veröffentlichen. Es sind bis jetzt nahe an 37,000 fl. eingegangen.

Die in Siebenbürgen wohnenden Deutschen haben in der Person eines gewissen Rectors Müller einen Deputirten an die Nationalversammlung gesendet, um derselben eine Adresse, verschiedene Wünsche enthaltend, zu übergeben. Der Vorsitzende läßt die betreffenden Aktenstücke verlesen.

Erster Gegenstand der Tagesordnung ist: Berathung des Berichtes des Gesetzgebungsausschusses über mehrere Petitionen in Betreff einer Amnestie für politische Verbrecher. Der Antrag des Ausschusses geht dahin: „Die Nationalversammlung wolle über die an sie gerichteten Petitionen um Ertheilung oder Erwirkung einer Amnestie für die wegen politischer Verbrechen in Untersuchung befindlichen Deutschen zur motivirten Tagesordnung übergehen.“

Berichterstatter Wiedenmann von Düsseldorf erhält das Wort. Er zeigt eine Menge neuer Petitionen an, die seit Veröffentlichung des Ausschußberichtes in gleichem Betreffe eingelaufen, darunter eine von Frauen und Jungfrauen aus Hanau und Constanz. Eine Bittschrift badischer Flüchtlinge aus Besançon, die am Hecker'schen Aufstande Theil genommen, wird verlesen. Sie flehen um Zurückberufung, um nicht länger Frankreich zur Last fallen, von französischem Almosen leben zu müssen. — Der Berichterstatter spricht sich gegen die Amnestie aus, weil dieselbe nicht zeitgemäß. Noch seyen Ruhe und Ordnung nicht vollkommen hergestellt, und es würde deßhalb die Erlassung einer Amnestie gefährlich seyn. Zum Beweise seiner Behauptung verliest er einige Erlasse von Hecker und Struve. Unter furchtbarem Zischen von der Linken und den Galerieen und Beifallklatschen von der Rechten verläßt Wiedenmann die Rednerbühne.

v. Ysstein ist der erste Redner. Er empfiehlt in warmen, zum Herzen dringenden Worten den Erlaß eines allgemeinen Versöhnungsaktes, und theilt eine Erklärung Hecker's mit, nach welcher dieser für sich keine Begnadigung verlangt, dagegen die Theilnehmer seines Unternehmens der Milde und Großmuth der Nationalversammlung empfiehlt. Rauschendes Bravo von der Galerie. Der Vorsitzende fordert sie auf, sich jedes Bei- und Mißfallzeichens zu enthalten.

Der Vorsitzende zeigt mehrere neue Petitionen aus Baden an, die ihm eben vom Abgeordneten Brentano aus Bruchsal übergeben worden. Hagen aus Heidelberg erhält das Wort. Er läßt sich in weite Erörterungen über Demokratie und Republik ein, und zeigt, daß auch das Endziel des deutschen Volkes die republikanische Staatsform seyn werde und müsse. Die Versammlung möge Nachsicht üben gegen jene deutschen Brüder, die, irre geleitet durch die Zeitbewegung, sich in eine allerdings verdammenswerthe Unternehmung eingelassen. Milde sey ein hervorstechender Zug des deutschen Charakters; Milde möge auch die Nationalversammlung walten lassen. Lautes Bravo.

Schoder aus Stuttgart gegen die Amnestie, denn dazu sey es noch zu früh, und es könnte gefährlich werden. Uebrigens sey er nicht dagegen, daß Einzelne begnadigt würden, die Reue über ihr Vergehen an den Tag gelegt.

Simon aus Trier spricht in einschneidender, auf republikanischem Standpunkte sich bewegender Rede für die Amnestie. Eine Reihe schön geordneter Ohrfeigen für die Rechte, nannte ein Abgeordneter gar richtig die Rede. Oefters stürmischer Beifall von den Galerieen und auf der Linken. Die Rede hinterläßt tiefen, nachhaltigen Eindruck.

Biedermann aus Leipzig spricht gegen die Amnestie. Während seiner Rede entleeren sich die Bänke. Trotz seiner Schönrednerei gelingt es dem Redner nicht, auch nur das geringste Beifallszeichen hervorzurufen.

Wiesner aus Wien mit großem Beifalle für die

Digitized by Google

Amnestie, Edel aus Würzburg dagegen, weil die Bedingungen für eine solche nicht vorlägen (?)

Brentano aus Bruchsal sucht seinen Freund Hecker von dem Vorwurfe des Landesverrathes zu reinigen; Landesverräther nach badischem Rechte sey nur der, der eine fremde Macht ins Land ziehe; das habe Hecker nicht gethan. Redner erwähnt rühmend der Verdienste Heckers auf dem Landtage, und kommt dann auf Ficklers Verhaftung durch Mathy zu sprechen, einem Ereignisse, dem er größtentheils die Schilderhebung in Baden beimißt. Als der Redner dieses Factum erwähnt, vernimmt man vielfach den Ruf: „Pfui, Mathy! pfui!“ von den Galerieen herab. Redner spricht sodann mit Beifall für die Amnestie. Die Nationalversammlung dürfe hinter den Regierungen einzelner Länder nicht zurückbleiben, die Amnestieen bewilligt, wie z. B. Oesterreich in Galizien. Warum man Hecker und seine Genossen nicht zurückkehren lassen wolle, da das Volk ja auch den Prinzen von Preußen begnadigt habe. Bei diesen Worten erhebt sich ein furchtbarer Sturm auf der äußersten Rechten, wo die meisten Alt- oder sogenannten Stockpreußen sitzen. Man schreit aus Leibeskräften: zur Ordnung! Von der Linken: Reden Sie! Redefreiheit! Kein Terrorismus! Der Vorsitzende erklärt, er habe den Redner nicht verstanden, und könne ihn darum nicht zur Ordnung rufen; dieser müsse die Worte noch einmal wiederholen. Wechselnde Aufregung und Geschrei auf der Rechten. Von der Linken: Da Capo! Da Capo! v. Vincke, Kerst, Lichnowsky, Plathner und andere Mitglieder der äußersten Rechten stürmen zur Rednerbühne, bedrohen Brentano, und suchen ihn wegzudrängen; im Augenblicke ist er von Mitgliedern der Linken umringt. Lebhaftes Gesticuliren von beiden Seiten. v. Vincke gebraucht ein äußerst beschimpfendes Wort gegen die Linke; man bleibt ihm die Antwort nicht schuldig; mehrfache Herausforderungen; von den Galerieen erschallen von Zeit zu Zeit Beifallsalven und der Ruf: „es lebe die Linke!“ Vergebens bemüht sich der Vorsitzende, die Ruhe herzustellen; weder seine so gewaltige Donnerstimme, noch der Ton der Glocke vermögen durch den gräßlichen Lärm hindurchzudringen; zuletzt setzt er den Hut auf, erklärt die Versammlung für aufgehoben und entfernt sich. Noch geraume Zeit dauert der Tumult in der Versammlung fort; von meinem Sitze auf der Erhöhung aus gesehen, gleicht sie einem vom Sturme aufgeregten, wild tosenden und brandenden See. Fortwährend heftiges Gedränge um die Rednerbühne, bis zuletzt Brentano dieselbe verläßt, und die Versammlung in der größten Aufregung auseinandergeht.

Wird sich die Sache wieder gütlich beilegen? Fast möchte ich es bezweifeln; von Seiten der Altpreußen scheint man es offenbar auf, einen Bruch abgesehen, und die Gelegenheit hierzu begierig ergriffen zu haben. Derartige Gerüchte machen schon seit einigen Tagen die Runde im Publikum. Auch war bei der von Tag zu Tag steigenden Erbitterung der Partheien ein solches Ereigniß mit Sicherheit vorauszusehen. Heute Abend werden sich die verschiedenen Fractionen der Linken im deutschen Hofe versammeln, um zu berathen, was ferner in der Sache zu thun.

Eingesendet.

Kaiserslautern, den 3. August. Heute traten die am 24. Juli zu Neustadt gewählten Ausschuß-Mitglieder mit den Abgeordneten von Synoden aus dem westlichen Theile der Pfalz zu einer gemeinschaftlichen Sitzung zusammen. Eine letzte Adresse an den König wurde berathen, welche fern von aller Partheifärbung das einstimmige Verlangen der Pfälzer Protestanten Sr. Majestät in kurzen Sätzen darlegt. Dieselbe soll unverzüglich in Hunderten von Abdrücken in die einzelnen Gemeinden vertheilt, und, nachdem sie, wie nicht zu zweifeln ist, von der orthodoxen Seite sowohl als von der freisinnigen wird unterschrieben seyn, am ersten September durch eine Deputation nach München überbracht werden. Das Verlangen, das in dieser Adresse ausgesprochen ist, ist das schon oft, das von allen Partheien, das auf allen Synoden wiederholte:

a) Schleunige Einberufung einer öffentlichen General-Synode, einzig und allein zur Abänderung des Wahlgesetzes, um eine General-Synode zu erlangen, welche auch in Wahrheit als eine Vertreterin der protestantischen Kirche der Pfalz angesehen werden kann;

b) sofortige Einberufung einer zweiten, nach dem veränderten Wahlmodus zusammengesetzten, gleichfalls öffentlichen, General-Synode, durch welche die Lebensfrage unserer Kirche entschieden, und die Aufregung in derselben beschwichtigt werden könne.

Zu Mitgliedern der Deputation wurden gewählt: der ehemalige Bundestags-Gesandte Anwalt Willich aus Frankenthal, Pfarrer Hofer aus Weisenheim am Berg, Pfarrer German aus Erpolsheim, Pfarrer Eckhard aus Gönheim, Gutsbesitzer Eppelsheimer, Abgeordneter aus Dürkheim, Notar Hofeus aus Cusel, Pfarrer Vogt aus Glan-Münchweiler, Bierbrauer Gelbert aus Kaiserslautern. Zu Ersatz-Männern wurden gewählt: Posthalter Ritter aus Sembach, Gutsbesitzer Uhlaub, Adjunkt in

Digitized by Google

Speyer, Notar Werner aus Neustadt, Anwalt Gravius aus Kaiserslautern. —

Zugleich wurde ein permanenter Ausschuß von fünfzehn Mitgliedern für die östliche und eben so vielen Mitgliedern für die westliche Pfalz ernannt, der die Rechte der vereinigten Kirche zu wahren und diejenigen Maßregeln vorzubereiten hat, welche der Kirche der Pfalz zu einer General-Synode zu verhelfen und dem Willen derselben Geltung zu verschaffen als geeignet sich erweisen werden. —

Korrespondenz des Boten.

Aus der Nähe von Speyer.

Geschäfte führen mich öfters in die Stadt. Da höre ich denn an verschiedenen Orten Verschiedenes, namentlich auch darüber, wie man in der guten Kreishauptstadt so ruhig und doch wieder so unruhig, so einig und doch wieder so uneinig ist. Man ist, wie allerwärts, einig darüber, daß man noch nicht weiß, was aus Deutschland werden soll; man ist uneinig darüber, ob man eine Republik oder eine constitutionelle Monarchie will. Für die Republik sind indeß nur einige Strudel- und Brauseköpfe und mehrere herabgekommene Leute, die beim Umsturze zu fischen meinen und am Ende doch nur krebsen werden. Die große Mehrzahl ist gegen Republik und gegen das Französischwerden. Sie ist gescheidt genug, einzusehen, daß in diesen beiden letztern Fällen Speyer sicherlich nicht mehr ein Regierungssitz werden, daß vielmehr das Gras wieder in den Gassen wachsen würde, wie in der früheren Zeit. Auch möchte Speyer bayerisch bleiben und weder zu Baden, noch zu einem neu erwachsenden rheinischen Herzogthume geschlagen werden, weil auch in diesem Falle der Regierungssitz auf dem Spiele stünde. Im so fern also ist die Kreishauptstadt gut conservativ.

Anders gehen die Gesinnungen der Bewohner in Beziehung auf die inneren, eigentlich städtischen Angelegenheiten auseinander. Daß die Häusersteuer viel zu hoch sey, darüber herrscht nicht der mindeste Zwist, wohl aber über andere Punkte. Da wollen die Einen das städtische Octroi abgeschafft und den Ausfall lieber durch Umlagen gedeckt wissen, die Andern wehren sich dagegen mit Händen und Füßen, und es wird in dem neugewählten Stadtrathe manchen Biß in diese zwei herben Zankäpfel geben. — Hier will eine Zahl die Gewerbschule abgeschafft sehen, weil sie Geld kostet. Die Leute von dieser Richtung meinen, ein solches Institut sey überflüssig und verfehle seinen Zweck; wahrscheinlich, weil die Herren Söhne, die eine Zeit lang hineingeguckt haben, nicht als vollendet gebildete Leute wieder herausschauen. — Noch andere brechen den Stab über die höhere Töchterschule und sagen, es sey unrecht, daß die Stadt einen Beitrag dazu leiste, da doch nur die reicheren Bewohner ihre Töchter in diese Schule schicken. Als ob die reicheren Leute, die am meisten zahlen müssen, oder ihr Geld in der Stadt verzehren, gar keine Berücksichtigung verdienten! Haben doch diese sogenannten Reichen auch keinen Genuß von Spital und Waisenhaus, keinen Theil an Waldstreu und Abholz, was alles die Aermeren allein genießen, aber Theil am Zahlen und Unterstützen haben sie in vollem Maaße. — Auch die Mädchenschule in dem Nonnenkloster, die von der Stadt einen namhaften Zuschuß erhält, ist sehr vielen ein Dorn im Auge. Wenn diese überhaupt wünschen, daß die katholischen Mädchenschulen wieder mit Lehrern statt mit Lehrerinnen besetzt werden, wie die protestantischen auch, so mögen sie nicht unrecht haben; wenn sie aber meinen oder träumen, die Summe, welche aus der Stadtkasse der Klosterschule zugeschossen wird, werde dann noch hinreichen, so ist das zum allerwenigsten komisch, und deutet nicht auf sonderlich viel guten Willen, die Lage der Schullehrer möglich zu verbessern. — Wiederum gibt es eine Klasse, welche verlangt, daß die städtischen Weidäcker nicht mehr verpachtet, sondern wieder, wie vor fünfundzwanzig oder dreißig Jahren, unentgeltlich an die Bürger abgegeben werden. Ja es ist sogar eine Schrift mit vielen Namen versehen bei der städtischen Verwaltung eingegeben und in dieser Schrift verlangt worden, daß bei der Versteigerung des städtischen Wiesenheu's kein auswärtiger Steigerer zugelassen werde, offenbar zu Ehren der deutschen Einigkeit, Freiheit und Gleichheit. Und wenn die Behörde diesem Ansinnen, wie ganz natürlich, auch nicht Raum gegeben, so haben doch etwelche handfeste Leute den Steigluftigen aus den benachbarten Dörfern solchen Respect einzuflößen gewußt, daß diese nicht wagten, ein Gebot zu thun.

Kurz, man sieht, wie nach der Ansicht vieler Leute gespart und die Ausgaben, leider aber auch die Einnahmen vermindert werden sollen. Und doch wollen sie alle, daß der städtische Haushalt gehörig geführt, und alle Ansprüche und Bedürfnisse befriedigt werden. Ich habe alle diese und noch andere Dinge mit Erstaunen besprechen hören und bei mir gedacht: Gott Lob und Dank, daß ich in einer so vielköpfigen Gemeinde weder Bürgermeister noch Rath bin. Geschrieben aber habe ich dies als einen kleinen Beitrag zur Zeitgeschichte im Kleinen.

Digitized by Google

Der Nord-Ostsee-Kanal.

Die öffentlichen Blätter (darunter auch der Bote in № 100) bringen die Nachricht, daß die provisorische Regierung von Schleswig-Holstein damit umgehe, die Ostsee mit der Nordsee durch einen großen Kanal zu verbinden, auf dem auch Seeschiffe gehen könnten. Das Unternehmen ist gewiß vortheilhaft in Anbetracht des hohen Sundzolls, den Dänemark erhebt, sodann der Möglichkeit, daß es die Ostsee für uns ganz absperren kann und endlich in Anbetracht des ungleich kürzeren Weges. Das Plauderstübchen ist aber einstimmig der Meinung, daß die beträchtliche Last eines solchen Kanalbaues nicht der kleinen Provinz Schleswig-Holstein überlassen werden solle. Wie der Krieg für Schleswig-Holstein der erste gemeinsame des einigen Deutschlands ist, so sollte dieser Kanalbau neben der Herstellung einer Kriegsflotte das erste gemeinsame große Werk unseres neu erstandenen Deutschlands werden. Der Nutzen dieses Werkes soll ja dem gesammten Vaterlande in Krieg und Frieden zu statten kommen, darum darf es sich die gesammte Nation nicht nehmen lassen dasselbe auszuführen. Hoffentlich werden Centralgewalt und Reichsversammlung in diesem Sinne entscheiden, wenn es wirklich Ernst mit der Ausführung werden soll, was gewiß recht sehr zu wünschen ist.

Bis zur Vollendung des erst projektirten Kanals aber ließe sich ein anderer Ausweg finden. Wir leben nämlich der guten Zuversicht, daß die deutschen Reichstruppen den Dänen den Heimweg definitiv und für immer zeigen werden. Beim eigentlichen Friedensschlusse wird sich dann Deutschland hoffentlich nicht so leicht mit einem silbernen Nichtschen und einem goldenen Wart'einweilchen abfinden lassen, sondern gehörige Bedingungen stellen und an der Erfüllung derselben festhalten. Unter diese Bedingungen sollte vor allen die aufzunehmen werden, daß der Sundzoll für alle Schiffe unter deutscher Flagge wegfallen und der deutschen Kriegs- und Handelsmarine der Ein- und Ausweg durchaus frei und unbehindert gelassen werden müsse. Davon sollte man unter keiner Voraussetzung abgehen. — So könnte entweder der kostspielige Kanalbau ganz unterbleiben, oder wenn man seine Ausführung dennoch für räthlich und nothwendig hält, hätte man doch Zeit, das Werk mit der nöthigen Muße und mit gehöriger Berücksichtigung der jeweils vorhandenen Mittel herzustellen.

Centralgewalt und Reichsversammlung mögen eintretenden Falls diese wohlgemeinten plauderstüblichen Rathschläge in Erwägung ziehen. Sie werden sie nicht so übel finden, denkt der Vicebote.

Aus dem Tagebuch eines Hinterpommers.

(Fortsetzung.)

„Wa — was glauben Sie?“ rief der Wirth Feisthammel, „meinen Sie, wir Bürger wären dazu da, um von Frau und Kind und Geschäft fortzugehen, uns vor den Feind zu stellen, und uns todtschießen zu lassen? Das liegt mir an! Nein, nein, so dumm ist kein Bürger von Schilda. Das thun selbst die Krähwinkler nicht, die bekanntlich schon vor der Freiheit die schönste Landsturm-Garde gehabt haben, und noch dazu durch ihre Zöpfe vor Säbelhieben ins Halsgenick geschützt sind. Wie kommen Sie mir vor? Ich, meiner Seel', ich geh' nicht vors Thor hinaus, und wenn der Feind hereinkommt, werd ich wissen, was ich zu thun habe. N' Schoppen, Tine! ha, das Exerzieren macht fürchterlich durstig.“

Während das Mädchen den verlangten Schoppen brachte, trat ein Soldat herein, setzte sich an den Tisch und verlangte einen Halben. Ich sagte leise zum Wirthe: „Nicht wahr, der Geist des Militärs ist gut?“ — „Herrlich!“ erwiederte mir Feisthammel, „alle für Freiheit und Fortschritt. Sie werden's gleich hören!“

Tine brachte des Wirths Schoppen, dieser trat damit zu den Soldaten und sagte: „Ihr seid wohl müde, Kammerad? geht nach Oberflachsenfingen, ha? einberufen? Da trinkt einmal!“ Der Soldat nahm das Glas, und that mit einem tiefen Zuge Bescheid, dann erst antwortete er: „Ja!“

„Nun“, sagte Feisthammel: „es wird doch nicht auch solche Berliner Possen geben sollen? Ihr würdet gewiß nicht auf eure Brüder, die Bürger, schießen.“

„Gott bewahre!“ rief der Soldat: „wir schießen auf keinen Menschen — es müßt' denn seyn, daß wir kommandirt werden. Verstehen Sie, wenn ich kommandirt werde, muß ich schießen.“

Feisthammel ging zur Stube hinaus, blauroth wie ein Welschhahn.

(Fortsetzung folgt.)

Verantwortlicher Redakteur R. Schmitt. — Druck und Verlag von J. Kayser.

Digitized by Google

Plauderstübchen.

Beiblatt zum Boten für Stadt und Land.

Nr. 71. Kaiserslautern, Samstag 12. August **1848.**

Aus Frankfurt.

Briefe an Kunz.

Am 9. August.

Die Amnestiedebatte.

Dies waren zwei stürmische Tage, jene des 7. und 8. August. Die tumultuarischen Scenen, den gräßlichen Lärm, die fieberhafte Aufregung zu beschreiben, wie wir sie in den Sitzungen dieser beiden Tage erlebt, ist unmöglich. So etwas muß man selber gesehen haben, um sich einen klaren Begriff machen zu können.

Betrübend sind solche Vorkommnisse im höchsten Grade, zu vermeiden aber bei der herrschenden Partheierbitterung in keiner Weise. Sie werden sich noch öfters wiederholen, und über kurz oder lang den völligen Bruch herbeiführen.

So Manches in der Geschichte der ersten französischen Revolution war mir früher unbegreiflich, unerklärlich, mit dem Innersten Wesen des Menschen unvereinbar. Seit meinem Aufenthalte in Frankfurt ist mir Vieles klar und begreiflich geworden.

Werfen wir einen kurzen Rückblick auf die Ereignisse der beiden letztvergangenen Tage, und suchen wir klar zu machen, was und wer sie zunächst herbeigeführt hat.

Schon seit längerer Zeit war bekannt geworden, daß die Rechte und das rechte Centrum sich vereinigt, in der Amnestiefrage in keiner Weise nachzugeben, sondern die Annahme des Ausschußberichtes zur Partheifrage zu machen. Das linke Centrum schwankte nach gewohnter Weise zwischen der Rechten und Linken. Die Männer der halben Maßregeln hätten sich gerne für die Amnestie ausgesprochen, wenn nicht die Furcht dazwischen getreten wäre, die Hand voll badischer Republikaner möchte, aus dem Gefängnisse entlassen oder aus dem Ausland zurückgekehrt, eine neue Schilderhebung versuchen. Man sprach sich darum auf dem linken Centrum gegen die Amnestie aus, stellte aber, um das Gehässige der Sache zu verdecken, allerlei vermittelnde Anträge, z. B. die Centralgewalt möge sich bei den einzelnen Regierungen um theilweise Amnestie verwenden; man solle zur motivirten Tagesordnung übergehen, in der Voraussetzung, daß die badische Regierung die Reulgen begnadigen werde u. s. w. Die Linke und die äußerste Linke waren ihrerseits übereingekommen, fest darauf zu beharren, daß die Installation der neugeschaffenen Centralgewalt durch einen hochherzigen Akt der Versöhnung und Vergebung bezeichnet werde.

So kam der siebente August heran. Die Partheien wußten im Voraus, daß jede fest auf ihrer Meinung beharren werde, und an ein Ueberzeugen oder Nachgeben nicht zu denken sey. Daraus erklärt sich die Bitterkeit, mit der gegenseitig in einer Frage gekämpft wurde, die vor allen eine versöhnende und vermittelnde Discussion erfordert hätte.

Die unedle Art und Weise, wie der Berichterstatter Wiedenmann Alles zusammensuchte, was nur Gehässiges gegen Hecker und seine Anhänger gesagt und gedruckt worden, die wahrhaft diabolische Kunst, womit er alle einzelnen Fasern und Fäserchen zu einem Stricke zu drehen wußte, war eben nicht geeignet, die Linke zur Versöhnung zu stimmen. Hecker will für sich keine Amnestie, das wußte der Berichterstatter so gut, wie jedes Mitglied der Versammlung; allein er wußte auch, daß, je schwärzer er Hecker male, desto weniger Aussicht auf Begnadigung für dessen, größtentheils irre geleiteten und verführten, Theilnehmer bleibe. Der wüthende Beifall, womit die Rechte und das rechte Centrum Wiedenmann's Bericht aufnahmen, hatte etwas wahrhaft Infernalisches. Hat doch selbst der Abgeordnete Dr. Jucho von Frankfurt, der, als Theilnehmer an dem bekannten Frankfurter Attentate, nur einer Amnestie seine Freiheit und seinen Sitz in der Nationalversammlung verdankt, wie rasend Beifall geklatscht. Das schnitt mir wie ein Messer durch die Seele.

Die Rede von Simon aus Trier, Mitglied der äußersten Linken, war das Ereigniß der Sitzung. Hageldicht fielen die Geißelhiebe und bei jedem Streiche setzte es Wunden. Dabei wußte der Redner mit be-

Digitized by Google

wundernswerther Gewandtheit jede Ueberschreitung des parlamentarischen Anstandes zu vermeiden und sich vor einem Ordnungsrufe zu wahren. Eine Rede die so unbarmherzig mit den Gegnern umsprang, konnte natürlich zur Versöhnung der Gemüther nichts beitragen, was übrigens auch nicht ihr Zweck war, denn das wäre fruchtloses Mühen gewesen. Leute, die einmal in den Grundsätzen der Aristokratie und des Absolutismus sich festgerannt, lassen sich nicht mehr überzeugen. Selbst die trefflichen Schlußworte der Simon'schen Rede gingen spurlos an ihnen vorüber: „Sie wünschen Alle, daß man in Deutschland sich überzeuge, die Ruhe sey wieder hergestellt und das Vertrauen zurückgekehrt. Wenn Sie nun aber die Amnestie ungeachtet Ihrer 900,000 Mann Soldaten nicht bewilligen, muß man da nicht glauben, Ihr Gebäude sey so schwach, daß es durch einige hundert Demokraten wieder umgestoßen werden könnte. Sprechen Sie nicht blos aus, daß Sie stark sind, sondern beweisen Sie es durch die That. Amnestiren Sie Diejenigen, welche in der Bewegung zu weit gingen, und Sie werden für die Ruhe und Sicherheit Deutschlands mehr gethan haben, als wenn Sie die Gefängnisse hartnäckig verschlossen halten. Leiten Sie mit friedlicher Hand die unterdrückten und dadurch gewaltsam gewordenen Meinungen in das Bett der Theorie, dulden Sie keine Unterdrückung mehr, und Deutschland kann ruhig seiner Entwickelung entgegensehen. Noch geht Deutschland und Europa in sehr bedenklichen Angeln, und Niemand — so sagt ein großer Weiser — ist vor seinem Tode glücklich zu preisen. Meine Herren! Es kommt mich hart an, die Mehrheit dieser Versammlung um etwas zu bitten, dieselbe Mehrheit, der wir fortwährend unterliegen. Ich bitte aber nicht für mich, sondern für Andere, ich bitte für das Vaterland. Ich bitte, ich beschwöre Sie: öffnen Sie die Kerker, geben Sie dem Vaterlande Freiheit und Vertrauen wieder!"

Den Sturm, den Brentano's Rede erregte, habe ich früher geschildert. Man wird schwer begreifen, wie die wenigen Worte: „Wollen Sie die, die in Baden die Waffen ergriffen haben, zurücksetzen gegen einen Prinzen von Preußen?" solche Scenen hervorrufen konnten. Der König von Hannover ist in der Versammlung von einem Minister ein „Rebell" genannt worden, der König von Dänemark wurde als Hochverräther bezeichnet, gegen den Großherzog von Baden wurden harte Beschuldigungen vorgebracht — kein Mensch erhob sich, kein Ordnungsruf ertönte, und nun der Prinz von Preußen angegriffen wird, den man noch vor Kurzem den „Kartätschen-Prinzen" nannte, ein solcher Sturm! Zur Erklärung der Sache möge Folgendes dienen:

Unter sämmtlichen Abgeordneten sind die sogenannten Alt- oder Stockpreußen die empfindlichsten. Der leiseste Tadel einer Anordnung der preußischen Regierung schon setzt sie in Aerger und verletzt ihren „preußischen" Patriotismus, denn einen andern kennen sie nicht. Sie glauben fest, Deutschland sey nur dafür da, um „in Preußen aufzugehen". Seitdem aber ein österreichischer Prinz an die Spitze der Centralgewalt berufen ward, ist die Mißstimmung und Empfindlichkeit unserer Altpreußen noch größer geworden. Dazu kommt die Befürchtung, auch die definitive Kaiserwürde könne möglicher Weise an Preußen vorübergehen, weil man wohl fühlt, daß der jetzige König seit den Berliner Blutscenen als deutscher Kaiser unmöglich geworden. Um nun dieses Hinderniß zu beseitigen, besteht — wie vielfach versichert wird — der förmliche Plan, den König von Preußen zur Abdankung zu bewegen und dem Prinzen von Preußen die Königs- und später auch die deutsche Kaiser-Krone auf's Haupt zu setzen. Diesen künftigen Kaiser aber anzugreifen, ist in den Augen eines jeden Altpreußen Hochverrath.

So nur erklärt sich, wie Männer, wie Landrath v. Vincke, Graf Wartensleben, Plathner und andere, sich so weit vergessen konnten, förmlich die Rednerbühne zu stürmen, mit geballter Faust den Redner zu bedrohen, ihn thätlich anzugreifen, und ihn vom Katheder herabzuzerren, und ihn zum Zweikampfe zu fordern, abgesehen von den Schmähungen gegen die Parthei der Linken überhaupt.

Dies die Geschichte des 7. August; jene des folgenden Tages behalte ich mir für meinen nächsten Bericht vor.

St. Dominikstag.

Der 4. August steht in meinem Kalender als der Tag des hl. Dominikus verzeichnet. Wem wird nicht unheimlich bei diesem Namen? Es knüpft sich an ihn eine Reihe der schauderhaftesten Erinnerungen. Dieser spanische Edelmann Dominikus de Guzman (geb. 1170) hat ja die Inquisition in's Leben gerufen, und wird in der Geschichte als der erste General-Inquisitor betrachtet. Der von ihm gestiftete und nach ihm benannte Dominikaner-Orden hatte viele Jahrhunderte lang das gräßliche Privilegium, die Ketzer zu verfolgen und, wenn's ginge,

Digitized by Google

auszurotten. Alle die Marter- und Henkerwerkzeuge der sogenannten hl. Inquisition steigen bei diesem Namen in der Erinnerung auf. Denn das muß man sagen, die Patres Dominikaner waren sehr eifrig im Betriebe ihres entsetzlichen Geschäftes und und ungemein erfinderisch, was die verschiedenen Arten der Tortur betrifft. Haben sie doch selbst des Marterwerkzeuges sich bemächtigt, das die Geister zu Krüppeln schneidet, der Censurscheere nämlich. Denn im Jahr 1620 wurde die Büchercensur dem Magister des hl. Palastes zu Rom übertragen, der stets ein Dominikaner war. Kurz, Feuer und Schwert, Folter und Strang, Pranger und Halseisen, Brandmarkung und Henkerbeil stehen vor unserm Geiste am Tage des hl. Dominikus.

Die Zeit hat Gott Lob! einen guten Theil dieser Dinge beiseite geschafft, aber doch waren in der Rechtspflege noch einzelne Ueberbleibsel derselben auch in unserem guten Deutschland zurück. Da wollt' es eine eigenthümliche Fügung, daß gerade auf St. Dominikstag, den 4. August 1848, die letzten Reste derselben in der Paulskirche zu Frankfurt über Bord geworfen wurden. Die Richtschwerter, die Fall- und sonstigen Henkerbeile, die Räder und Galgenstricke wandern sammt und sonders in die historischen Antiquitäten-Kabinete zu den alten Utensilien der Folterkammern. Die Todesstrafe ist abgeschafft! Auch die Schandpfähle und Prangersteine sind gestürzt, und die Brandmarkungs-Eisen haben ausgedient von Rechtswegen. Dem Wachtmeister entsinkt das gewichtige spanische Rohr, dem Korporal der biegsame Haselstock, und der Polizei- oder Landgerichtsdiener legt den Stab Wehe zu den Akten der Vorzeit, als einen stummen Zeugen des ehemaligen historischen Rechts. Die deutsche Gesetzgebung hat die körperliche Züchtigung, diese morsche Krücke des öffentlichen Rechts und der öffentlichen Moral, endlich ganz beiseite geworfen.

Das alles am St. Dominikstage unseres gesegneten Jahres. So hat denn der hl. Dominikus gewissermaßen wieder gutgemacht, was er in so langer Zeit verschuldet, und sein Name ist durch seinen diesjährigen Namenstag wieder zu Ehren gebracht. Der Dominikstag wird in den Jahrbüchern des deutschen Rechts fortan als ein schöner Gedenktag gelten.

Entgegnung.

In №. 57 des „Plauderstübchens" habe ich eine Mittheilung über das Adresse-Unwesen, welches damals wie in andern Gemeinden der Pfalz, so auch in Trippstadt stattgefunden, gemacht. Herr Pfarrer Karbeck, „als Freund der Freiheit", kann nun diese öffentliche Thatsache nicht in Abrede stellen, suchte dieselbe aber in №. 68 zu berichtigen. Ueber Sinn und Inhalt dieser Adresse noch ein Wort zu verlieren halte ich nicht für nöthig, indem sowohl der „christliche Pilger", wie auch andere Zeitschriften genügenden Aufschluß gegeben haben. Daß er zwei einander entgegengesetzte Erklärungen vorgelegt habe, nemlich eine gegen die Communalschule und eine für dieselbe, sey ihm bemerkt, daß ich zwar ganz gut davon gewußt, es jedoch zu seinen Gunsten nicht veröffentlichen wollte. Solcherlei Kunstgriffe, wie diese Vorlegung der zwei Erklärungen — sind ein schlechtes Zeugniß für die Sache selbst, und wenn Herr Karbeck es auch nicht gesagt hätte, daß letztgenannte Erklärung blos angefertigt worden sey, um wieder ad acta gelegt zu werden, so hätte das Jedermann doch von selbst eingesehen.

Auch das oft wiederholte Wort des Hrn. K., „daß durchaus Freiheit stattfinden solle, und Jeder nach Belieben unterzeichnen könne", ist weiter Nichts, als eine leere Phrase. Bedurfte es zu dieser „Freiheit" und diesem „Belieben" einer an vier Sonntagen wiederholten dringenden Aufforderung in der Kirche? Die Einladung zur Unterschrift erfolgte allerdings vom Chore der Kirche aus: daß aber die Sache mehrmals auf der Kanzel zur Sprache gekommen, und in kluger und berechnender Weise durch heftige Kanzelreden vorbereitet war, wird Niemand in Abrede stellen, als Beweis dessen erinnere ich an die am 14. Mai gehaltene Rede, wo unter anderen Vergleichungen die jetzigen Lehrer mit den früheren Laienbrüdern — natürlich zum Vortheil der Letztern — verglichen wurden, und in klaren Worten gesagt wurde, daß man gar keine Schullehrer brauche, indem die Geistlichen ebenso gut Schule halten könnten.

Was übrigens die Drohungen des Hrn. K. betrifft, daß er nämlich das „Eine und das Andere" gegen Manchen, wenn er seinen Namen wüßte, „aufdecken" könne, so mag er als katholischer Pfarrer dieses wohl im Stande seyn, ob es aber seines Amtes ist, bleibt dahin gestellt. Indeß Einsender hat solche „Aufdeckung" nicht zu fürchten.

Ein Katholik
aus der Gemeinde Trippstadt.

Digitized by Google

Aus dem Tagebuch eines Hinterpommers.

(Fortsetzung.)

Abends.

Vor dem Essen fand ich den neuesten Reichsanzeiger auf dem Tische. Ich las in demselben einen Aufruf von Stadt und Wahlbezirk Schilda folgenden Inhalts: „Wer sich um die Stelle eines Abgeordneten zum Parlamente für unsern Wahlbezirk zu bewerben gedenkt, wird eingeladen, sich Mittwoch den 3. Mai hier einzufinden. Wer unterm Brustlatz nicht ganz fest und sauber ist, kann daheim bleiben." Das ist in doppeltem Sinne bildlich und deutlich.

Während des Essens fragte ich meinen Nachbarn, einen fürstlichen Referendarium, oder was er sonst war: „Sagen Sie, wer hat hier wohl die meiste Aussicht, gewählt zu werden? wer gilt am meisten?" — „Niemand", war die leise Antwort. — „Wie kommt das in solcher Stadt?" — „Es ist Jeder auf den andern neidisch," versetzte mein Nachbar: „Jeder möchte selbst Alles gelten, und so gilt keiner etwas."

Ah! dacht' ich, die sind just auf der rechten Schlauder, um Deutschlands Einheit herzustellen. — —

Den morgenden Tag werd' ich benützen, die Merkwürdigkeiten der Stadt genau zu betrachten, nämlich den weltberühmten Brunnen, den die Rathsherren einmal mit ihrer Körperlänge gemessen, wobei der Herr Bürgermeister gerade zur Unzeit in die Hände spie; sodann den alten Thurm, auf welchen sie den Ochsen am Hals hinaufzogen, daß er das oben wachsende Gras abweiden sollte; das Rathhaus, in das sie das Licht in Säcken trugen u. s. w. Für jetzt: Gute Nacht, Welt!

(Fortsetzung folgt.)

Randglossen zu Geschichte und Geschichten unsrer Tage.

Vom Dorfschulmeisterlein Wutz.

Es gibt viele Leute, die den neuen Reichsverweser scheel ansehen, obwohl sie zwei ganz gesunde Augen im Kopfe haben. Sie meinen, man habe den Oesterreicher nur darum gewählt, damit Alles beim Alten bleibe. — Uebereinstimmend mit diesen sagen Andere, an der ganzen Umwälzung sey niemand anders schuld, als der Schalttag und der Komet. Es sey ein ganz absonderlich Jahr, darum so absonderliche Begebenheiten. Wenn das Schaltjahr aus, und der Komet von dannen seine Straße gezogen, werde wahrscheinlich Alles wieder so ziemlich im alten Geleise gehen. Ich glaube das nur halb, und rathe keinem Menschen, sich darauf gar steif und fest zu verlassen, denn — man kann nicht nur getäuscht werden, sondern auch sich täuschen.

Mitten in die Mark und Bein erschütternden Posaunenstöße unserer gewaltigen Zeit hinein läßt Herr F. Deidesheimer von Neustadt a. d. H. in der Speyerer Zeitung von Zeit zu Zeit den triumphirenden Ruf erschallen: „Keine Hühneraugen mehr! deßgleichen Wanzentod!" — Ich kann die bedeutsamen Worte nie lesen, ohne den tiefen Stoßseufzer: „Ach, daß das eine Wahrheit wäre!" Ich fürchte immer, daß das stechende Ungeziefer niemals aussterben, und daß uns auch künftighin der Schuh noch drücken wird. Dennoch höre ich, daß Herr Deidesheimer seine zeitgemäßen Tinkturen vorzugsweise nach dem jenseitigen Deutschland absetzt, wo Wanzen und Hühneraugen zahlreicher, aber auch eingewurzelter seyn sollen als bei uns.

Ueberall ist die Rede von Schmälerung der Staatsdiener-Besoldungen und Pensionen. Wie froh bin ich, daß wir Schulmeister noch keine Staatsdiener sind! Ich glaube, an uns hätte man angefangen zu sparen, um das Volk zu erleichtern. Angefangen wird nun zwar nicht an uns, aber fortgesetzt zu sparen. Emancipirt werden wir vielleicht, ob aber auch vom Hunger, das ist eine Frage, die wahrscheinlich überall zuletzt auf das Tapet kommt. Zu den Rechten des deutschen Volkes kommt jedenfalls das des freien, unentgeltlichen öffentlichen Unterrichts, und den müssen wir ertheilen. — Ach Gott! ich wollte, ich gehörte zu den geschmälerten Staatspensionisten, von denen künftig selbst der höchste nicht mehr als 3000 fl. beziehen soll. Ich wollte in meinem Pensionsstande von Herzen gern meine Schule nach wie vor halten.

Sturmpetitionen sind in neuester Zeit mit Erfolg in Anwendung gebracht worden. In der protestantischen Kirche der Pfalz scheint man zu diesem Mittelchen greifen zu wollen, um auf der Stelle die Zusammenberufung einer Generalsynode zu erwirken. Ob's gut thun wird — ? Ich wette darauf, daß dem Verlangen schnell willfahrt wird, wenn man sich recht zahlreich an dem freiwilligen Anlehen betheiligt, das die Kammern beschlossen haben, das aber immer noch nicht zusammenkommen will. Kein Geld — keine Generalsynode, wird es vordersamst heißen. Die Generalsynode kostet Geld und die Kassen sind leer. Da wird guter Rath theuer seyn.

Verantwortlicher Redakteur R. Schmitt. — Druck und Verlag von J. Kayser.

Digitized by Google

Plauderstübchen.

Beiblatt zum Boten für Stadt und Land.

Nr. 72. Kaiserslautern, Montag 14. August **1848.**

An das deutsche Volk und seine Reichsversammlung.

Wenn der Geist des ew'gen Lichtes winket, da bricht auf
ros'ger Bahn,
Wie die Sonne durch's Gewölke, schön der Freiheit Morgen an;
Jener Freiheit, deren Streben zielt nach Kraft und Einigkeit,
Wo Gesetz und Ordnung walten und die deutsche Biederkeit.

Diese Hoffnung füllt die Herzen und Vertrauen ist der Grund,
Der die deutschen Völkerstämme einigte im Bruderbund;
Der in seinen Volksvertretern, mächtig, heilig, rein und
wahr,
Sich verkünde, freiheitliebend, wie im kühnen Flug der Aar.

Mögen Sie in ihrem Streben, ihrem Wirken segensreich
Sich bewähren; nie vergessend: daß die Macht der Strömung
gleich
Brechen kann an Felsgestaden, an des Volkes ernstem Sinn;
Wenn verletzend ew'ge Rechte, sie erzielt den Selbstgewinn.

Der Vernunft, der Freiheit Sonne, wendet immer zu den
Blick,
Nicht der Glanz von Kron' und Scepter schafft den Völkern
Ruhm und Glück.
Strebt nach wahrer Volksverehrung, schirmet das Gesetz und
Recht,
Dann erblüht die Wohlfahrt Aller, selbst für den geringsten
Knecht.

Nicht den Söldnern ohne Willen, die, berückt vom Waffenglanz,
Eine wilde Jagd ersehnen, ziemt der Freiheit Ehrenkranz;
Gebt in Bürgershand die Wehre, aber nicht durch Conscription,
Nein, zur heil'gen Pflicht und Ehre, jedem Vaterlandes Sohn.

Tauschet ein die Fahnen alle, für das deutsche Reichspanier;
Darauf schwöret hoch und heilig: deutsch zu bleiben für und für;
Dem erwählten Reichsverweser Treue, — wie er uns gelobt,
Daß er mächtig sey im Wirken bis die Kämpfe ausgetobt.

Daß das Buch der Staatsgesetze sicher ruh' in seiner Hand;
Daß zu Deutschlands Ruhm und Ehre jede Zwietracht sey
verbannt;
Daß der Friede und die Wohlfahrt zu erringen möglich sey;
Daß in Kraft der Volksvertretung Deutschland werde groß
und frei.

Dr. C. A. Wild.

Auch ein Wort über die **Trennung der Schule von der Kirche** an die Landleute der Pfalz.

Jeder, der sich für die Frage unserer Zeit interessirt, weiß, daß die ultramontane, d. i. streng römisch gesinnte und jedem Fortschritt abholde Parthei unter der katholischen Geistlichkeit, und ihre protestantischen Kampf- und Glaubensgenossen in der Wahl der Mittel eben nicht verlegen sind, wenn es gilt, gegen die Schule und ihre Lehrer aufzutreten und die von allen Gebildeten und Unbefangenen verlangte Trennung der Schule von der Kirche zu hintertreiben. Auf Kanzeln und in Beichtstühlen, wie in einzelnen Familienkreisen macht man das Volk glauben, die Religion sey in Gefahr, man wolle allen Glauben aus der Schule und Jugenderziehung verbannen und die Kinder zu Heiden erziehen. Schlimm, sehr schlimm, wenn dem also wäre! Darum lohnt es wahrlich der Mühe, daß man dem schlichten Bürger die Sache klar und ungeschminkt vor Augen legt und ihn in Stand setzt, zu beurtheilen, auf welcher Seite das Recht ist, und ob die angeführten Beschuldigungen gegründet sind.

Wahr ist es, die Lehrer und ihre Freunde verlangen eine Trennung der Schule von der Kirche, d. h. sie verlangen, daß die Schule nicht wie bisher ein Anhängsel der Kirche und der Lehrer der Diener des Geistlichen sey, sondern daß als eine nur von dem Staate abhängige Anstalt die Schule einzig und allein von Gliedern des Lehrerstandes beaufsichtigt werde, und nicht von Geistlichen, welche in der Regel vom Schulwesen die gehörige Kenntniß nicht besitzen.

Digitized by Google

Denn dies letztere ist nicht weniger verkehrt, als wenn man z. B. den Revierförster durch einen Richter- oder den Soldaten durch einen Professor, oder den Richter durch einen Forstbeamten wollte beaufsichtigen lassen. Dieses Mißverhältniß war denn auch bisher die Ursache tausendfältiger Plackereien und unaufhörlichen Haders zwischen Geistlichen und Lehrern und hat der gesegneten Wirksamkeit Beider unendlich geschadet. Es soll und muß aufhören, und zwar dadurch, daß die Schule fernerhin als selbstständige Anstalt neben die Kirche gestellt und nur von sachkundigen Lehrern allein beaufsichtigt werde. In diesem Sinne nehmen die Lehrer und ihre Freunde, unter denen viele ehrenhafte Geistliche, die Trennung der Schule von der Kirche.

Daß der Zweck der Schule auf diese Weise viel besser erreicht werden müsse als bisher, bezweifelt kein Einsichtsvoller, besonders wenn er bedenkt, daß fortan die Lehrer gründlicher und wahrhaft wissenschaftlich gebildet, schärfer beaufsichtigt, durch Aufnahme in die Schulcommission und durch bessere Besoldung auch äußerlich höher gestellt und dadurch in den Stand gesetzt werden, ihre hohe Aufgabe vollständig zu erfüllen, was billiger Weise bisher noch nicht einmal erwartet werden konnte. Der Einfluß des Geistlichen auf die religiöse Erziehung der Jugend wird dadurch nicht im Mindesten gefährdet. Denn abgesehen davon, daß der Geistliche den confessionellen Religionsunterricht, wenn nöthig, unter Mithülfe des Lehrers, zu ertheilen hat, wird er wohl aller Orten Mitglied des Schulvorstandes und meist auch Präsident desselben werden. Wie schlimm müßte es um seine Bildung und seinen Charakter stehen, wenn er unter solchen Umständen nicht den nöthigen Einfluß auf Schule und Jugenderziehung hätte!

Summa: Bisher standen Geistliche und Lehrer in einem schiefen, feindseligen Verhältnisse, fortan aber sollen sie als Freunde und Brüder im Weinberge des Herrn neben einander arbeiten zum Heile und Segen des Volkes. Dies ist keine Trennung, sondern ein Bund zur Erreichung des erhabensten, edelsten Zieles.

Wenn nun mit dieser Umgestaltung des bisherigen Verhältnisses auch die Errichtung von Communalschulen, d. h. von Gemeindeschulen, in denen alle Kinder ohne Rücksicht auf ihre Confession gemeinschaftlich unterrichtet werden, in natürlicher Verbindung steht, so ist dabei vor Allem zu bemerken, daß der Vorwurf, man wolle die Religion aus der Schule verbannen und die Jugend von der Glaubensgemeinschaft losreißen, ein höchst ungerechter, hinterlistiger und boshafter ist. Solches ist noch keinem pfälzischen Lehrer eingefallen. Die Lehrer und mit ihnen alle wahren Volksfreunde wissen aber, daß durch gemeinschaftlichen Unterricht brüderliche Duldsamkeit und Eintracht genährt, dem Religionshasse und der gegenseitigen Verketzerungssucht entgegengewirkt und wahrer confessioneller Friede verbürgt wird. Sie wissen, daß nur so die Aufgabe der Schule, die Heranbildung würdiger Menschen und Bürger, erreicht werden kann. Wer darin aber Gefahr für die Kirche, für die einzelne Confession sieht, befindet sich in einem erstaunlichen Irrthume, denn auch abgesehen davon, daß die Unterscheidungslehren der verschiedenen Confessionen nicht vor der Zeit ins kindliche Gemüth gelegt, sondern erst mit dem 11ten oder 12ten Jahre den Schülern beigebracht werden sollten, bleibt es jedem Geistlichen unbenommen, in besonderen Stunden und Lokalen die Kinder seiner Confession zu unterrichten. Wo sich kein Pfarrer befindet, thut dies der Lehrer, wo mehrere Schulen sind, unterstützen die Lehrer den Geistlichen nach Bedürfniß und Möglichkeit.

Die boshaftesten unter den Bedenklichkeiten jedoch, die man gewissenlos in die ängstlichen Gemüther schleudert, ist die, es könnte, wenn Communalschulen eingeführt würden, einmal der Fall eintreten, daß man einer ganz katholischen Gemeinde einen Protestanten oder gar einen Juden zum Lehrer setzte, und umgekehrt. Wo in aller Welt wäre dies möglich, wenn die Gemeinde das Wahlrecht hätte? Würde sich überhaupt je ein Lehrer einer andern Confession um eine solche Stelle bewerben? Nur der beschränkteste Kopf könnte Solches glauben.

Wenn übrigens noch Zweifel über die Zulässigkeit der Communalschulen obwalten könnten, so sollte man sich doch wenigstens durch die Erfahrung belehren lassen. Alle lateinischen und höheren Töchterschulen, alle Gewerbsschulen und Gymnasien, welche sämmtlich in dieser Beziehung schlechterdings mit keinem andern Maßstabe gemessen werden dürfen, sind gemeinschaftliche Anstalten, und Niemanden im Volke ist es eingefallen, solche nach Bekenntnissen zu trennen, weil man überzeugt ist, daß ihrem segensreichen Wirken kein Eintrag geschieht, daß wahrhaft religiöse Erziehung, ohne Indifferentismus oder Gleichgültigkeit in Glaubenssachen, in ihnen recht gut möglich ist, und daß noch obendrein sehr bedeutenswerthe Kosten erspart werden. In Nassau sind alle Schulen längst Communalschulen, und hat sich diese Einrichtung nach allen Seiten hin bewährt. Dasselbe ist theilweise in Baden und Hessen, sowie an vielen Orten unserer Pfalz der Fall, und wer sich in der Nähe überzeugen will, wie solche gemeinschaftliche Schulen wirken, der

Digitized by Google

gehe nach Worms, wo alle Religionspartheien nicht nur vollkommen damit zufrieden sind, sondern an Wiedereinführung der Confessionalschulen im Entferntesten nicht mehr denken.

Laßt Euch also, Freunde und Mitbürger, nicht durch den Ruf erschrecken: die Religion sey in Gefahr, wenn die Lehrer von den Geistlichen unabhängig gemacht und Communalschulen eingeführt werden. Stellet die Entscheidung vertrauensvoll der Nationalversammlung anheim, und seyd versichert, daß Niemand es besser mit der Erziehung der Jugend meint, als die Lehrer selbst.

Ein Freund der Schule.

Zu der Frage über

eine neue allgemeine Gewerbsordnung für Deutschland.

Werden wir vom Gaul auf den Esel kommen? Das ist die große Frage, die gegenwärtig zu Stadt und Land durch die Pfalz geht, wenn man an den Gewerbs-Congreß zu Frankfurt und an die noch im Parlament zu schaffende allgemeine deutsche Gewerbs-Ordnung denkt. Wir haben die Gewerbsfreiheit, wird sie uns zur Erzielung einer Einheit in ganz Deutschland genommen, wenigstens geschmälert werden? Die Einen glauben, das werde so kommen, die Andern meinen, was wir in dieser Beziehung einmal haben, könne und dürfe man uns weder nehmen, noch verkürzen. Ich habe guten Grund, zu hoffen, daß die Reichsversammlung zu Frankfurt nicht so mir nichts dir nichts auf die Beschränkungen, welche so manche Gewerbsphilister im Sinne haben, eingehen werde. So viel scheint mir wenigstens klar, daß man nur eine bestimmte Grenzlinie ziehen wird, über welche hinaus weitere Beschränkungen nicht stattfinden dürfen. Ganz über einen und denselben Leisten kann die Gewerbsordnung für Deutschland vor der Hand unmöglich geschlagen werden. Man denke nur an das jenseitige Deutschland, wo noch die sogenannten Gewerbs-Gerechtigkeiten bestehen, die auf einem Hause oder einer bestimmten Familie ruhen, von dieser gekauft werden können, und darum oft den größten Theil des Vermögens, ja nicht selten das ganze Vermögen einer solchen Familie ausmachen. Welch' unberechenbare Nachtheile würden dort unzähligen Familien zugehen, wollte man jene Einrichtung jetzt auf einen Schlag abschaffen und volle Gewerbsfreiheit, wie bei uns, an die Stelle treten lassen. Offenbar muß da erst nach und nach der rechte Ausweg gefunden werden. — Auf der andern Seite bleiben unsere diesseitigen Gewerbs- und Geschäftsleute den jenseitigen gegenüber wieder im Nachtheil bei, wenn bei allgemeiner deutscher Freizügigkeit bei uns ein jeder Jenseitige sich ansässig machen und ein Geschäft etabliren kann, ohne einen andern Heller als sein Patent zu bezahlen, während ein Diesseitiger nicht in einem andern deutschen Lande sich geschäftlich niederlassen kann, ohne sich dort eine solche Gerechtigkeit mit schwerem Gelde zu kaufen. Hier nur einigermaßen eine gerechte Ausgleichung zu finden, wird große Schwierigkeiten haben, und man sieht, daß dem guten deutschen Parlamente noch manche harte Nuß zu knacken bleibt. — Jedenfalls soll es uns uns Himmelswillen mit einer solchen Gleichstellung verschonen, nach der wir wieder diese ungerechten Gerechtigkeiten von Jenseits bekommen sollten, welche die Zeit bei uns glücklicher Weise über Bord geworfen hat. — Möglichste Einheit muß aber doch jedenfalls erzielt, völlige Einheit und Gleichförmigkeit für die Zukunft angebahnt werden. Wenn das nun nicht anders geschehen kann, als daß wir von unserer unbeschränkten Gewerbsfreiheit einen kleinen Theil aufgeben, uns einige Beschränkungen gefallen lassen müßten, was bleibt da anderes übrig, als uns im Interesse der Einheit Deutschlands der anerkannten Nothwendigkeit zu fügen? Es ist wenigstens nicht abzusehen, wie die wahre Einheit des gesammten Vaterlandes hergestellt werden soll, wenn Niemand von seinen Rechten und Vorzügen das Mindeste nachlassen und der Allgemeinheit zum Opfer bringen will. Die Fürsten müssen es, der Adel muß es, der gewerbtreibende und der verbrauchende Bürger muß das vorkommenden Falles auch. Ohnehin sind auch bei uns viele Handwerksleute namentlich keineswegs dagegen, daß uns die neue deutsche Gewerbsordnung einige Beschränkungen der unbedingten Gewerbsfreiheit bringe. Wenn sie auch nicht für das alte Zunft- und Innungswesen, nicht für besondere Gewerbsconcessionen sind, so würden sie sich doch der großen Mehrzahl nach nicht gegen ein Gesetz erklären, welches z. B. bestimmte, daß ein Gewerbe nur von solchen Leuten ausgeübt werden dürfe, welche dasselbe wirklich erlernt haben. Sie würden beistimmen, wenn es hieße, es dürfe nicht Jeder ein beliebiges Patent nehmen und in Folge dessen ein Gewerbe durch Gehülfen betreiben lassen, von dem er selbst nichts versteht. Die Bäcker wären zufrieden, wenn die Müller nicht mehr Bäcker; die Schuster, wenn die Gerber und Lederhändler nicht mehr Schuhfabrikanten seyn könnten, und daß die Kleiderhändler den Schneidern ein Dorn im Auge sind, das ist weltbekannt genug

Digitized by Google

So noch in gar manchen Gewerbszweigen. Und zu läugnen ist es nicht, daß bei völliger Gewerbefreiheit das Capital am Ende übermächtig werden muß und sich alle die zinspflichtig und dienstabhängig machen wird, welche in Beziehung auf das Betriebscapital nicht so nachkommen, geschweige denn wirklich concurriren können. — Auf der andern Seite stehen wieder Leute genug, welche der unbeschränkten Gewerbsfreiheit das Wort reden, weil sie sich nicht von den Nachtheilen überzeugen können, welche man derselben schuld gibt. Man kann diesen nicht verargen, daß sie fürchten, wir würden bei einer Veränderung im Allgemeinen mehr verlieren, als Einzelne dadurch gewinnen können. Und so hat denn diese große Lebensfrage der Nation auch ihre zwei sehr beherzigenswerthen Seiten, und man kann in der That in Verlegenheit kommen bei der Frage, auf welche Seite man sich schlagen solle. In unserer Pfalz wird man sich der Mehrheit nach sicherlich nicht für das geringere, sondern für das größere Maaß der Freiheit entscheiden und die oben angeführten Nachtheile eher verschmerzen, als die, welche durch wesentliche Beschränkungen herbeigeführt würden. Hoffen wir, daß man in Frankfurt uns entweder läßt, was wir haben, oder doch das rechte Maaß im Geben und Nehmen nicht verfehlt. Wiederholt aber sey es gesagt: Wenn zur Erzielung wirklicher Einheit in Deutschland ein mäßiges Opfer von unserer Seite nothwendig wird, so sey's drum! Den Beschlüssen der Nationalversammlung muß jeder Theil sich fügen. Das ist wenigstens meine, eines schlichten Mannes-Meinung bei den verschiedenen Ansichten, welche sich über diesen wichtigen Gegenstand namentlich gesprächsweise geltend machen. Denken Andere andere Ansichten begründen zu können, mögen sie es thun. Solche Dinge verdienen Rede und Gegenrede.

Korrespondenz des Boten.

Assisen-Verhandlungen.

Die Assisen für das 3. Quartal 1848 werden am 16. August unter dem Präsidium des k. Appellationsgerichtsraths Herrn Keller beginnen, und am 29. beendet seyn.

Die Juri hat in 8 Prozeduren über 10 Individuen zu urtheilen, wovon 1 der Vergiftung, 1 des Mords nach vorgegangener Nothzucht, 1 der Nothzucht, 1 des betrügerischen Bankerotts und 6 des qualifizirten Diebstahls angeklagt sind.

Als Geschworne wurden einberufen:

1) Altschul, Marcus, Handelsmann in Ingenheim, 2) Weis, Friedrich, Doctor der Medizin in Bergzabern, 3) Koch, Franz Jodokus, Notär in Frankenthal, 4) Fitting, Peter Christian, Müller in Großkarlbach, 5) Gerhardt, Friedrich, Rentner, in Frankenthal, 6) Mayer, Heinrich, Gutsbesitzer in Kandel, 7) Hach, Heinrich, Rothgerber in Landstuhl, 8) Ricker, Heinrich, Apotheker in Kaiserslautern, 9) Butz, Philipp Peter, Gutsbesitzer in Bischheim, 10) Braunewell, Philipp Christian, Kaufmann in Kirchheimbolanden, 11) Mann, Martin, Wirth in Lautersheim, 12) Harth, Jacob, Müller in Marth, 13) Claus, Georg Jacob, Gutsbesitzer in Landau, 14) Ottnad, Friedrich, Adjunkt in Arzheim, 15) Sartorius, Carl, Anwalt in Landau, 16) Rhein, Carl Theodor, Rentner in Neustadt, 17) Schäfer, Christian, Doctor der Medizin in Dürkheim, 18) Werner, Julius, Doctor der Medizin in Deidesheim, 19) Ginf, Philipp Jacob, Notär in Dahn, 20) Bruch, Friedrich Christian, Apotheker in Pirmasenz, 21) Weber, Georg Adam, Bürgermeister in Heiligenstein, 22) Billmann, Friedrich, Holzhändler in Speyer, 23) Roth, Carl, Fabrikant in Irheim, 24) Martini, Ludwig, Notär in St. Ingbert.

Anfrage.

In № 60 des Plauderstübchens stellt Herr Rabb. Seligmann eine vorberathende Versammlung Pfälzer Israeliten in Aussicht, zur Unterzeichnung einer Eingabe an k. Regierung um Einberufung einer Generalsynode und Verständigung über einen bezüglichen Wahlmodus. Man erlaubt sich deßhalb die Frage, ob der Tag zum Zusammentritt einer solchen Versammlung bald bekannt gemacht werden wird?

Lückenbüßer.

Kaiserslautern, den 12. August. Heute erhielt der Vicebote die ersten reifen Trauben aus dem Alsenzthale zugesendet. Die Aussicht auf einen guten Wein soll dort vortrefflich seyn.

Verantwortlicher Redakteur N. Schmitt. — Druck und Verlag von J. Kayser.

Digitized by Google

Plauderstübchen.

Beiblatt zum Boten für Stadt und Land.

Nr. 73. Kaiserslautern, Donnerstag 17. August **1848.**

An den Pistolenhelden.

Hört all', ihr deutschen Brüder,
O hört das ernste Wort!
Und wieder tönt's und wieder
Von Land zu Lande fort!

„Dem Kämpfer für die Rechte
„Des Volks, mit freiem Wort'
„Ist gegen Fürstenknechte
„Der Rednerstuhl nicht Hort!"

Den Sprecher selbst im Saale,
Wo Deutschlands Volk nun tagt,
Der Fürstenknecht, der schale,
Frech anzutasten wagt.

Und sprach doch nur vom Bürger
Wie man von Bürgern spricht.
Ja gält's nur einem Bürger,
Der Prahler tobte nicht.

Hast Du nicht beff're Gründe,
Empfindsam' Preußenherz,
Als Blei und Feuerschlünde,
So kämpfe anderwärts!

Bist du noch nicht erhaben
Ob sadem Lanzenschwung,
So schaare dich zu Knaben!
Dort brumm' dein: „dummer Jung."

Wo noch in rost'gen Waffen
Das Mittelalter haust,
Da suche nachzuaffen
Das Recht der stärkern Faust!

Bei tollem Kirchweihtanze
Dort suche Prügelei'n!
Dort lege deine Lanze,
Herr Hohelsritter, ein!

Doch hier, wo nur die Waffe
Der Geistesschärfe ficht,
Hier bist du, Ritteraffe,
An deinem Platze nicht!

Paulskirche am 7. August 1848.

Der Fürst von Leiningen hat nachstehenden öffentlichen Brief über unsere jetzigen Verhältnisse verbreitet. Da der edle Fürst jetzt Präsident des deutschen Reichsministeriums ist, und das deutsche Volk erwarten darf, daß derselbe die vorher bekannten Grundsätze jetzt; wo die Verwirklichung fast in seine Hände gelegt ist, verwirklichen werde, so glaubt der Vicebote, dieses wichtige Aktenstück den Lesern des Plauderstübchens nicht länger vorenthalten zu dürfen. Es enthält gewiß sehr viel Wahres, und es würde auch dieser Weg zur Größe und Stärke Deutschlands führen — gibt es ja der Wege gar viele, die nach Rom führen.

Entweder — Oder.

Einer jeden Nation steht unstreitig das Recht zu, unter gewissen Umständen Reformen in ihren inneren Zuständen, selbst durch gewaltsame Mittel, das heißt auf dem Wege der Revolution vorzunehmen. — Welches diese Umstände sind, und wann der Zeitpunkt eintritt, wo eine Nation von solchem Rechte Gebrauch machen soll oder darf, ist zu erörtern nicht der Gegenstand dieser Zeilen, eben so wenig, ob jene Umstände und jener Zeitpunkt für Deutschland eingetreten waren, als es vor Kurzem von diesem Rechte Gebrauch machte. Hier genügt die Thatsache, daß es wirklich geschehen ist. Der Zweck der deutschen Revolution war Begründung bürgerlicher und religiöser Freiheit, dann Herstellung eines einigen Deutschlands. Nachdem die Nation in ihrer großer Majorität diesen ihren Willen auf das Unzweideutigste durch theilweisen oder gänzlichen Umsturz des Bestehenden kund gegeben hatte, war und mußte der zweite Schritt seyn: das Errungene zu ordnen und zu befestigen und, so weit es lediglich noch Theorie oder Idee war,

Digitized by Google

in die Wirklichkeit einzuführen. So wie die Revolution ein Ausbruch des Gesammtwillens der Nation war, so mußte consequenter Weise dieselbe sich auch ausschließlich die Herstellung der neuen Ordnung der Dinge vorbehalten. Die Nation übertrug daher einer durch sie gewählten Nationalversammlung hiezu die Vollmacht. Indem die Regierungen der einzelnen Staaten, d. h. die Fürsten mit ihren Ständen, die Wahl zu diesem constituirenden Reichstage auf bisher gesetzlichem Wege vornehmen ließen, haben dieselben thatsächlich die Revolution anerkannt. Die Aufgabe der so gewählten Reichsversammlung war es nun, den Willen der Nation in Vollzug zu setzen, d. h. Freiheit und Einheit in einer neuen Ordnung der Dinge zu begründen.

Der bereits etwas ungeduldig werdende Mandatar sah endlich am 28. Juni die erste Frucht reifen. Die Reichsversammlung ernannte, und zwar wiederum ganz consequenter Weise, aus eigner Machtvollkommenheit den provisorischen Reichsverweser, sammt einer Zentralregierung; der deutsche Bund löste sich auf und legte seine Gewalt in die Hände der Reichsgewalt nieder. Ein großes Ereigniß! — Nicht nur, daß statt des bisherigen Staatenbundes ein deutsches Reich dekretirt worden war, sondern die deutsche Nation wird nun hiedurch auch in die Lage versetzt, durch die That zu zeigen, ob sie wirklich wahre Freiheit will, oder ob sie sich lediglich von einer Anzahl Demagogen hat leiten lassen, in trauriger Nachäffung dessen, was im Nachbarstaate vor sich gegangen ist. — Ferner und ganz vorzüglich wird die Nation darüber sich entscheiden müssen; ob sie wirklich ein einiges und mächtiges Deutschland haben will. Es ist von der allergrößten Wichtigkeit, daß sie über diese Frage mit sich selbst ins Klare komme und dann ihren Willen feststelle.

So wie es nun eine wahre Freiheit gibt, welche auf Gesetz und Ordnung beruht, so gibt es auch nur eine Einheit, eine thatsächliche Vereinigung aller Theile eines Ganzen und zwar auf eine solche Weise, daß ein Streit oder Kampf zwischen dem Ganzen und den Theilen nicht mehr stattfinden kann. Verfährt man anders, so wird nicht Einheit und Einigkeit, sondern Trennung und Zwietracht begründet werden. Will also die deutsche Nation Einheit, dann muß sie nicht nur auch die Mittel hiezu wollen, sondern auch die Konsequenzen davon adoptiren. Von bayerischen, preußischen, sächsischen und andern Interessen im Gegensatze zu deutschen kann keine Rede mehr seyn; denn erstere müßten in letzteren ihre Erledigung finden. Eifersucht zwischen einzelnen Staaten, oder gar Schmähungen des Südens gegen den Norden oder umgekehrt, sind alsdann frevelhafte Absurditäten. Widerspruch oder Ungehorsam gegen die Reichsgewalt oder die Nationalversammlung aber wäre ein Verbrechen gegen die Würde der Nation selbst, Verrath am Vaterlande, welchem die Strafe auf dem Fuße folgen müßte. Die dynastischen Interessen, so weit solche sich auf die Regierungsgewalt beziehen, können, so die Nation Einigkeit will, nicht in Betracht kommen; denn die Fürsten haben diesem Willen sich eben so gut zu fügen, wie jeder andere Deutsche Will also die Nation das Wort zur That werden lassen, so muß sie die Reichsgewalt, d. h. die Nationalversammlung und Zentralregierung anhalten, ohne Nebenrücksichten, rasch und entschieden alle Maßregeln zu ergreifen, welche dem Zwecke, ein freies und einiges Deutschland herzustellen, entsprechen, und sie aber auch in dieser Arbeit kräftig unterstützen.

Das Zusammenberufen von Bevollmächtigten der einzelnen Regierungen, wenn ihr Zweck ein anderer wäre als etwa den geschäftlichen Uebergang vom Alten zum Neuen zu erleichtern, wäre höchst überflüssig und schädlich. Sollen dieselben vielleicht mit der Reichsgewalt negociren? Dann müßte die Nationalversammlung ihre eigenen Beschlüsse wieder schlucken, und die Kraft und das Ansehen der Reichsregierung wäre in der Geburt erstickt. Fühlt jedoch die Nation jetzt, wo sie sich entscheiden muß, daß ihre bayerischen, oder hannoverischen, oder preußischen, oder andere Reminiscenzen und Sympathieen, so wie manche damit zusammenhängenden Interessen zu vorwiegend sind, um dieselben deutscher Einheit zum Opfer zu bringen; regt sich der alte Geist der Zwietracht und der Absonderung noch zu lebhaft; fühlt sich die Eifersucht zwischen den Stämmen, zwischen Norden und Süden noch zu kräftig — wohlan, dann überzeuge die Nation sich selbst davon, kehre zurück zum Staatenbunde, überlasse es den einzelnen Staaten sich zu constituiren, rufe die allgemeine constituirende Versammlung zurück und verabschiede ebenso Reichsverweser als Reichsregierung.

Ein solcher Staatenbund, an und für sich, schließt die Möglichkeit nicht aus, wenn auch nicht ein freies und einiges Deutschland, doch freie, in ihrem Bunde, nach außen Ansehen gebietende deutsche Länder herzustellen. Allein ein neues Reich zu construiren und gleichzeitig unvermeidlichen Kampf um die Herrschaft mit den Einzelstaaten, Uneinigkeit statt Einigkeit, Schwäche statt Macht förmlich zu organisiren; ein Reich zu gründen, welches alle die Mängel des alten in erhöhtem Maße in sich schlösse, weil nun nicht nur wie ehedem, Fürsten mit dem Kaiser und Fürsten unter sich streiten und kämpfen würden, sondern auch

Digitized by Google

Ständeversammlungen mit dem Reichsparlament, Ständeversammlungen mit Ständeversammlungen, Assoziationen mit Assoziationen, Volksversammlungen mit Volksversammlungen, Klubbs mit Klubbs; das wäre denn doch ein zu unerhörtes Resultat einer Revolution, welche mit großen Opfern und Gefahren unternommen worden ist, um ein freies und einiges Deutschland herzustellen!

Die Nation muß um so ernstlicher diese Frage erwägen, weil sie sonst in den Fall kommen könnte, sich für immer lächerlich zu machen, indem sie deutsche Einheit und Macht in die Welt posaunt und in der That bald das Gegentheil darstellen würde. Es ist eine Pflicht der Nation, sich bestimmt darüber klar zu werden, was sie will. Sie allein hat zu entscheiden; da indeß heutzutage Jedermann, berufen oder unberufen, seine Ansicht aussprechen zu dürfen glaubt, so wird dies wohl auch dem Verfasser dieser Zeilen vergönnt seyn? Derselbe ist der Ueberzeugung, daß die deutsche Nation nunmehr auf dem betretenen Wege voranschreiten muß, um ein einiges, starkes Deutschland im vollsten Gegensatze zu einem uneinigen, schwachen Bundesstaate herzustellen. Es ist Pflicht und Ehrensache; Interesse und Klugheit erheischen es. Der Rückschritt zum Staatenbunde oder die Gründung eines schwachen Bundesstaates durch starke ausgeprägte Selbstständigkeit der Einzelstaaten würde nur eine traurige Uebergangsperiode zu neuen Katastrophen und neuen Revolutionen bilden. Große Ideen, wie jetzt sich der Deutschen bemächtigt haben, können wohl für einige Zeit wieder schlummern, kommen aber demohngeachtet wieder von Neuem mit erneuter Kraft zum Durchbruch. Die Gefahr, revolutionäre Zustände oder vielleicht den Bürgerkrieg in Deutschland für eine Reihe von Jahren einheimisch zu machen, ist für dieses, für ganz Europa, ja selbst für die Civilisation zu groß, als daß nicht Alles aufgeboten werden müßte, um sie abzuwenden.

Für die Reichsgewalt, d. h. Reichsregierung und Nationalversammlung, wird es, getragen von dem Willen der Nation, zur ernsten Pflicht, mit Muth und Entschiedenheit die große Aufgabe zu lösen. Die Reichsgewalt muß, soweit es hiezu nöthig ist, die Souveränität der einzelnen Staaten an sich ziehen, sie muß die hiezu nöthige Organisation Deutschlands ungesäumt vornehmen; sie muß, indem sie den Reichsregierungs-Organismus einrichtet, jenen der einzelnen Staaten reduziren. Ein vollständig eingerichteter Zentralstaat, in welchem wiederum eben so vollständig eingerichtete größere und kleinere Staaten eingeschachtelt würden, wäre wirklich ein Unding, dabei so kostspielig, daß die Nation es nicht ertragen würde. Auch dürfte die Erfahrung bald lehren, daß die Souveränität sich nicht theilen läßt. Die Reichsgewalt muß namentlich den diplomatischen Verkehr der Einzelstaaten nach Außen und im Innern alsbald aufheben und in ihren Händen konzentriren. Es ist dies eine Lebensfrage! Sie wird und muß die Interessen eines jeden Theiles von Deutschland gleich würdigen und vertreten. Sie muß sich die unbedingte Disposition der Streitkräfte aneignen und nach Gutdünken darüber verfügen. Sie muß die Zollinie an Deutschlands Gränze rücken. Sie darf nicht dulden, daß neben ihr Regierungen oder constituirende Ständeversammlungen in einzelnen Staaten sich mit dem beschäftigen, was der Nationalversammlung allein obliegt. Wird aber der Reichsgewalt der Gehorsam versagt, dann müßte sie die Strafe auf dem Fuße folgen lassen. Sie müßte ungehorsame Minister, Generale oder sonstige Beamte vor ihre Schranken fordern und zur Rechenschaft ziehen. Sie müßte Ständeversammlungen und Truppenkorps auflösen, so sich dieselben ihren Befehlen widersetzten. Nur so allein wird die Reichsgewalt den Willen der Nation, ein freies und einiges Deutschland herzustellen, vollziehen, vorausgesetzt, daß dieses wirklich der Wille der letztern auch ist. Nur so wird sie die Kraft erlangen, um im Innern Ordnung und Ruhe und damit den Wohlstand wieder einzuführen; nur so und hiedurch die Möglichkeit finden, jene sozialen Fragen befriedigend zu lösen, welche weder Worte noch der Donner der Kanonen für immer zu beseitigen im Stande sind. So endlich würde Deutschland dem Auslande gegenüber eine Achtung gebietende Haltung einnehmen können, ohne, wie bis jetzt, nur mit leeren Drohungen zu reizen. Jeder andere Weg, welchen die neue Reichsgewalt einschlagen würde, müßte entweder zu einem uneinigen schwachen Deutschland führen (weil man den Samen der Zwietracht von vornherein wieder in den Boden legte), oder sie wird allmählich Deutschland zu dem alten Staatenbund zurückbringen. Es wäre wirklich einer großen Nation und ihrer Vertreter nicht würdig, wollte sie sich selbst täuschen, das Eine aussprechen, das Andere wollen. Also: Entweder — Oder!....

Frankfurt a. M., im Juli 1848.

F. Karl Fürst Leiningen.

Wie ist das gemeint?

Unter der Aufschrift „Eingesendet“ gibt No. 70 des Plauderstübchens ziemlich kurz das Ergebniß jener „gemeinschaftlichen Sitzung, welche die am 24. Juli zu

Digitized by Google

Neustadt gewählten Ausschuß-Mitglieder mit den Abgeordneten von Synoden aus dem westlichen Theile der Pfalz" am 3. August zu Kaiserslautern hielten. Dem Schreiber dieser Zeilen sind beim Durchlesen jenes Berichtes, noch mehr beim Lesen des Berichtes in der Speyerer Zeitung namhafte Bedenken aufgestiegen, die er im Plauderstübchen, wo Rede und Gegenrede gilt, herauszusagen sich gedrungen fühlt.

Vor allen Dingen muß bemerkt werden, daß weder in Neustadt noch in Kaiserslautern Abgeordnete von Synoden beisammen waren. So viel bekannt, hat keine einzige Synode als solche den Beschluß gefaßt, diese Versammlungen durch Abgeordnete zu beschicken, und wenn auch Mitglieder, oder die Mitglieder der Neustadter Synode einen Aufruf zu einer Versammlung am 24. Juli erlassen haben: so ändert das in der Sache gar nichts, sondern diese Versammlungen sind als freie Zusammenkünfte einzelner Protestanten zu betrachten. Sie oder ihre gewählten Ausschuß-Mitglieder mögen unter sich Beschlüsse fassen, aber nimmermehr dürfen diese Beschlüsse so hingestellt werden, als hätten die gesetzlichen Organe der Kirche, die Synoden, dieselben durch gewählte Ausschüsse gefaßt. Auf eine solche Geltung haben sie durchaus keinen Anspruch, und wollten sie einen solchen erheben, so müßte förmlichst und feierlichst dagegen protestirt werden.

Doch abgesehen davon, daß keiner der dort Versammelten von der Kirche ein Mandat erhalten; zugegeben, daß es den Einzelnen frei steht, Schritte zu berathen und zu thun, welche den Zusammentritt einer Generalsynode bewirken sollen und können; zugegeben, daß das baldige Zustandekommen einer solchen Generalsynode wünschenswerth sey: so muß man sich doch entschieden dagegen verwahren, daß dieses Letztere auf ungesetzliche Weise geschehe. Ungesetzlich aber, ja mehr noch als das, wäre es, wenn man aus eigener Machtvollkommenheit eine Generalsynode gleichsam improvisiren und dadurch die anderweit ausgesprochene Drohung wahr machen wollte: „Man hilft uns nicht, so müssen wir uns denn selbst helfen." Diese extreme Maßregel könnte nur von einer Parthei ausgehen und gebilligt werden, die andere würde ihre Zustimmung nie geben, und in keiner Weise irgend einen Beschluß einer solchen sogenannten Generalsynode als giltig anerkennen.

Wenn nun, wie es in dem angeführten Artikel im Plauderstübchen heißt, „zugleich ein permanenter Ausschuß von 15 Mitgliedern für die östliche und eben so vielen Mitgliedern für die westliche Pfalz ernannt (!)" worden ist, um die Rechte der vereinigten Kirche zu wahren, wenn, wie es in der Speyerer Zeitung heißt, außer diesem Kreisausschusse sogleich noch 4 Bezirksausschüsse gebildet werden, so muß man allerdings fragen: Wie ist das gemeint? Hat etwa die rationalistische Partei im Sinne, damit eine Art von Kirchenregiment einzusetzen? meint sie, daß diesen Ausschüssen irgend eine Autorität und besondere Befugniß zustehe? Ja, sie meint es, denn sonst könnte es in der Speyerer Zeitung nicht heißen: „Bliebe auch dies (nämlich die Schritte in München und Frankfurt) ohne Erfolg, so soll der Kreisausschuß eine aus der freien Wahl aller protestantischen Gemeinden der Pfalz hervorgehende Generalynode veranstalten."

Wahrlich, das fehlte noch, daß ein solcher einseitig von zusammengetretenen Privatpersonen ernannter Kreisausschuß die Generalsynoden veranstaltete! Und man glaubt wohl gar, einen solchen Terrorismus oder mindestens eine solche Anmaßung würde man sich gefallen lassen? Gegen diese Art, die Kirche zu verbessern, muß entschieden protestirt werden. Und es wird dies geschehen, wenn die ultrarationalistische Partei auf dem von ihr betretenen Wege fortgehen wird.

Ein protest. Geistlicher.

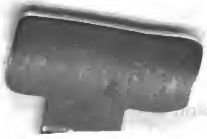
Randglossen zu Geschichte und Geschichten unsrer Tage.

Vom Dorfschulmeisterlein Wutz.

Wie sich die altreichsstädtisch-haarzöpfische Philisterei schon wieder aufmacht, sobald sie etwas von einem deutschen Reiche wittert! Da will also Nürnberg die Reichsresidenz werden und Regensburg den Reichstag haben! Auch die Wiener sind so freigebig, ihr Stadtpflaster zu leherem Zwecke unentgeldlich treten lassen zu wollen. Recht schön von dem guten Völkchen! Gebt einmal acht, ob nicht die ganze Schnur der ehemaligen freien Reichsstädte, in deren Mauern einst Reichstage gehalten worden sind, mit solchen Bewerbungen hervortritt. Jedenfalls muß unsere Kreishauptstadt Speyer auch auftreten und wenigstens die Todtenknochen für sich verlangen, da sie die alte kaiserliche Todtenstadt war. — Es wäre indeß so übel nicht, wenn man künftig die Reichstage bald in dieser bald in jener größeren Stadt hielte, nicht gerade um den Städten Verdienst zuzuwenden, sondern um den Sinn für dieses öffentliche politische Leben in den verschiedenen Theilen des großen Vaterlandes mehr zu wecken und zu beleben. — Der Bote mag einmal die Frankfurter darüber fragen, was sie dazu meinen.

Verantwortlicher Redakteur R. Schmitt. — Druck und Verlag von J. Kayser.

Digitized by Google


Digitized by Google

Digitized by Google